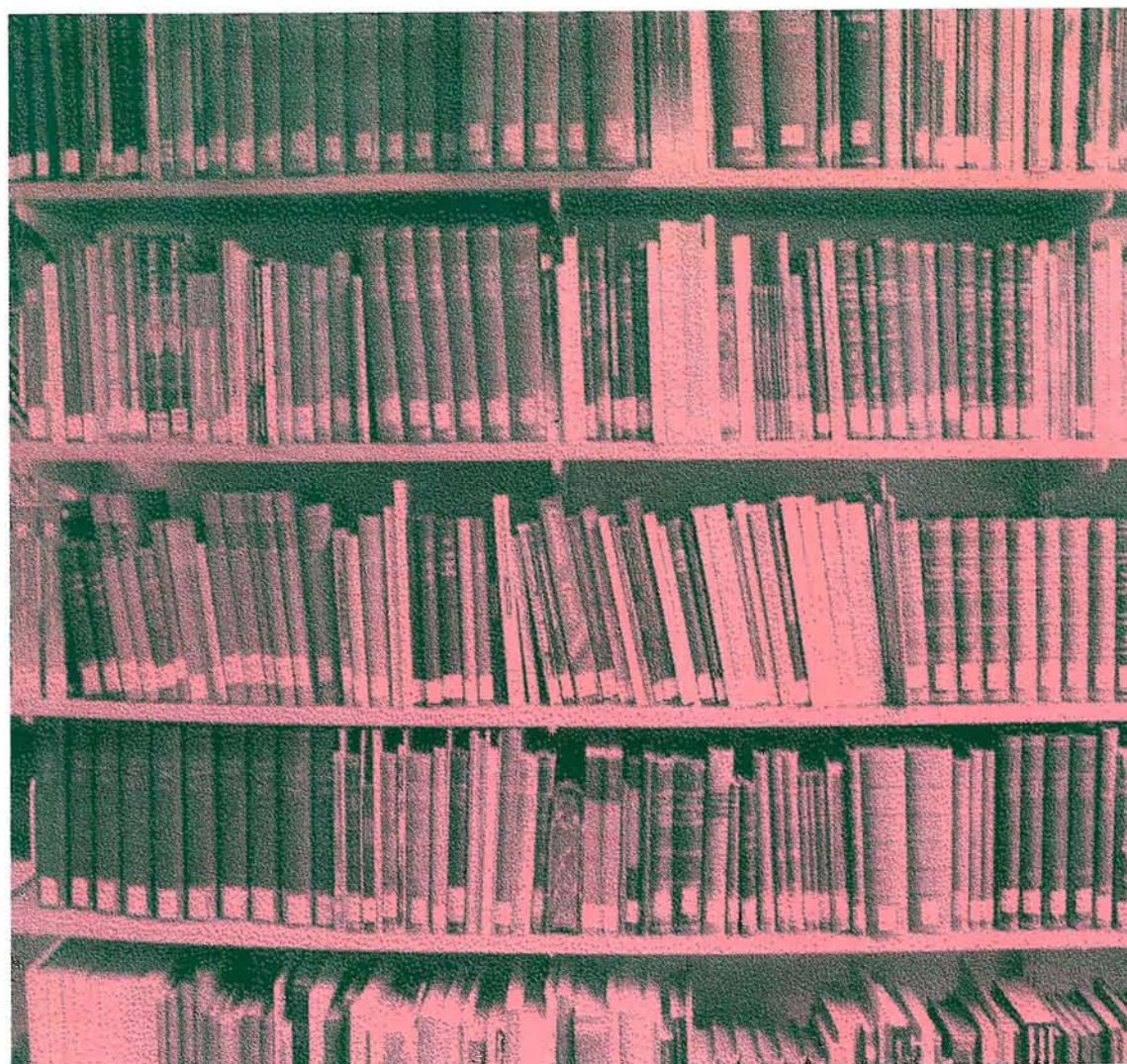


Heft 147

KRITISCHE INTELLEKTUELLE



Honigmond-Gespräch:
Prof. Paul Nolte und
Prof. Karl Lauterbach

Daniel Morat
Reflexion als Beruf

Svea Reiners
Der Selbstmord des
Autors

Andreas Eichler
„Leitkultur“ – Was
bringt ein neues
Modewort?

Im **Forum DL21** schreiben u.a. Andrea Nahles, Ernst-Dieter Rossmann, Wolfgang Ullenberg-van Dawen und Jürgen Glaubitz

Wir machen es diesmal grund(ge)sä(e)tzlich!

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat (Artikel 20, Abs. 1). Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen (Artikel 14, Abs. 2). Der Staat schützt auch in Verantwortung für künftige Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen (Artikel 20a). Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus (Artikel 20 Abs. 2). Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten und Beschwerden an die zuständigen Stellen und die Volksvertretung zu wenden. (Artikel 17). Den Gemeinden muss das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln (Artikel 28, Abs. 2). Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. Ihre innere Ordnung muss demokratischen Grundsätzen entsprechen (Artikel 21, Abs. 1). Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden. Das Recht zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und alle Beruf gewährleistet (Art. 9, Abs 1, 2).

Diese „soziale und ökologische demokratische Grundordnung“ der Bundesrepublik Deutschland lohnt und rechtfertigt den Kampf um Verfassungspositionen, wie sie Wolfgang Abendroth, Jürgen Seifert, Peter von Oertzen und andere immer wieder als Aufgabe der Linken in Deutschland eingefordert haben.

Zu fragen ist, ob die Aufgabe von Staat und Parteien angemessen wahrgenommen werden kann oder ob es zwingend notwendig ist Wege und Formen des politischen Prozesses zu finden, die denjenigen die Chance der Beteiligung geben, die sich politisch engagieren, ihre Interessen artikulieren, dafür öffentlich eintreten und oft an den institutionellen Mauern der parlamentarischen Demokratie scheitern. In der Tat sind diese Mauern undurchlässiger geworden. Die Regierung verschanzt sich hinter Expertenkommissionen mit Vertretern des Hauptstroms aus Wissenschaft und Wirtschaft, das Parlament hat keine Chance die Kommissionskonzepte ernsthaft nachzuvollziehen, geschweige denn zu verändern.

Proteste sind kein Anlass zur Revision von Positionen, sondern zur angeblich notwendigen Erklärung des uninformierten und uneinsichtigen Volkes. Der Prozess zur Agenda 2010 ist dafür paradigmatisch. Das Urteil des Bundesverfassungsgesichts zu den Neuwahlen eröffnet den Weg zur Kanzlerdemokratie. Unter den Bedingungen der großen Koalition ist die Opposition parlamentarisch chancenlos. Bei der Durchsetzung von Großprojekten sind die Interessen der Wirtschaft gegenüber sozialen und ökologischen Interessen sakrosankt. Die Medien sichern mit ihrem Monopol des Agenda-Setting das Vorfeld gegen demokratische Interventionen.

Kurzum: Wer im Grundgesetz eine „soziale und ökologische demokratische Grundordnung“ sieht, muss „Mehr Demokratie wagen“.

*

Zu erinnern ist an die Veränderungsprozesse der demokratischen Kultur, die von Willy-Brandts Imperativ „Wir wollen mehr Demokratie wagen“ ausgingen und

wie solche Prozesse unter den veränderten Bedingungen der weiten Großen Koalition in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland realisierbar sind.

Die damalige Große Koalition mit der Miniopposition FDP wirkte wie ein Katalysator auf die Protestbewegungen, die ich unter der „68er-Bewegung“ bewusst verallgemeinernd zusammen fasse. Willy Brandt machte dieser Bewegung und den Gewerkschaften Beteiligungsangebote. Die Jusos als bewusst in der SPD aktiver Teil der sich ordnenden Gesamtlinken in der Bundesrepublik versuchten mit ihrer Doppelstrategie einen Brückenschlag zwischen sich aktiv einmischenden Teilen des Volkes und den institutionellen politischen Entscheidungswegen. Obwohl niemals konsistent formuliert, setzte sich unter dem Begriff der Doppelstrategie eine politische Praxis durch, die in der Reformphase der sozialliberalen Koalition sichtbaren Ausdruck fand. Dabei änderte sich die politische Praxis vor allem auf kommunaler und regionaler Ebene, wo der doppelte Ansatz: „in der gesellschaftlichen Bewegung“ mit zu machen und ihr gleichzeitig „in den Institutionen“ einen Resonanzboden zu bereiten, am leichtesten umsetzbar und durchzuhalten war. Auf Landes- und Bundesebene scheiterte die Doppelstrategie an den Themen, die an die Grenz der Westintegration oder die großen Kapitalinteressen stießen. Friedensbewegung und Anti-Atombewegung blieben nur über zur Linken gezählten Einzelpersonen im Dialog mit der SPD. Dennoch gelang mit dem Berliner Programm ein offener, ökologischer, sozialer und demokratischer Programmwurf, dessen reformerische Wirksamkeit nach dem Zusammenbruch des „realen Sozialismus“ nicht politisch erprobt wurde.

Kurzum: Zu versuchen ist, unter den aktuellen Bedingungen der Globalisierung Matthias Platzecks Orientierung auf die Soziale Demokratie mit dem Anspruch einer sozialen und ökologischen Grundordnung des Grundgesetzes programmatisch zusammen zu führen.

*

Die Doppelstrategie wirkte auf kommunaler Ebene. Die Bewegung der Globalisierungskritiker orientiert sich am Anspruch des globalen und lokalen Denkens und Handelns. Arbeitsplatzinteressen werden am offensivsten von den Gewerkschaften formuliert, wenn sie unmittelbar vor Ort spürbar sind,

Unter kommunalen Konstellationen ist es – das zeigen Wahlergebnisse – möglich, die sich meist gegenüber den Parteien taktisch verhaltenden politisch engagierten BürgerInnen für die SPD zu gewinnen, wenn sie gegenüber diesen den Dialog sucht.

Für den Programmprozess, der nun in der SPD ansteht, ist deshalb Raum zu lassen für Forderungen, die lokal und regional gemeinsam mit der Bevölkerung gefunden würden. Im Zentrum stehen Initiativen für soziale Gerechtigkeit, für die gesellschaftliche Verantwortung bei der Sicherung der Güter und Dienstleistungen der Daseinsvorsorge wie Energie, Wasser, Boden sowie Bildung und Gesundheit. Gekoppelt daran ist die Ablehnung aller Privatisierungsbestrebungen. Außerdem geht es um die Bestimmung ökologischer und sozialer Grenzen gegenüber Wirtschaftsinteressen, insbesondere bei Großprojekten.

Kurzum: An der Bereitschaft, die soziale und ökologische Demokratie gemeinsam mit der Bevölkerung zu entwickeln, entscheidet sich die Zukunft der SPD als linke Volkspartei.

Herausgeber/Herausgeberinnen:

Karin Benz-Overhage (Frankfurt/M.)
 Klaus Dörre (Recklinghausen)
 Christel Riemann-Hanewinkel (Halle/S.)
 Michael R. Krätke (Amsterdam)
 Uwe Kremer (Dortmund)
 Detlev von Lärcher (Weyhe)
 Benjamin Mikfeld (Bochum)
 Susi Möbbeck (Magdeburg)
 Andrea Nahles (Weiler)
 Horst Peter (Kassel)
 René Rösper (Hagen)
 Thomas Sauer (Mölin)
 Sigrid Skarpeffs-Sperk (Kaufbeuren)
 Thomas Westphal (Dortmund)
 Ulrich Zacher (Apensee)

Redaktion:

Thorben Albrecht
 Björn Böhning
 Tanja Breuer
 Stefanie Gerszewski
 Sebastian Jobelius
 Oliver Kaczmarek
 Anja Kruke
 Lars Neumann
 Svea Reiners
 Reinhold Rünker
 Inken Wiese

Redaktionsmanagement:

Reinhold Rünker, logo office Leichlingen

Redaktions- und Verlagsadressen:

spw-Verlag/Redaktion GmbH
 Postfach 12-03-33, 44 293 Dortmund
 Telefon (Verlag) 02 31 - 40 24 10
 Telefon (Redaktion) 02 31 - 40 14 11
 Telefax 02 31 - 40 24 16
 spw-verlag@spw.de, redaktion@spw.de
 www.spw.de

Geschäftsführung:

Hans-Joachim Olczyk
 Eckhart Seidel

Konto des Verlages

Postbank Dortmund
 Kto. Nr. 32-44 34 65, BLZ 440 100 46

Die spw erscheint mit 6 Hefen im Jahr.
 Jahresabonnement Euro 34,-
 (bei Barkeinzug Euro 32,-)
 Auslandsabonnement Euro 37,-
 Abbestellungen mit einer Frist
 von drei Monaten zum Jahresende.
 Wir freuen uns über Manuskripte und
 Zuschriften. Wenn möglich, sollen
 Manuskripte per E-mail oder auf einer
 MS-DOS/Windows-formatierten Diskette
 mit einem Ausdruck geliefert werden.

ISSN 0170-9613

© spw-Verlag/Redaktion GmbH 2006.
 Alle Rechte vorbehalten.

Titelfoto:

Christian Kiel, Berlin

Satz und Gestaltung:

Ralf Schmitz, Leverkusen

Druck:

Nolte-Druck, Iserlohn
 1-2 Tausend, Februar 2006

Andrea Nahles

Mut zur Differenz – Mut zum Gestalten! 4

Ernst-Dieter Rossmann

Die „Platzeck-Linie“ – Mehr Kinder, bessere Bildung und starke Familien 6

Kai Burmeister

IUSY-Kongress 2006: Der Kampf für nachhaltige Entwicklung 7

Thomas Wisniewski

Wird die SPD wieder sexy? 8

Wolfgang Üllenberg-van Dawen

Sind wir davongekommen? 9

Rolf Mützenich

Wie weiter mit dem Iran? 10

Ute Finckh-Krämer

Forum Zukunftsökonomie: „Preis der Arbeit 2006“ 10

Burkhard Zimmermann

10. Treffen der Ostdeutschen SPD-Linken 11

Personen & Positionen:

Schwabe Vorsitzender SPD-Denkfabrik, Rossmann neuer PL-Sprecher 12

Schwerpunkt: Brauchen wir kritische Intellektuelle?**Anja Kruke, Reinhold Rünker**

Einleitung zum Schwerpunkt 13

Daniel Morat

Reflexion als Beruf. Die Aufgabe der Intellektuellen 14

Tobias Gombert

„Kritische Intellektuelle“ im Neoliberalismus – Eine Spurensuche 16

Stefan Kausch

Politik der Sicherheit – Unsicherheit der Intellektuellen 19

Jessica Wischmeier

Zukunft wird immer wieder neu entschieden 21

Karsten Schneider, Sabine Blum-Geenen

Wissenstransfer für den gesellschaftlichen Fortschritt 23

Gregor Kritidis

Loccum – Ort intellektueller Kooperation 26

Svea Reiners

Der Selbstmord des Autors 27

JAHRESREGISTER 2005

..... 29

Alex Demirovic

Materialistisches Wissen – kritische Theorie 33

Tischgespräch im Hotel Honigmond:

Prof. Paul Nolte und Prof. Karl Lauterbach

Brauchen wir kritische Intellektuelle? 36

THEORIE & STRATEGIE**Kai Burmeister, Thilo Scholle**

Ein neuer linker Crossover-Prozess – dringend gebraucht! 42

Jürgen Glaubitz

Zwischen Hummer und Eintopf: Schief lagen der Einkommensentwicklung 44

Hans-Günter Bell

Arbeiterstudien und Klassenbewusstsein 46

Matthias Kroll

30 Jahre Abschied von der Vollbeschäftigung 51

Andreas Eichler

„Leitkultur“ – Was bringt ein neues Modewort? 54

Rez.: Über rot-grün hinaus (Thilo Scholle) 57

Rez.: Gorz: Wissen, Wert und Kapital (Horst Peter) 58

Mut zur Differenz – Mut zum Gestalten!

Nicht nur die Linke muss einen Umgang mit der großen Koalition finden

Von Andrea Nahles

Kann der deutsche Michel wieder lächeln?

Die große Koalition ist uns passiert. Niemand hat sie gewollt. So jung die Große Koalition ist, so richtig die Feststellung sein mag – der Satz wirkt alt, ist die Welt doch längst eine andere. Mehr als 70 % der Deutschen stehen der Großen Koalition drei Monate nach Regierungsübernahme positiv gegenüber. Die freundschaftlichen Bilder von Franz Müntefering und Angela Merkel sind prägend – so unverhofft glaubwürdig sind sie. Die nicht gerade geringe Anzahl von Streitigkeiten in den beiden Koalitionsparteien – ob in der Atomfrage oder in Sachen Familienpolitik, dem potentiellen Einsatz der Bundeswehr im Inneren oder der Zukunft des Ökolandbaus – scheinen noch zweitrangig.

Zuversicht ist da. Fast schon über Nacht schlägt die harmoniebedürftige deutsche Seele dem jammernden und ewig mürrischen Volksgeist die Tür vor der Nase zu. Nein, heute kaufen wir keine Schreckensnachrichten und apokalyptischen Prognosen. Heute bitte nur Hoffnung, gutes Investitionsklima und WM-Karten. Endlich. Wie sehr die Wurstelei der letzten beiden rot-grünen Regierungsjahre – ob im Bundesrat oder im Parlament oder der eigenen Partei zu Verdruss geführt hat, zeigt sich jetzt an der fast schon überbordenden Erleichterung. Die Erwartungen sind hoch – was die Durchsetzungsfähigkeit der neuen Koalition ganz allgemein angeht und konkret was ihre Macht betrifft, die großen Problem auf dem Arbeitsmarkt und den Staatsfinanzen zu lösen.

Die Frage ist, ob die im Koalitionsvertrag vorgezeichnete Politik der Großen Koalition in der gemeinsamen Regierungsarbeit tatsächlich genügend Kraft und Weitsicht hat, um die hohen Erwartungen zu erfüllen. Ist schwarz-rot zu einer am Gemeinwohl orien-

tierten und die unterschiedlichen Interessen fair ausbalancierenden Politik in der Lage? Gibt es so etwas wie einen Grundkonsens der beiden Volksparteien, auf dem eine gute Streitkultur gedeihen kann? Und ist die Frage, wer von der gemeinsamen Politik mehr profitiert – im Sinne der eigenen Stimmenmaximierung –, schon Ausdruck von mangelnder Grundsolidarität mit dem Projekt >Große Koalition<? Oder ist das nicht doch die notwendige Voraussetzung für einen produktiven Wettstreit der Konzepte und Ideen?

Suchbewegungen und Mutmaßungen

Es ist zu früh für eine ernsthafte Prognose. Viele Journalisten und Beobachter tapsen sich von Mutmaßung zu Prognose und bleiben unsicher. Einige Entwicklungslinien sind jedoch schon erkennbar:

1. Ich war mir sicher, dass es in der Großen Koalition zu einer Entparlamentarisierung kommt. Aber das scheint bisher keineswegs ausgemacht. Tatsächlich lebt die Diskussion und Positionsbestimmung im Parlament auf. Ohne das Damoklesschwert einer knappen Mehrheit ist der Druck weniger stark. Natürlich ist das Gewicht der einzelnen Stimme auch geringer, andererseits ist potentiell möglich über die Parteigrenzen hinweg parlamentarische Mehrheiten zu orten und dann auch ein Gegengewicht zur Regierung zu bilden. Nicht selten zwingt einen die praktische Zusammenarbeit in den Ausschüssen die eigenen Positionen neu auszuleuchten, auf Widersprüche hin zu überprüfen und sie auf ihre Kompatibilität zu den Konzepten der CDU bzw. umgekehrt zur SPD abzuklopfen. Die Chance besteht darin, sich bei diesem Querdenken nicht nur immer auf den kleinsten gemeinsamen Nenner zu beschränken, sondern neue Wege zu gehen, die bei knappen Mehrheiten nicht durch-



Andrea Nahles

setzungsfähig oder politisch zu angreifbar gewesen wären.

Um ein aktuelles Beispiel zu nennen: Gibt es Arbeitslose, von denen wir sicher ausgehen, dass wir sie wahrscheinlich nicht mehr auf dem ersten Arbeitsmarkt einsetzen können? Ja. Dann wäre ein öffentlicher Beschäftigungssektor notwendig. Ein klassischer Aufschrei wäre an dieser Stelle von konservativ-liberaler Seite über uns niedergegangen. Jetzt aber lässt sich das sachlich erörtern. Andererseits besteht die Gefahr darin, dass alle Positionen so rund geschliffen werden wie Kiesel im Flussbett und eine Identifikation für die Bürger immer schwieriger wird. Aber auch die Regierung ist herausgefordert ihre Rolle neu zu definieren. Variante A): die Regierung lässt „lange Leine“ bei der Diskussion, bindet die Fraktionen früh ein und hört in ihre jeweiligen Parteien rein – lässt aber am Ende wenig Spielraum bei der gesetzgeberischen Umsetzung ihrer eigenen Vorlagen. Oder Variante B): Die Regierung macht eine „closed shop“-Strategie und organisiert kurze Wege in der Regierung, um dann auf die breite Mehrheit der Fraktionen zu bauen – bewusst eine gewisse Anzahl von abweichenden Stimmen in Kauf nehmend. Für beide Varianten lassen sich Beispiele finden.

Franz Müntefering besteht zum Beispiel ausdrücklich darauf, dass die Entwicklung von Lösungen im Bereich Mindestlohn/Kombilohn in einer parlamentarischen Arbeitsgruppe verhandelt werden soll und nicht – wie in der Vergangenheit – in externen Expertengremien. Gleichzeitig versuchte Ulla Schmidt eine zunächst ausschließlich ministeriumsintern erarbeitete Regierungsvorlage in Sachen Gesundheitsreform zu erstellen. Erst im zweiten Schritt soll sie in Partei und Fraktion debattiert werden. Ob es sich bei Franz Müntefering und Ulla Schmidt jeweils nur um andere taktische Anlagen aus der Sache heraus, oder ob es sich doch um unterschiedliche strategische Konzepte im Umgangs zwischen Parlament, Partei und Regierung handelt – das wissen wir in

einigen Monaten. Mir geht es darum zu zeigen, dass es sich lohnt hier genauer die Spielräume auszuloten und die Ebene des Parlamentes nicht von vorneherein zu unterschätzen.

Wo ist der belastbare Grundkonsens der Koalition?

Im Wahlkampf werden die unterschiedlichen ideologischen Backgrounds der Parteien revitalisiert. Trennschärfe schafft Mobilisierung der eigenen Anhänger. Der harte Schwenk in die Große Koalition – so zum Beispiel in Sachen Mehrwertsteuererhöhung für die SPD – dürfte noch Spätfolgen haben. Die behauptete Wahrheit im Wahlkampf prallt auf eine pragmatische bis entschuldigende Relativierung in der neuen Regierungsformation. Das irritiert – weniger die Akteure in Berlin, aber bei den eigenen Parteigängern und Wählern doch die Glaubwürdigkeit von Wahlkampf(-aussagen) ganz generell.

Eine Möglichkeit darauf zu reagieren, um solcherlei Irritationen zu verhindern, könnte eine weitestgehende Angleichung der Programme. Das dürfte besonders diejenigen umtreiben, die in der Große Koalition mehr als eine vorübergehende Notgemeinschaft sehen. Im Interesse einer gesunden Streitbarkeit der Ideen und im Eigeninteresse der Parteien liegt das nur solange es die Lebendigkeit der Diskussion nicht einschränkt und die beteiligten Parteien gleichermaßen profitieren. Das dürfte ein echtes Kunststück werden.

Realistischer ist es, die Frage auszuloten, wo es einen echten belastbaren Grundkonsens der programmatischen Aussagen von CDU/CSU und SPD gibt und wo nicht. Diesen Unterschied in einem „Alles-wird-schon-irgendwie-am-Ende-passen“ zu verkleistern wäre falsch. Grundkonsens in den Eckdaten

der Außenpolitik – möglich. Grundkonsens in der Frauen- und Familienpolitik – noch ein Stück Arbeit, aber denkbar. Grundkonsens in der Gesundheitspolitik – zweifelhaft. Grundkonsens in der Arbeitsmarktpolitik ja, wenn man nicht zu tief schürft. Grundkonsens in der Energiepolitik – erreichbarer als es derzeit scheint?!!

Der >Wahrheit< und Glaubwürdigkeit willen plädiere ich für eine Reaktivierung der Differenz zum programmatischen und ideologischen Fundament der beiden Volksparteien. Eine identitätsstiftenden Streitkultur und eine kooperative Suche nach Lösungen müssen sich nicht ausschließen. Die Vorhaben der beiden Parteien sich ein neues Grundsatzprogramm zu geben, lassen dafür Raum. Aber es muss ihn auch im Alltag geben, wo der Grundkonsens entweder noch gefunden oder wenn dies nicht möglich ist, ein fairer Interessenausgleich hergestellt werden muss. Tabus im Sinne „Darüber dürfen wir nicht reden“ helfen nicht weiter, wenn die fragile Machtbalance nicht zulasten der einen oder anderen Seite verschoben werden soll. Es muss erkennbar bleiben dürfen, wer welche Politik entwickelt, vorschlägt und für Mehrheiten wirbt – auch wenn es nicht schon von vorneherein eine >gemeinsame< Politik ist. Dafür wird es neue Spielregeln geben müssen, die wir wohl noch nicht alle entwickelt und erprobt haben.

Große Koalition ist keine „Two-Parties-Show“

Eine Große Koalition lebt genauso wie andere Regierungskoalition in der Demokratie von der Konkurrenz. Von der o.g. internen, die sich nicht versteckt. Und von der Konkurrenz der Opposition und der zivilgesellschaftlichen Bewegungen. Gerade die Verbände sind in der Grundanlage fast alle in gespann-

ter positiver Erwartung. Deals und Vereinbarungen scheinen leichter auszuhandeln und vor allem freut man sich auf mehr Stabilität und Planungssicherheit. Die Oppositionsparteien kommen – von der jüngsten Debatte um einen BND-Untersuchungsausschuss abgesehen – nur sehr eingeschränkt vor, nur die FDP vermag gelegentlich erkennbar zu wirken. Das bricht sich allerdings an der gutmütigen Stimmung gegenüber der Elefantenkoalition in Berlin. Grüne und Linkspartei haddern mit ihrer Rolle oder liefern bislang nur mäßige Qualität.

Das sind Momentaufnahmen, aber es gibt strukturell eine größere Randständigkeit der kleinen Parteien. Was bleibt übrig? Werden die Medien eine kritisch – klarsichtige Beobachtung der Großen Koalition ermöglichen. Wenn nicht mehr jede Kleinigkeit zum Skandal aufgeblasen wird, weil es dem anderen großen politischen Player nicht zum kleinen Vorteil verhilft, wäre das dann eine Chance für mehr Diskurstoleranz und guter öffentlicher Meinungsbildung? Oder ersäuft die Aufmerksamkeit des geeigneten Publikums dann in einem Meer endloser Langeweile? Es ist den Versuch wert, sich publizistisch offensiver als in den letzten Jahren von linker Seite zu Wort zu melden. Über das Innenleben der SPD braucht es ein paar Wochen der Beobachtung mehr. Und wie sich ihre Stärke in der Großen Koalition entwickelt, ist noch undeutlich. Professionalität und Kollegialität sind hilfreich und notwendig, politische Zurückhaltung und Konfliktvermeidung um des Gesamtbildes der Koalition willen kann notwendig sein, hinreichend für eine mittelfristige Perspektive ist das aber keinesfalls. Es muss sichtbar bleiben, wer Politik macht. Und die Partei hat hier als dritter Spieler auf dem Feld eine zentrale Aufgabe. Demnächst mehr davon in diesem Theater....

spw 1/2006

Forum DL21: Einladung zur Frühjahrstagung am Samstag, den 4. März 2006 von 10.00 bis 17.00 Uhr im Rathaus Schöneberg, Berlin

Eckpunkte für ein neues sozialdemokratisches Grundsatzprogramm

Die Arbeiten an dem neuen Grundsatzprogramm werden wieder aufgenommen. Die Kernfrage lautet: Welche programmatische Vision soll die sozialdemokratische Politik in Zukunft leiten? Die Beantwortung dieser Frage wird die inhaltliche Ausrichtung der Partei maßgeblich bestimmen.

Auf der Tagung sollen die zentralen Eckpunkte eines neuen Programms aus Sicht der Partei-Linken formuliert und diskutiert werden:

- Umrisse eines ökologisch und sozial verträglichen Wachstumsmodells,
- Ausgestaltung eines europäischen Sozialmodells
- Wirtschaftsdemokratie als moderne Form gesellschaftlicher Teilhabe

Anmeldung und Informationen bei Joachim Schuster, 0178-2179316, schuster@ispw-gmbh.de

Die Platzeck-Linie

Mehr Kinder, bessere Bildung und starke Familien

Von Ernst-Dieter Rossmann

Matthias Platzeck hält Linie. Auf ihrem Parteitag im November 2005 hat die SPD in einem umfassenden Leitantrag Bildung zur sozialen Frage des 21. Jahrhunderts erklärt und seit langem erstmals wieder ein umfassendes sozialdemokratisches Programm zur Förderung von Bildung und Lebenslangem Lernen beschlossen. Der neue Vorsitzende selbst hatte in seiner Bewerbungsrede die SPD zu der herausragenden deutschen Bildungspartei für die Zukunft erklärt. Diese Ambitionen verknüpfte er mit der Aufforderung, in Deutschland zu „einer umfassend verstandenen Politik der Nachwuchssicherung“ zu kommen. Dass der SPD-Parteivorstand auf seiner ersten Klausurtagung im Jahr 2006 dieses programmatische Credo seines neuen Vorsitzenden in einem ersten Grundsatzpapier zur Zukunftssicherung Deutschlands auf den Dreiklang „Mehr Kinder – Bessere Bildung – Starke Familien“ zuspitzte, war da nur konsequent. Der SPD-Dreisatz zur Politik der Nachwuchssicherung lautet hierbei, „Mehr Kinder“, „Wir dürfen kein einziges Kind zurücklassen“, „Alle Kinder haben dasselbe Recht auf gute Betreuung und Bildung von Anfang an“. Bildung wird dabei zum zentralen Mittel erklärt, mit dem der Teufelskreis von Pauperismus und Exklusion aufgrund von ökonomischer Not, sozialer Verwahrlosung und Bildungsarmut durchbrochen werden soll; mehr Bildung soll gleichzeitig der Garant für mehr „wirtschaftliche Dynamik und soziale Gerechtigkeit“ werden, wie das SPD-Mantra jetzt heißt.

Bei aller Begeisterung, zumal eines Bildungspolitikers, über diese programmatische Renaissance der Bildungspolitik ist hier auch Skepsis angebracht.

Der Fixierung auf die Bildungspolitik als dem zentralen Handlungsfeld für eine bessere Zukunft steht die eigene sozialdemokratische Erkenntnis der Interdependenz der verschiedenen Politikfelder entgegen. So wichtig Bildungspolitik auch ist, ist sie doch nicht alles. Staatsthema Nr. 1 muss die Bildungspolitik sein, so der neue Parteivorsitzende. Gleichzeitig droht die SPD unter dem Druck der extremen Wettbewerbs-Föderalisten bei CDU/CSU zuzulassen, dass sich der Bund aus wichtigen Feldern der Bildungsförderung zurückzieht. Was die erste Große Koalition über die Gemeinschaftsaufgaben erfolgreich als Bildungsaufbruch in den 70er Jahren organisiert hat, könnte unter der

amtierenden Koalition ins Gegenteil verkehrt werden. Sollte der Verzicht auf die Bildungsförderung durch den Bund am Ende gerade noch gut genug gewesen sein als Verhandlungsmasse bei der großen Staatsentflechtung. Für wahr ein bizarrer Abgesang!

Kann es sein, dass wachsende Rat- und Mutlosigkeit angesichts der Radikalität des globalisierten Kapitalismus und der Grenzen einer effizienten nationalen Wirtschafts- und Sozialpolitik als Reflex mit der Familien- und Nachwuchspolitik einen neuen Ansatz befördert, der noch nationale Handlungsmacht und Erfolgsperspektiven verspricht? Global resignieren und individuell reproduzieren?

Verteilungsgerechtigkeit und Chancengleichheit dürfen deshalb erst recht unter diesen neuen Vorzeichen nicht fälschlich zur Alternative erklärt bzw. im Begriff der Chancengerechtigkeit vernebelt werden. Dies wird die SPD in ihrem neuen Grundsatzprogramm ausdiskutieren haben.

Bemerkenswert schnell (und fast demonstrativ) gerät der Bedeutungswandel der Kinder- und Familienpolitik vom „Gedöns“ des frühen Gerhard Schröder zum „Schlüssel“ des frühen Matthias Platzeck. Dabei hat die sehr erfolgreiche sozialdemokratische Familien- und Bildungspolitik von Christine Bergmann, Renate Schmidt und Edelgard Bulmahn seit 1998 doch schon immer konsequent Kurs gehalten und viel bewegt.

Dennoch eröffnet der neue Ansatz von Matthias Platzecks „Politik der Nachwuchssicherung“ auch bildungspolitisch neue Perspektiven für die SPD. In den konkreten Bausteinen werden drei Komplexe besonders herausgestellt:

Die konsequente Verbindung von frühkindlicher Bildung und Betreuung. Gerade unter dem Aspekt der Chancengleichheit rücken die frühkindliche Bildung und der vorschulische Bildungs- und Erziehungsauftrag stärker in den Mittelpunkt. „Auf den Anfang kommt es an“ heißt es. Die Zeit der Entwicklung der kognitiven Fähigkeiten vor dem sechsten Lebensjahr wird zur entscheidenden Bildungsphase erklärt. Der Rechtsanspruch auf einen Platz in der Kindertagesstätte vom zweiten Lebensjahr an ist genau so ein Ziel wie die Beitragsfreiheit und die Vorstellung, dass jedes Kind im letzten Jahr vor der Schule den Kindergarten besuchen sollte. Was noch fehlt: Das verbindliche Vorschuljahr



Ernst-Dieter Rossmann

für alle, die Hochschulausbildung für Erzieherinnen und Erzieher, die umfassende Konzeption der Kindertagesstätte als Bildungseinrichtung, der Rechtsanspruch auf kompensatorische Frühförderung. Hier kann und muss die SPD nacharbeiten.

Individuelles Lernen als neuer Leitbegriff. Chancengleichheit hat bei unterschiedlichen Ausgangslagen individuelles Lernen zur Voraussetzung. Mit mehr Zeit zum Lernen in Ganztagschulen, mit weniger Klassenwiederholungen und mehr Durchlässigkeit. Auf das Leitbild einer Gemeinschaftsschule für alle kann sich die SPD aber noch ebenso wenig verständigen wie auf die Ganztagschule als Regelschule. Für die Bildungsarmen werden die Triade „Schule – Jugendhilfe – Berufliche Praxis“ und deren individuelle Verknüpfung besonders herausgestellt, damit möglichst alle Jugendlichen zumindest einen Schulabschluss bekommen. Die Systemfrage wird nicht gestellt. Das Prinzip des individuellen Lernens soll letztlich auch die strukturelle Veränderung bringen. Wenn die Kraft der Idee (das individuelle Lernen) die Macht der Strukturen (die Abschottung der Schularten) in Frage stellen kann, wäre in der Tat schon viel gewonnen.

Stärkung von Kindern und Familien. Mit einer neuen Kultur des Hinsehens und der öffentlichen Verantwortung für Kinder sollen Familien stark gemacht werden. Denn nur starke Familien können in ihrer Erziehungs- und Bildungsarbeit für die Kinder ein quasi „vertragsfähiger“ Partner der Bildungseinrichtungen Kindertagesstätte und Schule werden. Die Einrichtung von Eltern-Kind-Zentren im gesellschaftlichen Umfeld der Familien ist dabei im SPD-Konzept genau so ein konkretes Instrument wie z.B. die stärkere Verbindlichkeit bei den Früherkennungsuntersuchungen von Kindern. Vorbilder aus Skandinavien und England stehen offensichtlich Pate hierfür. Das Prinzip von Fördern und Fordern soll auch hier zu mehr Verantwortung und Verbindlichkeit führen.

spw 1 / 2006

Dr. Ernst-Dieter Rossmann, SPD-MdB, Mitglied im Ausschuss für Bildung und Forschung, Vorstandsmitglied des Forum DL21, Sprecher der Parlamentarischen Linken, lebt in Elmshorn

Der Kampf für nachhaltige Entwicklung

XXVI. IUSY-Kongress – auf dem Weg zum 100. Geburtstag!

Von Kai Burmeister

Die rund 300 Delegierten des diesjährigen IUSY-Kongresses, der vom 13. bis 15. Januar im dänischen Esbjerg abgehalten wurde, hatten mit dem Abschluss der programmatischen Debatte um Nachhaltigkeit, mit der Neuwahl des Präsidiums und der Vorbereitung auf den 100. Geburtstag der sozialistischen Jugendinternationalen ein umfangreiches Programm zu bewältigen. Dieser Beitrag soll über wesentliche Ergebnisse des Kongresses berichten.

Our Struggle for Sustainable Development

Die programmatische Debatte der letzten zwei Jahren setzte sich mit verschiedenen Aspekten von Nachhaltigkeit auseinander. Die Delegierten diskutierten einen neunzehnteiligen Programmentwurf unter dem Titel „Our Struggle for Sustainable Development“, zu dem knapp 250 Änderungsanträge aus allen Kontinenten beraten wurden. Die hohe Zahl von Änderungsanträgen kann nicht als Beleg für eine inhaltliche Spaltung innerhalb der IUSY mit ihren mehr als 140 Mitgliedsorganisationen aus über 100 Ländern herangezogen werden. Die 250 Änderungen spiegeln für sich genommen vielmehr einen Erfolg des zweijährigen Diskussionsprozesses wieder, da offensichtlich viele Mitgliedsorganisationen das Programmpapier diskutiert haben und es um konkrete Einzelforderungen ergänzen wollten. Gegenüber der Vergangenheit scheint die IUSY programmatisch lebendiger geworden zu sein. In der Vorbereitung des Kongresses gelang es den Jusos, dass das Kapitel Frauenpolitik aufgewertet und programmatisch verdeutlicht werden konnte. Die zentrale strategische Aussage des Papiers findet sich im Bereich der Energiepolitik. Hier geht es sowohl in den Industrie- als auch in den Entwicklungsländern darum, den fossil-atomaren Energiemix durch eine Brücke in das Solarzeitalter zu überwinden. Regenerative Energien legen die Grundlage für nachhaltiges Wirtschaftswachstum in allen Teilen der Welt und können einen Bei-

trag bei der Armutsbekämpfung und zur Erreichung der Millennium Development Goals (MDG) leisten. Neben der entwicklungs- und wirtschaftspolitischen Bedeutung beinhaltet eine solare Energiepolitik auch eine friedenspolitische Dimension. Regenerative Energien können dabei helfen, bestehende Konflikte und Kriege um Öl zu entschärfen. Das Papier wurde schließlich einstimmig angenommen. Nun kommt es darauf an, dass die Diskussionsergebnisse nicht bloß in einer Kongressdokumentation verschwinden.

Vom Kongress wurden zudem u.a. Resolutionen zum Nahostkonflikt, zur Situation in der Elfenbeinküste sowie zu Weißrussland verabschiedet. Die All Burma Students League wurde zudem für ihre Arbeit für die Demokratisierung des Landes mit dem Anna-Lindh-Preis ausgezeichnet.

Neuer Vorstand

Einstimmig wurde der bisherige Präsident Fikile Mbalula (ANC Youth League) in seinem Amt bestätigt. Zu einer planmäßigen Veränderungen kam es hingegen auf der Position des Generalsekretärs. Das Wiener Büro der IUSY wird nun durch Yvonne O'Callaghan geführt, die bisher das Jugendbüro des internationalen Gewerkschaftsbundes in Brüssel geleitet hat. Durch diese Personalentscheidung wurden die Weichen dafür gestellt, dass künftig sicherlich die inhaltliche als auch aktionsorientierte Kooperation mit der internationalen Gewerkschaftsbewegung verstärkt werden wird. Lange Zeit wurde der Kongress durch die unübersichtliche Kandidatenlage bei den Vizepräsidenten innerhalb Europas geprägt. Nachdem sich alle anderen Regionen der Welt bei den Vizepräsidenten gemäß eines informell akzeptiertem Verteilungsschlüssels auf ihre Kandidaten geeinigt hatten, standen in Europa neun Kandidaten für sieben Plätze zur Wahl. Mit dem besten Stimm-ergebnis auf der Männerliste wird Kai Burmeister auch in den nächsten zwei Jahren die Jusos im Präsidium vertreten, einen Vize-



Kai Burmeister

präsidentenplatz hat hingegen die griechische Pasok-Jugend verloren. Gewinner des Kongresses sind hingegen die künftig mit 2 Vizepräsidenten vertretenden Organisationen vom Balkan, die strategisch geschickt auf dem Kongress agiert haben.

100 Jahre IUSY

Die Vorgängerorganisation der IUSY wurde 1907 in Stuttgart auf einer Konferenz mit 20 Delegierten aus 13 Ländern gegründet. Entsprechend steht die IUSY im Jahr 2007 vor der Herausforderung – in enger Kooperation mit den Jusos und Falken – die hundertjährige Geschichte angemessen zu zelebrieren. Die Vorbereitungen hierfür laufen bereits. Es geht dabei über eine einzelne Großveranstaltung hinaus darum, den IUSY-Geburtstag auch für eine Bilanz sowie für einen Ausblick internationalistischer Politik zu nutzen. Im Zentrum der Stuttgarter Konferenz stand der Kampf gegen die Militarisierung sowie gegen die Jugendarbeitslosigkeit. Beide Themen sind auch heute noch aktuell. Konkret geht es innerhalb der IUSY bis 2007 um einen Verständigungsprozess darüber, programmatische Elemente des demokratischen Sozialismus und eines erneuerten Internationalismus zu entwickeln. Für die Jusos bedeutet dies, dass das Jahr 2007 insgesamt unter eine internationalistische Fragestellung gestellt wird. In einer Kongressresolution wurde Niels Annen (IUSY-Vizepräsident 1999-2001) mit der Koordinierung des Festivitäten beauftragt.

Alles in allem war der Kongress ein politischer Schritt in die richtige Richtung. Stärker als in der Vergangenheit standen schließlich, nachdem die Blockade bei den Kandidaten in Europa aufgelöst werden konnte, mit der Nachhaltigkeitsdiskussion inhaltliche Themen im Mittelpunkt. Mit der Vorbereitung des 100. Geburtstages steht zudem die Aufgabe für die nächste Zeit fest. Mehr unter www.iusy.org

spw 1/2006

Wie wird die SPD wieder sexy?

von Thomas Wisniewski

Manchmal stelle ich mir vor, dass Matthias Platzeck, Hubertus Heil und Franz Müntefering in der Bundestagskantine an einem Tisch sitzen, ihren Kaffee schlürfen und sich darüber unterhalten, wie die SPD wieder sexy wird. Eigentlich ein Widerspruch in sich? Mit sexy verbindet man Angelina Jolie oder Claudia Schiffer, Brad Pitt oder George Clooney. Aber Franz Müntefering oder Matthias Platzeck? Der alte Tanker SPD sexy? Eigentlich nicht vorstellbar. Aber was bedeutet das Parteien-Modewort „Sexy“ eigentlich? Ist es nicht einfach ein anderer Begriff für neue Reformen oder für ein neues SPD 2000? Wie macht man eine Partei, die mittlerweile schon etwas grauhäarig daher kommt, wieder flotter?

Plakate kleben ist nicht sexy

Neulich saß ich mit Freunden beim Essen zusammen. In Zeiten von Neuwahlen sprachen wir den ganzen Abend über Politik und Parteien. Immer wieder hörte ich Sätze wie „In den Ortsvereinen habe ich keine Lust mitzuarbeiten, da geht es nur um Ampeln oder um Straßenschilder“ oder „Es gibt keine Möglichkeiten thematisch oder an Projekte zu arbeiten“. Auch wenn ich versuchte, dass mit meinen Erfahrungen in meiner 14jährigen Mitgliedschaft zu widerlegen: „Ampeln und andere Probleme betrifft die Menschen doch vor Ort, ist doch gut, dass SPD-Mitglieder sich darum kümmern“. So konnte ich doch nachvollziehen, dass es viele Menschen gibt, die ihr eigenes Ding, fernab von den Regularien und Bedingungen einer politischen Partei machen wollen. Viele Politikwissenschaftler haben sich da schon lange ihre Gedanken gemacht. Individualisierung, kaum noch Bindungen an großen Organisationen, vermehrte Arbeit in Projekten, viel Patchwork, kaum noch 40 Jahre im gleichen Unternehmen. Hat die SPD darauf auf diese Bedürfnisse Antworten gefunden? Wenn man die sinkende Anzahl von Ortsvereinen und Mitgliedschaften sieht, wohl nicht.

Die SPD will sich ein Image geben als Partei, die für die Förderung von Bildung und Forschung eintritt. „Mehr in die Köpfe investieren“, lautet zum Beispiel ein Slogan. Der Kampf für Chancengleichheit und die Förderung von neuen Ideen sind Schwerpunkte einer Bildungs- und Forschungspolitik.

Aber beherzigen wir das auch innerhalb der Partei? Fördern wir wirklich unsere Mitglieder, gerade diejenigen, die neu und voller Tatendrang zu uns kommen? Wie viele engagierte Genossinnen und Genossen versauern vor Ort, weil die politische Arbeit sie einfach nicht interessiert? Investieren wir in Parteimitglieder, womöglich in Talente?

In vielen Organisationen und in Unternehmen wird projektorientiert gearbeitet. Ideen werden in Werkstätten, in Laboren entwickelt. Viel Zeit und Geld wird in die Forschung gesteckt. Warum macht das die SPD – abseits des antiquierten Wilhelm-Dröschner-Preises – nicht in größerem Maße? Im Zentrum steht immer noch der Ortsverein oder die Abteilung. Dort bestimmt der Alltagstrott die Arbeit. So wichtig die alltägliche Arbeit und die lokale Einbindung ist, aber Diskussionen über wichtige, politische Themen, gar Zukunftsfragen kommen dann höchstens noch vor Wahl vor, wenn der heimische Bundestagsabgeordnete vor 20 Mitgliedern spricht. Impulse auch für die Arbeit vor Ort können so kaum entstehen. Junge GenossInnen müssen sich immer noch häufig über Schriftführerposten und Plakate kleben für Aufgaben empfehlen. Für viele ist das nicht attraktiv. So verzichtet die SPD auf viele Talente, auf viele gute Ideen. Böse Stimmen würden darauf hinweisen, dass die „Mächtigen“ in der Partei das mit Genugtuung sehen.

Auf der Suche nach dem Schönheitsideal

Wie wäre es mit dem Ziel, in jedem Unterbezirk Laborstätten zu entwickeln, wo GenossInnen sich ausprobieren können? Wo sie an Projekten arbeiten können, die sie für wichtig halten, unabhängig von Ortsvereinen oder Stadtbezirken. Wo sie mit Menschen zusammenarbeiten, die vielleicht nichts mit Parteien zu tun haben, sich aber engagieren wollen. Und wo diese Überlegungen dann konkret in Politik einfließen können. Die SPD muss wieder mehr Ideen entwickeln und umsetzen. Da ist die Schnuppermitgliedschaft nur ein viel zu kleiner Baustein. Warum bekommt nicht jedes Neumitglied eine/n Mentor/in an die Hand? Jemand, der Erfahrungen weiter gibt. Auch für viele ältere Genossinnen und Genossen könnte das eine wichtige Aufgabe sein. Im Gegenzug profitieren die Älte-

ren von neuen, vielleicht auch mal radikaleren Ideen. Warum machen wir Kommunalakademien nicht zur Pflicht für jede/n Genossin/en, als Grundseminar sozusagen? Und wann fangen wir an, die SPD zu entbürokratisieren von Protokollen und Memos, von nicht enden wollenden Sitzungen ohne Zweck und Ziel.

Auf der Pirsch

Wir haben in den letzten Jahren viele WählerInnen, viele Multiplikatoren verloren. Die müssen wir wieder zurückgewinnen, um wieder mehrheitsfähig zu werden. Warum fragen wir sie nicht direkt, wie sie sich die Zukunft vorstellen? Wie wär's mit einer Kampagne oder einer Volksbefragung? Wir müssen wieder eine Vision entwickeln, gemeinsam mit den Menschen, gemeinsam mit unseren Mitgliedern – und nicht mit Agenturen und spin-doctors. Weniger langweiliger Pragmatismus, mehr querdenkende Visionen. Bernd Ulrich, stellv. Chefredakteur der Zeit, hat dazu geschrieben, dass „nicht nur zu viel Ideologie, auch zu viel Pragmatismus in die Handlungsunfähigkeit führen kann“. Und ohne Handlung, gibt es auch keinen Sex.

Die inneren Werte

Wenn wir wieder sexy sein wollen, müssen wir uns auch sexy fühlen, sowohl vom Aussehen, als auch von innen heraus. Klar, Diskussionen, ob die Mehrwertsteuer 16 % oder 19 % hoch sein wird oder der Spitzensteuersatz bei 42 % oder 45 % liegen soll, sind wichtig. Aber können wir den Menschen, den politisch Interessierten eigentlich noch das große Ganze vermitteln. Michael Müller hat das sehr schön ausgedrückt: „Die SPD muss eine große Geschichte erzählen“. Vielleicht eine Geschichte, wie wir die Lebensqualität erhöhen können? Oder wie wir wieder für ein gerechtes Deutschland kämpfen, wo fulminanten DAX-Gewinne und Arbeitsplatzabbau mittlerweile als Normalität und nicht als Abnormalität angesehen werden. Eine Geschichte, wie wir abseits des Wachstums leben können und dabei trotzdem gut oder sogar besser leben können. Oder eine Geschichte, wo es wieder um Internationalität geht.

Die Zeiten, in der sich jedes Parteimitglied auch politisch mit anderen Ländern und anderen Kulturen ausgetauscht haben, sind leider zum größten Teil längst vorbei. Übrig geblieben ist fast nur noch der SPD-Reiservice. Und eine Geschichte, wo SPD-Politiker nicht mehr Märchenonkel/-tante spielt und von Vollbeschäftigung und Halbierung der Arbeitslosigkeit erzählt, sondern davon, dass wir die Zukunft der Arbeit neu entwickeln müssen. Um es mit Wertherhagen zu sagen: Dann wäre der alte Tanker SPD wieder sexy und wir würdem „alles für Dich tun“.

Sind wir davon gekommen?

Von Wolfgang Uellenberg-van Dawen

Ja, wir sind noch einmal davon gekommen – das war die Stimmung vieler Kolleginnen und Kollegen am Wahlabend. Schwarz – Gelb konnte keine eigene Mehrheit bilden. SPD, Grüne und Linkspartei hatten die Mehrheit und das bedeutete: Es gab keine Mehrheit für Eingriffe in die Tarifautonomie. Ob durch Aufhebung des Verbotes für Betriebsräte Tarifverhandlungen zu führen, gesetzlichen Öffnungsklauseln oder eine Veränderung des Günstigkeitsprinzips – alle Pläne waren vom Tisch.

Es gab auch keine Mehrheit für die Einschränkung der betrieblichen oder überbetrieblichen Mitbestimmung und auch keine für die Besteuerung der Sonn- Feiertags- und Nachtzuschläge. Letzteres war das große „Bauchthema“ in vielen Betrieben. Fast die Hälfte aller Beschäftigten leistet Schichtarbeit. Immer mehr Menschen arbeiten nachts, ruinieren ihre Gesundheit. Sie alle brauchen das Geld. Was die Kolleginnen und Kollegen bewegte wurden jedoch nicht ausreichend thematisiert. Nur in wenigen Regionen wie in Köln und Dortmund und nur bei den Hauptbetroffenen Branchen Bergbau, Chemie, Metall, Stahl, oder im öffentlichen Dienst – Feuerwehr, Krankenhäuser, Polizei oder Flughäfen und Logistik wurde es angesprochen, wurde mobilisiert, fanden Aktionen statt. Dennoch: Kirchhofs Pläne zur Entlastung der höheren Einkommen und Merkels Forderungen nach der Besteuerung der SFN Zuschläge haben der Union den Wahlsieg gekostet.

Noch einmal davon gekommen, war auch die SPD. Der Weg in die Opposition blieb erspart, aber die Sozialdemokraten erhielten die Quittung für enttäuschte Erwartungen, eine gründlich misslungene Arbeitsmarktreform den Zickzackkurs zwischen Arbeit und Kapital. Auf dieser Quittung standen abwechselnd Wahlenthaltung oder Linkspartei.

Es ist wichtig, immer wieder daran zu erinnern. Denn nach der Wahl ist vor der Wahl. Die nächsten Landtagswahlen sind im März. Die großen Parteien scheinen die Lektion zumindest verbal gelernt zu haben. Die Union entdeckt die Gerechtigkeit neu, der CSU Wirtschaftsminister fordert höhere Löhne und die SPD wirbt mit dem, was Gerhard Schröder „Gedöns“ nannte – der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Förderung von Kleinkindern.

Selbst der Vertrag der Großen Koalition, die keiner wollte – so die Koalitionäre – enthält einige über-

raschende Elemente: So wird im Jahre 2006 die Konjunktur nicht weiter kaputt gespart und stattdessen eine höhere Verschuldung in Kauf genommen. Auch die Investitionsimpulse von 25 Mrd. Euro in den nächsten vier Jahren setzen die richtigen Akzente. Sie fördern die Investitionen und Innovationen und stärken das qualitative Wachstum. Familien mit Kindern sollen entlastet, Kinder unter 3 Jahren besser betreut werden. Eine grundsätzliche Wende ist im Staatsverständnis erkennbar. Die Steuerquote soll wieder erhöht, die finanzielle Handlungsfähigkeit des Staates gestärkt werden. Aber hier beginnt dann die Wende zu schlechten: So wichtig ein handlungsfähiger Staat ist, so wenig gerecht ist die fast ausschließliche Finanzierung über die Erhöhung der Mehrwertsteuer um 3 Punkte. Eine Mehrwertsteuer stand im Raum, selbst der DGB Vorsitzende Michael Sommer hatte sie gefordert, um die Sozialabgaben für gering Verdiener damit zu finanzieren. Aber diejenigen, deren Einkommen und Vermögen in den letzten Jahren enorm gewachsen ist, kommen fast ungeschoren davon. Die Reichensteuer bleibt ein Feigenblatt, wenn ihr nicht der Einstieg in den Anstieg des Spitzensteuersatzes folgt und wenn nicht nur die Subventionen für Medien und Schiffe gestrichen werden, sondern auch die für die geschlossenen Immobilienfonds wie Esch – Oppenheim in Köln folgen. Es ist völlig widersinnig, die Kommunen in der Defizitfalle zu lassen und den Großinvestoren und Großspekulanten weiter Geld hinterher zu werfen.

Wenig zukunftsweisend bleiben auch die Ziele der Haushaltskonsolidierung. Um das Maastricht Kriterium zu erreichen, würden 6 Mrd. Euro Einsparungen genügen – so der Wirtschaftsweisen Peter Bofinger. Für einen verfassungskonformen Haushalt reichen 25 Mrd. aus. Das Großkoalitionäre Sparziel von 35 Mrd. Euro folgt den alt vertrauten Modell der CDU vom sparsamen Hausvater, der nur das ausgibt, was er einnimmt. Aber ebenso wenig wie Frau Merkel zur Mutter der Nation taugt, so wenig taugen solche hausbackenen Sparmodelle für die Wirtschafts- und Finanzpolitik eines modernen Staates. Wenn es in diesem Jahr nicht zu einem selbst tragenden Aufschwung kommt, dann wird den Rotstift und Mehrwertsteuererhöhung zu einer Vollbremsung des Wachstums führen.

Ein selbst tragender Aufschwung setzt auf Vertrauen der Konsumenten. Das steht sogar im Ko-



Wolfgang Uellenberg-van Dawen

alitionsvertrag. Nur werden daraus nicht die Konsequenzen gezogen: Rentnerinnen und Rentner werden ihr Geld zusammenhalten, denn für sie gibt es faktisch keine Rentensteigerungen mehr. Wer krank wird, wird auch in Zukunft weiter zahlen. Langzeitarbeitslose im Osten erhalten endlich die gleiche Grundleistung des ALG II wie im Westen, aber für alle wird der Rentenzuschuss gekürzt. Der Einnahmeausfall bei der Rentenversicherung soll durch die Sozialversicherungspflicht für die SFN Zuschläge ab einem Stundenlohn von 25 Euro sowie die Versteuerung und Verbeitragung der Abfindungen gestopft werden. Und wie sollen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Vertrauen in die Zukunft fassen oder auch noch Kinder in die Welt setzen, wenn der Arbeitgeber bald eine Probezeit von 2 Jahren für ein reguläres Arbeitsverhältnis vereinbaren kann. Dieser Schildbürgerstreich der Koalition wird nur noch durch das „Abschiedsgeschenk“ des gescheiterten Superministers Wolfgang Clement übertroffen, die katastrophalen Fehler in der Gesetzgebung wie der Umsetzung von Hartz IV durch eine im Stil und Inhalt abstoßende Debatte über den Leistungsmissbrauch zu übertünchen. Anstatt die „Reform“ grundsätzlich zu überarbeiten, werden künftig Hilfsbedürftige mit Telefonaktionen überzogen und junge Menschen gezwungen, bis zum 25. Lebensjahr bei ihren Eltern leben zu müssen. Selbst ein Arbeitsminister Müntefering bringt da wenig Hoffnung, es sei denn, er hätte den Mut, sich von dem Unsinn seines Vorgängers endlich einmal klar abzugrenzen.

Es bleiben zwei Erkenntnisse. Erstens: Wenn Gewerkschaften mobilisieren und wenn sie Ansprechpartner in der Politik haben, dann lassen sich Wahlergebnisse und Koalitionen beeinflussen. Zweitens: Wir werden auch in Zukunft nur dann vorwärts kommen, wenn wir als Einheitsgewerkschaft klar die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aber auch der Arbeitslosen vertreten und mit eigenen Konzepten und Ideen uns in die Politik einmischen. Denn vor der Wahl ist nach der Wahl.

spw 1 / 2006

Wie weiter mit dem Iran?

Von Rolf Mützenich

Die Verhandlungen zwischen der Europäischen Union (EU) und der Islamischen Republik Iran zur Beilegung der Atomkrise sind vorerst gescheitert. Das Brechen der Siegel in der Wiederaufbereitungsanlage von Natanz ist ein Bruch der Pariser Vereinbarung vom 15. November 2004, in der sich Teheran verpflichtet hatte, während der Gespräche auf die Urananreicherung und damit verbundene Aktivitäten zu verzichten. Der einseitige Verstoß gegen die Verabredung hat den letzten Rest an Vertrauen zerstört. Verlässlichkeit und Kompromissbereitschaft sind aber unerlässlich, um internationale Krisen durch Diplomatie zu lösen. Deshalb sollten die offiziellen Gespräche jetzt unterbrochen werden. Derzeit gibt es keine Anhaltspunkte dafür, dass sie noch zu einem Ergebnis führen würden.

Jetzt sollte die Zeit genutzt werden, um die bisher gemachten Erfahrungen zu bewerten, veränderte Strategien und Instrumente zu erwägen, neue Bündnispartner zu gewinnen und den Prozess durch atomare Rüstungskontrolle zu begleiten. Vorab bleibt festzustellen: Das Scheitern der Gespräche bedeutet nicht, dass der mit der Teheraner Erklärung vom 22. Oktober 2003 eingeleitete Weg grundsätzlich falsch war. Seitdem sind die Motivlagen auf allen Seiten transparenter geworden und die Entscheidungsträger im Iran eindeutiger identifizierbar. Vor allem aber ist Iran nicht mehr in der Lage, seine Absichten weiter im Verborgenen zu betreiben. Denn nicht nur die Mitgliedsländer der EU und die USA sind besorgt über die Aktivitäten in Isfahan, Natanz, Busher, Parschin und Arak – auch die Anrainerstaaten am Persischen Golf sind alarmiert. Auch Russland und die VR China unterstützen verhältnismäßig offen die Verhandlungen der EU-3. Zudem ist die Überwachung und Aufdeckung

illegaler Exportaktivitäten nun besser geworden. Allein das ist ein kleiner Lichtblick.

Was also, ist in den kommenden Monaten zu tun? Erstens muss eine vorurteilsfreie Bewertung der bisherigen Gespräche versucht werden. Die EU und die Internationale Atomenergiebehörde sollten ihre Erfahrungen austauschen und gemeinsam bewerten. Dabei gilt es auch zu erörtern, wie ein möglicher Sanktionskatalog aussehen könnte. Zweitens muss ein erweiterter Verhandlungsrahmen aufgebaut werden. Dabei gehören insbesondere die Länder an den Tisch, die Einfluss oder Ansehen im Iran genießen, wie die VR China und Indien. Die Verantwortlichen in Teheran versuchen derzeit, das Energiebedürfnis beider aufstrebenden Wirtschaftsmächte auszunutzen. Dagegen steht, dass sowohl die VR China, als auch Indien eine weitere Atomwaffenmacht in der Region nicht akzeptieren werden wollen. Dieses Interesse muss für weitere Verhandlungsansätze genutzt werden. Darüber hinaus sollten auch die so genannte blockfreie Staaten, etwa Südafrika und die Golfstaaten, stärker mit einbezogen werden – auch und gerade bei der Ausgestaltung möglicher Sanktionen. Vor allem aber müssen die USA effektiver in eine neue Verhandlungsstrategie eingebunden und deren Gestaltungskraft genutzt werden. Es gibt mittlerweile eine Vielzahl von Stimmen innerhalb und außerhalb Washingtons, die ein stärkeres diplomatisches Engagement ihres Landes fordern. Drittens müssen weitere Verhandlungsziele erörtert werden. Nicht allein das Wissen und die Möglichkeiten zur Urananreicherung sind ein Indiz für die Atomwaffenfähigkeit eines Landes. Entscheidender ist vielmehr die Fähigkeit, atomare Sprengköpfe zu entwickeln. Deshalb müssen bei neuen Verhandlungen auch die iranischen Trägersysteme



Rolf Mützenich

me berücksichtigt werden. Mit ihrer derzeitigen Reichweite zielen die Raketen bis Israel und in Teile der Türkei – und in einigen Jahren vermutlich bis nach Griechenland und Italien. Aber auch Pakistan, Turkmenistan – und in absehbarer Zeit auch Russland und Indien liegen in der Reichweite iranischer Raketen. Viertens werden neue Initiativen keinen Erfolg haben, wenn sich nicht gleichzeitig die internationalen Rahmenbedingungen zugunsten der Rüstungskontrolle verändern. Der Vorschlag, die letzten Stufen der Urananreicherung in Russland vorzunehmen, wäre womöglich leichter umzusetzen gewesen, wenn diese Möglichkeit Teil des Atomwaffensperrvertrages wäre. Im Mai vergangenen Jahres scheiterte die Überprüfungskonferenz zu diesem Vertragswerk vor allem am Widerstand der USA und Frankreichs. Hilfreich wäre auch, wenn die Atomwaffenstaaten endlich ihre Abrüstungsverpflichtung ernst nehmen würden oder Indien und Pakistan zu einer verlässlichen Rüstungskontrolle bereit wären. Auch die atomare Bewaffnung Israels gehört – soll Rüstungskontrolle im Mittleren und Nahen Osten eine Chance haben – auf die Tagesordnung.

Die Hoffnung auf eine Lösung der iranischen Atomkrise ist vorhanden. Voraussetzung bleibt aber, dass sich Iran von seiner „Alles-oder-Nichts-Strategie“ verabschiedet und wieder als ernstzunehmender Partner an den Verhandlungstisch zurückkehrt.

spw 1 / 2006

Dr. Rolf Mützenich, SPD-MdB, Sprecher der AG „Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung“

„Preis der Arbeit 2006“

Forum Zukunftsökonomie

Von Ute Finckh

Unter diesem Titel möchte das „Forum Zukunftsökonomie“ 2006 einen Preis

ausschreiben, mit dem Unternehmen ausgezeichnet werden, die ihrer gesellschaftli-

chen Verantwortung in herausragender Weise gerecht werden. Dabei sollen soziale und ökologische, emanzipatorische und demokratische Kriterien herangezogen werden. Neben dem Schlagwort der Corporate Social Responsibility (CSR) klingt hierbei der ebenfalls vielfach strapazierte Begriff der Nachhaltigkeit mit. Initiatoren des „Forum Zukunftsökonomie“ sind die sechs Publikationen taz, Verbraucher konkret, ver.di publik, einblick, vorwärts und BUNDmagazin.

Am 1.12.2005 fand auf Einladung der taz unter dem Titel „After work – better work“ ein

Dr. Ute Finckh, Vorsitzende „Bund für Soziale Verteidigung“, arbeitet als Mathematikerin in Berlin

erster Workshop des Forums statt. Die Impulsreferate hielten Walter Riester (SPD MdB, ehemaliger Minister für Arbeit und Sozialordnung) und Birgit Mahnkopf (Professorin für europäische Gesellschaftspolitik an der Fachhochschule für Wirtschaft Berlin).

Walter Riester gab eine Übersicht über die in den letzten 100 Jahren entstandenen Regelungen, Gesetze, Vorschriften, die den Bereich „Arbeit“ betreffen. Er führte dann aus, welche Regelungen es derzeit im internationalen Bereich gibt, an die politisch angeknüpft werden kann. Er unterschied dabei drei Ebenen:

1. Betriebliche Regelungen internationaler Unternehmen, die in wenigen, aber wichtigen Unternehmen existieren und z.B. das Recht auf Bildung einer Interessenvertretung auch in ausländischen Tochterunternehmen oder Regelungen für Zuliefererbetriebe umfassen.
2. Regelungen auf der europäischen Ebene (auch über EU-Recht hinaus, z.B. durch die europäische Sozialcharta von 1963, die von fast allen Mitgliedern des Europarats unterzeichnet wurde).
3. Internationale Regelungen und Leitlinien (z.B. Menschenrechtsstandards in den OECD-Leitlinien für international agierende Unternehmen).

Nicht alle Regeln, die eigentlich gültiges Recht sind, können derzeit eingefordert werden, und bei „Leitlinien“ muss im Zweifelsfall geprüft werden, ob sie nur ein „public relations“-Instrument sind oder reale Auswirkungen haben. Trotzdem warb Walter Riester dafür, sich ggf. auf geltende Regelungen zu berufen und auf Widersprüche zwischen Anspruch und Realität öffentlich hinzuweisen.

Birgit Mahnkopf skizzierte die dramatischen Veränderungen der letzten 20 Jahre in Bezug auf die Rolle der Unternehmen. Macht, Einfluss und Rechte von Unternehmen sind stark gewachsen, die Einflussnahme auf Politiker und Machtmissbrauch haben drama-

tisch zugenommen. Folgekosten werden zunehmend externalisiert, die Beteiligung an den Gemeinkosten sank und wurde durch „charity“ ersetzt. Renditen wurden bis auf 20-30% gesteigert, kurzfristiges Denken und unsoziales, unökologisches Verhalten gingen damit Hand in Hand. Durch multilaterale Abkommen zur Ausweitung der Rechte ausländischer Unternehmen, teilweise auf Kosten der inländischen, wurden Standards abgesenkt.

Aus ihrer Sicht macht es daher wenig Sinn, über die „Verantwortung“ von Unternehmen zu reden, wenn nicht gleichzeitig über „Pflichten“ geredet wird. Die zahlreichen CSR-Vereinbarungen klammern Vieles aus, es gibt kaum Kontrollen und keine Sanktionen, wenn derartige Selbstverpflichtungen verletzt werden. Da, wo viele Unternehmen beteiligt sind, sind die Anforderungen (zu) gering, da, wo strenge Kriterien verlangt und ggf. sogar überprüft werden, sind die Teilnehmerzahlen gering. Über Multi-Stakeholder-Ansätze, Zertifizierung, Beteiligung internationaler Organisationen könnten Controlling und Reporting institutionalisiert werden, Sanktionsmechanismen über eine internationale Gerichtsbarkeit ermöglicht werden. In jedem Fall müssen die vollständigen Zuliefererketten mit einbezogen werden.

„Best practice“-Bemühungen und freiwillige Regelungen können internationale Rechtsnormen und deren Kontrolle daher nur ergänzen, nicht ersetzen.

In der Debatte wurden u.a. folgende Fragen aufgeworfen bzw. Aspekte ergänzt:

Wie beziehen wir die Tatsache ein, dass global gesehen 2/3 bis 4/5 der Wertschöpfung außerhalb dessen erfolgt, was über das BSP gemessen wird?

Sollten wir die im englischsprachigen Diskurs verwendeten Begriffe accountability, liability eher mit „Haftung“ als mit „Verantwortung“ oder „Pflicht“ übersetzen? Bereiche, in denen derzeit international Haftung reduziert, ausgeschlossen oder dem Staat überantwortet werden soll, besonders in den Blick nehmen.

Unternehmer statt Unternehmen haftbar machen?

Wie können wir die Definitionsmacht darüber, was „nachhaltig“ ist, zurückerobern?

Sollten kleine und mittlere Unternehmen (die kaum mit internationalen Zulieferern arbeiten oder Tochterfirmen in anderen



Ute Finckh

Ländern haben) anders betrachtet werden als Großunternehmen?

Veränderung von Arbeitsbedingungen stärker thematisieren (zunehmende Qualifikationsanforderungen, Arbeitsdichte, Leistungsanforderungen). Wie entwickelt sich der Begriff von Arbeit, wie verändern sich damit verbundene Wertsetzungen?

Den Widerspruch bewusst machen, dass genau die Bedingungen, die den Menschen als VerbraucherInnen niedrige Preise beschreiben, ihnen als Beschäftigten schaden.

Peak Oil-Debatte – wenn Transportkosten mittelfristig ernsthaft in die Preise eingehen, entstehen neue Chancen für lokale Ökonomien.

Link: <http://www.preis-der-arbeit.de/> spw 1 / 2006

10. Regionaltreffen der ostdeutschen SPD-Linken

Gut besucht war das 10. Regionaltreffen der ostdeutschen SPD-Linken in Berlin, welches jedesmal am zweiten Januarwochenende in Berlin stattfindet. Die Genossen aus Sachsen-Anhalt fehlten diesmal, da gleichzeitig ihr Landesparteitag stattfand.

Einleitend analysierte Niels Annen MdB und zweiter Vorsitzender von DL21 die aktuelle Situation und Gemengelage der Partei. Dabei kommt auf die Genossen aus den ostdeutschen Ländern in Frage der Linkspartei eine besondere Bedeutung zu. Haben sie doch alle mit dieser bereits einschlägige Erfahrungen. In der Programmdiskussion wer-

den sich ostdeutsche Sozialdemokraten intensiv in die Diskussion einbringen. Im zweiten Teil der Veranstaltung machte Rolf Reissig eine Bilanz rot-roter Regierungspolitik in Berlin und in Mecklenburg-Vorpommern. Beide stehen im September 2006 auf dem Prüfstand. Reissig zog in seiner Analyse durchaus eine Erfolgsbilanz, die nicht von allen Anwesenden in der ganzen Breite geteilt wurde.

Ein wichtiger Bestandteil der Veranstaltung sind regelmäßig die einzelnen Länderberichte. Besonders erfreulich an diesem Treffen war die gewachsene Präsenz von Bran-

denburger Sozialdemokraten, die ja im Dezember 2005 einen parteilinken Kreis DL21 gegründet haben, der inzwischen auch schon eine enorme Beachtung gefunden hat. Die Gründung einer Landesgruppe in Thüringen ist ebenfalls in Vorbereitung. Am Sonntag gingen traditionell etliche Teilnehmer des Treffens mit der SPD-Fahne zur Rosa- und Karl-Manifestation in Friedrichsfelde, wo wieder bestimmt 80000 Menschen den ganzen Vormittag schweigend an den Gräbern vorbeiliefen.

Burkhard Zimmermann, Berlin

Personen & Positionen

Frank Schwabe neuer Vorsitzender der SPD-Denkfabrik

„Die Denkfabrik muss weiterhin ein kreativer Impulsgeber innerhalb der Sozialdemokratie bleiben“, ist das Ziel des aus dem Ruhrgebiet stammenden Bundestagsabgeordneten Frank Schwabe, dem neuen Vorsitzenden der Denkfabrik. Einstimmig wurde er zum Nachfolger Dietmar Nietans gewählt, der nicht mehr zu einer Neuwahl angetreten ist.

„Die SPD muss gerade in der Großen Koalition klar erkennbar bleiben. Wir wollen weiterhin unseren Beitrag zur Stärkung des sozialdemokratischen Profils und zur Zukunftsfähigkeit der SPD leisten. Es gibt sozialdemokratische Antworten auf die wichtigen Zukunftsfragen. Diese Antworten wollen wir entwickeln und in die SPD tragen“, so Frank Schwabe.

Zu seinen Stellvertreterinnen und Stellvertretern wählte die Denkfabrik: Marie-Luise Beck, Marco Bülow, MdB, Christine Lambrecht, MdB, Florian Pronold, MdB, Sönke Rix, MdB, und Larissa Schulz-Trieglaff.

Die Denkfabrik wurde von SPD-Abgeordneten und Abgeordneten-Mitarbeitern gegründet, um über die Tagespolitik hinaus Antworten auf drängende Zukunftsfragen zu entwickeln. Als Vertreterinnen und Vertreter der jüngeren Generation in unserer Partei sehen sie sich in einer besonderen Verantwortung, einen Beitrag

zur Stärkung des sozialdemokratischen Profils und zur Zukunftsfähigkeit der SPD zu leisten. Sie wollen sich nicht in Strömungsdiskussionen einordnen lassen, sondern den Gestaltungsanspruch und die Gestaltungsverantwortung von Politik behaupten. Weitere Informationen finden

sich im Internet unter www.spd-denkfabrik.de.

Inken Wiese, seit vielen Jahren Mitglied der spw-Redaktion und internationale Sekretärin des Juso-Bundesverbandes, wurde zur Geschäftsführerin der Denkfabrik ernannt.



Der neue Vorstand der Denkfabrik (v.l.): Larissa Schulz-Trieglaff, Sönke Rix, MdB, Marie-Luise Beck, Frank Schwabe, MdB, Marco Bülow, MdB und Florian Pronold, MdB. Nicht im Bild: Christine Lambrecht, MdB.

Rossmann neuer Sprecher der Parlamentarischen Linken

Die Parlamentarische Linke, Organisation von Bundestagsabgeordneten der SPD, hat einen neuen Vorstand gewählt: Zum Neuen Sprecher der PL wurde Dr. Ernst Dieter Rossmann einstimmig gewählt. Er gehört dem Bundestag seit 1998 an, ist Psychologe und promovierter Sportwissenschaftler und Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung sowie Mitglied des erweiterten Fraktionsvorstandes. Stellvertretende Sprecher sind:

- Niels Annen, ehemaliger Juso-Bundesvorsitzender, Mitglied im Auswärtigen Ausschuss und des SPD-Parteivorstandes;
- Christine Lambrecht, auch stellvertretende Sprecherin der Gruppe junger SPD-

Bundestagsabgeordneter DENKFABRIK, Mitglied im Rechtsausschuss;

- Andreas Steppuhn, Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales, Bundesvorstandsmitglied der IG BAUEN-AGRAR-UMWELT.

Mitglieder des erweiterten Vorstandes sind:

- Elke Ferner, stellvertretende Parteivorsitzende und Mitglied des Präsidiums der SPD sowie stellvertretende Fraktionsvorsitzende;
- Gabriele Hiller-Ohm, Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales;
- Michael Müller, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit;
- René Rösper, Mitglied im Ausschuss für

Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung;

- Ortwin Runde, Mitglied im Finanzausschuss, ehemaliger Bürgermeister Hamburgs, Mitglied des Fraktionsvorstandes;
- Dr. Marlies Volkmer, Mitglied im Gesundheitsausschuss und des erweiterten Fraktionsvorstandes.

Als Schatzmeisterin wurde Petra Merkel bestätigt, Mitglied im Haushaltsausschuss. Andrea Nahles, Sprecherin des Forums Demokratische Linke 21, Organisation des linken Parteiflügels der SPD, ist kooptiertes Mitglied des neuen PL-Vorstandes. Sie ist Mitglied des SPD-Präsidiums und des Parteivorstandes.

Die Parlamentarische Linke dankte ausdrücklich ihrem bisherigen Sprecher Michael Müller, der als Parlamentarischer Staatssekretär und damit Mitglied der Bundesregierung nicht mehr für diese Position kandidierte.

Brauchen wir kritische Intellektuelle?

Einleitung zum Schwerpunkt

Von Anja Kruke und Reinhold Rünker

Natürlich wird eine Zeitschrift wie spw die mit diesem Schwerpunkt gestellte Frage zunächst mit einem uneingeschränkten „Ja“ beantworten: Natürlich brauchen wir kritische Intellektuelle, keine Frage! Keine Frage? Fragen wir aber mal reihum in unseren jeweiligen Gesprächskreisen, welche Namen uns als Intellektuelle einfallen, so ernten wir ratloses Schweigen oder wir hören Namen von Personen, die zumeist die 70-Jahre-Altersmarke sicher überschritten haben (vgl. den Beitrag von Svea Reiners in diesem Heft sowie das spw-Tischgespräch mit Karl Lauterbach und Paul Nolte). Es scheint heute – auf der subjektiven Ebene – also nicht sehr einfach zu sein, zeitgenössische Intellektuelle zu identifizieren.

Wo sind die jungen Intellektuellen?

Vielleicht ist es tatsächlich auch eine Generationen-Frage. Für die jüngeren VertreterInnen der Gruppen, die gemeinhin als KandidatInnen für das Attribut „Intellektuelle“ gehandelt werden – WissenschaftlerInnen, JournalistInnen und PublizistInnen – scheint es seit langem nicht mehr hipp, sich politisch öffentlich zu äußern. Deswegen müssen bei öffentlichen Debatten zu den gesellschaftlichen Streitfragen auch immer noch die Altvorderen ran: Habermas, Dahrendorf, Jens und wie sie alle heißen. Das soll deren Verdienst nicht schmälern, aber es wirft doch die Frage auf, warum die Jüngeren abstinenter bleiben.

Drei Aspekte sind hier zu diskutieren:

1. Jede Generation definiert ihre eigene Intellektualität. Sie sieht heute anders aus, da wir seit bald zwanzig Jahren eine Erosion politischer Leitbilder und -orientierungen erleben. Die politische Zuordnung von „rechts“ und „links“ wird von Vielen als unklar empfunden. Die Orientierung auf Parteien wurde auch für diejenigen, die sich dezidiert politisch äußern, abgelöst zugunsten einer feuilletonistischen Kultur- und Sozialstaats- oder einer basisdemokratisch-globalisierungskritischen Gesellschaftskritik.
2. Wir erleben gesellschaftlich eine zunehmende, mehrdimensionale Spaltung der Gesellschaft. Es verfestigen sich erneut Klassengegensätze, die man doch sozialstaat-

lich überwunden oder doch zumindest abgefedert glaubte. Gleichzeitig wird zunehmend unverhohlenes Elitedenken oder auch „Standesbewusstsein“ offensichtlich. Als Ausdruck dieser Entwicklung könnte man die Tendenz zu einer „neuen Bürgerlichkeit“ heranziehen, auch wenn diese doch Lifestyle-Qualitäten besitzt (so Jens Bisky in der SZ vom 31.1.06, „Zeit für einen Abschied“). Die mehrdimensionalen Exklusionsmechanismen der Gesellschaft („reich/arm“, „sichere/prekäre Beschäftigung“, Zugang zu politischer und medialer Partizipation) greifen auch auf die potenzielle neue Generation von Intellektuellen aus: oft ohne feste Beschäftigungsverhältnisse und auf soziale oder familiäre Transferzahlungen angewiesen, in fragilen persönlichen und gesellschaftlichen Bezügen immer wieder auf der Suche nach der Interpretation der eigenen Stellung in der Gesellschaft.

3. Sie haben ein darüber hinaus ein grundlegend anderes Problem als andere Intellektuelle vor ihnen: Sie wissen, dass es Normierungen und Regeln für ihr Verhalten gibt, und sie wissen, dass sie beobachtet werden, dass es eine bestimmte Erwartungshaltung gibt – und sie sich selber beobachten, inwiefern sie diese erfüllen. Dieses Wissen um die Beobachtung stellt sich allerdings für das Publikum gleichermaßen.

Intellektuelle und das Glaubwürdigkeitsproblem

Das Wissen um diese doppelte Kontingenz auf beiden Seiten erschwert die Glaubhaftigkeit von Aussagen. Medienverfahren hier nach ihrer altbewährten Aufmerksamkeitslogik, so dass zwar bestimmte Aussagen von bestimmten Intellektuellen schnell durchdringen, andere aber wiederum nicht. Zudem ist die mediale Verwertbarkeit sehr kurz, erzeugt also kaum eine längere oder gar nachhaltige Wirkung – es sei denn, das Verhalten wird als „Penetranz“ beschrieben, wie z. B. bei Günter Grass, Bob Geldof oder auch Bono. Interessant ist dabei, dass Rock-Musiker heute die Rollen von globalen Intellektuellen einnehmen und dabei Anknüpfungspunkte gerade auch für Jüngere unterschiedlicher Herkunft zur moralischen In-

Foto: Christian Kiel (Berlin)



stanz jenseits modischer Aktualität werden. Hier scheint sich zu erweisen, dass gerade Moral als ein der Politik querlaufendes Phänomen dringend gebraucht wird.

Erstaunlich war, dass sich im Bundestagswahlkampf doch einige Künstler und Intellektuelle im Bundestagswahlkampf 2005 positioniert haben. Was hat die Leute dazu angetrieben? In vielen Fällen war es das sicher das Thema Friedenspolitik und die rot-grüne Haltung zum Irak-Konflikt. Es scheint also immer noch einen gemeinsamen moralischen Grundanspruch zu geben, könnte man daraus schließen, der es sogar schafft, die Theatralität der rot-grünen Politik zu verdrängen und einen inhaltlichen Kern in den Vordergrund zu stellen.

Es bleibt die Frage: Wer ist eigentlich heute ein Intellektueller? Die durchaus schlichte Antwort in Anbetracht der unübersichtlichen Lage könnte sein: Alle könnten es sein. Dabei sollte man auch mediale Bedingungen, wie bereits angedeutet, in Betracht ziehen. Sie sind vielleicht einer der entscheidenden Faktoren mit Blick auf die Herausbildung Intellektueller oder einer intellektuellen Dissidenz, weil sie Informationskanäle und Botschaften verändern. Auch hippe Blogger zum Beispiel könnten demnach potenziell zu der Species „Intellektueller“ des 21. Jahrhunderts gehören.

Der Verweis auf sie erfolgt nicht ohne Hintergedanken, denn es steht einfach in Frage, von welcher Warte aus Intellektuelle heute beobachten und kommentieren: Wer weiß denn eigentlich „Mehr“ oder „Besseres“? Wieso sollte man dieser Person etwas (oder mehr) glauben als anderen? Und: Wo ist eigentlich der Informationsvorsprung, den es in Zeiten der Gegenexpertise mit der Zerstörung endgültiger Gewissheiten anscheinend ohnehin nicht mehr gibt? Das aufklärerische Projekt scheint heute mehr denn je eines zu sein, das sich um die Frage des Wissens und der Aufdeckung der Wissens-Mechanismen, der Herrschaft durch Wissen, dreht. Klassisch, könnte man sagen, aber doch postmodern, weil es dort nicht mehr um Inhalte, sondern um die Frage des Wie geht.

In diesem Sinne wird in dem Schwerpunkt dieses Heftes eigentlich nicht so sehr danach gefragt, ob wir Intellektuelle brauchen, sondern, wie intellektuelle Kritik heute und in Zukunft aussehen kann und soll.

spw 1/2006

Dr. Anja Kruke, Historikerin, lebt und arbeitet in Hamburg und im Ruhrgebiet.

Reinhold Rünker, Historiker, lebt und arbeitet in Leichlingen. Beide sind Mitglieder der spw-Redaktion.

Reflexion als Beruf

Die Aufgabe der Intellektuellen

von Daniel Morat

Die Tage der Schnecke sind seit langem vorbei. Als Günter Grass 1972 sein „Tagebuch einer Schnecke“ veröffentlichte, blickte er darin auf die erfolgreiche „Sozialdemokratische Wählerinitiative“ zurück, die mit dazu beigetragen hatte, Willy Brandt im Oktober 1969 zum ersten sozialdemokratischen Kanzler der Bundesrepublik Deutschland zu machen. Die „Sozialdemokratische Wählerinitiative“, in der sich eine Vielzahl von Schriftstellerinnen und Schriftstellern, Künstlerinnen und Künstlern zur Unterstützung Brandts zusammengeschlossen hatten, gilt bis heute als Sinnbild einer glücklichen Verbindung linker Politik und linker Intelligenz, in der zugleich der gesellschaftliche und intellektuelle Aufbruch der sechziger Jahre zum Ausdruck kam.

Auch der vermeintliche Enkel Brandts Gerhard Schröder umgab sich während seiner Amtszeit zuweilen gern mit Künstlern und Intellektuellen. Dass die Begegnungen von Geist und Macht in der Ära Schröder gleichwohl von einer gewissen Distanz geprägt blieben, lag allerdings nicht allein an Schröders hemdsärmeligem Pragmatismus. Auch die Schriftstellerinnen und Schriftsteller, Künstlerinnen und Künstler schienen nicht mehr so recht zu wissen, in welcher Form und mit welchem Ziel sie sich als Intellektuelle engagieren sollten. Ein Mehr an Demokratie musste eine Dekade nach dem Fall der Mauer offenbar nicht mehr erkämpft werden, und die mühsame Reform des Sozialstaats schien als intellektuelles Projekt wenig Sexappeal zu haben. Die Reformdebatten um die „Agenda 2010“ wurden daher durch ein eigentümliches Ritual der Orientierungslosigkeit begleitet, in dem sich Intellektuelle selbst ihr „Versagen“ und „Verstummen“ vorwarfen. Als Günter Grass im letzten Wahlkampf und mit der Aura eines alten Schlachtrosses, dessen glorreiche Zeiten eigentlich schon eine Weile zurücklagen, noch einmal versuchte, für die Sache der SPD und eine linke Reformpolitik zu mobilisieren, erhielt er zwar die Unterstützung nicht nur Klaus Staechs, sondern auch einiger jüngerer Schriftstellerinnen und Schriftsteller. Es formierten sich aber gleichzeitig

explizite Gegenpositionen, die zwar nicht für eine konservative Politik plädierten, aber eine grundsätzliche Trennung der Sphären und eine Abstinenz der Literaten von der Politik propagierten.

Nun sind die Intellektuellen im Laufe ihrer Geschichte häufig totgesagt worden und ebenso häufig wieder auferstanden. Auch die aktuellen Debatten um neue Formen der Zivilgesellschaft und die Rückkehr der Bürgerlichkeit oder der Klassengesellschaft zeigen allein dadurch, dass sie geführt werden, dass ein gesellschaftlicher Bedarf an intellektueller Reflexion besteht und dass sich auch immer genügend Vertreter der schreibenden Zunft finden, um auf diesen Bedarf zu reagieren. Es lohnt sich also, nach dem Ende des rot-grünen Projekts und am Beginn der großen Koalition noch einmal grundsätzlich, und das heißt jenseits der aktuellen Konjunktur der Intellektuellendiskussion, darüber nachzudenken, welche Funktion und Aufgabe den Intellektuellen als gesellschaftlichen Akteuren auf dem Feld des Politischen zukommt.

Die Intellektuellen als Anwälte des Allgemeinen

Begibt man sich auf die begriffsgeschichtliche Suche nach unterschiedlichen Definitionen des Intellektuellen, so lassen sich grob gesagt eher normative von eher funktionalen Begriffsbestimmungen unterscheiden. Die normative Bedeutung ist eng an die Entstehung des modernen Begriffs des Intellektuellen in der so genannten Dreyfus-Affäre im Frankreich der letzten Jahrhundertwende gebunden. Nachdem der jüdische Hauptmann Alfred Dreyfus im Dezember 1894 aufgrund gefälschter Dokumente und wegen angeblichen Landesverrats zu lebenslanger Verbannung verurteilt worden war, formierte sich unter den angesehenen Schriftstellern, Künstlern und Akademikern des Landes Protest gegen diesen offen antisemitischen Akt der Staatswillkür. Der berühmteste Ausdruck dieses Protests war Emile Zolas offener Brief an den französischen Präsidenten Félix Faure, der am 13. Januar 1898 unter der Überschrift „J'accuse“

veröffentlicht wurde und dem einen Tag später eine unter anderem von Zola, Anatole France und Marcel Proust unterzeichnete „Protestation“ folgte (vgl. Jurt 2000).

In dieser Protestnote, die später auch als „Manifest der Intellektuellen“ bekannt wurde, verteidigten die Unterzeichnenden nicht nur das Individuum Dreyfus, sondern an seinem Beispiel die Rechte jedes Einzelnen gegenüber dem Staat. Sie machten sich dadurch bewusst zu Anwälten des Allgemeinen und zu Verteidigern der Werte der Republik. Indem der Begriff der Intellektuellen so zunächst als Synonym für die Dreyfus-Anhänger benutzt wurde, entstand er als Kampfbegriff in einer politischen Auseinandersetzung und als Bezeichnung für die Partei des Universalismus und Antinationalismus und der Gegner des Antisemitismus. Auf diese Weise war der Begriff der Intellektuellen für lange Zeit an die Partei des Fortschritts und damit an die politische Linke gebunden.

Dieser Entstehungskontext führte außerdem dazu, dass der Begriff außerhalb Frankreichs und besonders in Deutschland in erster Linie als Schimpfwort importiert wurde. Wie Dietz Bering in seiner einschlägigen Studie gezeigt hat, war ein begrifflicher Antiintellektualismus vor dem Ersten Weltkrieg und in der Weimarer Republik auch bei der deutschen Linken weit verbreitet (vgl. Bering 1978). Dennoch lässt sich grundsätzlich sagen, dass die Selbstbezeichnung politischer Akteure als Intellektuelle immer eher auf der politischen Linken zu finden war, während für den Konservatismus der Antiintellektualismus geradezu als konstitutiv angesehen werden kann (vgl. Brunkhorst 1987).

Das hat einen systematischen Grund. Denn wenn sich der Konservatismus qua Begriff die Erhaltung und Verteidigung der bestehenden Verhältnisse auf die Fahnen geschrieben hat, so besteht die zentrale Aufgabe der Intellektuellen seit Zola in der Kritik eben dieser Verhältnisse. Nach einer berühmten Definition von M. Rainer Lepsius ist das Üben von Kritik der eigentliche „Beruf“ der Intellektuellen (Lepsius 1990). In einer normativen Begriffsperspektive folgt daraus zugleich die notwendige Distanz der Intellektuellen zur Macht. Denn die intellektuelle Kritik ist in dieser Perspektive immer auch Herrschaftskritik, die man aber nicht üben kann, wenn man in einem zu engen Verhältnis zur Herrschaft oder gar in ihren Diensten

Foto: Christian Kiel (Berlin)

steht. Diese Vorstellung einer kategorischen Trennung von Geist und Macht lag auch dem berühmten Manifest von Julien Benda über den „Verrat der Intellektuellen“ von 1927 zugrunde, in dem er den intellektuellen Zugehörigen des Nationalismus den Verrat an ihrer Aufgabe der „Verteidigung ewiger und interessefreier Werte wie der Vernunft und der Gerechtigkeit“ (Benda 1978, 13) vorwarf.

Die Intellektuellen als Deutungsexperten

Der Topos vom Verrat der Intellektuellen hat vielfach zur Erklärung und zur Kritik der intellektuellen Kollaboration mit den Faschismen und Totalitarismen des 20. Jahrhunderts gedient. Genau besehen offenbart er aber auch die Problematik einer rein normativen Bestimmung des Intellektuellen. Denn wenn der Intellektuelle qua Definition keine repressiven, partikularen und gegenaufklärerischen Positionen vertreten darf, dann kann man mit einer solchen Begriffsbestimmung die faktische Beteiligung vieler Intellektueller an den gegenaufklärerischen Projekten des 20. Jahrhunderts nicht erklären. Weil die Bedeutung der Intellektuellen als Diskursproduzenten und damit als zentrale Akteure auf dem politischen Markt der Ideologien aber offensichtlich ist, bedarf es einer neutraleren Begriffsbestimmung, um ihre gesellschaftliche Rolle angemessen zu begreifen und zu definieren.

Diese könnte im Sinne einer Funktionsbeschreibung etwa lauten: Intellektuelle sind Produzenten und gesellschaftliche Multiplikatoren von Ideen und Bedeutungen unter den Bedingungen eines politischen und medialen Massenmarktes. Bei dieser funktionalen Definition der Intellektuellen als Deutungsexperten bedarf es allerdings einer weiteren Differenzierung, denn sonst können alle Wissensträger und -vermittler – Journalisten, Schriftsteller, Wissenschaftler, Experten aller Art – immer schon als Intellektuelle gelten. Daher könnte man genauer sagen: Intellektuelle sind solche Deutungsexperten, die politisch agieren, ohne selbst politische Mandatsträger, Parteiaktivisten oder von der Politik beauftragte Sachverständige zu sein, d. h. die an einem Transfer ihrer Ideen und ihres Wissens in gesellschaftliche Praxis interessiert sind, ohne selbst im eigentlichen Sinn Praktiker zu sein.

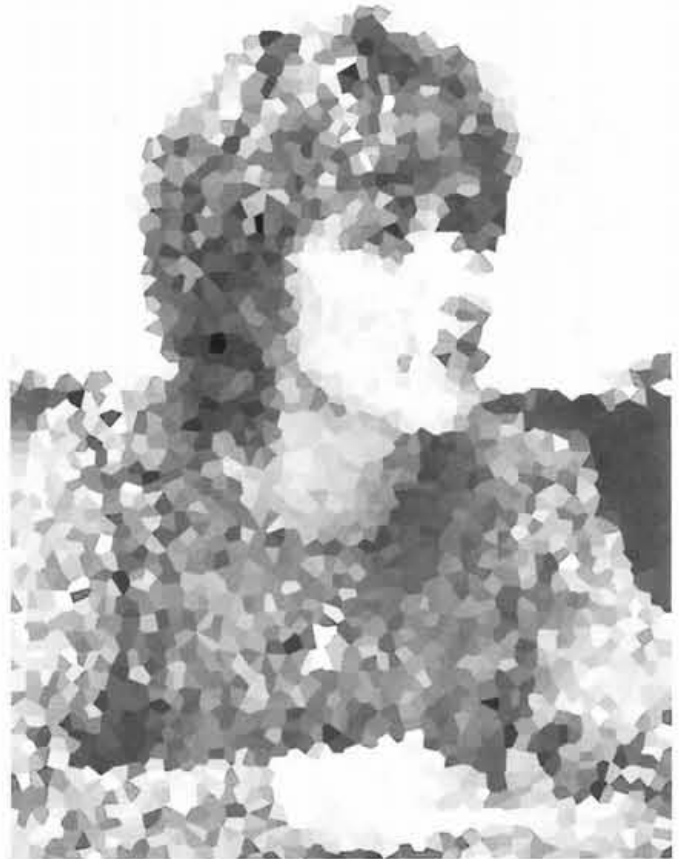
Definiert man Intellektuelle auf diese Weise über ihr Verhältnis zur Theorie-Praxis-Relation, gelangt man wieder zur schon bekannten Gegenüberstellung von Geist und Macht, doch diesmal in funktionaler Terminologie. Auch Pierre Bourdieus einflussreiche Bestimmung der Rolle des Intellektuellen orientiert sich an dieser Gegenüberstellung. Nach Bourdieu definiert sich der Intellektuelle zwar durch seine Interventionen im politischen Feld, doch diese Interventionen erhalten nur durch das symbolische Ka-

pital seiner Autonomie Autorität, d. h. nur dadurch, dass er nicht auf dem Feld des Politischen gebunden ist, also keine eigenen Positionsinteressen auf diesem Feld hat (vgl. Bourdieu 1991). Einen Umkehrschluss aus dieser Beobachtung formulierte Joseph A. Schumpeter schon kurz nach dem Zweiten Weltkrieg, indem er schrieb, dass Intellektuelle notwendig durch das „Fehlen einer direkten Verantwortung für praktische Dinge“ gekennzeichnet seien, was allerdings gleichzeitig ein „Fehlen jener Kenntnisse aus erster Hand“ bedeute, „wie sie nur tatsächliche Erfahrung geben kann“ (zitiert nach Noack 1991, 16).

Was bei Schumpeter als Kritik des Intellektuellen verstanden werden kann, wurde von Jean-Paul Sartre affirmativ gewendet. Der Intellektuelle war für Sartre, in einer überspitzen Formulierung, derjenige, der sich in Dinge einmischt, die ihn nichts angehen oder von denen er nichts versteht. Dieses Problem der Kompetenz, das mit der Forderung nach Autonomie einhergeht, ist ein beständiges Thema der Debatte über Funktion und Legitimität intellektueller Kritik. Während Michel Foucault in Antwort auf Sartres „universellen Intellektuellen“ den „spezifischen Intellektuellen“ (Foucault 1978, 45) forderte, der nur auf den Feldern interveniert, auf denen er sich auskennt, spricht M. Rainer Lepsius davon, dass Intellektuelle zwar „inkompetente, aber legitime Kritik“ (Lepsius 1990, 283) üben können.

Die Aufgabe der Reflexion

Aus dieser Debatte über das Problem der Kompetenz wird ersichtlich, dass normative und funktionale Begriffsbestimmungen nicht so leicht zu trennen sind. Auch die funktionale Definition des Intellektuellen als politisch intervenierendem Deutungsexperten beinhaltet normative Implikationen. Es soll daher abschließend die Frage gestellt werden, welche normativen Aufgaben sich aus der Rolle der Intellektuellen in den funktional differenzierten Gesellschaften des 20. und 21. Jahrhunderts ableiten lassen. Zur Beantwortung dieser Frage soll noch einmal



beim Verhältnis von Theorie und Praxis angesetzt werden.

Was Joseph A. Schumpeter als „Fehlen einer direkten Verantwortung für praktische Dinge“ bezeichnete, muss nicht notwendig als Mangel, sondern kann als zentraler Vorteil der Intellektuellen angesehen werden. Intellektuelle sind zwar an gesellschaftlicher und politischer Praxis interessiert, von den Zwängen dieser Praxis aber gerade entlastet. Zu diesen Zwängen gehört auch die für jede Praxis notwendige Reduktion von Komplexität. Die Aufgabe der Intellektuellen kann es demgegenüber sein, Komplexität gerade nicht zu reduzieren, sondern zunächst zuzulassen und gegenüber dem Primat der Praxis zu verteidigen. Hans Ulrich Gumbrecht nennt die Intellektuellen in diesem Sinne „Katalysatoren von Komplexität“ und schreibt ihnen die Aufgabe zu, „potenzielle Alternativen und Gegenmodelle zu den je institutionalisierten Weltdeutungen und Praxisformen zu produzieren“ (Gumbrecht 2002, 144). Auch nach dieser Definition ist die Distanz zu den herrschenden Verhältnissen für Intellektuelle konstitutiv, allerdings nicht (nur) im Sinne der Kritik des Bestehenden, sondern auch als Denken des (noch) nicht Bestehenden.

In diesem Sinn lässt sich statt von Kritik auch von der intellektuellen Aufgabe der Reflexion sprechen (vgl. Ruge/Morat 2005). Denn Reflexion besagt zunächst nichts anderes als das erneute Umwenden und Betrachten einer Sache, wodurch diese in neuem Licht und somit in ihren zuvor unent-

deckten Möglichkeitsdimensionen erscheint. Reflexion ist der Praxis nicht entgegengesetzt. Sie stellt aber ein Gegengewicht zur berühmten normativen Kraft des Faktischen – und des Praktischen dar. Den Intellektuellen als den sozialen Trägern der Reflexion kommt in dieser Deutung die Aufgabe zu, sich nicht vorschnell von den Zwängen der Praxis vereinnahmen zu lassen und stattdessen an der Eröffnung politischer und gesellschaftlicher Möglichkeitsräume zu arbeiten. Sie geraten dadurch auch in ein Spannungsverhältnis zur gegenwärtigen Expertenkultur, in der politische Reformprojekte an so genannte Sachverständigenkommissionen delegiert werden. Denn diese Kommissionen dienen in erster Linie der Problemlösungsfindung, während der reflektierende Intellektuelle zunächst an der Problemfindung interessiert ist.

Reflexion und Kritik ergänzen sich in dieser Perspektive als die zwei Seiten der Aufgabe von Intellektuellen, den bestehenden Verhältnissen und den herrschenden Mächten mit Distanz zu begegnen und gegenüber dem Primat der Praxis die Horizonte des Möglichen offen zu halten. In unseren arbeitsteiligen und funktional differenzierten Gesellschaften wäre es sicher naiv, noch immer die Phantasie an die Macht zu wünschen. Ganz ohne Phantasie würde das Gemeinwesen allerdings verkümmern. Wir brauchen also sozial institutionalisierte Träger politischer und gesellschaftlicher Phantasie – auch wenn sich diese zumeist nur im Schnecken tempo auf 'die Mächte' überträgt.

spw 1 / 2006

Literatur

Benda, Julien (1978), *Der Verrat der Intellektuellen*, München/Wien.

Bering, Dietz (1978), *Die Intellektuellen. Geschichte eines Schimpfwortes*, Stuttgart.
 Bourdieu, Pierre (1991), *Die Intellektuellen und die Macht*, Hamburg.
 Brunkhorst, Hauke (1987), *Der Intellektuelle im Land der Mandarine*, Frankfurt a. M.
 Foucault, Michel (1978), *Dispositive der Macht*, Berlin.
 Gumbrecht, Hans Ulrich (2002), *Risikantes Denken. Intellektuelle als Katalysatoren von Komplexität*, in: Wenzel, Uwe Justus (Hg.), *Der kritische Blick. Über intellektuelle Tätigkeiten und Tugenden*, Frankfurt a. M., S. 140-147.
 Jurt, Joseph (2000), „Les intellectuels“: ein französisches Modell, in: Hanuschek, Sven/Hörnigk, Therese/Malende, Christine (Hg.), *Schriftsteller als Intellektuelle. Politik und Literatur im Kalten Krieg*, Tübingen, S. 103-133.
 Lepsius, M. Rainer (1990), *Kritik als Beruf. Zur Soziologie der Intellektuellen*, in: ders., *Interessen, Ideen und Institutionen*, Opladen, S. 270-285.
 Noack, Paul (1991), *Deutschland, deine Intellektuellen. Die Kunst, sich ins Abseits zu stellen*, Stuttgart u. a.
 Ruge, Undine/Morat, Daniel (2005), *Deutschland denken. Plädoyer für die reflektierte Republik*, in: dies. (Hg.), *Deutschland denken. Beiträge für die reflektierte Republik*, Wiesbaden, S. 9-20.

„Kritische Intellektuelle“ im Neoliberalismus – Eine Spurensuche

von Tobias Gombert

Vor gut 250 Jahren schrieb die Academie Dijon ihren jährlichen Wissenschaftspreis für ein Essay aus, das die Frage beantworten sollte, ob die Wissenschaften und Künste zur allgemeinen Verbesserung der Menschen beigetragen habe. Der damals noch weitgehend unbekannte Jean-Jacques Rousseau gewann damals den Preis: Als Einziger hatte er versucht nachzuweisen, dass die Wissenschaft zum gesellschaftlichen Rückschritt, weniger aber zum Fortschritt beigetragen habe. In einer Zeit, in der sich erstmals eine neue bürgerliche Schicht mit aufklärerischen Positionen in Frankreich zu positionieren begannen, eine ungewöhnliche Einschätzung.

2006 ist die Frage wohl kaum noch so moralisch zu stellen, aber das Unbehagen, über kritische Intellektuelle und ihre gesellschaftliche Funktion zu sprechen ist durchaus (wieder?) aktuell, wie Veröffentlichungen zeigen (vgl. etwa Wenzel 2002; Bieling u.a. 2001).

Der schwierige Begriff des Intellektuellen

Dabei ist schon der Begriff des „Intellektuellen“ ein theoretisch schillernder und voraussetzungsreicher: Ursprünglich auf die Dreyfus-Affäre zurückgehend, war er von Beginn an politisch aufgeladen, weil er di-

rekt das politische Eingreifen von Zola und anderen für Dreyfus meinte (vgl. dazu Peter 2001; Brumlik 2002). Von seinem wörtlichen Ursprung hergeleitet lässt sich der Begriff des „Intellektuellen“ also nicht ohne seine gesellschaftliche oder auch politische Funktion definieren.

In einem ersten Zugriff lässt sich dann der „(kritische) Intellektuelle“ in gramscianischer Tradition auch als ein Vermittler fassen, der „an der Erzeugung und Destruktion von Hegemonie in der Zivilgesellschaft“ mitwirkt (Burkhardt 2001: 256). Nahezu lapidar definiert Gramsci: „Alle Menschen sind Intellektuelle, könnte man daher sagen; aber nicht alle Menschen haben in der Gesellschaft die Funktion von Intellektuellen (...). So bilden sich historisch spezialisierte Kategorien zur Ausübung der intellektuellen Funktion“ (Gramsci 1996:1500). Die gesellschaftlichen Institutionen, mit denen Intellektuelle in einen historischen Block in die Hegemonie eingebunden sind oder gegen sie opponieren, haben selbst einen historischen Kern, der nach den historischen Pfaden des jeweiligen Landes untersucht werden kann. Diese gesellschaftliche Definition des Intellektuellen-Begriffs macht vor allem deutlich, dass es sich nicht um eine linke Variante des konservativen Elite-Begriffs handelt, sondern um eine relative Definition intellektueller

Tätigkeit, die aber gleichzeitig nicht einer herrschaftsaffirmativen Funktion unterfällt. Wie aber beantworten wir die Frage nach der gesellschaftlichen Funktion kritischer Intellektueller heute und hier?

Ein erster Blick auf hier und heute

Die Frage nach der gesellschaftlichen Relevanz war lange Zeit vor allem eine Frage der Linken, mit der man relativ treffsicher weitestgehend bürgerlich-konservative und links-progressive Positionen voneinander unterscheiden konnte. Die bürgerlich-konservativen Vordenker glaubten bereits allein dadurch ihre Wichtigkeit beanspruchen zu können, dass sie sich für die Elite (wessen auch immer) hielten und sie sich insofern a priori die Frage nach gesellschaftlicher Relevanz ihres Seins (noch weniger ihres Tuns) gar nicht stellen lassen müssten.

Links-progressive Positionen proklamierten die gesellschaftliche Relevanz für sich – allerdings verwehrten sie sich spätestens seit den 1980er Jahren nicht selten gleichzeitig auch der politischen Relevanz – durchaus in Rückkoppelung mit ihrer gesellschaftlichen Verortung in der Gesellschaft. Dieses überzeichnete, aber immer wieder unterschwellig beiderseitig transportierte Bild lässt sich aber für das 21. Jahrhundert offensichtlich nicht mehr in dieser Art wiederholen. Wenn es denn jemals stimmte, passt es nun nicht mehr. Die Frage nach politischer Relevanz und „(kritischen) Intellektuellen“ hat sich verschoben und internatio-

nalisiert (vgl. Brumlik 2002: 100) – eine Verschiebung im Bild hat sich mit und durch „neoliberale Hegemonie“ ergeben, die auch die Frage nach „den Intellektuellen“ neu entfacht hat.

Bevor man die gegenwärtige – im Übrigen ziemlich voraussetzungsreiche Diskussion – nachvollziehen kann, muss man allerdings etwas genauer die Geschichte der Intellektuellen in der Bundesrepublik analysieren.

Ein Blick in die Vergangenheit

„(...) Es gibt ein Bild von Klee, das Angelus Novus heißt. Ein Engel ist darauf dargestellt, der aussieht, als wäre er im Begriff, sich von etwas zu entfernen, worauf er starrt. Seine Augen sind aufgerissen, sein Mund steht offen und seine Flügel sind ausgespannt. Der Engel der Geschichte muß so aussehen. Er hat das Antlitz der Vergangenheit zugewendet. Wo eine Kette von Begebenheiten vor uns erscheint, da sieht er eine einzige Katastrophe, die unablässig Trümmer auf Trümmer häuft und sie ihm vor die Füße schleudert. Er möchte wohl verweilen, die Toten wecken und das Zerschlagene zusammenfügen. Aber ein Sturm weht vom Paradiese her, der sich in seinen Flügeln verfangen hat und so stark ist, daß der Engel sie nicht mehr schließen kann. Dieser Sturm treibt ihn unaufhaltsam in die Zukunft, der er den Rücken kehrt, während der Trümmerhaufen vor ihm zum Himmel wächst. Das, was wir den Fortschritt nennen, ist *dieser* Sturm.“

Dieses berühmte gedankliche Bild von Walter Benjamin beschreibt besonders treffend eine Disposition deutscher kritischer Intellektueller seit dem Beginn der Bundesrepublik. Im Krieg und auf der Flucht geschrieben verdichtet es die Erkenntnis gegen eine gesteuerte Geschichte außerhalb zerstörerischer Ratio.

Aus seinem Kontext gerissen wird dabei nicht selten übersehen, dass es sich um eine handfeste Kritik an der deutschen Sozialdemokratie und ihrer intellektuellen Ausrichtung handelt, die die „Marionette“ des historischen Materialismus gegen jeden Gegner gewinnen lasse, obwohl doch nur eine Art Religion sie leite.

Was für Benjamin bleibt, ist, den Erkenntnis stiftenden Augenblick der Gefahr darzustellen, ihn kritisch zu beschreiben. Diese nicht nur empfundene (!) Ohnmacht gegen die Diktatur ist in weiten Teilen unter kritischen Intellektuellen prägend geblieben. Die Kritische Theorie, so wichtig sie für die Analyse von Herrschaftszusammenhängen und von Kulturindustrie nach dem Zweiten Weltkrieg geworden ist, hat zwar gesellschaftliche Wirkung (gerade in der 1968er Student/-innen-generation) entfaltet, politische Wirkung (im engeren Sinn) hingegen war nicht ihr Ziel. Adornos Charakterisierung der kritischen Theorie als einer „Flaschenpost“ für die Zukunft, in der sich erst das Bewusstsein

ausgebildet haben könne, verweist nicht nur auf ungewisse Adressaten, sondern auch auf den Sender: Er bleibt auf seiner einsamen Insel zurück ohne direkte Eingriffsfähigkeit.

Dennoch hat die kritische Theorie die Diskussion der 1950er und 1960er Jahre in der Soziologie weitgehend bestimmt. Demirović (1999) konnte in einer breit angelegten Studie zeigen, dass die gesellschaftliche Wirkung der kritischen Theorie vor allem in der Zivilgesellschaft ein wesentliches Erfolgsmoment war und sie beileibe nicht allein „Theorie“ geblieben ist. In der Verbindung von gesellschaftskritischer Theorie und empirischer Praxis, mit der Institution des Instituts für Sozialforschung, der Politik in der Gesellschaft für

Soziologie hat sich die kritische Theorie einen eigenen Wirkungsapparat organisiert, der auch bis in die Student/-innenproteste der 1968er Jahre hineingewirkt hat.

In der ersten Phase der Bundesrepublik gelang zeitweise eine eigenständige, mittelbare Strömung gegen die konservative Regierungspolitik zu positionieren. Die „nonkonformistischen Intellektuellen“ hatten eine wesentliche gesellschaftliche Funktion, die sich allerdings politisch wenig ausstrahlungsfähig zeigte.

Weder die Studentenbewegung der 1970er Jahre noch die kurze Phase der Brandt-Zeit, in der Teile der kritischen Intellektuellen politisch aktiv eingebunden waren und wurden, waren das Einläuten einer neuen revolutionären Stufe, sondern wurden abgelöst durch die neoliberale Politik Schmidts und in dessen Nachfolge der Kohl-Regierung.

Dieser Bruch hat sich bis heute in der zivilgesellschaftlichen Position der Linken gehalten und hat die Produktionsbedingungen wie die gesellschaftliche Hegemonie nachhaltig verschoben. Dabei handelt es sich nicht etwa um einen Bruch, der unvorbereitet oder abrupt geschehen wäre, sondern durch eine gut aufgestellte und sich seit Jahrzehnten aufstellende neoliberale Gegenhegemonie.

Foto: Christian Kiel (Berlin)



Neoliberale Hegemonie

Heute ist die Feststellung, dass wir es mit einer neoliberalen Hegemonie zu tun haben, in linken Kreisen so selbstverständlich, dass sie kaum noch erwähnt werden muss. Allerdings wird dabei seltener gesehen, dass es sich um einen planvollen und langfristigen Aufbau von Think Tanks und einem zivilgesellschaftlichen Block politischer Einflussnahme handelt, wie Plehwe und Walpen (2001) und Burkhardt (2001) zeigen. Hayek hatte mit der Gründung der Mont Pèlerin Society eine bewusst politisch unabhängige, aber auf den politischen Apparat wirksame Institution schaffen wollen. In der Ausweitung hat sich ein neoliberales, internationales Netzwerk von politik-beratenden Instituten und Think Tanks gebildet, die wesentlichen Anteil daran haben, dass Regierungspolitiken in aller Welt heute auf sie zurückgreifen. Wer einmal im Internet auf die Homepage der Hayek-Gesellschaft gegangen ist, kann sich in einem weit verzweigten (Karriere-)Netzwerk bewegen.

Am Beispiel der Mont Pèlerin Gesellschaft und ihrer Geschichte wird dabei deutlich, dass es Neoliberale, nach dem Zweiten Weltkrieg als kleine Gruppe von Wissenschaftlern gegen keynesianische und realsozialistische Wissenschaftler geschafft ha-

ben, sich über Jahrzehnte hinweg ein arbeitsteiliges und in Politik eingriffsfähiges Netzwerk zu schaffen.

Die Linken haben diesbezüglich einen Nachholbedarf – selbst wenn NGOs und die internationale Protestbewegung im letzten Jahrzehnt bereits einen Fortschritt in der Vernetzung mit sich gebracht hat.

Ob hingegen – wie von Micha Brumlik behauptet – bereits ein neues Bild des „Postintellektuellen“ eingeläutet werden muss, bezweifle ich doch stark: „Die Postintellektuellen des Globalisierungszeitalters wären demnach Sachwalter der positiv kodifizierten Menschenrechte, die sie im Rahmen weltumspannender Elektronik – auf Englisch – gegenüber den Vertretern der politischen Weltgemeinschaft geltend zu machen hätten.“ (Brumlik 2002: 101). Fakt ist aber, dass eine rein auf Nationalstaaten ausgerichtete linke Strategie automatisch ins Leere laufen würde.

Ein Gegenbeispiel: Frankreich

Wie sehr es sich um eine geschichtlich besondere Rolle kritischer Intellektueller in der Bundesrepublik handelt zeigt sich besonders deutlich im Vergleich zu anderen Ländern. Gerade Frankreich gilt vielen als ein anderes, politiknahes Rollen-Modell kritischer Intellektueller, nicht, weil das französische Regierungshandeln sich danach gerichtet hätte, sondern weil sich schon seit dem Zweiten Weltkrieg (gerade mit Sartre) eine andere Tradition eingriffsfähiger Intellektueller entwickelte, die mit Bourdieu ihre Weiterführung gefunden hat (vgl. dazu Peter 2001: 240-251).

In Deutschland hat sich in den letzten Jahren eine positive Bezugnahme auf die französische Tradition ergeben, sei es im Bereich der Schule der Regulation oder jüngst in der „Adaption“ von Bourdieus Sozialstudie „Das Elend der Welt“ für deutsche Lebensverhältnisse (vgl. Schultheis/Schulz 2005).

Ein Blick auf die heutige Situation

Sieht man auf die heutigen Produktionsbedingungen von kritischen Intellektuellen, gerade von Wissenschaftler/-innen, kann man sich beklommen fragen, welche Räume noch bleiben. Neben diesen zweifellos existenziellen Problemen gibt es allerdings Tendenzen, die auf einen durchaus sich formierende gesellschaftliche Konstellation mit einem stärker zusammenrückenden linken Block der Bewegungslinken hindeuten. Dieser sich ändernden Konstellation ist der Diskurs über die Rolle kritischer Intellektueller als selbstreferentieller Aspekt immanent (vgl. vor allem Plehwe/Walpen 2001; Burkhardt 2001; Peter 2001; Walzer 2002; Brumlik 2002; Honneth 2002).

Im Jahr 2002 hat Uwe Justus Wenzel einen Sammelband mit kürzeren Aufsätzen zu

Gesellschaftskritik und Gesellschaftstheorie durch kritische Intellektuelle herausgegeben. Dieser Band macht offensichtlich, dass sich – vor allem in Auseinandersetzung mit Michael Walzer – eine neue Debatte entwickelt hat, die vor allem die moralische Funktion von Intellektuellen betrifft. Walzer selbst ist schon zuvor durch eine Position aufgefallen, die den Zusammenhang von Gesellschaftskritik und Gesellschaftstheorie bezweifelt und für die Rolle der Intellektuellen daraus ableitet, dass (theorieunabhängig) vor allem Mut, Mitleid und „gutes Auge“ benötigt werde. Diese – durchaus nicht neuen – Gedanken verhindern, einen theoretisch-weltabgewandten Blick und beziehen sich wieder stärker auf die Interpretation der gesellschaftlichen Realität und auf Werte, die nicht aus Gesellschaftstheorie abgeleitet sein sollen. Dies beinhaltet bereits die Reflexion auf eine vernünftige Gesellschaft und die Anrufung auf kulturell verankerte Werte, die für die Linke wichtige Anknüpfungspunkte bieten könnten. Sie stellt „Intellektuelle“ nicht auf eine höhere gesellschaftliche Stufe, sondern hält im besten Fall an Gramsci fest. Der Nachteil von Walzers Konzept ist sicherlich, dass es gänzlich das eben gerade schwierige Verhältnis von kritischem Abstand und gesellschaftlich-politischer Verwurzelung missachtet und Gesellschaftstheorie nicht mehr für nötig hält. Dennoch bleiben auch die entsprechenden Erwiderungen (so von Honneth oder Brumlik) wenig auf die gegenwärtige gesellschaftliche Hegemonie bezogen – der Gefahr einer Selbstbespiegelung entgehen sie denn auch nur in Teilen.

Allerdings gilt es durchaus in dieser Diskussion noch um eine gegenwärtige Verortung und strategische Überlegung für die Bewegungslinke. Dazu seien wenigstens noch drei gegenwärtige Entwicklungstendenzen benannt:

Der Parteienapparat als Anrufungsinstanz verschiebt sich zugunsten der Bewegungslinken

Ob die SPD es nun will oder nicht: Mit der Linkspartei hat sich eine neue Kraft vorläufig etabliert, die die ohnehin weitgehend sich von der SPD entfernenden Akteure der Bewegungslinken streitig machen werden. Nachdem die SPD mit ihrem Hegemoniekonzept der Neuen Mitte kläglich gescheitert ist, einerseits der neoliberalen Politik nach 1998 wegen, andererseits aber auch, weil sie gesellschaftliche Aufbruchsstimmung nicht für einen Schulterschluss mit den zivilgesellschaftlichen Akteuren genutzt hat, steht sie an einer Wegmarke. Man wird sicherlich abwarten müssen, ob die SPD diese Herausforderung annimmt oder ein neoliberales Weiterso anstrebt – das Regierungshandeln der Koalition deutet auf Zweiteres hin.

Geänderte Produktionsbedingungen ändern auch die Form kritischen Forschens

Mit den sich an Universitäten und Forschungseinrichtungen ändernden Produktionsbedingungen kritischer Wissenschaft und der Konstellation der anderen zivilgesellschaftlichen Bewegungslinken haben sich im letzten Jahrzehnt auch die Anknüpfungspunkte und die Form kritischer Wissenschaft tiefgreifend verändert.

Seitens der Produktionsbedingungen haben sich die unsicheren Erwerbsverläufe junger Wissenschaftler/-innen und die Projektorientierung auf 1- bis 2-jährige Projekte durchgesetzt, die im sozial- und geisteswissenschaftlichen Bereich zumeist empirische Forschung nach den Interessen der Projektauftraggeber bedeuten. Die daraus entstehende Art des Arbeitens verengt die Räume für kritische Wissenschaft und schafft existenzielle Unsicherheit. Politik regiert in Wissenschaft hinein wie in der Bundesrepublik selten zuvor, ohne dass es sich um eine sinnvolle gesellschaftliche Regulation handelte. Gleichzeitig werden aber die sich ändernden Produktionsbedingungen durchaus auch im Sinne der Bewegungslinken genutzt. Hier bietet der oben bereits erwähnte Band „Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ ein gutes Beispiel für arbeitsteilige Vernetzung von Wissenschaftler/-innen, die wissenschaftlich diejenigen in den Blick nehmen, die in der Regel in der Kulturindustrie vorgefertigten Medienrealität keinen Platz mehr finden.

Ein weiterer Akzent dieser Entwicklung ist in der Vernetzung zivilgesellschaftlicher Akteure zu sehen: Gewerkschaften und politische Stiftungen als politisch gerichtete Institutionen geraten dadurch in stärkeren Austausch mit Wissenschaftler/-innen. Das kann (muss aber nicht) zu einem sich formierenden zivilgesellschaftlichen Block beitragen, der das Denken in politischen Alternativen wieder stärkt und damit langfristig auf den politischen Apparat wieder mehr einwirkt, als es das Gros in der Ordinarien-Universität getan hat.

Der Abbau und das Herausdrängen kritischer Wissenschaft aus den Universitäten geht dennoch weiter und wird auch weiterhin dauerhaften Schaden anrichten.

Vernetzung und (Minimal-)Konsens auf ein politisches Programm als Aufgabe

Wie für die kritische Wissenschaft kann man auch für die Bewegungslinke und ihre Institutionen, wie z. B. linke Verlage (wie VSA oder Westfälisches Dampfboot), linke Zeitschriften (wie Forum Wissenschaft, PROKLA, Sozialismus, spw und viele andere), linke Vereine (wie z. B. der bdwi) deutlich feststellen, dass die Krise nicht im Fehlen der Bewegungslinken liegt. Eher schon bleibt die Zersplitterung und die nicht eben ausgeprägte Fähigkeit, zu popularisieren und einen übergreifenden und politisch wirkenden Mini-

malkonsens zu finden ein Aufgabe. Wenn dieser Meinungsaustausch und das Bewusstsein, nur gemeinsam als zivilgesellschaftlicher Block wirken zu können (trotz aller unterschiedlichen Positionen), vorhanden wären, wäre ein erster Schritt getan. Dieser linke zivilgesellschaftliche Crossover hätte auf Dauer das Potenzial, einen historischen Block zu formieren, der die eher links stehenden Parteien dazu zwingt, eine Entscheidung zu treffen zwischen neoliberalem Abbau und linken Alternativen, wie auch immer diese dann ausgehandelt würden. Dies kann nicht bedeuten, dass man einer Verlagerung von einem entzauberten Staatsverständnis hin zu einem neuen Heilsbringer der zivilgesellschaftlichen Akteure das Wort spricht. Die Praxis einer vielgestaltigen Linken, die ihre politisch-gesellschaftliche Arbeit notwendig neu institutionalisieren muss, kann im besten (nicht gerade wahrscheinlichen) Modell beitragen, dass die Einseitigkeit und autoritäre hegemoniale, neoliberale Praxis zugunsten eines ambivalenten Denkens in politisch-gesellschaftlichen Alternativen und Praxen abge-

löst wird: „Eine Alternative zur Tradition der Aufklärung gibt es nicht. Emanzipation muss in Begriffen der Vernunft gedacht werden. Doch soll es nicht zu autoritären Konsequenzen kommen, und soll die Dynamik der Vernunft auf die praktische Gestaltung aller Lebensverhältnisse nicht eher willkürlich begrenzt werden, dann ist dies offenkundig nur möglich, wenn in einer historisch konkreten Weise die Einsätze der Vernunft, die Konflikte um die Vernunft und ihre konkreten Gebrauchsweisen bestimmt werden und die Vernunft sich selbst radikalisiert.“ (Demirovic 2005: 493).

spw 1 / 2006

Literatur:

- Walter Benjamin: „Über den Begriff der Geschichte“, in: W. B., Gesammelte Schriften I.2, 693.
 Hans-Jürgen Bieling, Klaus Dörre, Jochen Steinhilber, Hans-Jürgen Urban (Hg.) (2001), *Flexibler Kapitalismus. Analysen, Kritik und Politische Praxis*, Hamburg.
 Micha Brumlik (2002), *Intellektuelle, Postintellektuelle, Transintellektuelle. Thesen zum Probehandeln in der Weltgesellschaft*, in: Wenzel (2002), 97-104.
 Wolfram Burkhardt (2001), *Zur jüngeren Geschichte und zur Gegenwart der Intellektuellen. Oder: Was fasziniert Intellektuelle am Neoliberalismus?*, in: Bieling u. a. 2001: 252-261.

- Alex Demirovic (1999), *Der nonkonformistische Intellektuelle. Die Entwicklung der Kritischen Theorie zur Frankfurter Schule*, Frankfurt a. M.
 Alex Demirovic (2005), *Die Perspektive der vernünftigen Gesellschaft*, in: PROKLA 141: 478-496.
 Antonio Gramsci (1996), *Gefängnishefte*, Bd. 7 (Heft 12 bis 15), hg. von Klaus Bochmann, Wolfgang Fritz Haug und Peter Jehle, Hamburg.
 Axel Honneth (2002), *Idiosynkrasie als Erkenntnismittel. Gesellschaftskritik im Zeitalter des normalisierten Intellektuellen*, in: Wenzel 2002: 61-79.
 Lothar Peter (2001), *Warum sind die französischen Intellektuellen politisch, die deutschen nicht?*, in: Bieling u. a. 2001: 240-251.
 Dieter Plehwe und Bernhard Walpen (2001), *Gedanken zu einer Soziologie der Intellektuellen des Neoliberalismus*, in: Bieling u. a. 2001: 225-239.
 Jean-Jacques Rousseau (1996), *Abhandlung über die von der Akademie zu Dijon gestellte Frage, ob die Wiederherstellung der Wissenschaften und Künste zur Läuterung der Sitten beigetragen habe*, in: J.-J. Rousseau, *Sozialphilosophische und Politische Schriften*, 2. Aufl., Düsseldorf / Zürich, S. 5-35.
 Franz Schultheis, Kristina Schulz (Hg.) (2005), *Gesellschaft mit begrenzter Haftung. Zumutungen und Leiden im deutschen Alltag*, Konstanz.
 Michael Walzer (2002), *Die Tugend des Augenmaßes. Über das Verhältnis von Gesellschaftskritik und Gesellschaftstheorie*, in: Wenzel 2002: 25-38.
 Uwe Justus Wenzel (2002), *Der kritische Blick. Über intellektuelle Tätigkeiten und Tugenden*, Frankfurt a. M.

Politik der Sicherheit – Unsicherheit der Intellektuellen

Zum Risiko einer Wahrheitspolitik der epistemologischen Infragestellungen

Stefan Kausch

Wie hängen die politische Auseinandersetzung um Sicherheit, die Unsicherheit kritisch-wissenschaftlicher Praxis und eine Verunsicherung unserer Ordnung des Denkens zusammen? Diese auf den ersten Blick entfernten gesellschaftlichen Felder möchten die folgenden Ausführungen miteinander verweben. Ausgehend von der Diskussion von Alternativen des politischen Umgangs mit dem Thema Sicherheit führen die Überlegungen in einen zu einem historischen Bezug zwischen der Etablierung des modernen Staates und dem Sicherheits-Denken. Darauf aufbauend wird versucht, eine Perspektive der Verortung intellektueller Tätigkeiten zu entwickeln, die zwischen dem Risiko kritischer Wissenschaft zu betreiben und der Verunsicherung der epistemo-

logischen Grundlagen unserer Gesellschaft(en) (k)einen „wahren“ Standpunkt finden kann.

Sicherheitspolitik(en)

Sicherheit ist für viele Menschen ein subjektives Bedürfnis. Und auch innerhalb politischer Auseinandersetzungen und Denkweisen wird dieses Bedürfnis oft diskutiert und gefordert wie gefördert. Anhand des Begriffes der „Sicherheit“ kann man einiges zur Diskussion stellen. Für die politische Praxis und ihre Reflexion ergeben sich (mindestens) zwei Möglichkeiten. Vor dem Hintergrund eines gesellschaftlich sehr wirkungsmächtigen Diskurses (z.B. von Medien, politischen Auseinandersetzungen, ja selbst wissenschaftlichen Debatten getra-

gen), der eine scheinbar natürliche Evidenz erzeugt, kann Politik erstens die Hände hoch heben und sich ergeben. Sie kann auf das erzeugte Sicherheitsbedürfnis reagieren, mit rhetorischen und praktischen Mitteln. Sie fügt sich so den Regeln des Sagbaren; gleichzeitig ist das, was außerhalb dieser Sagbarkeit liegt, nicht existent und wird ignoriert. Damit (re-)produziert sie den Sicherheitsdiskurs, ohne ihn kritisch zu hinterfragen.

Die zweite Variante ist etwas komplexer, ja wesentlich anstrengender. Und sie ist auch schon (in einem engen Sinne von Politik verstanden) keine alleinige politische Möglichkeit, sondern ebenso eine gesellschaftliche Fragestellung. Sie ist eine kritische Herangehensweise an die sozialen Bedingungen und scheinbar unhinterfragbaren Realitäten.

Fragen, die sich aus einer solchen Haltung ergeben, könnten folgendermaßen lauten: Von welcher Sicherheit der BürgerInnen wird eigentlich ausgegangen? Gibt es eine

Stefan Kausch, Diplom-Politikwissenschaftler, arbeitet in der „Initiative Engagierte Wissenschaft“ an der Universität Leipzig, lebt in Leipzig

geschlossene Vorstellung von Sicherheit? Oder ist diese Sicherheitsvorstellung vielleicht sogar schicht-, klassen-, etc. spezifisch zu betrachten? Ist die geforderte Sicherheit ein natürliches Bedürfnis der bürgerlichen Individuen, oder innerhalb eines gesellschaftlichen Netzes von Sicherheitsdiskursen, ProduzentInnen und Positionen eingewoben?

Aber kann Politik solche Fragen gerade unter den aktuellen Verhältnissen noch stellen, hat sie dafür Ressourcen, Räume, Resonanzen? Wenn ich mir den Mainstream politischer Positionen und Parteien anschau, kann diese Frage nur verneint werden. Auch die Regierung, die in der politischen Farbenlehre mit „Rot-Grün“ angestrichen wird, hat keine Fragen gestellt, sondern sich auf Bedürfnisse und Bedrohungen – seien sie nun produziert oder vielleicht doch objektiv messbar – auf Sicherheitspolitiken eingelassen. Auch von der neuen Regierung ist keine andere Form der Betrachtung und Handlung zu erwarten.

Inzwischen sind die Sagbarkeiten in der politischen Praxis so weit verschoben, dass sogar Gesinnungstests für „Ausländer“ durchgeführt werden können (vgl. die Einführung in Baden-Württemberg). Sie sind ein Symbol der Sicherheit gegenüber „dem Fremden“: Welche MigrantIn wird schon extremistisch, wenn sie die Nationalhymne singen kann?

An dieser Stelle könnte man ins Konzert der Ideologiekritik einstimmen. Ich glaube allerdings, auch wenn ich diese Analyse, Sicherheit als bürgerlich-konservatives Konzept von Gesellschaft und den Bedürfnissen ihrer Subjekte zu begreifen, ebenfalls teilen kann, dass es daneben eine weitere Perspektive gibt, dieses Problem zu thematisieren. Diese Perspektive macht eine historisch-gegenwartsverbundene Betrachtung notwendig.

Sicherheits-Denken

Die Entwicklung moderner Staatlichkeit und der damit verbundenen Gesellschaftsvorstellungen spätestens seit dem 18. Jahrhundert spült vermehrt systematische Sicherheitsdiskurse an die Oberfläche. Michel Foucault hat diese Entwicklung der „Dispositiv der Sicherheit“ als Frage zugespitzt: „Kann man dann sagen ..., dass die Gesamtkonomie der Macht in unseren Gesellschaften dabei ist, zur Sicherheitsordnung zu werden? Ich möchte hier also eine Art Geschichte der Sicherheitstechnologien vorlegen und zu ermitteln versuchen, ob man tatsächlich von einer Sicherheitsgesellschaft sprechen kann.“ (Foucault 2004: 26)

Die „Regierung der Freiheit“ (Wolfgang Ick) benötigt eine Sicherheitskonzeption, um der gesellschaftlichen Freiheit in z. B. in der Wirtschaft und für die bürgerlichen Individuen ihre Grenzpfähle einzuschlagen. Ohne Sicherheit kann diese (z.B. liberale)

Gesellschaft nicht gedacht werden, kann die Realität nicht produziert werden: „Vielmehr funktioniert der Begriff ... [Sicherheit] als ein Element von Regierung, das die Realität nicht nur richtig oder falsch, verzerrt oder unverstellt wiedergibt, sondern sie vor allem strukturiert und verändert.“ (Lemke 2000: 44)

Regierung meint demnach nicht nur die politische Regierung, sondern eine Perspektive der Führung von Individuen in verschiedensten Kontexten, institutionellen Arrangements und sozialen Konstellationen. Foucault definiert Regierung als „die Gesamtheit von Prozeduren, Techniken, Methoden, welche die Lenkung der Menschen untereinander gewährleisten“ (Foucault, zit. n. Bröckling et. al. 2004: 10). Sicherheit bietet also seit der Entwicklung moderner Staatlichkeit eine Möglichkeit, Gesellschaft zu problematisieren. Diese Gesellschaft kann über Gefährlichkeiten, Risiken usw. als unsicher betrachtet werden, was eine Intervention möglich, wenn nicht sogar unvermeidbar macht. Die Regierungspraktiken, die Sicherheit erzeugen wollen, haben hier eine Basis ihrer politischen Rationalität gefunden. Und diese Möglichkeit, Gesellschaft über Sicherheit zu betrachten und zu regieren, hat sich bis heute erhalten.

Die Unsicherheit kritischer Wissenschaft

Was hat nunmehr eine Verortung kritischer Intellektueller und von kritischer Wissenschaft mit der Sicherheit einer Gesellschaft zu schaffen? Es bestehen m.E. jenseits der von Bourdieu festgestellten komplexen Lage des wissenschaftlichen Feldes (vgl. Bourdieu 1988) Möglichkeiten, Wissenschaftlichkeit in intellektuelle Tätigkeit zu überführen. Eine der „Geburtsstunden“ intellektueller Handlungen ist mit der Dreyfus-Affäre verbunden, in der Emile Zolas „J'accuse!“ zu einem bis heute nicht ganz verhallten Ausruf ungerechter gesellschaftlicher Zustände in Erinnerung gerufen wird (vgl. Morat in diesem Heft).

Solche öffentliche Positionierung heißt immer auch, sich angreifbar zu machen und einer Verletzlichkeit preiszugeben. Gerade in den Strukturen wissenschaftlicher Institutionen und Denk-Produktionen/Produkten kann diese Haltung zu einem unkalkulierbaren Risiko werden. Denn explizit erkennbare politische Einmischung oder auch nur kritische Äußerungen jenseits der Schablone eines Mainstream-Denkens kann eine Begrenzung der eigenen Möglichkeiten bedeuten, da die wissenschaftlichen Regeln des Sagbaren Distanz zu anderen Feldern, insbesondere der Politik, vorschreiben. Diese Regelverstöße können Folgen auf verschiedenen Ebenen hervorrufen, die teilweise miteinander verwoben sind: Auf einer existenzsichernden Ebene keine Anstellung oder nur prekariisierte Formen, auf einer Laufbahn das Ende von Berufungen oder

neuen Posten, auf einer intervenierenden Ebene die Unmöglichkeit bzw. Beschränkung, etwas zu sagen oder zu schreiben, was im wissenschaftlichen Feld Gehör findet.

Die Unsicherheit seiner vor allem beruflichen Existenz ist dem kritischen Intellektuellen also zumeist als „Standard“-Disposition eingeschrieben. Zumindest so lange, bis ihm oder ihr eine sichere Stellung eine materielle Freiheit zur Seite stellt, die freies Denken erleichtert. Aber dies ist wahrlich nicht die Regel.

Wahrheitsspiele des Risikos

Anhand der Beschreibungen der Perspektiven auf Sicherheitspolitiken wird deutlich, dass für unsere Problemstellung der gleichsam wichtigere Anspruch an intellektuelle darin besteht, kreative Unsicherheit durch die intellektuelle Denk- und Analysetätigkeit zu produzieren. Unsicherheit meint in diesem Fall das Stiften von Irritation(en). Dies kann auf verschiedene Art und Weise geschehen.

Pierre Bourdieu hat versucht, diese Verunsicherung durch die Untersuchung von sozialen Räumen zu produzieren. Es ist eine analytische Perspektive, die uns ermöglicht, Macht- und Herrschaftsstrukturen aufzuzeigen. Bourdieu versteht soziale Räume als vorstrukturierte Materialitäten. In diesen sozialen Räumen spiegeln sich auf den darin durch historische Kämpfe entwickelten Feldern der Macht (z.B. Politik, Wissenschaft, Öffentlichkeit etc.) Konflikte wider und können sich im – für uns – ungünstigen Fall zu Herrschaftsverhältnissen verfestigen. Deshalb ist es wichtig, diese Felder in Bewegung zu bringen bzw. zu halten, damit die Räume eine „Durchschüttelung“ erfahren und ihrer nur scheinbaren Evidenz beraubt werden.

Die Kritik epistemologischer Sicherheiten ist eine weitere Möglichkeit, Irritationen zu erzeugen. Sicherheit wird im wissenschaftlichen Feld der Auseinandersetzungen mit Theorien und empirischen Ergebnissen zumeist mit Wahrheit übersetzt. Aber Wahrheiten sind auch im gesamtgesellschaftlichen Spielfeld ein gefragter Einsatz. Denn Wahrheiten als Grundlagen z.B. politischer Praktiken sind nicht zu verachten. Sie legitimieren Gesetze, Interventionen, Techniken der Regierung, indem durch die Aussprache spezifischer Wahrheiten scheinbare Alternativlosigkeit und Sachzwänge erzeugt werden. Sie sichern sowohl politische als auch wissenschaftliche Überlegungen und Effekte. Von Foucault wird in diesem Kontext der Begriff der „Politik der Wahrheit“ als eine Möglichkeit angesprochen, Wahrheiten als systemische Resultate innerhalb von diskursiven Ordnungen zu betrachten (Foucault 1992: 14f.). Die Wahrheiten haben damit eine Funktion, die sie in einem Komplex zwischen Wissensformationen, Machtmecha-

nismen und natürlich auch den angestrebten Verhaltensweisen der Subjekte politisch ausfüllen. Unser Beispiel der Sicherheit wird als Wahrheitspolitik eingesetzt, dass u. a. auf einem Wissen über Risiken der Bedrohung gestützt ist, Techniken der „Versicherheitlichung“ entwickelt und für die Individuen (begrenzte) Möglichkeiten der Existenz erlaubt.

Der foucaultsche Kritikbegriff kann den angesprochenen Wahrheiten ihre festen Standbeine entziehen (vgl. Foucault 1992). Auch hier ist diese Perspektive nicht mit Ideologiekritik gleichzusetzen. Nicht die Interessen, Wahrheiten, Vorstellungen etc. hinter den Begriffen, sind an die Oberfläche gesellschaftlicher Verhältnisse zu zerren, sondern die Oberfläche selbst und ihre Begriffe zu ihrer Beschreibung sind zu fokussieren. Damit steht das „Wie“ der Produktion bestimmter politischer Handlungslogiken und Realitäts-/Wahrheitsproduktion und nicht so sehr das „Was“ politischer Inhalte im Vordergrund. Es wird deshalb keine Bewertung abgegeben, „vielmehr soll die Kritik das System der Bewertung selbst herausarbeiten“ (Butler 2002: 252): also vor allem darüber aufzuklären, wie diese politische Praxis zu-

stande kommt, wie sie in ihren Grundlagen arbeitet und funktioniert. Die Herausforderung besteht darin, eben epistemologisch, also erkenntnistheoretisch, die Funktionsweise der Politiken der Sicherheit zu hinterfragen und damit eine neue aufklärerische Position einzunehmen. Und diese kritische Perspektive soll auf keinen Fall eine erneute Sicherheit produzieren. Dass Foucaults „angebotene Antworten nicht vorrangig auf Beruhigung zielen“ (ebd.: 252), sondern im Gegenteil auf Beunruhigung, auf Bewegungen, gegen das Einfahren von Routinen, gegen das Einrasten von Vorrichtungen etc. ist damit nicht verwunderlich. Also: Sicherheit verunsichern – Unsicherheit zu einer Sicherheit machen.

spw 1/2006

Literatur:

- Bourdieu, Pierre (1988): *Homo academicus*, Frankfurt/Main
Bröckling, Ulrich et. al. (Hrsg.) (2004): *Glossar der Gegenwart*, Frankfurt/Main
Butler, Judith (2002): Was ist Kritik? Ein Essay über Foucaults Tugend, in: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 50, Nr. 2 2002: 249-265
Foucault, Michel (1992): Was ist Kritik?, Berlin
Foucault, Michel (2004) *Geschichte der Gouvernementalität I. Sicherheit, Territorium, Bevölkerung. Vorlesungen am Collège de France 1977-1978*, Frankfurt/Main

Foto: Christian Kiel (Berlin)



- Lemke, Thomas (1997): *Eine Kritik der politischen Vernunft. Foucaults Analyse der modernen Gouvernementalität*, Hamburg/Berlin
Lemke, Thomas (2000): Neoliberalismus, Staat und Selbsttechnologien. Ein kritischer Überblick über die governmentality studies, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 41. Jg., H 1 2000: 31-47

Zukunft wird immer wieder neu entschieden

Ein Plädoyer für den Ausbau des Austausches zwischen Wissenschaft, Politik und Gesellschaft

Von Jessika Wischmeier

Das Wissenschaftsforum der Sozialdemokratie beschäftigt sich seit den 90er Jahren beim SPD-Parteivorstand mit den forschungs-, technologie- und hochschulpolitischen Dimensionen notwendiger Zukunftsinnovation.

Entstanden ist das Forum aus der Erkenntnis, dass ohne kontinuierlichen Transfer des wissenschaftlichen Fortschritts Politik in einer demokratischen Wissenschaftsgesellschaft nicht mehr möglich ist. Seit den 80er Jahren gab es in der SPD eine intensive Debatte über ihre weitere Entwicklung. Den Verantwortlichen wurde immer deutlicher, dass mit der zunehmenden Stärke der neuen sozialen Bewegungen die Kampagnenfähigkeit der Partei abnahm, dem innerpartei-

lichen Dialog fehlte vielfach die Impulse von außen, die Komplexität der technologischen und gesellschaftlichen Veränderungen spiegelte sich nicht mehr in den Diskussionen. Die SPD drohte, den Bezug zu den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und Realitäten zu verlieren. Bereits damals war erkennbar, dass sich die SPD (wie die Union und die anderen großen Organisationen) in ihrer Mitgliederstruktur verändern würde und gerade Jüngere weniger als früher bereit waren, langfristige Bindungen an eine Partei einzugehen bzw. sich in die bestehenden Strukturen widerspruchsfrei einzufügen.

Peter Glotz hat diese Diskussion Ende der 80er in seiner Funktion als SPD-Bundesge-

schaftsführer aufgegriffen und sich auch um eine organisationspolitische Weiterentwicklung bemüht. Das Kulturforum wurde gegründet. 1990 wurden dann Peter von Oertzen mit dem Aufbau des Wissenschaftsforums beauftragt. Dieses sollte ein Diskussionsgremium werden, dessen Hauptziel nicht die parteipolitische Bindung der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler war, sondern die Suche nach innovativen und herausfordernden Erkenntnissen in der wissenschaftlichen Debatte. Christoph Zöpel folgte Peter von Oertzen, seit 1995 ist Edelgard Bulmahn Vorsitzende des Kuratoriums des Wissenschaftsforums.

Dialog vorantreiben – Erwartungshaltungen klären

Neben der wissenschaftspolitischen Aufgabenstellung war mit der Einrichtung des Forums auch die Hoffnung verbunden, neue Formen der Parteiarbeit zu entwickeln. An

Jessika Wischmeier ist Geschäftsführerin des Wissenschaftsforums der Sozialdemokratie und lebt in Berlin

Georg Fülberth: G Strich
Kleine Geschichte des Kapitalismus 316 S., E 19,80

Was ist Kapitalismus? Der theoretischen Klärung folgt ein historischer Abriss, der auch die Widersacher einschließt. Er führt zur Frage nach der Endlichkeit dieser Gesellschaft. Jetzt in 3. Auflage



Werner Biermann/Arno Klönne: Kapital-Verbrechen 207 S., E 14,80

Vom Raub der Edelmetalle Amerikas bis zu den Machenschaften ums Öl: »Ein grandioses Buch, ein Muß - als wirtschaftshistorisches Werk, als geostrategisches Handbuch und als Krimi«, Frankfurter Rundschau



Heinz-J. Bontrup: Arbeit, Kapital und Staat 424 S., E 24,80

Plädoyer für eine demokratische Wirtschaft - »Bontrup kräftigt den Gegenstrom zur neoliberalen Agenda. Die Leser werden reichlich mit Erkenntnisgewinn und Argumentationskompetenz belohnt«, Frankfurter Rundschau



Frank Niess: Schatten auf Hollywood 247 S., EUR 16,90

Hetzkampagnen, Hexenjagden, Repressalien brachten im Kalten Krieg Zehntausende wegen »un-amerikanischer Umtriebe« um ihre Jobs. So auch hunderte Filmemacher. Kein Schnee nur von gestern



**Klönne/Kreutz/Meyer: Es geht anders! Neuauf-
lage, 172 S., EUR 13,90**

Keine Alternativen zum fortgesetzten Sozialabbau? Von wegen! Die Autoren widerlegen die herrschenden Legenden und zeigen, daß hier nicht Naturgesetze walten. Und sie belegen ganz konkret, daß und wie es anders geht



der Schnittstelle zwischen Partei und Wissenschaft sollte ein Angebot zur Mitarbeit geschaffen werden, um das Interesse derjenigen zu wecken, die sich nicht langfristig binden wollen, die aber für die Diskussion ihrer Erkenntnisse dennoch einen Ort suchen. Dieser Ort sollte die SPD sein

Seit dieser Zeit ist es die Aufgabe des Wissenschaftsforums, die Verbindungen zu Wissenschaftlern und Wissenschaftsorganisationen dauerhafter zu gestalten, das Gespräch mit den wissenschaftlich Tätigen über forschungs- und wissenschaftspolitische Themen zu intensivieren und die Wissenschaften bei Fragen der sozialen und technischen Gestaltung der Zukunft um Rat zu fragen (und im Übrigen damit auch die eigenen Fragestellungen zurück in die wissenschaftliche Debatte zu tragen).

Diese Aufgabenstellung hat nichts an Bedeutung verloren. Im Gegenteil: zu Beginn des 21. Jahrhunderts brauchen wir mehr denn je den ergebnisoffenen Dialog zwischen Wissenschaft und Politik. Die grundlegenden welthistorischen Veränderungen der letzten Jahre haben in allen gesellschaftlichen Bereichen zu grundlegenden Veränderungen geführt. Die technologischen Entwicklungen haben unsere Gesellschaften unfasslich beschleunigt und greifen tief in das Leben von Menschen und den Aufbau der Gesellschaften ein. Die Grenzen der bisherigen Antworten, und eingefahrene Denkstrukturen werden immer sichtbarer, ohne dass neue Antworten erkennbar sind. Vielfach fehlt es vielleicht bereits an den richtigen Fragestellungen. Es ist m.E. auch nicht zufällig, dass alle großen traditionellen Organisationen, Parteien, wie Gewerkschaften über ihre programmatische Neuorientierung diskutieren.

Der Austausch zwischen Wissenschaft und Politik ist schnell postuliert, stellt aber beide Bereiche vor eine stetige Herausforderung, das Zusammenwirken ist spannungsvoll. Wissenschaft und Politik bewegen sich in unterschiedlichen sachlogischen Zusammenhängen und Traditionen und haben verschiedene Aufgabenstellungen, die ihre Art, an Fragen und Themen heranzugehen definieren. Die Erfahrung der Arbeit der letzten Jahre zeigt, das Wissen um diese Unterschiede kann verhindern, dass aus einem mit großem Enthusiasmus begonnenen Dialogprozess auf beiden Seiten tiefe Enttäuschung wird. Dennoch wird die Diskussion spannungsvoll bleiben, denn:

- Wissenschaftlicher Rat ist bei weitem nicht immer so eindeutig, wie Politik ihn gerne hätte. Zum einen ist in vielen Wissenschaftsbereichen die Erkenntnislage nicht eindeutig, sie differenziert, schafft viele Voraussetzungen. Politik will aber klare Antworten.

- Gerade in den zurzeit zentralen Handlungsfeldern Wachstum, Beschäftigung und soziale Sicherung stehen die unterschiedlichsten wissenschaftliche Konzepte neben-

einander. Die aktuelle Auseinandersetzung zum Themenkomplex Mindest-/Kombilöhne ist ein gutes Beispiel dafür, dass es für jedes der politisch diskutierten Modelle mindestens eine wissenschaftliche Studie gibt, die das jeweilig gerade präferierte Modell stützt und das andere verneint.

- Auf der einen Seite haben wir große Hoffnungen, mit Hilfe der Wissenschaft die großen Menschheitsprobleme zu lösen. Auf der anderen Seite wissen wir um mögliche katastrophale Folgen moderner Wissenschaft, oder ahnen diese zumindest. Deutlich wird dies am Beispiel der aktuell wieder aufkeimenden Diskussion um die Kernenergie, ihre Verantwortbarkeit, ihre Folgen, die Bewältigung der entsprechenden Auswirkungen der Anwendung dieses Forschungsbereiches. Politik muss Forschungsfreiheit ermöglichen, aber auch Grenzen definieren. Im Übrigen ohne den einzelnen Wissenschaftler aus der Pflicht nehmen zu können, diese ethischen Fragen für sich selbst zu beantworten. Jede Generation von Wissenschaftlern und jede Generation, die diese Wissenschaftler trägt, muss die Frage nach ihrer Verantwortung neu diskutieren und einen handhabbaren Konsens darüber schaffen.

Dialog braucht Öffentlichkeit

Im Sommer 2005 fand im Willy-Brandt-Haus eine Tagung zum Thema Bildungspolitik. Vorausgegangen war ein sechsmonatiger Arbeitsprozess von sozialdemokratischen BildungspolitikernInnen aus Bund und Ländern. Begleitet wurden diese Beratungen durch wissenschaftliche Experten und Expertinnen. Im Verlauf der Diskussion auf dieser Tagung gab es eine kurze Auseinandersetzung zwischen einer wissenschaftlichen Expertin und einer Bildungspolitikern. Die Wissenschaftlerin formulierte ihre Enttäuschung über die Tatsache, dass wenig von dem, was aus wissenschaftlicher Sicht im Schulsystem an Veränderungen erforderlich ist, umgesetzt wird. Sie war der Auffassung, Politik agiere nicht ausreichend konsequent. Dem entgegnete die Politikerin, es gäbe viele kleine Schritte, für die große Reform bräuhete Politik auch die Unterstützung der Wissenschaft. Dem entgegnete die Wissenschaftlerin, es sei Aufgabe schließlich der Politik einen entsprechenden gesellschaftlichen Konsens über die Notwendigkeit einer umfassenden Reform herzustellen. Ein bekannter Streit. Dort wo, aus wissenschaftlicher Sicht aus den vorliegenden Erkenntnissen eigentlich nur noch eindeutiges politisches Handeln folgen kann, behält Politik die Durchsetzbarkeit im Blick. Gerade am Beispiel der Bildungsreformen in Deutschland wird deutlich, was für alle Reformmaßnahmen gilt: sie können nicht gegen den Willen der Mehrheit der Menschen durchgesetzt werden. Gerade in der bildungspolitischen Debatte klaffen wissenschaftliche Erkenntnis und öffentliche Meinung weit auseinander. Der im letzten Jahr

PapyRossa Verlag

Luxemburger Str. 202, 50937 Köln; T. (02 21) 44 85 45
Fax 44 43 05; mail@papyrossa.de; www.papyrossa.de

veröffentlichten 13. IFS-Repräsentivbefragung ist zu entnehmen, dass heute noch zweidrittel der Befragten meinen, dass der Lernerfolg in homogenen Gruppen am größten sei. Fast die Hälfte meint, Heterogenität nütze nur den schlechten Schülern und schade den guten (Jahrbuch der Schulentwicklung: IFS-Umfrage, S. 16).

Dies alles weist auf eines hin: der Dialog zwischen Wissenschaft und Politik braucht einen dritten Partner: die Öffentlichkeit. Zwischen die wissenschaftlicher Erkenntnis und die politische Entscheidung muss in einer demokratischen Gesellschaft der öffentliche Dialog über die zugrunde liegenden Thesen, Interessen und die angestrebten Ziele treten.

Die Aufgabe der Wissenschaft dabei ist: Perspektive eröffnen und Alternativen aufzuzeigen. Die Aufgabe von Politik, diese zur Entscheidung zu bringen. Wissenschaft und Politik müssen heute gemeinsam daran arbeiten, mögliche zukünftige Entwicklungen sichtbar zu machen und so einen aufgeklärten gesellschaftlichen Dialog über die zu entscheidenden Fragen ermöglichen.

Viele Fragen liegen bereits auf dem Tisch: In ganz Europa verschärfen und beschleunigen sich gesellschaftliche Exklusionsprozesse. Verstehen wir, was da passiert? Sind die Phänomene, die wir heute beobachten können, wie die steigende Anzahl an psychischen Erkrankungen oder die Auseinandersetzungen der

französischen Jugendlichen eine Folge dieser Prozesse? Wie ist dies zu lösen? Was wird unsere Gesellschaften in der Zukunft zusammenhalten? Was formt den Menschen in sich zuspitzenden Konkurrenzsituationen, wie sie täglich im Betrieb erfahrbar ist, zu einem gemeinsamen Wollen? Wie tief sind unsere demokratischen Grundsätze tatsächlich verankert? Welche Wege gibt es zur Lösung der großen Probleme der Menschheit: das Welternährungsproblem, die drohende Klimakatastrophe, der Kampf gegen Krankheit und Seuchen, die Sicherstellung einer umweltschonenden Energieversorgung.

Politik braucht eine kritische Wissenschaft, die über Voraussetzungen aufklärt, Vernebelung entlarvt, die richtigen Fragen stellt und an Antworten interessiert ist, die Perspektiven eröffnet. Eine Wissenschaft, in der sich die verschiedenen Disziplinen miteinander auseinandersetzen. Wir brauchen eine kritische Wissenschaft, die einen Beitrag dazu leistet, die Potenzialität von Entwicklungen erkennbar zu machen. Diese Wissenschaft muss bereit sein, sich mit Politik auseinanderzusetzen, diese zu beraten. Sie muss dafür einer Politik begegnen, die bereit ist, die Fragestellungen und Themen aufzunehmen, sich mit den Ergebnissen auseinanderzusetzen, Ungewissheit auszuhalten und einmal Erkanntes umzusetzen.

Politik und Wissenschaft müssen einen Beitrag zu Orientierung und Selbstvergewisserung der Gesellschaft leisten. Wir brauchen einen breiten gesellschaftlichen Dialog über die Herausforderungen, denen wir gegenüberstehen und die Antworten, die wir darauf geben wollen.

Das Wissenschaftsforum kann einer der Orte sein, an denen sich dieser Dialog weiterentwickelt. So verstanden bleibt die Aufgabe des Wissenschaftsforums grundlegend bedeutend. Die Herausforderung: die Orte zu identifizieren, an denen die spannenden Fragen gestellt und nach Antworten gesucht wird, stärker wieder mit jüngeren Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern ins Gespräch kommen, den Kreis zu erweitern. Kein einzelner kann das Wissen zusammentragen, das unsere Gesellschaft braucht, viele zusammen haben durch den Austausch die Möglichkeit Perspektiven zu eröffnen und Wege aufzuzeigen. Weil wir wissen, dass Zukunft immer wieder neu entschieden wird, werden wir uns auch in Zukunft sowohl mit Wissenschaftspolitik im engeren Sinne als auch mit wichtigen Themen der Gesellschaftspolitik, zu denen die Wissenschaften interdisziplinär zukunftsweisende Beiträge leisten, beschäftigen (und alle die daran Interesse haben sind herzlich eingeladen) Ansprechpartner findet man auf den Internetseiten des Wissenschaftsforums: www.forscher.de

spw 1/2006

Wissenstransfer für den gesellschaftlichen Fortschritt

Der Nutzen der Kooperation von Wissenschaft und Gewerkschaften

Von Sabine Blum-Geenen und Karsten Schneider

Die Arbeiterbewegung hat sich bereits relativ früh für akademisches Wissen und Forschung, insbesondere deren praktische Folgen für die industriellen Beziehungen und Arbeitsbedingungen, interessiert. Intellektuelle haben ihrerseits den Kontakt zu den Gewerkschaften gesucht. Die politische Bewertung der Gewerkschaften als emanzipative, die Gesellschaft modernisierende Kraft, hatte auch mit der spezifischen Kooperation mit Wissenschaft zu tun. Die immer größere Komplexität und schnellere Dynamik der Arbeitswelt (und letztlich der Gesellschaft) macht die Interaktion zwi-

schen Wissenschaft und Gewerkschaften wichtiger.

Im Verhältnis von Wissenschaft und Gewerkschaften sind drei Ebenen zu unterscheiden. Erstens stellt sich die Frage, wie sich die ArbeitnehmerInnen bzw. ihre Organisationen das generierte Wissen nutzbar machen können und welche Aufgaben und Strategien sich für die Akteure daraus ergeben. Zweitens wächst – angesichts politisch gleichförmiger werdender Wissenschaft, z.B. der deutschen Volkswirtschaftslehre – die Bedeutung der Förderung alternativer und kritischer Wissenschaftsthemen und Wissen-

schaftlerInnen, die sich solcher Themen annehmen. Drittens lässt sich fragen, wie die Gewerkschaften ihre fachlichen Anforderungen an Wissenschaft aktiv formulieren können. Das Management von Wissenschaftszugängen sowie das Verhältnis von Auftragsforschung und Lernfähigkeit sind hier als Herausforderungen zu thematisieren.

Wissen und Wissenstransfer

Bis in die siebziger Jahre pflegten GewerkschafterInnen in der Bundesrepublik ein relativ unkritisches Verhältnis zu WissenschaftlerInnen und wissenschaftlichen Arbeiten. Einerseits fehlte es an der eigenen akademischen Ausbildung, um wissenschaftliche Methodik ausreichend bewerten zu können. Andererseits konnten sich die Akteure auf das eigene Erfahrungswissen angesichts der im relativ stabilen gesellschaftlichen und ökonomischen Verhältnisse eher verlassen.

Dr. Sabine Blum-Geenen arbeitet als Leiterin des Projektes Wissenschaftskoordination beim Vorstand der IG Metall, sie lebt in Eschborn

Dr. Karsten Schneider ist Referatsleiter in der Abteilung Forschungsförderung der Hans-Böckler-Stiftung, er lebt in Wuppertal

Mit der höher werdenden Zahl akademisch ausgebildeter ArbeitnehmerInnen und GewerkschaftsfunktionärInnen sowie der an Dynamik gewinnenden gesellschaftlichen Entwicklung seit den siebziger Jahren änderte sich dies.

Immer häufiger beschäftigten sich wissenschaftliche Forschungsvorhaben mit arbeitspolitischen Themen: Einerseits nahm die Zahl gewerkschaftsnaher Industriosozologen zu, die solche Themen für relevant erachteten, andererseits kam es zu einer regen finanziellen Förderung solcher Forschungsvorhaben im Zuge der „Humanisierung des Arbeitslebens“- bzw. HdA-Programme des damaligen Bundesarbeitsministeriums – ein übriges zu wenig beachtetes Verdienst der sozialliberalen Koalition.

Die gewerkschaftliche Bildungsarbeit machte sich wissenschaftliche Erkenntnisse zu Nutze. So wurden in den siebziger Jahren neue Bildungskonzepte entwickelt, wonach

über das Wissen verfügen und das die potenziellen Anwender über dieses Wissen nur in Kenntnis gesetzt werden bzw. es lernen müssten. Dieses Top-down-Modell funktioniert aber kaum. Einerseits bleiben die Interessen der Nutzer unberücksichtigt, andererseits kann nicht umstandslos davon ausgegangen werden, dass das Wissen von den Adressaten verstanden wird. Transfer funktioniert nur als Prozess der Kooperation, weil die spezifische Anwendung von Wissen durch den Wissenschaftler nur selten geleistet werden kann, dazu bedarf es des Praktikers (Fricke 2003).

Die Kooperation von Wissenschaft und Praxis benötigt, um zu problemadäquaten Lösungen zu führen, einen institutionellen Rahmen. Um diesen können sich sowohl Wissenschaft als auch Gewerkschaft bemühen. Konkret richtet z.B. die Hans-Böckler-Stiftung als Forschungsförderungseinrichtung Beiräte bzw. Workshops zur Begleitung

davon, ob sie dieses durch eigene akademische oder autodidaktische Bildung erworben haben. Leider sind diese Akteure meist auch diejenigen, die am wenigsten Zeit für diese Rückkopplungsprozesse haben. Diese Prozesse sind aber relativ arbeitsintensiv, wenn sie erfolgreich sein sollen.

Die Wissenschaft trägt nicht selten zu der Vergrößerung der Distanz bei, indem einfache Sachverhalte kompliziert dargestellt werden. Popper (1987) hat dies – auch wenn die Axiome seiner eigenen Arbeit kritisch diskutiert werden können – prägnant auf den Punkt gebracht und zu mehr Bescheidenheit der Wissenschaftler geraten.

Aber nicht nur die WissenschaftlerInnen agieren gelegentlich, ohne den Austausch mit der Praxis im Blick zu haben und sich über Adressaten im Klaren zu sein, auch betriebliche bzw. gewerkschaftliche Akteure haben die Weiterverwendung des erworbenen Wissen mitunter zu wenig im Blick. Sowohl ForscherInnen als auch PraktikerInnen sollten die Verbreitung von Forschungsergebnissen frühzeitig und konsequent planen.

Förderung kritischer Wissenschaft und Wissenschaftler

In Zeiten des beinahe vollständigen monetaristischen und neoklassischen Sieges in der deutschen Volkswirtschaftslehre – personell gibt es beinahe keine anders besetzten Lehrstühle mehr – (anschaulich: Dürmeier 2005) braucht die Notwendigkeit, alternative Fragestellungen zu fördern, vielleicht nicht mehr besonders betont zu werden. In anderen sozialwissenschaftlichen Teildisziplinen nimmt die Zahl kritischer Akteure zwar auch ab, angesichts einer größeren Pluralität von Zugängen – bspw. im Falle der Industriosozologie – ist dies aber nicht unbedingt nachteilig.

Es stellt sich eher die Frage, was industriosozologische bzw. arbeitspolitische Forschung heute überhaupt noch ausmacht. Der Wandel der Industriellen Beziehungen stellt die bisherige wissenschaftliche Rezeption zur Disposition. Insbesondere scheint die Sozialpartnerschaft von Teilen der Arbeitgeber aufgekündigt zu werden, wie sich nicht nur in der gegenwärtigen Debatte um die betriebliche und überbetriebliche Mitbestimmung zeigt (BDI-/BDA-Kommission Mitbestimmung 2004). Während der vergangenen drei Jahrzehnte gewann zwar die gestaltende Rolle der Arbeitnehmerseite sowohl qualitativ als auch quantitativ an Bedeutung (Kotthoff 1994), heute dominiert aber oft die Moderation eines „Rückzugs“-Prozesses, was die Interessenvertretungen und Gewerkschaften auch von Seiten der Belegschaften unter Druck setzt. Für die Forschung bedeutet dies die Rückkehr zu teilweise mühsam überwundenen sozialen Konfrontationsvorstellungen bzw. -szenarien (vgl. Dörre 2005). In jedem Fall greift es zu kurz, die Arbeitsbe-



wissenschaftliche Erkenntnisse nicht an die Beschäftigten weitergereicht werden sollten, sondern ein Dialog des Erfahrungswissens der SeminarteilnehmerInnen und des formalen akademischen Wissens anstreben (vgl. Negt 1975). So mancher Student, der in den 70er und 80er Jahren als Bildungsarbeiter erstmals mit Gewerkschaften in Berührung kam, gestaltet heute als Hauptamtlicher deren Arbeit mit.

Während kooperative Methoden in der Bildungsarbeit durchaus erfolgreich waren und sind, hat sich die Kluft zwischen Hochschulforschung und den Interessen von ArbeitnehmerInnen bzw. Gewerkschaften eher vergrößert. Schon die Ergebnisse des HdA-Programms verschwanden größtenteils in Schubladen. Aber dieses Transfer-Problem betrifft nicht allein die HdA-Forschung, sondern ist grundsätzlicher Natur. Die wissenschaftliche Forschung wird nach wie vor durch das gedankliche Modell geprägt, dass (allein) die WissenschaftlerInnen

der von ihr geförderten Forschungsprojekte ein. Hier sollen WissenschaftlerInnen und PraktikerInnen einen Beitrag zu problemadäquaten Fragestellungen und Methoden leisten. Es geht also im Idealfall um eine aktive Beteiligung von PraktikerInnen (und anderen WissenschaftlerInnen), die auf diese Weise auch einen Beitrag zu den Forschungsergebnissen leisten. Wissenstransfer – auch wenn der Begriff nicht ganz richtig ist – geschieht so quasi nebenbei.

In der Praxis ist dieser Automatismus allerdings abhängig von einer aktiven Beteiligung, welche insbesondere auf Seiten von InteressenvertreterInnen und GewerkschaftlerInnen nicht immer vorausgesetzt werden kann. Gründe für dieses Defizit könnten einerseits die nach wie vor bestehende Distanz von Praxis und Wissenschaft sein, die PraktikerInnen abschreckt. Letztere sind um so eher bereit, sich in den genannten Kooperationsstrukturen einzubringen, wenn sie über Spezialwissen verfügen – unabhängig

ziehungen als nur konfrontativ oder nur partnerschaftlich zu sehen. In der Praxis wird es in Zukunft noch stärker als in der Vergangenheit darauf ankommen, den Spagat zwischen Schutz der Beschäftigteninteressen und aktiver Gestaltung auszuhalten. Letztlich werden sich die Gewerkschaften, wenn sie sich auf den von Teilen der Arbeitgeber vorgegebenen Konfliktkurs gänzlich einlassen, Gestaltungsmöglichkeiten ungenutzt lassen. Insofern ist die Debatte um die Zukunft der Industriellen Beziehungen nicht nur akademisch, sondern sollte viel stärker unter Beteiligung von GewerkschafterInnen und ArbeitgebervertreterInnen geführt werden.

Auch die Gewerkschaften können als Akteure der Wissenschaftspolitik darüber hinaus versuchen, auf die Berufungspolitik Einfluss zu nehmen, so dass z. B. die wirtschaftswissenschaftlichen Disziplinen in Zukunft wieder in höherem Maße durch plurale Auffassungen geprägt werden.

Die Pflege des wissenschaftlichen Nachwuchses kann und sollte allerdings erheblich früher anfangen: Zu wenig werden Studierende und Promovierende, selbst wenn sie StipendiatInnen der Hans-Böckler-Stiftung sind, in die gewerkschaftliche Arbeit eingebunden, systematische Kontaktpflege ist – beidseitig – im Grunde nicht vorhanden.

Funktion der Wissenschaft für Gewerkschaften

Unterstützung der eigenen Arbeit durch wissenschaftliche Forschung und Beratung gehört heute eher nicht zum Alltagsgeschäft eines Gewerkschaftssekretärs, gleichwohl ist die akademische Unterstützung alltäglich – und ebenso notwendig wie erwünscht. Um es plastisch zu machen: Beispielsweise argumentieren gewerkschaftliche Akteure in den politischen Debatten um die neuen Arbeitsmarktgesetze selbstverständlich in Kenntnis erster Evaluationsergebnisse. Und auch – um ein aktuelles Beispiel aus dem Kerngeschäft der Gewerkschaften zu nennen – bei der Weiterentwicklung der Tarifpolitik ist wissenschaftliche Expertise willkommen: So wird die aktuelle Einführung des gemeinsamen Entgelttrahmentarifs für Arbeiter und Angestellte (ERA) in der Metall- und Elektroindustrie durch eine Reihe Forschungsprojekte begleitet. Gleichzeitig erwartet die IG Metall von dieser „wissenschaftlich fundierten ‚Reflexions- oder Lernschleife‘ für das weitere Handeln“ Kriterien und Ideen für die Weiterentwicklung des ERA (IG Metall, FB Tarifpolitik 2004, S. 3).

Voraussetzung für die wissenschaftliche Qualität von Forschung und daraus folgender Anwendung auf sachadäquate Problemlösungen ist die Unabhängigkeit von wissenschaftlicher Arbeit. Gewerkschaftsnähe Forschung hat als Gefälligkeitsforschung für die Gewerkschaften selbst – wenn über-

haupt – nur einen sehr eingeschränkten Wert. Wünschenswert ist dagegen, dass PraktikerInnen, Forschungsbedarfe benennen. Wissenschaft ist – ob sie es will oder nicht – notwendigerweise immer interessenbezogen, insofern ist die wissenschaftliche Untersuchung aktueller politischer Herausforderungen nicht nur sinnvoll, sondern nachgerade notwendig.

Durch die zunehmende gesellschaftliche Dynamik vergrößern sich die Probleme der Wissenschaft, zeitnah Erkenntnisse in politische Entscheidungsprozesse einspeisen zu können. Große Forschungsprojekte haben eine Laufzeit von zwei oder mehr Jahren. Für den Bevollmächtigten einer Verwaltungsstelle der IG Metall, der in seinem Alltagsgeschäft in Folge von strukturpolitischen Problemen mit Entlassungs- und Schließungswellen zu kämpfen hat, ist dies nur begrenzt nützlich. Ohne dass es zu einer Verfälschung von Ergebnissen kommen darf, ist es daher teilweise erforderlich, einen Kompromiss zwischen praktischen und wissenschaftlichen Erfordernissen zu finden. Einerseits nützt es der gewerkschaftlichen Praxis (zumindest mittel- bis langfristig) nichts, wenn hastig erarbeitete Ergebnisse falsch sind, andererseits ist auch die Wissenschaft darauf angewiesen, dass sie in der Praxis auf Interesse stößt. Gelöst werden kann das Problem möglicherweise dadurch, dass der über Beiräte gestützte Transfer zeitnaher gestaltet wird; z. B. indem die Wissenschaft sich auf konkrete praktische Fragestellungen stärker einlassen. Zum anderen können Kurzstudien auf eng abgegrenzte Einzelfragestellungen schnellere Antworten liefern.

Notwendigkeit arbeitspolitischer Förderprogramme

Ein dritter Akteur darf bei dem Thema Gewerkschaften und Wissenschaft nicht ausgeklammert werden: der Staat in seiner Rolle als Initiator von Forschungsprogrammen und Fördermittelgeber. Der Förderung arbeitspolitischer Forschung wird kein Ministerialer ihre Berechtigung absprechen und auch die in der großen Koalition vor allem zuständige Forschungsministerin wird sich nicht grundsätzlich verschließen, wenn es beispielsweise um industriesoziologische Fragestellungen, Prävention im Arbeits- und Gesundheitsschutz, Zukunft der Mitbestimmung usw. geht.

Auch hier gilt allerdings, dass die Forschungsfragen und -ergebnisse den Interessen der Beschäftigten und ihrer Interessenvertretungen angepasst sein müssen, wenn sie nicht im akademischen Nirwana enden sollen. Insofern ist auch hier der Frage des Transfers und der Verfügbarkeit wissenschaftlicher Ergebnisse hohe Aufmerksamkeit zu widmen.

Aber das entscheidende Problem der öffentlichen Förderung ist ein anderes: Die

Zeiten der HdA-Programme sind vorbei und öffentliche Mittel werden knapper. Angesichts der Herausforderungen, vor denen unsere Wirtschaft steht, ist es fragwürdig, dass arbeitswissenschaftliche Institute immer weniger öffentliche Gelder erhalten. Auch die Bundesländer streichen so großzügig wie gedankenlos Mittel in diesem Aufgabenfeld. Dass mit der absehbaren Schließung vieler dieser Institute ein großes Potenzial zur Erforschung von Innovationen in den Arbeitsprozessen auf der Strecke bleibt, wird offenbar billigend in Kauf genommen. Gerade in Zeiten, in denen die Bedeutung qualifizierter Arbeit für die Wirtschaftsleistung in der öffentlichen Debatte wieder vernehmbarer wird, sollten diese Entscheidung (nochmals) sorgfältig überdacht werden.

Die Kooperation von Wissenschaft und Gewerkschaften lässt sich optimieren. Insbesondere könnten durch einen höheren – insbes. personellen – Ressourcenaufwand und verbindliche Transferstrukturen die Bedingungen für den Transfer bzw. Austausch so verbessert werden, dass die Beziehung für beide Seiten produktiver wird. In diesem Zusammenhang sind auch die Anstrengungen, vorliegende Forschungsergebnisse für den öffentlichkeitswirksamen Transfer zu nutzen, zu nennen. Die Hans-Böckler-Stiftung hat mit dem „Böckler Impuls“ zumindest einen ersten Schritt in diese Richtung getan, der im betrieblichen Spektrum positiv aufgenommen wird.

Trotz bestehender Verbesserungsmöglichkeiten bei Kooperation und Transfer muss die laufende Streichung von öffentlichen Fördermitteln im Bereich der Arbeitsforschung unbedingt umgekehrt werden. Unabhängig von den genannten Verbesserungsoptionen bringt die Kooperation von Wissenschaft und Gewerkschaften für beide Seiten produktive Ergebnisse.

spw 1 / 2006

Literatur

- BDI-/BDA-Kommission Mitbestimmung (2004), Mitbestimmung modernisieren, hrsg. von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und dem Bundesverband der Deutschen Industrie, Berlin.
- Fricke, Werner (2003), Forschung im Dialog statt Wissenschaftstransfer, in: Färber, Christiane u. a. (Hrsg.), Kooperation, Wissenschaft, Arbeitswelt, Münster, S. 32-42.
- Dörre, Klaus (2005), Intermediarität und gewerkschaftliche Identität, in: Industrielle Beziehungen, Heft 2, S. 207-212.
- Dürmeier, Thomas (2005), Post-Autistic Economics. Eine studentische Intervention für plurale Ökonomik, in: Intervention. Zeitschrift für Ökonomie, Heft 2, S. 65-76.
- IG Metall, FB Tarifpolitik (2004), ERA-Begleitforschung, unveröffentlichtes Manuskript, Frankfurt/M.
- Kotthoff, Hermann (1994), Betriebsräte und Bürgerstatus. Wandel und Kontinuität betrieblicher Mitbestimmung, München, Mering (Schriftenreihe Industrielle Beziehungen, Bd. 8).
- Negt, Oskar (1975), Soziologische Phantasie und exemplarisches Lernen. Zur Theorie und Praxis der Arbeiterbildung, 4. Aufl., Frankfurt/M.
- Popper, Karl R. (1987), Gegen die großen Worte, in: ders., Auf der Suche nach der besseren Welt, München, S. 99-113.

Loccum – Ort intellektueller Kooperation

Die Loccumer Initiative Kritischer WissenschaftlerInnen

Von Gregor Kritisidis

Die mit dem Zusammenbruch des Realsozialismus im Herbst 1989 innerhalb von Teilen der linken Intelligenz verbundenen Hoffnungen auf einen neuen Schub sozialer und demokratischer Veränderungen waren Anfang der 90er Jahre jäh enttäuscht worden. Die wenigen Impulse für eine Demokratisierung aller Lebensbereiche waren im vereinten Deutschland mit der Währungsunion, dem bürokratischen Anschluss der DDR an die Bundesrepublik, der weitgehenden Zerschlagung der ostdeutschen Wirtschaft und einer von den sozialen und politischen Eliten entfachten rassistischen Kampagne zur faktischen Abschaffung des Asylrechts erstickt worden. Anstelle einer breiten öffentlichen Debatte über die Gestalt einer neuen Bundesrepublik und den zukünftigen Kurs des vergrößerten Staatswesens dominierte eine aggressive Standortrhetorik die Medienöffentlichkeit. Die Öffnung der DDR-Archive sorgte zudem dafür, daß antkommunistisch grundierte Diskurse auch die intellektuellen Auseinandersetzungen prägten. Neben der 1917 in Rußland begonnenen historischen Entwicklung wurde zugleich jeglicher Form sozialistischen Denkens und Handelns die Legitimität abgesprochen. Von konservativer Seite wurde kritisches, sozialutopisches Denken generalisierend denunziert, indem man Utopien stillschweigend mit System-Utopien gleichsetzte, einen angeblich zwingenden Zusammenhang von Utopie und Gewalt konstatierte und folgerichtig in der Öffentlichkeit ein von Joachim Fest proklamiertes Utopienverbot götierte. Das westliche „Staatsfragment“ (Wolfgang Abendrot) erklärte sich selbst für das Ganze und reklamierte das historische Recht für das eigene Vergesellschaftungsmodell. Die Wiederwahl der Regierung Kohl 1994 demonstrierte die Hegemonie dieser Sichtweise. Das Versprechen, die Landschaften in der ehemaligen DDR zu einer kapitalistischen Blüte zu bringen, verdeutlichte den Anspruch der Eliten der alten Bundesrepublik, die erprobten Formen sozialer Herrschaft im Kern unverändert im vergrößerten Staatsgebiet ausüben zu wollen.

Kritische Interventionen

Vor diesem Hintergrund einer immer stärkeren Vorherrschaft konservativer und neo-li-

beraler Ideologien im öffentlichen Leben ergriff ein kleiner Kreis von befreundeten WissenschaftlerInnen aus Hannover, Bremen und Göttingen im Winter 1994 die Initiative für eine breitere Organisierung kritischer Intellektueller – die Loccumer Initiative Kritischer WissenschaftlerInnen wurde gegründet. Beabsichtigt war die Zusammenarbeit mit all denjenigen Kräften, die – wenn auch mit unterschiedlicher Schwerpunktsetzung – an einer gesellschaftlichen Alternative jenseits verengter neoliberal-konservativer Deutungsmuster festhielten. Es wurde die Idee geboren, durch die Organisation einer Arbeitstagung den Kreis von engagierten WissenschaftlerInnen zu erweitern und ein Forum zu schaffen für alternative wissenschaftlich-politische Diskussionen und Interventionen.

Die Protagonisten dieses Kreises konnten zu diesem Zeitpunkt bereits auf eine zum Teil langjährige theoretische und politische Kooperation zurückblicken: Peter von Oertzen hatte in der zweiten Hälfte der 50er Jahre zu denjenigen undogmatischen marxistischen Intellektuellen gezählt, die die Herausbildung einer linken Fraktion im Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) gefördert und sowohl gegen politische Angriffe vom rechten Flügel der SPD als auch die Vereinnahmungsversuche DDR-freundlicher Kräfte verteidigt hatte. Von Oertzen war es auch, der mit einem Teil dieser jüngeren Intellektuellen nach dem Ausschuß des SDS aus der SPD Anfang der 60er Jahre in den Arbeitsheften der Sozialwissenschaftlichen Vereinigung zusammenarbeitete – zu diesen gehörten u.a. Jürgen Seifert, Michael Vester, Thomas von der Vring und Oskar Negt. (Vgl. dazu v. Oertzen, 2004.) Viele von ihnen holte er, mittlerweile Professor an der Universität Hannover, an die dortige sozialwissenschaftliche Fakultät. Bald kamen jüngere, ebenfalls aus Kreisen des SDS hervorgegangene Wissenschaftler hinzu wie die Schüler des marxistischen Verfassungsjuristen und Politologen Wolfgang Abendroth, Joachim Perels und Michael Buckmiller, und kritische Sozialpsychologen wie Alfred Krovoza. Anfang der 70er Jahre war die sozialwissenschaftliche Fakultät in Hannover zu einem Sammelpunkt undogmatischer marxistischer Denker geworden

oder, wie die Hannoversche Allgemeine Zeitung in dieser Zeit so schön formulierte, zu einer „Fakultät der gefährlichen Möglichkeiten“. (Vgl. Vester/von Oertzen 1989, S. 150-167.) Die Kooperation auf akademischer Ebene konnte jedoch dauerhaft kaum den Erwartungen einer Verbindung von Theorie und Praxis gerecht werden, zumal die Kampagne gegen Peter Brückner, Professor am Institut für Sozialpsychologie, im Zusammenhang mit der Terroristenjagd in der Zeit des Deutschen Herbstes die wissenschaftlich-politische Bewegungsfreiheit merklich einschränkte. Während noch in den 70er Jahren das Sozialistische Büro ein Minimum an intellektueller Kooperation außerhalb der Universitäten Institutionen garantierte, wurde es in den 80er Jahren merklich ruhiger.

Eine moderne Fabian Society

Die Gründung der Loccumer Initiative stellte also den wiederholten, alles andere als selbstverständlichen Versuch dar, politisch-wissenschaftliche Reflexionsprozesse kollektiv zu organisieren und in emanzipativer Absicht in die gesellschaftliche Praxis zu vermitteln.

Im Herbst 1995 fand in der Evangelischen Akademie in Locom – daher der Name Loccumer Initiative – eine erste Tagung mit dem Titel „Kapitalismus ohne Alternative?“ statt, die großes Interesse fand und den Vorbereitungskreis ermutigte, weitere Tagungen folgen zu lassen. Die Fragestellung dieser ersten Tagung verdeutlicht die defensive Position, in die alle emanzipativen Kräfte gekommen waren: Zwar war im Januar 1994 im Süden Mexicos eine neuartige Guerilla, die zapatistische Befreiungsbewegung EZLN, auf die historische Bühne getreten; die gesellschaftlichen Entwicklungen, in der öffentlichen Debatte unter dem Schlagwort Globalisierung verhandelt, wiesen aber in fast allen Teilen der Welt in eine andere Richtung. Eine Bewegung gegen die kapitalistische Durchdringung aller Lebensbereiche und für eine Demokratisierung der Gesellschaften konnte allenfalls in Ansätzen ausgemacht werden. In dieser Situation sollte die Loccumer Initiative nach dem Vorbild der englischen Fabian Society mit wissenschaftlich fundierten Interventionen in das politische Leben eingreifen und die fragilen gesellschaftlichen Orientierungsprozesse befördern. Dem eigenen Selbstverständnis nach sollte es sich um ein „linkes“ Projekt ohne Verpflichtung auf irgendeine

Gregor Kritisidis, Dipl.-Sozialwissenschaftler seit 1999 Organisationssekretär der LI, Mitarbeiter bei „sopos – sozialistischen Positionen“, promoviert über die sozialistische Linke in der Ära Adenauer, lebt in Hannover.

traditionelle Tendenz oder Programmatik handeln.

Die Ergebnisse der zweiten Tagung vom Herbst 1996 „Ökonomie ohne Arbeit – Arbeit ohne Ökonomie? Entwicklungstendenzen des Kapitalismus und politische Intervention“ erschien dann in Form einer Broschüre als Heft 1 der Schriftenreihe „Kritische Interventionen“ im Hannoverschen Offizin-Verlag. In einer dort enthaltenen programmatischen Erklärung hieß es: „Durch verstärkten Informations- und Meinungsaustausch zu den drückenden Problemen können wirksame, auf fundierte wissenschaftliche Argumentationen gestützte, kritische Zusammenhänge sich bilden, Gegenöffentlichkeit sich entfalten und damit ein Gegengewicht zur vorherrschenden geistigen Lähmung entstehen“. (Loccumer Initiative 1997, S. 144.) Die Kritischen Interventionen sollten „in konzentrierter Form zu Strukturfragen der Gesellschaft Stellung beziehen und Handlungsperspektiven aufzeigen“. Gedacht war dabei sowohl an jüngere WissenschaftlerInnen als auch an Praktiker in Gewerkschaften, Parteien und anderen gesellschaftspolitischen Organisationen.

Grenzen, Erosionsprozesse und Suchbewegungen

Die folgenden Jahre zeigten schnell die Grenze eines solchen Projektes. Die Erosion der politischen Öffentlichkeit und die Abdichtung der vorherrschenden Diskurse gegen Kritik war bereits derart vorangeschritten, dass eine breitere Wirkung hätte erzielt werden müssen. Aber weder gelang es, den Kreis um jüngere Wissenschaftler zu erweitern, noch die Tagungen für kritische Betriebsräte und Gewerkschafter zu öffnen. Auch die internationale Kooperation kam über gelegentliche Kontakte zu der französischen, um Pierre Bourdieu gruppierten intellektuellenorganisation *Raisons d'Agir* nicht hinaus. Die projektorientierte Zusammenarbeit mit anderen Kreisen kritischer Intellektueller in der Bundesrepublik erwies

sich mitunter als schwierig, hatte aber respektable Ergebnisse zur Folge. So entstand auf Initiative des aus linkskatholischen Traditionen stammenden Gottfried Erb 2002 das Memorandum „Armut als Bedrohung“, das die Kritik an der neoliberalen Politik der sozialen Ausgrenzung auch theoretisch vornahm. (Vgl. Loccumer Initiative 2002.)

Kritisches Denken innerhalb der Loccumer Initiative war durchaus in der Lage, gesellschaftliche Entwicklungen zu antizipieren. Dass die Sozialdemokratie den Zusammenbruch der parteikommunistischen Variante der Arbeiterbewegung nicht dauerhaft überleben würde, wurde von Helmut Schauer bereits 2000 auf der Tagung „Rot-Grün – noch ein Projekt“ diagnostiziert. (Schauer 2001, S. 70-79.) Diese Position traf nicht auf ungeteilte Zustimmung, und zu Bundestagswahlen unterschrieben Mitglieder der Loccumer Initiative durchaus gegensätzliche Wahlaufträge – während die einen trotz alledem öffentlich für das rot-grüne Wahlbündnis votierten, orientierten andere, wie Peter von Oertzen, auf die neue entstandenen Basisbewegungen der außerparlamentarischen Opposition. Es ist jedoch immer wieder Gegenstand der Debatten geworden, in welchem Maße die traditionellen gesellschaftlichen Organisationsformen überlebensfähig sind – und welche Funktion Intellektuellen bei den gegenwärtigen Transformationsprozessen zukommen sollte. Vor diesem Hintergrund hat die Auseinandersetzung mit konkreten Utopien im Blochschen Sinne und Suche nach alternativen Vergesellschaftungsformen innerhalb der Loccumer Initiative eine zunehmende Bedeutung gewonnen. Eine Arbeitsgruppe zur „Solidarischen Ökonomie“ organisierte u.a. sogar eine Sommerschule, die sich eingehend mit anderen Formen des Lebens- und Wirtschaftens in Lateinamerika und Europa auseinandersetzte. (Vgl. Clarita Müller-Plantenberg, et. alt., Kassel 2005)

Diese geistige Suchbewegung ging in den letzten Jahren mit einer verstärkten Suche

nach Kooperationspartnern einher. So fand im Oktober 2005 ein gemeinsame Tagung jüngerer Wissenschaftlern aus der Redaktion des Online-Magazins „sozialistische positionen“ mit dem Titel „Die Möglichkeiten einer anderen Welt“ statt, die an vorangegangene Tagungen anknüpfte, das Spektrum der Beteiligten insgesamt aber erweiterte. Dabei wurde deutlich, dass es einen erheblichen Diskussions- und Klärungsbedarf besonders unter jüngeren Intellektuellen gibt.

Die Loccumer Initiative sieht es als eine ihrer Hauptaufgaben, diese intellektuellen Selbstverständigungsprozesse zu befördern. Gesellschaftliche Orientierungsprozesse benötigen das Medium der Öffentlichkeit, um stattfinden zu können. Die Loccumer Initiative will ihren Teil dazu beitragen, diese Öffentlichkeit auf politisch-wissenschaftlicher Ebene herzustellen.

spw 1/2006

Literatur:

- Loccumer Initiative (Hrsg.), *Ökonomie ohne Arbeit – Arbeit ohne Ökonomie? Entwicklungstendenzen des Kapitalismus und politische Interventionen. Kritische Interventionen Bd. 1.* Hannover 1997, S. 144.
- Loccumer Initiative (Hrsg.), *Armut als Bedrohung. Der soziale Zusammenhalt zerbricht. Ein Memorandum. Mit einer Einführung von Oskar Negt. Kritische Interventionen Bd. 7.* Hannover 2002.
- Clarita Müller-Plantenberg/Irmtraud Schlosser/Wolfgang Nitsch (AG der Loccumer Initiative Kritischer WissenschaftlerInnen, Hrsg.), *Solidarische Ökonomie in Brasilien und Deutschland. Wege zur konkreten Utopie. Internationale Sommerschule Imshausen.* Kassel 2005.
- Peter v. Oertzen, *Demokratie und Sozialismus zwischen Politik und Wissenschaft.* Hrsg. v. M. Buckmiller, M. Vester und G. Kritidis. Hannover 2004
- Helmut Schauer, *Die Zukunft der Gewerkschaften und die Chancen einer sozial-ökologischen Reformpolitik.* In: Loccumer Initiative (Hrsg.), *Rot-Grün – noch ein Projekt? Kritische Interventionen Bd. 5.* Hannover 2001, S. 70-79.
- Michael Vester, Peter von Oertzen und die „Fakultät der gefährlichen Möglichkeiten“ in Hannover. In: Jürgen Seifert/Heinz Thörmer/Klaus Wettig (Hrsg.), *Soziale oder Sozialistische Demokratie. Beiträge zur Geschichte der Linken in der Bundesrepublik.* Marburg 1989, S. 150-167.

Der Selbstmord des Autors Brauchen wir Intellektuelle?

Von Svea Reiners

Beim Versuch, den Begriff der/des Intellektuellen dadurch zu aktualisieren, greifbarer zu machen, dass Umstehende aufgefordert wurden: „Nenne mir eine/n Intellektuelle/n.“ wurde geantwortet: Uli Wi-

ckert, Sabine Christiansen, Gert Scobel, Harald Schmidt, Walter Jens und Günter Grass. Gewiss, diese Umfrage ist nicht repräsentativ, nicht wissenschaftlich fundiert, aber dennoch liefert sie Aufschluss.

Durchaus möglich, sogar wahrscheinlich, dass jede/r der Genannten schon einmal ein Buch veröffentlicht hat, doch als Schriftsteller im eigentlichen Sinn würde man sicherlich lediglich Günter Grass bezeichnen. Walter Jens in seiner Rolle als Publizist würde im weiteren Sinne auch noch dazu zählen. Werden also Schriftsteller/innen nicht mehr als Intellektuelle gesehen? Der gemeinsame Nenner der anderen Genannten ist ihre Bekanntheit durch das Fernsehen. Schriftsteller tauchen selten im Fernsehen auf, haben ihre Auftritte allenfalls in Spartenprogrammen, mehr nicht. Schließt man der Frage nach Intellektuellen eine Frage nach zeitgenössischen deutschsprachigen Autor/innen an, so lautet die Ant-

wort: Grass, Handke, Walser. Die großen Alten. Jüngere Autor/innen sind der breiten Öffentlichkeit nahezu unbekannt, allenfalls erntet man ein „ich hab ein Buch von einer jungen Schriftstellerin gelesen, aber wie hieß sie noch gleich.“

Auf eine weitere und dann auch abschließende Frage, denn schließlich ermüdet es, so dünn gesäte Antworten zu bekommen, nach den Schriftsteller/innen Politicky, Hettche, Schindhelm oder Dean, wird lediglich müdes Kopfschütteln geerntet, denn auch das befragte Gegenüber ist der Fragen überdrüssig.

Romane mit relevantem Realismus?

Jene vier Schriftsteller nun, allesamt in mittleren Jahren, versuchten vor einem halben Jahr, eine Debatte um politische Literatur loszutreten. In „Die Zeit“ veröffentlichten sie ein Manifest, das sie nicht als Manifest verstanden wissen wollten, sondern als Positionspapier, in dem sie forderten, die Schriftsteller/innen sollten sich der gesellschaftlichen Wirklichkeit annehmen und nicht nur um sich selbst kreisen. Sie sollten Romane mit relevantem Realismus schreiben, Romane, die jenseits verspieltem Avantgardismus und bloßer Abbildung stünden und mit denen sich die Schriftsteller/innen wieder von einer Randposition in die Mitte der Gesellschaft schreiben sollten.

Die Debatte wurde nicht sehr breit geführt, unter das Positionspapier hatte „Die Zeit“ Reaktionen weiterer Schriftsteller, die die Forderungen abweisen gesetzt und auch in den Feuilletons der anderen Zeitungen wurde knapp und ablehnend darauf reagiert und die Debatte verlief sehr schnell im Sande.

Zurecht, ist es schließlich der falsche Ansatz, von Schriftsteller/innen eine bestimmte Thematik, gar eine bestimmte Ästhetik zu fordern. Die vier haben eine richtige Beobachtung gemacht, nämlich die, dass tatsächlich sehr viele Romane zeitgenössischer Autor/innen reichlich anämisch und erfahrungsarm, um sich selbst kreisend daherkommen. Und ebenso richtig ist es auch, dass viele jüngere Autor/innen keine Stellung zu beziehen scheinen.

Doch ist das nicht ein Trugschluss, tun diese AutorInnen nicht genau das? Schreiben sie nicht über das, was um sie herum passiert, oder eben nicht passiert? Bringt nicht letztlich jede Zeit und jede Gesellschaft die Texte hervor, die sie widerspiegelt, hat nicht jede Zeit ihre Texte?

Statt den Status quo zu bemängeln und Texte einer bestimmten Art zu fordern, ist es interessanter, der Frage nachzugehen, warum solche Texte entstehen, warum solche Texte verlegt, rezensiert und gelesen werden.

Die Antwort, warum solche Texte geschrieben werden scheint banal, aber ganz offensichtlich sind diese vielleicht belanglosen Handlungen und lauen Stile Abbild unserer Gesellschaft, diese Texte sind also schon in der Mitte der Gesellschaft angekommen.

Und offensichtlich werden diese Texte verlegt, weil die Verlage sich erhoffen, dass sie gelesen werden.

Auch beim alljährlichen Schaulernen in Klagenfurt 2005 forderte Iso Carmartin von den jungen Schriftsteller/innen mehr Stil und prangerte die Weltabschreibungen und die Etüden zur Selbstfindung in der jüngsten Gegenwartsliteratur an. In der Süddeutschen geißelte zeitnah Helmut Böttiger die Erfahrungsarmut bei gleichzeitiger Perfektion im Aneinanderreihen von Hauptsätzen in den Debüts junger Schriftsteller/innen, die letztendlich nichts als matte Bürgerlichkeit lieferten. Damit mag Hans Magnus Enzensberger in seinen Kursbüchern sehr aktuell sein, in denen er die bürgerliche Literatur für tot erklärte, da sie mitten im Überfluss den Massen das Elend lediglich zeige, um sie daran zu gewöhnen.

Ästhetische Gleichgültigkeit

Es bleibt offen, warum die Autor/innen nicht dazu befragt werden, warum sie diese bemängelte Gleichgültigkeit der eigenen Ästhetik gegenüber zu haben scheinen, warum sie so banale Texte schreiben, warum es offensichtlich nicht gelingt, über das bloße Beschreiben hinauszukommen.

Es wurden keine Debatten darüber geführt, warum diese jungen Autor/innen das schreiben, was sie schreiben, auf die Art, in der sie es tun. Es wird viel über sie geredet, aber sie selbst in den wenigsten Fällen gefragt. Und wenn, dann werden die jungen Autor/innen in möglichst lifestyleischem Ambiente interviewt und von einem ebenso lifestyleischem Jungreporter gefragt: Sind deine Texte politisch? Und darin erschöpft es sich dann auch.

Im Allgemeinen, Althergebrachten, gelten SchriftstellerInnen als Inbegriff der Intellektuellen – am Rande der Gesellschaft stehend, beobachtend, das Zeitgeschehen mit ihren Texten kommentierend oder aktiv beeinflussend. Zuletzt gab es den Versuch einiger Schriftsteller/innen, sich zu sammeln und sich aktiv im Wahlkampf 2005 für Rot-Grün auszusprechen. Es fanden sich gut zwei Dutzend Schriftsteller/innen, die das rot-grüne Bündnis auf Initiative von Günter Grass unterstützten. Unter ihnen nur wenige jüngere, doch die meisten, die angefragt wurden hatten es abgelehnt, sich vor den Karren einer Partei spannen zu lassen.

Große Aufmerksamkeit, die über die Feuilletons hinausging, gewannen sie nicht. Wie sollten sie auch, sind doch diejenigen Schriftsteller/innen der breiten Öffentlichkeit nahezu unbekannt.

Woran also liegt es, dass Schriftsteller/innen, vor allem jüngere, nur in seltenen Fällen politisch engagiert auftreten. Spiegeln sie am Ende nur das wider, was auch für den Rest ihrer Generation gilt: Parteienverdrossenheit? Vielleicht, denn auch die jüngeren Autor/innen haben eine dezidierte Meinung zu po-

litischen Themen. Am Deutschen Literaturinstitut Leipzig beispielsweise, dessen Absolventen insbesondere eine anämische, erfahrungsarme, bauchbespiegelnde aber handwerklich solide Textarbeit zum Vorwurf gemacht wird, gibt es durchaus politische Diskussionen. Es gibt Diskussionen um Ästhetik, um angemessene Ausdrucksformen, doch finden diese jenseits einer Öffentlichkeit statt, weil es die breite Öffentlichkeit naturgemäß nicht interessiert, was unbekannte Autor/innen zu ästhetischen Aspekten ihrer Prosa, ihres Drama oder ihrer Lyrik zu sagen haben. Aber im Grunde sollte dem Raum gegeben werden, denn so ließe sich zu Antworten kommen, warum die Dinge anders sind, als sie die Feuilletonisten gern hätten.

Eine Autorin, eine Absolventin des Deutschen Literaturinstituts, meinte, dass die Schriftsteller/innen ihrer Generation absolute Individualist/innen seien und sich daher nicht einer Gruppe zuordnen lassen wollten. Doch reicht das als Erklärung aus? Eine Gruppe muss nicht gebunden an eine Partei sein, es könnte eine Gruppe sein, die sich sammelt um das Schreiben von lustigen Berlingeschichten voranzutreiben, oder um die Belanglosigkeit und Banalität von Alltagssituationen zum Programm zu machen. Es fänden sich gewiss etliche für die ein oder andere Sache.

Denn es gibt politische Schriftsteller/innen und es gibt Schriftsteller/innen mit literarisch ästhetischen Konzepten, die über das bloße Abbilden in parataktischen Sätzen hinausgehen, doch finden diese nur selten den Weg zu Verkaufszahlen und Beachtung, die sie in eine Position brächte, dass ihnen Gehör verschafft würde. Hier dreht sich die Spirale einer durchökonomisierten Gegenwart, die die Kultur vereinnahmt zu haben scheint.

Darüber hinaus das Phänomen, dass Autor/innen zunächst sehr gefördert werden, ihre Bücher sich sehr gut verkaufen, doch sobald die erste Aufregung verklungen ist, verschwinden diese Autor/innen wieder, es wird gewartet auf ein nächstes Buch, das sich unter Umständen wieder gut verkauft, um die/den Autor/in, sobald er/sie ihre/seine Schuldigkeit getan hat, alsbald wieder von der Bildfläche verschwinden zu lassen. Das Werk als Verkaufsposition zählt, nicht der/die Autor/in.

Der Tod des Autors

Im Grunde hat der Poststrukturalismus und die damit verbundene Forderung vom Tod des Autors in der Betrachtung seines Texts, also dem vollständigen Zurücktreten einer Autorinstanz, sich damit durchgesetzt, leider jedoch in einer Weise, wie sie nicht intendiert war.

Was fehlt ist eine dialektische Betrachtung der neuesten Literatur. Statt diejenigen jungen Autor/innen einzubeziehen, sie Stellung nehmen zu lassen, warum sie so

Jahresregister 2005

Schwerpunkte 2005

Internationale Sicherheit	Heft 141	Januar/Februar 2005
Demokratie & Partizipation	Heft 142	März/April 2005
Job-Gipfel	Heft 143	Mai/Juni 2005
Gewerkschaften	Heft 144	Juli/August 2005
Volkspartei SPD?	Heft 145	September/Oktober 2005
Europäisches Sozialmodell	Heft 146	November/Dezember 2005

Nach AutorInnen

Akgün, Lale: Die EU kann viel gewinnen!	145/11
Annen, Niels: Die Bundestagswahl hat Deutschland verändert	145/4
Annen, Niels: SPD-Bundesparteitag in Karlsruhe: Jetzt wird gefeiert, basta!	146/6
Annen, Niels: Wehrpflichtdebatte – viel Lärm um nichts?	142/5
Aufruf Rot Pur: Initiative von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in der SPD	145/6
Bell, Hans Günter: Aktualität der marxistischen Klassentheorie (Tagungsbericht)	146/55
Bell, Hans-Günter: „Deutschland ist ein reiches Land“ Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht	143/46
Benneter, Klaus-Uwe: Verantwortung wahrnehmen und Politik gestalten	146/12
Berghahn, Sabine, Wersig, Maria: Eigenverantwortung auch für Frauen?	143/29
Bernstorf, Anna/Glawe, Heiko: Europäische Gewerkschaftspolitik – work in progress	146/26
Blankau, Jutta/Friedrich, Daniel: Mut zur Gerechtigkeit – Offensiv werden	144/24
Bliemel, Stefan: Die SPD als linke Volkspartei und ihr Verhältnis zur Linkspartei.PDS	145/28
Bockhofer, Reinhard/Röper, Erich: Vom Bourgeois zum Citoyen	142/31
Böhning, Björn/Rünker, Reinhold/Schuster, Joachim: Einleitung zum Schwerpunkt „Volkspartei SPD?“	145/12
Böhning, Björn: Juso-Bundeskongress: Nach NRW-Niederlage – vor dem Bundestagswahlkampf	143/10
Böhning/Björn/Rünker Reinhold: : spw weiter entwickeln!	143/41
Bontrup, Heinz-J.: Deutschland ist keine Aktiengesellschaft	144/33
Bröckling, Ulrich: Die Mobilisierung des Bürgers zwischen Markt, Zivilgesellschaft und aktivierendem Staat	142/19
Bullmann, Udo/Wollny, Heinrich: Die Lissabon-Strategie	146/19
Bulmahn, Edelgard: Föderalismusreform und Bildungspolitik: Ein lähmender Kompromiss	146/10
Burmeister, Kai/Rünker, Reinhold/Welti Felix: : Job-Gipfel – Einleitung	143/12
Burmeister, Kai/Welti, Felix: Einleitung zum Schwerpunkt „Gewerkschaften“	144/14
Burmeister, Kai: Tarifpolitik 2004/2005	144/31
Burmeister, Kai/Albrecht, Thorben: Zukunft des europäischen Sozialmodells – Einleitung zum Schwerpunkt	146/14
Busch, Klaus: Ein Beitrag zur Überwindung der aktuellen Krise der Europäischen Union	146/16
Butterwegge, Christoph: Bürgerversicherung oder Steuerfinanzierung?	141/42
Butterwegge, Christoph: Eine große Koalition gegen den Sozialstaat?	146/11
De, PatrickVos: Ein dritter Weg für Indien?	144/37
Deml, Jörg: Ist der Umbau des lohnarbeitszentrierten Sozialsystems notwendig?	141/45
Dokumentation: Die Agenda für 2005 – Reformen für Arbeit, Wachstum und Gerechtigkeit.	141/5
Drohse/Meyerhöfer Nobert/Drohse, Franziska/Stüwe, Ruppert: Emanzipatorisches Potential der Antiglobalisierungsbewegung	141/52
Egner, Björn, Terizakis, Georgios: Netzwerke in der Zivilgesellschaft	142/33
Engartner, Tim: Die Bahn verkommt – oder Mit Mehdorn auf das Abstellgleis	142/56
Erlar, Gernot: Friedenskonsolidierung – Sicherheitspolitische Herausforderungen und Aufgabenprofil	141/11
Feld, Reimund: Ein schwieriger Geburtstag: Die französische Sozialdemokratie wird 100	143/38
Finckh, Ute: Arbeitszeit – Lebenszeit	142/9
Flechtner, Stefanie: Die EU auf globaler Mission? Eine Zwischenbilanz der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik	141/18
Friedrich, Daniel, Stiedl, Bernhard: „Die IG Metall weiterentwickeln“	143/55
Godowski, Götz: Vorwärts- es geht zurück zur Mitte	143/6
Goeger, Estrelle: Et maintenant, l'Europe sociale!	146/36
Göll, Edgar: Die halbierte Demokratie Partizipation und Zukunftsfähigkeit	142/39
Gombert, Tobias, Drautz, Cordula: Jusos 2005 – Kurs halten	142/6
Gran, Stefan: Gesetzliche Mindestlöhne in Deutschland – ein weiter Weg	143/22
Gulbins, Annerose: Kongress Kritische Wissenschaften und die Entwicklung der Hochschulen	144/13
Heimann, Horst: Damit die SPD wieder „bei der politischen Willensbildung des Volkes mitwirke“!!!	145/35
Heimann, Horst: Plädoyer für eine linke Volkspartei SPD	146/44
Heise, Arne: Wie Schröder die Wahl gewinnen kann und dennoch Anderen das Regieren überlassen muss	144/41
Hentrup, Nora/Schröder Jendrik: Juso-Bundeskongress 2005 – Wir sind gekommen, um zu bleiben!	144/7
Hermann Scheer: Linke zwischen Wahlspekulation, parlamentarischer und gesellschaftlicher Mehrheit	144/5
Herter, Marc: NRW SPD: Herzflimmern in der Herzkammer der Sozialdemokratie	144/12
Hoff, Benjamin-Immanuel/Kahrs, Horst/Woop, Gerry: Aspekte eines linken Crossover-Diskurses	145/49
Hoffmann, Rainer: Chancen für ein Soziales Europa	146/22
Heußner, Hermann K.: Direkte Demokratie – Chancen und Risiken	142/27
Karádi, Matthias Z./Rünker, Reinhold: Internationale Sicherheit – Einleitung zum Schwerpunkt.	141/10

Karádi, Matthias Z.: UN – Die Weltorganisation am Scheideweg	141/25
Karrasch, Jürgen: Hartz und die Bundesanstalt für Arbeit	143/18
Kelber, Ulrich: Klimaschutz: Ein Wettlauf mit der Zeit	145/9
Klant, Torben, Vollmer, Sebastian: Die Debatte um die Zukunft der Wehrverfassung	141/35
Klingbeil, Lars: Die Debatte über das Soziale Europa ist eröffnet	144/9
Klingenburg, Konrad: Aus dem Abseits in die kontrollierte Offensive	144/16
Knapp, Ulla: Arbeitsmarktreformen und Geschlechterverhältnis	143/25
Kruke, Anja, Peter, Horst: Einleitung zum Schwerpunkt	142/13
Kruke, Anja: Ferngesteuerte Demokratie	142/43
Kutzer, Wolf: Der Tanker SPD – Und er bewegt sich doch?	145/39
Linnartz, Michael: Netzbildung – ein Weg zur Globalisierung von Arbeitnehmerrechten	144/29
Linsel, Claudia/Taprogge Daniel: Zielgruppe erkannt, Kontakt aufgenommen.	141/50
Manske, Alexandra: Eigenverantwortlich in die Marktradikalität	143/31
Mark, Lothar, Friedrich, Dorothee, Schrader, Holger: Der bewaffnete Konflikt in Kolumbien	142/44
Mattheis, Hilde: Die Bürgerversicherung muss kommen!	146/8
Meier, Jürgen: Bürokraten, Citoyen und Bourgeoisie	146/40
Meier, Jürgen: Moderner Irrationalismus und das Bankkapital	144/52
Meyerhöfer, Norbert: Verbote sind die falschen Mittel	142/8
Möller, Gert: Wer kümmert sich um die Stärkung der Schwächsten?	144/54
Mörike, Tobias, Wiese, Inken: Die Palästinensische Autonomiebehörde unter Abbas.	141/39
Mützenich, Rolf: Bundeswehr muss Parlamentsheer bleiben	145/10
Mützenich, Rolf: Der Atomwaffensperrvertrag vor dem Ende.	141/22
Nahles, Andrea/Schuster, Joachim: Wir brauchen klare Botschaften!	143/4
Nahles, Andrea: Die SPD muss ein eigenständiges Profil entwickeln (Interview)	146/4
Nahles, Andrea: Mehrheit für soziale Gerechtigkeit	145/5
Nahles, Andrea: Rot-grün in Gefahr	142/4
Nahles, Andrea: SPD-Programmdiskussion Stichwort „Sozialstaat“	142/10
Nahles, Andrea: Wahlmanifest offensiv nutzen!	144/4
Nahles, Andrea: Wir müssen selber für den Druck sorgen!	141/4
Neu, Alexander: UN-Reform auf dem Prüfstand	145/42
Niggemeyer, Lars: Globalisierung und Steuergerechtigkeit	141/8
Öztürk, Aysir: Türkei und EU-Beitritt: EU-Beitritt als Chance?	146/34
Peter, Horst/Moegling, Klaus: Perspektiven der Demokratie gegen Globalisierungsdruck	142/23
Peter, Horst: Kurzum	143/2
Peter, Horst: kurzum	141/2
Peter, Horst: KurzUm	145/2
Petersen, Thieß: Arbeit versus Tätigkeit	146/51
Pusch, Toralf: Mindestlöhne – ein Instrument gegen Niedriglöhne?	146/13
Rehfeld, Dieter: Perspektiven des Clusteransatzes	145/52
Riege, Fritz: SPD-Grundsatzprogramm: Die dritte Chance nutzen	146/48
Riemann-Hanewinkel, Christel: Mehr Chancen, mehr Lebensqualität	146/9
Rogusch, Kai: Das „Demokratiedefizit“ der Europäischen Union	142/36
Rogusch, Kai: Unklare Botschaften aus Karlsruhe zum Europäischen Haftbefehl	144/43
Rose, Jürgen: Kämpferkult.	141/28
Rossmann Ernst-Dieter: Kapitalismusdebatte- Wetterleuchten am ProgrammhORIZONT der SPD	144/8
Rossmann, Ernst-Dieter: Trübes Wasser im Land zwischen den Meeren	143/7
Rünker, Reinhold, Scholle, Thilo: Linkssozialist in der SPD zu sein – Zum 75. Todestag von Paul Levi	142/47
Sack, Detlef: Sozialdemokratie und politische Partizipation – eine „wilde Ehe“?	142/15
Sauer, Manuela: Wo bleibt die Frauenpolitik?	142/50
Schabedoth, Hans-Joachim: Sieben Jahre Rot-Grün – Gratwanderung zwischen Wollen und Können	145/24
Schäfer, Claus: Die öffentliche Finanzpolitik gefährdet die gesellschaftliche Zukunft	142/53
Schauff, Frank: Die EU und ihre Peripherie.	141/41
Schmidt, Michael: 10 Thesen zur Notwendigkeit einer Neuorientierung der SPD	145/30
Schneckener, Ulrich: State-Building zentrale Herausforderung für die internationale Politik	141/13
Schuhler, Conrad: Die Globalisierungsstrategie der deutschen Wirtschaft am Beispiel der Telekom	145/45
Schui, Herbert: Falsche Wirtschaftstheorien bald mit Verfassungsrang?	146/25
Schuster, Joachim: DL21-Parlamentarientreffen: Alternativen in der Wirtschaftspolitik	143/9
Schuster, Joachim: . Programmdiskussion kurz vor der Zielgeraden^?	141/7
Schuster, Joachim: Beschäftigungsversicherung – Die Antwort auf sozialstaatliche Herausforderungen der Arbeitsgesellschaft	143/20
Schuster, Joachim: Sparen, reformieren, investieren?	146/7
Schuster, Joachim: SPD-Programmdiskussion Stichwort „Wirtschaftspolitik“	142/12
Schwall-Düren, Angelika: Wie weiter mit der EU?	144/10
Seidel, Eckhart./Schlese, Michael: Sind die Gewerkschaften noch zu retten?	144/20
Skarpelis-Sperk, Sigrid: EU-Dienstleistungsrichtlinie – Die Bombe tickt weiter!	146/31
SPD-Bezirk Hannover: Programmwerkstatt: Leben und arbeiten in Europa	146/37
SPD-Denkfabrik: Sozialdemokratische Antworten auf die demografische Herausforderung (Dokumentation in Auszügen)	143/50
Spies, Thomas: Sozialstaatsmodell Bürgerversicherung	141/48
spw-intern:	141/54
Strässer, Christoph: Datenschutz in Zeiten des internationalen Terrorismus	145/8

Thiel, Jadranka, Scholle, Thilo: Demographischer Wandel – Das Ende der Solidarität?	143/49
Uellenberg-van Dawen, Wolfgang: Regionale Arbeitsmarktpolitik in Köln	143/14
Vester, Michael: Das Fiasko der ‚neuen Mitte‘	145/14
Vester, Michael: Zwischen Innovation und Gerechtigkeit	144/45
Vietzke, Christoph: England – Bringt die knappe Mehrheit Möglichkeiten der Regulierung?	143/36
Walter, Franz: Die Zeit der Volkspartei „SPD“ ist vorbei! (Interview von Reinhold Rünker)	145/20
Watt, Andrew: Die unendliche Geschichte des Stabilitätspakts	143/34
Weinz, Wolfgang: Mitbestimmung in einer globalisierten Welt	144/26
Westphal, Thomas: KurzUm	142/2
Westphal, Thomas: KurzUm	144/2
Westphal, Thomas: KurzUm	146/2
Wiesner, Claudia: Flexicurity statt Employability	144/49
Ypsilanti, Andrea, Lührmann, Harald: Alternativen zum Turbokapitalismus	143/42
Zimmermann, Burkhard: Immer noch im Tief? Bericht vom Treffen der ostdeutschen Parteilinken.	141/8

Beiträge aus den Schwerpunkten:

Berghahn/Wersig, 143/29; Bernstorff, 146/26 Blankau/Friedrich, 144/24; Bliemel, 145//28; Bockhofer/Röper, 142/27; Böhning/Rünker/Schuster, 145//12; Bontrup, 144/33; Bröckling, 142/19; Bullmann, Udo, 146/19; Burmeister, 144/31; Burmeister/Rünker/Welti, 143/12; Burmeister/Welti, 144/14; Burmeister; Kai, 146/14; Busch, 146/16; Egner/Terizakis, 142/31; Erler, 141/11; Flechtner, 141/13; Goeger, 146/36; Göll, 142/36; Gran, 143/22; Heimann, 145//35; Hoffmann, 146/22; Karádi, 141/22; Karádi/Rünker, 141/10; Karrasch, 143/18; Klant/Vollmer, 141/28; Klingenburg, 144/16; Knapp, 143/25; Kruke, 142/39; Kruke/Peter, 142/13; Kutzer, 145/39; Linnartz, 144/29; Manske, 143/31; Mützenich, 141/18; Öztürk, 146/34; Peter/Moegling, 142/23; Rogusch, 142/33; Rose, 141/25; Sack, 142/15; Schabedoth, 145/24; Schmidt, 145//30; Schneckener, 141/11; Schui, 146/25; Schuster, 143/20; Seidel/Schlese, 144/20; Skarpelis-Sperk, 146/31 Uellenberg-van Dawen, 143/14; Vester, 145//14; Walter, 145//20; Weinz, 144/26

Beiträge aus dem Forum DL21:

Akgün, 145//11; Annen, 146/6; Annen, 145/4; Annen, 142/5; Benneter, 146/12; Böhning, 143/10; Bulmahn, 146/10; Butterwegge, 146/11; Dokumentation, 141/5; Finckh, 142/9; Godowski, 143/6; Gombert/Drautz, 142/6; Gulbins, 144/13; Hentrup/Schröder, 144/7; Herter, 144/12; Kelber, 145//9; Klingbeil, 144/9; Mattheis, 146/8; Meyerhöfer, 142/8; Mützenich, 145//10; Nahles, 146/4; Nahles, 145//5; Nahles, 144/4; Nahles, 142/4; Nahles, 142/10; Nahles, 141/4; Nahles/Schuster, 143/4; Niggemeyer, 141/8; Pusch, 146/13; Riemann-Hanewinkel, 146/9; Rossmann, 144/8; Rossmann, 143/7; Rot Pur Aufruf, 145//6; Scheer, 144/5; Schuster, 146/7; Schuster, 143/9; Schuster, 142/12; Schuster, 141/7; Schwall-Düren, 144/10; Strässer, 145// 8; Zimmermann, 141/8;

Beiträge aus der Rubrik „Internationale Politik“

De Vos, 144/37; Feld, 143/38; Mark/Schrader, 142/43; Mörike/Wiese, 141/35; Neu, 145//42; Schauff, 141/39; Vietzke, 143/36; Watt, 143/34;

Beiträge aus der Rubrik „Theorie & Strategie“

Bell, 143/46; Bell, 146/55; Böhning/Rünker, 143/41; Butterwegge, 141/41; Deml, 141/42; Drohsel/Meyerhöfer/Stüwe, 141/52; Engartner, 142/56; Friedrich/Stiedl, 143/55; Heimann, 146/44; Heise, 144/41; Hoff/Kahrs/Woop, 145//49; Linsell/Taprogge, 141/50; Meier, 146/40; Meier, 144/52; Möller, 144/54; Petersen, 146/51; Rehfeld, 145//52; Riege, 146/48; Rogusch, 144/43; Rünker/Scholle, 142/44; Sauer, 142/47; Schäfer, 142/50; Schäfer, 141/48; Schuhler, 145//45; SPD, 146/37; SPD-Denkfabrik, 143/50; Spies, 141/45; Thiel/Scholle, 143/49; Vester, 144/45; Wiesner, 144/49; Ypsilanti/Lührmann, 143/42;

Sachverzeichnis:

Arbeitsmarktpolitik

Berghahn/Wersig, 143/29; Burmeister/Rünker/Welti, 143/12; Finckh, 142/9; Gran, 143/22; Karrasch, 143/18; Knapp, 143/25; Manske, 143/31; Petersen, 146/51; Schuster, 143/20; Uellenberg-van Dawen, 143/14; Wiesner, 144/49;

Außen- und Sicherheitspolitik (inkl. Wehrpflichtdebatte)

Annen, 142/5; Erler, 141/11; Flechtner, 141/13; Karádi, 141/22; Karádi/Rünker, 141/10; Klant/Vollmer, 141/28; Mörike/Wiese, 141/35; Mützenich, 141/18; Mützenich, 145//10; Neu, 145//42; Rose, 141/25; Schauff, 141/39; Schneckener, 141/11;

Bildungs- und Forschungspolitik

Bulmahn, 146/10; Gulbins, 144/13; Möller, 144/54; Rossmann, 144/8;

Demokratie und Partizipation

Bockhofer/Röper, 142/27; Bröckling, 142/19; Egner/Terizakis, 142/31; Göll, 142/36; Kruke, 142/39; Kruke/Peter, 142/13; Meyerhöfer, 142/8; Peter/Moegling, 142/23; Rogusch, 144/43; Rogusch, 142/33; Sack, 142/15; Strässer, 145// 8;

Europapolitik

Akgün, 145//11; Bernstorff, Anna, 146/26; Bullmann, Udo, 146/19; Burmeister; Welti, 146/14; Busch, 146/16; Goeger, 146/36; Hoffmann, 146/22; Klingbeil, 144/9; Öztürk, 146/34; Rogusch, 144/43; Schui, 146/25; Schwall-Düren, 144/10; Skarpelis-Sperk, 146/31; SPD-Programmkommission Hannover, 146/37; Watt, 143/34;

Finanz- und Steuerpolitik

Niggemeyer, 141/8; Schäfer, 142/53;

Geschlechterverhältnis

Berghahn/Wersig, 143/29; Knapp, 143/25; Manske, 143/31; Riemann-Hanewinkel, 146/9; Sauer, 142/47; Wiesner, 144/49;

Geschichte

Rünker/Scholle, 142/44;

Gewerkschaften, Tarifpolitik

Blankau/Friedrich, 144/24; Bontrup, 144/33; Burmeister, 144/31; Burmeister/Welti, 144/14; Friedrich/Stiedl, 143/55; Klingenburg, 144/16; Linnartz, 144/29; Linsel/Taprogge, 141/50; Schabedoth, 145/24; Seidel/Schlese, 144/20; Wein, 144/26;

JungsozialistInnen

Böhning, 143/10; Gombert/Drautz, 142/6; Hentrup/Schröder, 144/7;

Kapitalismusanalyse

Meier, 144/52; Meier, 146/40; Petersen, 146/51; Schuhler, 145/45;

Klassen und Lebensweisen

Bell, 143/46; Bell, 146/55; Vester, 145/14; Vester, 144/45;

Länderberichte

De Vos (Indien), 144/37; Feld (Frankreich), 143/38; Mark/Schrader (Kolumbien), 142/43; Vietzke (England), 143/36;

Politik und Parteien

Bliemel, 145/28; Böhning/Rünker/Schuster, 145/12; Heimann, 145/35; Heimann, 146/44; Hoff/Kahrs/Woop, 145/49; Kutzer, 145/39; Schmidt, 145/30; Vester, 145/14; Walter, 145/20;

Rot-grüne Politik

Godowski, 143/6; Nahles, 142/10; Nahles, 144/4; Nahles, 141/4; Nahles, 142/4; Nahles/Schuster, 143/4; Vester, 144/45;

Sozialdemokratie

Annen, 145/4; Annen, 146/6; Benneter, 146/12; Bliemel, 145/28; Böhning/Rünker, 143/41; Böhning/Rünker/Schuster, 145/12; Bulmahn, 146/10; Butterwegge, 146/11; Godowski, 143/6; Heimann, 145/35; Heimann, 146/44; Heise, 144/41; Herter, 144/12; Kutzer, 145/39; Mattheis, 146/8; Nahles, 142/10; Nahles, 144/4; Nahles, 145/5; Nahles, 146/4; Nahles/Schuster, 143/4; Pusch, 146/13; Riege, 146/48; Rossmann, 143/7; Rot Pur Aufruf, 145/6; Rünker/Scholle, 142/44; Schabedoth, 145/24; Scheer, 144/5; Schmidt, 145/30; Schuster, 141/7; Schuster, 142/12; Schuster, 143/9; Schuster, 146/7; SPD-Denkfabrik, 143/50; SPD-Programmkommission Hannover, 146/37; Vester, 145/14; Walter, 145/20; Ypsilanti/Lührmann, 143/42; Zimmermann, 141/8; Riemann-Hanewinkel, 146/9;

Soziale Bewegungen

Drohsel/Meyerhöfer/Stüwe, 141/52; Niggemeyer, 141/8;

Sozialstaat

Bell, 143/46; Bell, 146/55; Bernstorff, Anna, 146/26; Bullmann, Udo, 146/19; Burmeister; Welti, 146/14; Busch, 146/16; Butterwegge, 141/41; Deml, 141/42; Goeger, 146/36; Hoffmann, 146/22; Klingbeil, 144/9; Mattheis, 146/8; Meier, 146/40; Öztürk, 146/34; Petersen, 146/51; Pusch, 146/13; Riemann-Hanewinkel, 146/9; Schui, 146/25; Schuster, 143/20; Skarpelis-Sperk, 146/31; SPD-Denkfabrik, 143/50; Spies, 141/45; Thiel/Scholle, 143/49; Wiesner, 144/49;

Wirtschaftspolitik

Engartner, 142/56; Rehfeld, 145/52; Schuhler, 145/45; Schuster, 146/7; Ypsilanti/Lührmann, 143/42;

Besprochene Bücher

Autor	Titel	Besprochen durch	Heft/S.
Bode, Ingo	Dynamik organisierter Beschäftigungsförderung	Hanno Lützenkirchen	145/59
Boltanski Luc, Chiapello, Ève	Der neue Geist des Kapitalismus	Anja Kruke	143/58
Brand, Ulrich	Gegenhegemonie	Thilo Scholle	146/58
Burmeister Kai/Böhning, Björn	Generationengerechtigkeit	Thilo Scholle	142/59
Christoph Butterwegge	Krise und Zukunft des Sozialstaates	Klemens Himpele	144/58
Frank Schauf, Oliver	Der verspielte Sieg?	Reinhold Rünker	143/59
Gehrs, Oliver	Der Spiegel-Komplex	Jan-Patrick Behrend	146/56
Horn, Gustav	Die deutsche Krankheit	Kai Burmeister	143/57
Hürtgen, Renate	Vertrauensleute im DDR-Betrieb	Renate Meyer-Braun	145/57
Interventionen		Marcel Schaller	142/58
Langguth, Gerd	Angela Merkel	Ingo Zander	144/59
Micus, Matthias	Die Enkel Willy Brandts	Reinhold Rünker	144/57
Rügemer, Werner	Die Berater – Ihr Wirken in Staat und Gesellschaft	Horst Peter	145/57
Scheer, Hermann	Energieautonomie	Jürgen Meier	145/56
Schütt, Hans-D.	Regine Hildebrand – Ich seh doch, was hier los ist!	Jürgen Meier	146/57
Sperling, Urte et al (Hrsg)	Gesellschaft von Tikal bis irgendwo	Reinhold Rünker	146/59

schreiben wie sie schreiben, warum sie aus Kritikersicht eine beschränkte Wahrnehmung der Welt zu haben scheinen, wird es lediglich nur beklagt. Dabei ist es durchaus denkbar, dass diese Texte eben im ursprünglichen Sinne eines Barthes mehr Wissen, als ihr/e Autor/in und dass die/der Autor/in dazu durchaus eine Meinung hat.

An dieser Stelle ziehen sich die Schriftsteller/innen aus ihrer Verantwortung als Beobachter/innen und Kommentator/innen der Gesellschaft und lassen willfährig das Feld den Experten und die Gesellschaft lässt sie widerspruchslos ziehen.

Gegenwärtig scheint es, als stehe das Werk nur noch für sich, ein Diskurs findet in der Regel nicht statt – als habe der/die Schriftsteller/in sich in ihrer/seiner Ohnmacht selbst getötet. Doch Literatur entsteht nicht in einem luftleeren Raum, nicht in einem Elfenbeinturm, sondern dadurch, dass diejeni-

gen, die sie produzieren, ihre Umwelt beobachten und durch sich selbst hindurch diese Gesellschaft beschreiben und zu diesen Texten Stellung beziehen. Die Texte, die dabei entstehen, werden stets die individuelle ästhetische Prägung der Autorin/des Autors tragen, doch auch die Ästhetik, die Mittel, die zum Ausdruck gewählt werden entspringen dem/der AutorIn als gesellschaftlichem Wesen, wird durch die individuellen Erfahrungen der/des Autors geprägt.

Auch wenn diese Texte für sich stehen und für sich betrachtet werden sollten, so sollte der/die Autor/in dazu Stellung beziehen und die Gesellschaft sollte eine solche Stellungnahme einfordern.

Dies kann nur erfolgen, wenn sich die Schriftsteller/innen aus ihrer suizidalen Stimmung erheben und dieses Erheben einen Widerhall in den Medien findet. Denn nur mit den Medien können sich Schriftsteller/innen etablie-

ren, deren Kommentare auch jenseits ihrer Texte Gehör geschenkt wird. Schriftsteller/innen werden nur zu Intellektuellen, wenn ihre Bekanntheit groß genug ist, als dass ihrer Meinung Bedeutung beigemessen wird. Und dann die Frage nach Intellektuellen vielleicht nicht mehr mit Journalisten, die dazu gezählt werden beantwortet, sondern wieder mit Schriftsteller/innen.

Es gibt durchaus junge Schriftsteller/innen mit gewissem Bekanntheitsgrad und den sollten sie nicht nur dazu nutzen, in Manier von Hofpoeten in den Wahlkampf für Rot-Grün zu ziehen, sondern auch dazu, Position zu beziehen. Indem sie zum Beispiel sagen, was sie von der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall halten und sich nicht damit aus der Affäre ziehen, dass sie dazu nichts sagen könnten, weil sie Selbständige seien. Für eine Meinung muss man kein/e Experte/in sein und Selbstmord ist kein Ausweg.

spw 1 / 2006

Materialistisches Wissen – kritische Theorie:

Die Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung

Von Alex Demirovic

Seit Oktober 2003 trafen sich mehrfach WissenschaftlerInnen verschiedener Disziplinen, um gemeinsam über die Lage kritischer, materialistischer, feministischer, poststrukturalistischer Theorie zu diskutieren. Im Juni 2004 gründeten sie die Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung (AKG). Die Assoziation umfasst gegenwärtig etwa fünfzig Mitglieder aus unterschiedlichen Wissenschaftsbereichen und Hochschulen. Sie hat sich mittlerweile einige Male zu Tagungen getroffen und war durch Mitglieder an der Durchführung größerer Konferenzen beteiligt, u.a. eine zum Thema »Kritische Wissenschaft, Emanzipation und die Entwicklung der Hochschulen« Anfang Juli 2005 in Frankfurt.

Der Gründung der Assoziation lag die Einschätzung zugrunde, dass die Bedingungen der Produktion und Reproduktion kritischen Wissens und kritischer Theorie sich erheblich verschlechtert haben und noch weiter verschlechtern würden. Die Hochschulen befinden sich in einem generationellen Umbruch. Ein Schwund kritischer Ansätze in Disziplinen wie Germanistik, Philosophie,

Geschichte, Volkswirtschaft oder Psychologie ließ sich schon seit längerem beobachten. Häufig handelte es sich um Anpassungsprozesse der WissenschaftlerInnen. Einige thematisch geschrumpfte Diskussionskontexte vor allem im engeren Bereich der Sozialwissenschaften wie Soziologie oder Politikwissenschaft konnten aber noch bis in die jüngste Zeit fortbestehen. Dies ändert sich nun.

Generationswechsel in den Hochschulen

Mit der 68er-Generation verlassen eine Vielzahl kritischer WissenschaftlerInnen altersbedingt die Universitäten und Fachhochschulen. Dies verbindet sich mit einem strukturellen Einschnitt. Soziologische Studiengänge werden geschlossen; die Zahl der Professuren an vielen Instituten eingeschränkt; die Autonomie der Soziologie als eigenständige Wissenschaft, die sie in den 1950er Jahren gegen den Widerstand vieler Fachvertreter erlangte, wird teilweise zurückgenommen, indem sie in die Wirtschaftswissenschaften zurückgegliedert

wird. Politikwissenschaft wird mehr oder weniger auf die Funktion der Lehrerausbildung begrenzt. Wenn Professuren nicht gestrichen werden, werden sie mit VertreterInnen des sozialwissenschaftlichen *mainstreams* besetzt. Im Einzelfall mögen diese interessant zur wissenschaftlichen Diskussion beitragen und der kritischen Gesellschaftstheorie Anregungen geben. In der Regel aber sichern und fördern sie nicht die Tradition kritischen Wissens: also den Kanon der Texte und AutorInnen, die Begriffe, die Probleme und Relevanzkriterien, die Themen, Bewertungsmaßstäbe und die Diskussionskontexte. Sie tragen auch kaum zur Weiterentwicklung und Erneuerung dieser Tradition durch weitere theoretische Arbeit und empirische Forschung bei.

Verwertbarkeit des Wissens, internationale Wettbewerbsfähigkeit, die Förderung von privaten Universitäten, die Umwandlung einzelner starker Universitäten zu Eliteuniversitäten und sog. Leuchttürmen prägen das Selbstverständnis der Wissenschaftspolitik. Dies fördert ein enges, karriere- und konkurrenzorientiertes Selbstverständnis bei vielen WissenschaftlerInnen, die ermutigt werden, sich als Elite zu verstehen und zunehmend für extrafunktionale Kompetenzen und Aktivitäten belohnt werden. Zeitmangel aufgrund des hohen Betreuungsaufwands, verursacht durch die eher

Dr. habil. Alex Demirovic, Politikwissenschaftler, ist Vorstandsmitglied der Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung und Mitglied der PROKLA-Redaktion. Für Hinweise zu diesem Beitrag bedankt er sich bei Eva Hartmann und Thomas Sablowski

sich noch verschlechternde Betreuungsrelation, aufgrund der überbordenden Verwaltungsarbeit infolge immer neuer organisatorischer Veränderungen, Evaluationen, Berichte, Anträge, Gutachten, Budgetautonomie, die Ausrichtung auf Drittmittel sowie stark gestaffelte Karrieremuster (mit BA, MA, Dissertation, Juniorprofessur, Zielvereinbarungen, leistungsorientiertem Gehalt, Evaluation) fördern notwendigerweise die Orientierung an der je eigenen Disziplin und denjenigen, die als Gutachter, Herausgeber von Fachzeitschriften, Verbandssprecher und Inhaber reputierlicher Professuren vermeintlich den Anspruch erheben können zu definieren, was die relevanten Fragen der Disziplin, die Texte, die Bewährungsproben sind. Eine solche Ausrichtung spart nämlich Zeit, bahnt Anschlussfähigkeit an die anerkannten Themen und Methoden, gewährt Sicherheit und Halt bei Frage und Antwort, orientiert über das Sagbare, erleichtert den Erfolg.

Wissenschaft als Potemkinsches Dorf

Die Wissenschaft wird auf diese Weise zunehmend fiktionalisiert. Denn alle streben nach diesem Zentrum von Erwartungen eines legitimen Wissens, doch kaum noch jemand hat Zeit und Neigung, wirklich wissenschaftlich zu arbeiten, zu prüfen, zu verwerfen, Thesen und Theorien zu entwickeln, aufwendige und interessante empirische Forschung durchzuführen. So wird die Wissenschaft zum Potemkinschen Dorf, eine Fassade von sich beschleunigenden Scheinaktivitäten. Solche neoliberalen Reorganisationsprozesse müssen jedoch nicht zwangsläufig die Auswirkung eines informellen Be-

rufsverbots für VertreterInnen kritischer Ansätze annehmen, wie das in Deutschland unter der Regie auch konservativer und sozialdemokratischer Universitätsleitungen der Fall ist.

So gibt es in Frankreich, Großbritannien, USA oder Kanada auch weiterhin die Möglichkeit der Arbeit an kritisch-materialistischer, feministischer, postkolonialer-antirassistischer Theorie und Empirie. Selbst dort, wo der Neoliberalismus sehr stark auf die Hochschulen einwirkt, schränkt er diese Arbeit nicht unbedingt ein, solange sie sich rechnet und in Studiengebühren, Drittmitteln und Reputation niederschlägt. In solchen Fällen werden kritische, sogar marxistische WissenschaftlerInnen beschäftigt. In Deutschland haben kritische WissenschaftlerInnen aus dem Ausland durchaus auch mal die Chance, eingeladen zu werden, um hier dem einen oder anderen Sonderforschungsbereich internationale Anregungen zu vermitteln, der einen oder anderen Universität Reputation zuzuführen oder mit dem Innovationspotential kritisch-emanzipatorischer Theorie zur Entprovinzialisierung beizutragen. Lieber mag man kritische Positionen aus dem Ausland für einen Abendvortrag hinzukaufen als sie selbst durch Einrichtung von entsprechenden Stellen zu produzieren und damit dauerhaft und folgenreich mit ihnen konfrontiert zu sein. Konformistisch-mandarine Abschottungen. In Deutschland werden materialistisch-kritische Fragestellungen nicht als Forschungsrichtung ernst genommen, sondern als Ideologie abgewertet, daran hat sich seit dem 19. Jahrhundert so gut wie nichts geändert. Das Verhältnis der deutschen Universitäten zu

emanzipatorisch-kritischen Ansätzen ist neurotisch; und nicht alles, was hier an sog. Reform geschieht, hat mit Neoliberalismus zu tun, im Gegenteil hätte die Einführung von mehr Markt nicht selten rationalisierende Wirkung auf die neue Autokratie an den Hochschulen. Mit der Ablösung der '68er, die sich mit ihrer Forderung, endlich einmal Marx und Heine und Ossietzky und Gumpel an die deutsche Universität zu bringen, ein ganz klein wenig und für kurze Zeit durchsetzen konnten, kommt wieder einmal die Rache der deutschen Mandarine, die im Namen eines Wissenschaftspluralismus, der jede bestimmte wissenschaftliche Position verbietet, am herrschenden und so oft autoritär-elitären Konsens mitweben und dafür die Hochschulen und die Wissenschaften entdemokratisieren.

Im Abwicklungsprozess der Universitäten in Ostdeutschland konnte das Muster von Kälte, Ignoranz, Ranküne eingeübt werden, durch das auf der Grundlage der Unterscheidung von wertneutralen erklärenden und ideologischen verstehenden Fächern Wendehälsen die Professur gerettet, Seilschaften aus dem Westen etabliert, fruchtbare kritische, dissidente Wissenschaftler des DDR-Regimes aber denunziert werden konnten. So tendieren die Hochschulen im jüngsten Deutschland dazu, sich wieder in den Hauptstrom ihrer Geschichte einzufügen, der doch geprägt war von einem positivistisch-disziplinär verengten Wissenschaftsverständnis und einer konformistisch-mandarinhaften Wissenschaftlerhaltung. Das schneidet sie von vielen Diskussionen im internationalen Kontext ab.

Die Widergewinnung von Orte kritischer Wissensproduktion

Für den wissenschaftlichen Nachwuchs, der kritische Themen bearbeiten will und sich vielleicht gar noch gesellschaftlich verantwortlich betätigt, sowie für viele Studierende gibt es kaum noch die Möglichkeit, die Tradition und die aktuellen Forschungsfragen, die Begriffe von Marx, Freud, Gramsci, Bauer, älterer Kritischer Theorie, Poststrukturalismus, internationaler marxistischer, feministischer, postkolonialer oder kritischer Rassismustheorie, die relevante empirische Forschung oder den Stand der gesellschaftlichen Bewegungen kennen zu lernen. Das alles ist an den Universitäten weder expliziter noch impliziter Lehrplan. Wenn überhaupt vertreten ist, dann in isolierten Bruchstücken, so dass es unverbindlich bleibt und nicht zu einem umfassenden Diskussionskontext erwächst. Es gibt Studierenden, die sich Nischen organisieren. Doch die Mehrheit wird ums Studium betrogen und vielfach theoretisch und gesellschaftspolitisch analphabetisiert. Naiv liberal, glaubt sie an eine Welt als Wille, Vorstellung und Wunsch und hält dies für Realitätstüchtigkeit. Ultrarealistische Einsicht in gesellschaftliche Widersprüche scheint ihnen zu hart und unerträglich. Einsicht würde sie zum Handeln veranlassen, bevor sie anstoßen, verbieten sie sich jene. Adorno nannte das Halbbildung – Dummheit als Ergebnis von gesellschaftlich organisierten Bildungsprozessen, die Bildung verhindern. Das Wissen der Studierenden vermittelt kaum den Impuls, größere Zusammenhänge disziplinenübergreifend zu verfolgen. Die Produktion und Reproduktion kritisch-materialistischen, theoretischen wie empirischen Wissens auf hohem Niveau findet nicht mehr den selbstverständlichen Rückhalt, wie das nach 1968 in kleinem Maß und an einigen Universitäten und Fachhochschulen der Fall war. Ein in den vergangenen Jahrzehnten vermittelter Wissenskanon, entsprechende Diskussions- und Forschungszusammenhänge haben



Foto: Christian Kiel (Berlin)

nicht nur keine Konjunktur, es gehen Orte und Kontexte der Vermittlung und Verständigung verloren. Neben den kritischen Begriffen, Problembeständen und Referenzen sind auch ganz materiell die Verlage, Buchhandlungen, Bücher, und Zeitschriften bedroht.

Für große Teile der Gesellschaft hat dies negative Folgen. Die Reichen und die Unternehmen kaufen sich ihr Wissen am Weltmarkt. Die gesellschaftliche Mehrheit, die Gewerkschaften, die sozialen Bewegungen, ein Teil der Politik, also alle die, die kritisch-verändernde Ziele verfolgen, haben einen Bedarf an kritischem Wissen. Dieses Wissen wird ihnen nicht mehr arbeitsteilig an den Universitäten und Fachhochschulen erzeugt und zur Verfügung gestellt. Die Gesellschaft findet sich aufgrund interner Entscheidungsprozeduren und Machtkonstellationen in den Hochschulen eines wichtigen Ortes beraubt, an dem gesellschaftliche Selbstkritik über bloße Moral und Gesinnung hinaus sachhaltig wird durch komplexe Begriffe, durch genaue Empirie, durch Einsicht in zeitlich langwirkende Prozesse und Zusammenhänge. Moderne kapitalistische Gesellschaften haben die Hochschulen als Instanzen der systematischen Wissensproduktion herausgebildet. Wenn die Machtverhältnisse an den Hochschulen derart selektiv wirken, dass die kritischen gesellschaftlichen Kräfte, die auf Veränderung, nicht auf Erhaltung gegebener Macht- und Ressourcenverteilungen, die auf langfristige gesellschaftliche Entwicklung, nicht auf kurzfristige Verwirklichung von Gruppenegoismen zielen, in ihnen nicht mehr repräsentiert sind und mithilfe dort arbeitender WissenschaftlerInnen und Intellektuellen ihre Lebensweise und ihr Alltagswissen nicht mehr systematisch ausarbeiten und anreichern können, weist dies nicht nur auf eine Regression der Demokratie im Wissensfeld, die gesellschaftlichen Perspektiven veröden insgesamt. Denn es sind ja vor allem Wissen und wissenschaftliches Wissen, durch das Wege in die Zukunft skizziert und ausgelotet werden. Konformismus und Positivismus bestehen gerade darin, die Gegenwart und damit auch alle ihre Probleme für die Zukunft festzuschreiben.

Neben den Hochschulen gibt es freilich noch zahlreiche andere Orte kritischer Wissensproduktion: freie Institute, NGOs, KünstlerInnengruppen, Diskussionszirkel, Zeitschriftenkollektive, Bewegungszusammenhänge. An ihnen hängt vielleicht zukünftig verstärkt die Aufgabe der Produktion kritischen Wissens. Doch sie sind vielfach prekär; und auch sie hängen zumeist von der Initiative wissenschaftlich gut qualifizierten MitarbeiterInnen ab, die die Kompetenzen zur aktualitäts- und zukunftsbezogenen Analyse haben. Soweit es sich um Forschungseinrichtungen handelt, sind sie wie die Universitäten von derselben wissenschaftspoliti-

schen Logik bedroht. Es zeichnet sich ab, dass gewerkschafts- oder kirchennahe Institute, Institute kritischer Umwelt- oder sozialwissenschaftlicher Forschung einer Sparpolitik der Ministerien ausgeliefert sind, die ihre Existenz gefährdet. Alternative Forschungseinrichtungen oder Orte der Wissensproduktion wie Wissenschaftsläden oder Geschichtswerkstätten gibt es ohnehin kaum noch. In wenigen Jahren, so ist zu befürchten, werden sich aus dem Bereich der Wissenschaften kaum noch kritische Stimmen erheben können. Die wenigen, die nicht aufgeben wollen, könnten sehr weitgehend marginalisiert sein und als Spinner und schräge Vögel gelten. Für alle diejenigen, die in ihren Arbeitssituationen sich von kritischen Diskussionszusammenhängen isoliert fühlen, die im engen Kontakt mit wissenschaftlichen Wissen ihr berufliches und Alltagswissen über die gegenwärtigen Umstrukturierungsprozesse kritisch verallgemeinern möchten, wird es dann sehr schwierig, ein ihren Erfahrungen gemäßes Verständnis der gesellschaftlichen Prozesse zu entwickeln.

Die ohnehin schon bestehende Tendenz der Wirklichkeitsverleugnung wird sich verstärken. Zu befürchten ist die Zunahme von Nivität und Dummheit im gesellschaftlichen Selbstverhältnis; die Folgen sind mangelnde Kenntnisse, Zunahme von autodidaktischem Wissen mit einer naturwüchsigen Unterlegenheit unter das professionelle Wissen der Universitäten, Gesinnungskritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen, Kurzatmigkeit der Wissens, das auf wenige und aktuelle Themen schrumpft und dem die Kenntniselemente übergreifender, systematischer und langfristiger Zusammenhänge fehlen. Dies könnte sich verschränken mit einer ohnehin grassierenden Wissenschafts- und Theoriefeindlichkeit, wie sie durch Religion, Nationalismus und Mystizismus genährt wird – paradoxerweise auch durch den von der Molekularbiologie und Wirtschaftswissenschaften genährten Sozialdarwinismus, der ohnehin alles für unabänderlich erklärt und insofern die Bedeutung von Wissen reduziert, als es nun nicht mehr verbunden ist mit Zielen, mit Aktivität, mit Praxis. Soziale Bewegungen werden irrationalisiert insofern, als die Suchbewegungen zur Weiterentwicklung der Gesellschaft und die Handlungsziele unklar werden.

Diese Einschätzung und viele ihrer Elemente waren auf den anfänglichen Treffen der Assoziation Gegenstand von zuweilen kontroversen Diskussionen. Die Kontroversen führten zu Fragestellungen, die bei weiteren Treffen bearbeitet wurden. So ging es zunächst darum, die Lage der Hochschulen, mögliche Fehler der Linken an den Universitäten, Rückwirkungen der Akademisierung auf die Theorie und die Möglichkeit kritischer Wissenschaft genauer zu bestimmen. Damit verbindet sich die Frage nach dem

Verhältnis von kritischem Wissen und Wissenschaft: Gibt es kritisches Wissen nur als wissenschaftliches und nur als an der Hochschule ausgearbeitetes Wissen? Im weiteren entstand eine Diskussion über das Verständnis von kritischer Wissensproduktion. Durch was zeichnet sich diese heute aus? Sind »Materialismus«, »Praxis« und »Kritik« geeignete Merkmale, um sie zu charakterisieren. »Materialismus«, so eine Befürchtung, könne dazu führen, gesamtgesellschaftliche Prozesse auf Ökonomie und Produktionsverhältnisse zu reduzieren. In umgekehrter Richtung kam es deswegen zu der Frage, was auf unterschiedlichen Themengebieten und in verschiedenen Disziplinen als materiell verstanden werden könne und was Gegenstand der Kritik ist: in der Theorie des Rechts, des Raums, des Geschlechts oder des Staates. Die ausführliche Diskussion von kritischen Strategien in den wissenschaftlichen Einzelgebieten führte zu der Frage nach dem Gesamtzusammenhang und danach, was ihn strukturiert. So hat sich die Assoziation die Aufgabe gestellt, an einem Forschungsprogramm zu arbeiten, das gerade diesen inneren Zusammenhang des Ganzen der kapitalistischen Gesellschaftsformation in der neuen Phase der kapitalistischen Entwicklung zum Gegenstand hat.

Ein Forschungsprogramm kritischer Wissenschaft

Die Produktion und Reproduktion kritischen, wissenschaftlichen Wissens wird in den Diskussionen der Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung als eine gesellschaftliche Praxis verstanden. Dies beinhaltet, dass Intellektuelle sich auf der Grundlage ihrer spezifischen Tätigkeit zusammentun, gleichzeitig aber auch aus ihrer Rolle als Spezialisten heraustreten und für die gesellschaftliche Bedeutung ihres Wissens eintreten. Gegenüber einer Tendenz, die die Erzeugung kritischen Wissens zunehmend marginalisiert, geht es darum, Arbeitszusammenhänge zu erhalten, Fragestellungen eine Kontinuität zu geben und neue Formen der Wissenskoooperation auszuprobieren. Es wäre verfehlt, sich mit optimistischen Parolen über die Schwierigkeiten hinwegzutäuschen. Ob ein solches Projekt längerfristig trägt, lässt sich nicht vorhersagen. Einige der Schwierigkeiten liegen auf der Hand: mangelnde Ressourcen, zeitliche Beschränkungen, Karriereorientierung und berufliche Ängste, Konkurrenz der einzelnen Mitglieder im akademischen Feld, unterschiedliche politische Optionen. Doch hat es vielversprechende thematische Diskussionen und Reflexionen auf jene schwierigen Bedingungen gegeben. Die Neugierde und die Beteiligung vieler aber lässt sich so deuten, dass der Wunsch und der Wille vorhanden ist, kritisch-materialistischer Gesellschaftstheorie eine neue Zukunft zu geben.

Brauchen wir kritische Intellektuelle?

Tischgespräch mit Paul Nolte und Karl Lauterbach im Hotel Honigmond, Berlin-Mitte, vom 24. Januar 2006

SPW: Herzlich willkommen zu unserer Veranstaltung „Tischgespräche im Hotel Honigmond“. Wir wollen heute Abend die Frage diskutieren: „Brauchen wir kritische Intellektuelle?“ Wenn SPW eine solche Frage stellt, dann ist das möglicherweise eine rhetorische Frage. Und sie hat zumindest drei Komponenten: Die erste ist: was ist eigentlich heute ein Intellektueller? Die Zweite: Was hat das mit kritisch sein zu tun? Und schließlich: Wer gilt heute als Intellektueller?

Eingeladen haben wir heute zwei Gäste, von denen ich denke, dass sie so etwas wie eine neue Generation von Intellektuellen repräsentieren. Auf meiner rechten Seite begrüße ich Professor Paul Nolte, hier in Berlin an der Freien Universität als Historiker tätig. Zu meiner Linken Professor Karl Lauterbach, seit der letzten Bundestagswahl Mitglied der SPD-Bundestagsfraktion, Abgeordneter für den Wahlkreis Köln-Mülheim/Leverkusen. Karl Lauterbach ist als Gesundheitsökonom vielen als Berater verschiedener Expertenkommissionen der letzten Bundesregierung bekannt. Und bei dieser kurzen Vorstellung ist, glaub ich, deutlich geworden: Als Politiker, Naturwissenschaftler und Ökonom ist Karl Lauterbach sicherlich keiner, den man im gängigen Raster als Intellektuellen erwarten würde. Paul Nolte als Gesellschaftswissenschaftler sicher schon eher. Aber trotzdem unterscheidet auch ihn etwas von den gängigen Erwartungshaltungen an Intellektuelle, denn diese verortet man eher auf der Linken. Paul Nolte aber kennt in Interviews, er sei ein linker *Konservativer*. Eine Begriffskombination, die neugierig stimmt. Ich freue mich, dass beide gekommen sind und möchte die erste Runde dazu nutzen, aus der Biografie unserer beiden Gäste heraus zu diskutieren: Was hat Sie, Paul Nolte, geprägt, welche Vorbilder hatten Sie, als Sie studiert haben. Was hat Sie motiviert, sich auch gesellschaftspolitisch stärker zu äußern?

PAUL NOLTE: Dass man sich die Aufforderung gefallen lassen muss, in der eigenen Biografie zu wühlen und die auch öffentlich preiszugeben, ist etwas, was Intellektuelle kennzeichnet, oder zumindest mit einer zunehmenden Prominenz zu tun hat. Man ist plötzlich als Person interessant, es interessiert auch die Biografie, das Herkommen, ein Fotograf kommt und will ein Porträtfoto machen. Mit solchen peripheren Phänomenen muss man sich auseinander zu setzen. Ich hab in Bielefeld Geschichte studiert zu einer Zeit, als dort das Programm einer kritischen historischen Sozialwissenschaft ganz hoch im Kurs war. Da ging man auch aus größerer Entfernung hin, um dort zu studieren. Ich bin selber im Rheinland aufgewachsen und zum Studium nach Bielefeld gegangen, weil ich wusste: da ist eine kritische Masse von Professoren, die nicht nur ein interessantes Programm der Geschichtswissenschaften vertreten, sondern dass sie sich einmischen, dass sie eben in irgendeiner Weise auch Intellektuelle sind. Mein eigener akademischer Lehrer, Hans-Ulrich Wehler, der immer auch wieder mit kurzen, tagespolitischen Interventionen bekannt geworden ist, ist im Grunde auch mein größtes intellektuelles Vorbild. Jemand, der ganz Wissenschaftler und ein Gelehrter ist, der sich auch immer in seinem Gelehrtensein sehr stark definiert hat. Seine asketische Haltung ist ja so sprichwörtlich, dass er sich kaum von seinem Schreibtisch weglocken lässt, nur Orangensaft trinkt und einen ganz nüchternen Duktus durchhält. Andererseits formuliert er mit großem Temperament, mit großem Engagement. Sein vielzitatierter Wahlspruch war: „Deine Rede sei Ja, ja - nein, nein, die Lauen aber werden ausgespielen“. Er hat sich immer eindeutig entweder zur einen oder zur anderen Richtung positioniert.

Die „Einerseits-Andererseits-Intellektuellen“

SPW: Ist das ein Kennzeichen für einen Intellektuellen, dass er auf der Suche nach der Wahrheit, nach dem Klaren ist? Immer auch

protestiert gegen unentschiedene Meinungen?

PAUL NOLTE: Ja, das auf jeden Fall. Dieses „ja ja“, „nein nein“, damit hat die jüngere Generation Schwierigkeiten. Das beobachte ich jedenfalls bei mir und bei vielen anderen. Manchmal sind wir so etwas wie eine „Einerseits-Andererseits-Generation“. Man wird dann auch ein bisschen zum „Einerseits-Andererseits-Intellektuellen“. Die Lager sind nicht mehr so eindeutig, das Zeitalter der Ideologien ist schon lange vorbei, und es fällt schwerer, sich auf die eine oder die andere Seite zu stellen.

SPW: Karl Lauterbach, Sie sind einerseits Mediziner, auf der anderen Seite Ökonom. Ist das auch so ein Stück „einerseits-andererseits“?

KARL LAUTERBACH: Ich komme aus einer Arbeiterfamilie mit katholischer Prägung. Nach dem Abitur habe ich mich gefragt: Was kann man mit den Interessen und Begabungen, die man hat, Nützliches machen? Zu meiner Schulzeit war ich auch naturwissenschaftlich sehr interessiert gewesen, vor allem an Mathematik und Physik. Zuerst wollte ich Mathematik studieren, habe dann aber gedacht: Medizin ist nützlicher. Dieser Nützlichkeitsgedanke, der für einen Intellektuellen eher unüblich ist, hat für mich eine große Rolle gespielt. Für das Medizinstudium bin ich dann sehr schnell in die Vereinigten Staaten gewechselt, habe Physik und Medizin kombiniert und in der Nuklearmedizin geforscht. Später in der Universität in Texas habe ich gesehen, dass vieles von dem, was in der Medizin von uns aufwändig repariert wurde, unter dem Nützlichkeitsgedanken auch hätte vermieden werden können. Also konsequent zu Ende gedacht war die Medizin zwar nützlicher als die Mathematik, aber die Vermeidung der Medizin war noch nützlicher. Damals war ich in der Herzchirurgie angekommen. In Texas, das war ein Mekka der Herzchirurgie, operierten wir im Wesentlichen Krankheiten, die vermeidbar waren, z.B. Verletzungen, oder Folgen von ungesunder Ernährung, Armut, Raubbau an der Gesundheit.

Für mich war dann der nächste Schritt: Wie kann man diese Eingriffe vermeiden. Deshalb bin ich dann in die so genannte Epidemiologie gewechselt, die Erforschung der Ursachen der Erkrankungen. Ich studierte daher Epidemiologie an der Harvard Universität. Dieses Studium gab es in Deutschland noch gar nicht. Dort stelle ich aber fest,

Prof. Dr. Paul Nolte (geb. 1963), Professor für Neuere Geschichte und Zeitgeschichte am Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin.

Prof. Dr. Dr. Karl Lauterbach (geb. 1963), SPD-MdB, Gesundheitsökonom, Institut für Gesundheitsökonomie und Klinische Epidemiologie der Universität zu Köln.

Das Gespräch führte Reinhold Rünker (geb. 1964), Historiker und spw-Redaktionsmitglied, er lebt in Leichlingen/Rheinland.

dass die Bezahlbarkeit der Vermeidung der Erkrankung, sowie die ökonomischen Bedingungen, die zur Krankheit führen, genauso wichtig sind, vielleicht noch wichtiger, als die Epidemiologie, als Erforschung der medizinischen Ursachen. Somit war die nächste Stufe erreicht: Die Medizin war nützlicher als die Mathematik. Die Vermeidung der Krankheiten – medizinisch gesprochen Epidemiologie – war wiederum nützlicher als die Medizin. Die Ökonomie schien mir dann wiederum nützlicher zu sein als die Epidemiologie, weil durch die Vermeidung der Erkrankung auf ökonomische Art und Weise mehr erreicht werden konnte als beispielsweise durch die medizinische Aufklärung. Sozial Schwache beispielsweise – das ist in den USA sehr gut zu studieren – haben kein Interesse an Aufklärungsarbeit über die Vermeidung von Krebserkrankung, wenn sie gleichzeitig Gewalt und Hunger und Verrohung erleben.

SPW: War das der moralische Impetus, der Sie angetrieben hat?

KARL LAUTERBACH: Ja, auf jeden Fall. Ich hab mich daher auch mit den ethischen Grundlagen der Ökonomie beschäftigt. Denn die Ökonomie fußt auf Annahmen, die mich besonders interessiert haben. Daher war dann auch der Schwerpunkt meiner zweiten Doktorarbeit: Die ethischen und erkenntnistheoretischen Grundlagen der Gesundheitsökonomie.

In den USA habe ich für mich völlig unfassbare Umstände erlebt: An der Universität in Texas nahmen wir zum Beispiel Magenoperationen in Notfallsituationen vor, aber wir wussten ganz genau, dass der Patient nach der Entlassung weiter so leben wird, dass die nächste Blutung kommen wird – weil wir die zugrundeliegende Krankheit nicht behandelten, da er nicht versichert war. Wenn ein Patient keine Versicherung hatte, dann flickten wir ihn so gut wie es ging zusammen, konnten aber weiter nicht viel machen. Wir verdienten an der Operation. Da habe ich gedacht: Das ist eine sehr rohe Gesellschaft, die auf der einen Seite Perfektion in der Wissenschaft, auch in der klinischen Medizin bietet, andererseits aber eine wegschauende Vernachlässigung in der breiten Versorgung zulässt. Dieser Kontrast war unerträglich und hat zu dem Schwenk in die Epidemiologie und in die Gesundheitsökonomie geführt.

SPW: Der Aspekt der Nützlichkeit, den Karl Lauterbach eingeführt hat, ist für die linke Debatte eher ungewöhnlich. Paul Nolte, Sie haben Geschichte studiert, war das nützlich?

PAUL NOLTE: Die Nützlichkeit hat da bei mir nicht so im Vordergrund gestanden. Aber das war ja bei Karl Lauterbach, wenn ich ihn richtig verstanden habe, eine sehr interessante und intime Verbindung von Nützlichkeit und Moral. Also in diesem Sinne kann man sich sehr wohl auf die Nützlichkeit be-

rufen, die ja sonst eher im Ruch eines neoliberalen Konzeptes steht. Bei mir waren das eher ein allgemeiner, moralischer Impuls, wie er für viele galt, die wie ich Geschichte oder Soziologie studiert haben. Karl Lauterbach und ich sind, glaub ich, derselbe Jahrgang: 1963. Das war eine Generation, die sehr stark politisiert worden ist durch die Umweltbewegung, durch die Friedensbewegung. Nun muss ich dazu sagen, dass ich aus einem protestantischen Pfarrhaus kom-

nehmen Sie doch mal Stellung, sagen Sie dazu etwas.

Verzögerter Generationswechsel

SPW: War das der Zeitpunkt, wo sie den Eindruck hatten, jetzt werden Sie als Intellektueller wahrgenommen?

PAUL NOLTE: Ja, das ist dann ein Prozess, der sich entwickelt. Man muss sicher auch von etwas Missionarischem besessen sein. Ich weiß nicht, ob das bei Ihnen ganz



v.l.: Paul Nolte, Reinhold Rünker, Karl Lauterbach, Foto: Gerhard Leber

me, und von daher auch einen bestimmten moralischen Background habe, über dessen Bedeutung ich mir selber auch erst in letzter Zeit wieder klar geworden bin, auch für das, was ich im Moment tue.

Schon damals machte ich die Erfahrung, dass auch linke Intellektuelle sehr komplizierte Haltungen einnehmen können. In der Zeit des Abiturs sind wir damals als Geschichte-Leistungskurs an die Düsseldorfer Universität gefahren, weil dort ein Vortrag von Hans-Ulrich Wehler angekündigt war, der uns allen schon als Ikone der kritischen linken Geschichtswissenschaft ein Begriff war. Das war zur Zeit der Nachrüstungsdebatte. Und dann hielt dieser Wehler einen Vortrag, in dem er doch tatsächlich die damals allen Jugendlichen und jungen Erwachsenen verhasste Schmidt-Linie der SPD und auf seiner immer durchgehaltenen amerika-freundlichen Linie den Nachrüstungsbeschluss rechtfertigte. Durch solche Erfahrungen ist dann ein einliniges Weltbild ins Wanken geraten.

Diese Politisierung ist dann im Laufe des Studiums zurückgetreten und eigentlich erst sehr spät wieder gekommen. Das ist eine Entwicklung der allerletzten Jahre, in denen ich selber das Bedürfnis verspürt habe, mich politisch zu äußern. Dann bin ich auch häufiger aufgefordert worden: nun

anders ist, oder ob Sie das auch so zugeben würden. Man muss einen Enttäuschungsdrang haben. Und der drängt dann irgendwann dahin, dass man nicht mehr nur für eine Fachzeitschrift schreiben will, sondern den Ehrgeiz entwickelt, einen Artikel in der „Zeit“ zu veröffentlichen. Um eine Botschaft rüberzubringen, um wahrgenommen zu werden und in größere Diskurse einzugreifen. Wenn man dann einmal einen Fuß in der Tür hat, dann gibt es einen sehr starken Nachfragesog, der von den Medien ausgeht, nicht zuletzt deshalb, weil in unserer Generation die Intellektuellen klassischen Typs eben doch rarer gesät sind als in der Generation meiner akademischen Lehrer und Vorbilder, wie Wehler, Habermas oder Dahrendorf. Seit einigen Jahren höre ich immer: „Wir müssen ja immer Sie fragen, da gibt es ja höchstens noch zwei drei Andere. Ihre Altersgenossen, die äußern sich ja nicht, die haben ja keine Meinung“.

SPW: Karl Lauterbach, auch Sie sind in den letzten Jahren immer wieder zu Stellungnahmen aufgefordert worden. Wie empfinden Sie dieses „Gefragt-werden“? Werden Sie als Experte gefragt, oder fühlen Sie sich als Intellektueller angesprochen?

KARL LAUTERBACH: Paul Nolte und ich haben in vielen Punkten Ähnlichkeiten, trotz



politischer Differenzen. Wir tun uns leichter, an ein Mikrofon zu schreiten oder eine breitere Öffentlichkeit anzusprechen, weil es ein Bedürfnis gibt, etwas öffentlich zu diskutieren. Es gibt da vielleicht eine Art missionarische Einstellung. Das ist auch schwer zu überwinden. Aber da, wo man grob falsch liegen kann, muss man vorsichtig sein. Man muss immer wissen, dass mit dieser Einstellung viel Gutes, aber auch Schaden verursacht werden kann.

Wenn ich heute um einen öffentlichen Kommentar gebeten werde, dann wird in der Regel die übergreifende Perspektive gewünscht. Ich werde weniger wahrscheinlich gefragt: Was ist das ideale System des Kombilohns, sondern die Frage könnte die sein: Worin besteht die ökonomische Begründung eines Kombilohn-Systems. Kann ein solches System funktionieren? Und was hätten wir davon? Für mich ist Kombilohn sehr interessant, weil es das Problem der Langzeitarbeitslosigkeit sehr wirksam angehen kann. Und Langzeitarbeitslosigkeit ist für mich aus der politisch moralischen Dimension ein anderes Problem als Arbeitslosigkeit. Langzeitarbeitslosigkeit hat die negativste Auswirkung auf die Lebensqualität der Menschen. Es würde einen Riesenunterschied machen, wenn wir die gleiche Zahl von Arbeitslosen hätten, aber die Arbeitslosigkeit würde rotieren, jeder von uns wäre mal für sechs Monate arbeitslos, im Vergleich zu der heutigen Situation, wo wir 1,8 Millionen Menschen haben, die dauerhaft arbeitslos sind, mit all dem, was dazugehört: die Depression, die chronische Erkrankung, der soziale Abstieg, das Gefühl abgeschieden zu sein. Diese übergreifenden Fragen machen auch den Reiz der öffentlichen Auseinandersetzung aus: dass man das Technische mit der Wertediskussion verbinden kann. Das hat mich immer am stärksten gereizt, die Verbindung einer philosophisch-ethischen Grunddebatte mit technischen Umsetzungsfragen.

spw: Paul Nolte hatte vorhin das Problem der Generationen angesprochen. Wenn wir heute über Intellektuelle sprechen, dann stellen wir uns immer ältere, verdiente Zeitgenossen vor, wie wir sie bereits angesprochen haben – Habermas, Dahrendorf oder auch Walter Jens. Kaum jemand denkt an Personen, die z.B. seit den 1960er Jahren geboren sind. Ich habe oft den Eindruck, dass wir uns angesichts dieser großen Namen sehr schwer tun, eine eigene Rolle zu akzeptieren und uns im Generationswechsel ernst zu nehmen. Hat das was damit zu tun, dass unsere Generation die von Paul Nolte skizzierte „Einerseits-Andererseits-Generation“ ist oder liegen die Ursachen dafür tiefer?

Paul Nolte: Zunächst hat das sicher auch etwas mit einem perspektivischen Irrtum zu tun, früher sei alles besser gewesen. Da waren die Schüler gebildeter und das wird jetzt alles schlechter. Daraus folgt dann auch, früher gab es die großen Intellektuellen, heute gibt es sie nicht mehr. Wir sollten daran erinnern, dass auch die mal klein waren. Mit 35 oder 40 Jahre Jahren waren sie auch noch nicht die Heroen, als die sie heute erscheinen, wenn sie 70 oder 80 Jahre alt sind und ein enormes Lebenswerk, eine enorme Reputation aufgehäuft haben. Und da gehören natürlich auch zeitgeschichtliche Umstände hinzu. Diese Generation konnte oft in einem erstaunlich frühen Lebensalter wichtige Positionen erreichen. Das hat was mit der „1945er-Prägung“ zu tun, mit der Diskreditierung ihrer Vätergeneration, das sind die 1920er, von denen aber auch 50 % auf dem Schlachtfeld geblieben sind. Die „1945er“ sind oft in einem jungen Alter in Chancen eingerückt, haben wissenschaftliche, politische oder publizistische Funktionen erhalten. Rudolf Augstein begründete mit 24 Jahren den SPIEGEL. Das ist heute undenkbar, weil die Positionen heute besetzt sind. Karrierewege verlaufen heute anders.

Und dass junge Intellektuelle – das müssen ja nicht immer Wissenschaftler sein, da kann man ja auch nach Schriftstellern und anderen fragen – sich heute nicht mehr so weit mit einer eigenen Meinung nach vorne wagen, hat auch etwas mit diesen verstopften Karrieremöglichkeiten zu tun, gerade auch in den Geistes- und Sozialwissenschaften. Da gibt es viele, die sind Mitte, Ende 40 und immer noch Privatdozenten, warten auf einen Lehrstuhl. In einer solchen Situation ist man mit einer öffentlichen Positionierung natürlich viel vorsichtiger. Das war bei mir nicht anders. In der Übergangszeit, nach der Habilitation, vor dem ersten Ruf, da habe ich mich auch gefragt, was wird die Berufungskommission hier oder dort dazu sagen, wenn Du anfängst, Politik zu treiben. Die verzögerten Karrieremechanismen haben einen großen Anteil daran, dass Jüngere sich nicht mehr so eindeutig positionieren.

Kritik und die Notwendigkeit von Visionen
spw: Das führt uns zu der Frage, was „kritisch“ ist. Sich gegen den Mainstream zu äußern, wird als „kritische“ empfunden und zu einem negativen Attribut.

Karl Lauterbach: In meinem Umfeld ist man in dem Moment schon „kritisch“, wenn man einigermaßen ehrlich ist. Verschwendung, Qualitätsdefizite, Korruption im Gesundheitssystem sind dem Einfluss von Lobbygruppen geschuldet. Wenn man das zu ehrlich benennt, ist man schon kritisch. In der Gesundheitsökonomie gibt es kaum kritische Forschung in diesem Sinne. Es ist leider so, dass man mit einer solchen kritischen Haltung in der Regel keinen Lehrstuhl bekommt. Wenn meine Fakultät, die medizinische Fakultät der Universität zu Köln, die kritischen Positionen, die ich zum Beispiel zum PKV-System entwickelt habe, vorher gesehen hätte, weiß ich nicht, wie die Berufungskommission abgestimmt hätte. Wir haben zum Beispiel aufgrund der Position, die ich zur Rolle der privaten Krankenversicherung vertrat, als Institut jede Förderung durch private Versicherungen verloren.

SPW: Paul Nolte, was verstehen Sie als Historiker unter „kritisch“?

PAUL NOLTE: „Kritisch“ ist auf jeden Fall ein weit gefasster Begriff, der eine Tradition mit sich herumschleppt, die auf die in Gesellschaftskritik des 19. Jahrhunderts, nicht zuletzt z.B. auf Marx, zurückgeht. Es ist für die Rolle des Intellektuellen unverzichtbar, kritisch zu sein. Einen bloß affirmativen Intellektuellen kann man sich schwer vorstellen. Deswegen ist dann ja auch der Übergang in eine Situation, in der man dann politische Macht selber ausübt, schwierig. Denn wenn das, was Sie jetzt sagen, Mehrheitsmeinung wird: Was ist dann Kritik? Dann muss man trotzdem versuchen, gegen den Strich zu denken, ohne deshalb gleich – na ja, dann kommt wieder das „Einerseits-Andererseits“ zum Vorschein – ohne deshalb das System stürzen zu müssen.

Kritik hat für mich, aber das wird für Karl Lauterbach nicht viel anders sein, nicht viel damit zu tun, irgendwie das politische System der Bundesrepublik zu revolutionieren oder zu stürzen. Auch nicht – da wird der Dissens vielleicht schon größer – damit, den Kapitalismus abzuschaffen, sondern die Dinge erst mal grundsätzlich gegen den Strich zu bürsten. Radikal sein heißt, die Dinge von der Wurzel her betrachten – so in diesem Sinne ist das erst mal auch eine formale Haltung. Immer erst mal bei einer Position, die geäußert wird, auch zu fragen: Was steht eigentlich dahinter? Kann man das nicht eigentlich auch genau andersherum sehen?

SPW: Aber muss dann kritisch nicht trotzdem heißen: gesellschaftsverändernd, gesellschaftsüberwindend? Braucht Kritik

nicht auch einen visionären Überschuss? Oder geht es letztlich nur darum, sich im Vertrauten und Üblichen zu bewegen und alles nur deshalb zu verändern, damit alles so bleibt, wie es ist?

PAUL NOLTE: Also erst mal geht es natürlich schon um Gesellschaftskritik, nicht nur mäkelnd, nicht nur kulturkritisch. Sonst mokiert man sich über dieses und jenes, also zum Beispiel darüber, dass die Schüler immer dümmer werden. Gesellschaftskritik hat immer auch mit Gesellschaftsveränderung zu tun. Mit den Visionen wird es schon schwieriger: Das ist – glaub ich – ein Problem aller nach-68er-Generationen geworden. Visionen, Utopien sind abgestorben oder eingeschrumpelt, irgendwo nicht mehr vorhanden sind. Es ist ja auch schwer, zu bezeichnen, was die Blaupause einer anderen Gesellschaft ist, die man noch anstreben will. Ich glaube, wir haben ein bisschen zu viel des Guten, oder eben des Schlechten getan, die Utopien und Visionen alle über Bord zuwerfen, uns keine Ziele mehr zu stecken, auch im Sinne eines Leitbildes von Gesellschaftskritik und Gesellschaftsveränderung.

Experten versus Intellektuelle

SPW: Viele beschränken sich darauf, nur Experten für Teilgebiete zu sein. Fehlt einfach auch der Mut, sich mit dem Großen Ganzen zu beschäftigen?

PAUL NOLTE: Ja, das kann man so sehen. Was sind die Gründe dafür? Es hat etwas mit der Ernüchterung über das Ende der Ideologien zu tun. Und es gibt da noch eine Wurzel, die Sie durch das Stichwort „Expertentum“ ansprechen: Die Dinge werden immer komplizierter, man braucht immer spezialisiertere wissenschaftliche Kompetenz, um auch über Dinge urteilen zu können. Und jetzt müssen wir eben auch bestimmte Experten befragen. Zum Beispiel: wie können wir mit Leben und Sterben umgehen? Dazu muss man erst einmal wissen, wie überhaupt die Grenzphase zwischen Leben und Tod sich gestaltet. Oder die Willensfreiheit: Dazu muss man erst mal wissen, wie denn neuronale Schaltungen funktionieren, also sagen uns jetzt Herr Singer und Herr Roth etwas dazu, zwei Naturwissenschaftler. Heinrich Böll hätte dazu, zu diesen Fragen jedenfalls, nicht so viel sagen können. Die Rolle des Intellektuellen ist aber auch immer, diese scheinbar geradeaus gezogene Linie zwischen Expertenwissen und politischer Implementation zu brechen.

SPW: Karl Lauterbach, welcher Methoden bedienen Sie sich, wenn Sie die gesellschaftspolitische Lage analysieren?

KARL LAUTERBACH: Man kann völlig theoriefrei ein Experte für etwas sein. Das unterscheidet auch den Ansatz, den ich selbst verfolge, vom normalen Expertentum: ich versuche selbst, immer auch einen theoretischen

Zugang mitzudenken. Die drei Bereiche, mit denen ich immer arbeite, sind die politische Philosophie, die Ökonomie und die Medizin. Das sind die drei Quellen, aus denen ich versuche, zu schöpfen. Und in dem Spannungsfeld befindet sich meistens die Diskussion. Manchmal ist sie eng an einer medizinischen Frage, manchmal an einer ökonomischen Frage, aber in der Regel in dem Bereich, wo politische Philosophie oder politische Theorie sich noch mit einbringen kann. Meine Vision von einer gerechten Gesellschaft ist sehr stark beeinflusst durch die Arbeiten von John Rawls. Dies ist das Gerechtigkeitsideal, was ich selbst im Großen und Ganzen für richtig halte. Damit lehne ich nicht den Kapitalismus ab, aber ich bin für Chancengerechtigkeit, für Chancengleichheit als Definition der Chancengerechtigkeit. Als Rawlsianer gebe ich Empfehlungen für die Entwicklung des Gesundheitssystems, wobei ökonomische Theorie und Medizin Grundlage der Umsetzung sind.

Der Bedeutungszuwachs der Ökonomie

Ich glaube, dass man mit dem Rat von Experten allein nicht allzu weit kommt, dass es aber auch so ist, dass der Theoretiker, der keine andere Wissenschaft mitbearbeiten kann, der reine, politische Philosoph, der sich nirgendwo mit der Mechanik der ökonomischen Theorie oder irgendeinem anderen Fach auch gut auskennt, es heute viel schwerer hat, als früher. Der Einfluss von Habermas wäre, wenn er heute neu auf die Bühne treten würde, viel geringer als früher. Wenn ein politischer Philosoph einen Einfluss auf die Politik haben will, muss er sich auch mit Ökonomie auskennen.

Herr Nolte arbeitet mit dem klassischen Instrumentarium des Geschichtswissenschaftlers, kennt sich aber auch vielleicht gut aus in der Mechanik der Sozialhilfe reform. Auch wenn wir sicher nicht in allen Punkten einer Meinung sind, spüre ein Fachwissen auf der praktischen Seite, also z.B. wie kann man die Sozialhilfe organisieren. Und aus der Kombination kommt eine Spannkraft, die ich für wichtig halte.

PAUL NOLTE: Die zentrale Stellung der Ökonomie sehe ich auch so. Da sind Fragen, die mich umtreiben angesichts knapper, unter dem Imperativ nicht mehr beliebig expandierender öffentlicher und privater Haushalte: Was kostet eigentlich das Leben, die Gesundheit oder andere öffentliche Leistungen, die wir in Anspruch nehmen. Wie sind diese Leistungen dann verteilt? Gerechtigkeit ist etwas, das schon sehr hart an die Ökonomie zurückgebunden werden muss. Meins und deins, und wer kommt eigentlich für was auf. Sich deshalb dann zu beschäftigen oder auszukennen mit Sozialhilfe oder Demografie oder solchen ökonomischen Debatten oder mit der Staatsverschuldung, das ist auch ein Bereich, der vielen älteren

Intellektuellen nicht behagt. Die neuen Intellektuellen kennzeichnen sicherlich diese Frage nach der Ökonomie: Was kostet unsere Lebensführung, und wie sind diese Kosten angemessen verteilt?

SPW: Paul Nolte, Sie sagen von sich selbst, Sie seien ein linker Konservativer. Können Sie uns das erläutern?

PAUL NOLTE: Oh, das kann ich gar nicht so gut, nein, das war mehr eine Folge von Fragen und der Notwendigkeit, jemanden in eine Schublade einzusortieren..

SPW: Ich habe das als Selbsteinschätzung kürzlich in Ihrem Gespräch mit Ralf Dahrendorf in der Zeitschrift „Vorgänge“ gelesen.

PAUL NOLTE: Jaja, man wird dann gefragt: Was sind Sie denn nun? Linker Konservativer: Da kann ich wirklich gar nicht so furchtbar viel zu sagen, außer, dass ich das Gefühl habe, dass bestimmte Zuschreibungen, die früher links und rechts festgelegt haben, heute nicht mehr so gelten. Ich hab sicherlich auch aus meiner Herkunft her eine starke Betonung von Werten in der Politik. Man muss eigentlich nur das Wort „Werte“ in einem Artikel schreiben, schon wird man von der CDU angerufen. Dann hat es sicherlich etwas zu tun mit einer Staatskepsis, die in den letzten Jahren größer geworden ist bei mir. Ich hab auch einmal angefangen als ein gemäßigter Statist, jetzt würde ich doch – wenn ich mich zu entscheiden hätte – auf der Seite einer Stärkung einer Bürgergesellschaft oder zivilgesellschaftlicher Potenziale stehen. Und ein dritter Aspekt ist vielleicht auch mein Versuch, den Leuten, egal, in welcher Lage sie sich befinden, und notfalls auch den Kranken oder den Unterschichten oder den Minderprivilegierten, den Spiegel vorzuhalten und nicht es bei der Antwort bewenden zu lassen.



sen: Ja, ist schade, dass es euch so geht, da sind irgendwelche üblen Systeme dran schuld. Ich will diesen Appell an das Individuum machen und sagen: Wir kommen nicht weiter, wenn ihr nicht auch euer Verhalten ändert, wenn ihr nicht auch aufhört zu rauchen. Dass das dann auch wieder gesellschaftliche Voraussetzungen hat, weiß ich sehr wohl. Aber das ist dann auch etwas, dieser Appell an das individuelle Handeln, was üblicherweise mit „konservativ“ attribuiert wird.

Der Intellektuelle in den Medien

SPW: Bedient das nicht bestimmte Ressentiments, indem man im Feuilleton z. B. in der „Zeit“, der „Süddeutschen“ oder im FAZ solche Appelle loslässt? Man erreicht dort doch nicht die, die Sie anzusprechen vorgeben. Da sitzen dann die Wohlsituierten und sagen: „Schau an, da sagt wieder jemand: Wenn die mal aufhören würden, zu rauchen, diese schlimmen Finger, ...“ Ist das nicht eine Form wohlfeiler Anbiederei, wenn man sich an den falschen Adressaten wendet?

PAUL NOLTE: Ja, deswegen schreibe ich so was ja auch lieber in der TAZ als in der FAZ.

SPW: Aber lesen Minderprivilegierte die TAZ?

PAUL NOLTE: Ich würde das auch in anderen Zeitungen schreiben. Worauf es mir nur ankam: Man kommt in ein bestimmtes Fahrwasser, in bestimmte Schubladen, dann wird man dort wahrgenommen, und dann wird man dort wieder gefragt, und dann verfestigt sich, manchmal auch ohne eigenes Zutun, eine bestimmte Einordnung. Man hat Kontakt mit bestimmten Medien, mit anderen weniger. Aber ich lege tatsächlich auch sehr viel Wert darauf, in bestimmten Medien dann auch gegen den Strich zu schreiben und zu argumentieren. Und dann fühle ich mich wohl, wenn ich – wie vor einigen Wochen – von der TAZ gefragt werde: wir machen einige Seiten zum Thema „Zukunft des Sozialstaates“, und hier vertritt jemand die Position klassischer Sozialstaat und nun erläutern Sie doch mal Ihre Vorstellungen von einem bürgergesellschaftlichen Sozialstaat.

SPW: Gehört es nicht auch zu der von uns diskutierten Problemlage, dass wir Intellektuelle heute nur dann wahrnehmen, wenn sie in bestimmten Leitmedien auftreten? Wer in der FAZ was schreibt oder in der „Zeit“, der ist ein Intellektueller. Wer regelmäßig in kleineren, unbekannten Publikationen veröffentlicht, wer auf Veranstaltungen auf der Straße oder bei Demonstrationen auftritt, ist kein Intellektueller. Ist das so eine Differenzierung: Bürgerliche (Leit)Medien – intellektuell; andere Veranstaltungsorte, andere Publikationen – kein Intellektueller?

KARL LAUTERBACH: Das würde ich so nicht teilen. Es ist aus meiner Sicht in der heuti-

gen Zeit fast unmöglich, einigermaßen interessante Gedanken zu formulieren, ohne dass man von diesen Leitmedien gefragt wird. Wir haben vielleicht sogar ein Vakuum für Ideen.

PAUL NOLTE: Ein kluger Mensch hat mal, in der Hilflosigkeit, zu definieren, was ein Intellektueller ist, gesagt: Intellektueller ist, wer in bestimmten Medien publiziert. In Amerika ist ein Intellektueller, wer in der „New York Revue of Books“ schreibt. In Deutschland ist das eher bei einem bürgerlich-klassisch-intellektuellen Leitmedium wie dem „Merkur“ und so weiter. Und das ist ja auch etwas, was durch die Medialisierung, durch den Formwandel von Tages- und Wochenzeitungen in den letzten zwei Jahrzehnten sich sehr stark verändert hat. „Die Zeit“ ist zu einem Medium der intellektuellen Auseinandersetzung geworden, zusammen mit dem FAZ-Feuilleton. Seit den 80er Jahren ist das ein ganz dramatischer Wandel, und es bedeutet natürlich auch im positiven Sinne weniger Exklusivität. Dann schreibt man nicht für tausend oder für fünftausend Leute, sondern für 450.000 oder 600.000 Leute. Und deshalb tun wir das ja auch, weil wir das wissen.

KARL LAUTERBACH: Aber das ist im Prinzip doch auch fantastisch. Die Qualität deutscher Tageszeitungen und Wochenzeitungen ist aus meiner Sicht hervorragend im internationalen Vergleich. Es gibt kaum ein Land, wo man den Wettbewerb der Ideen so breit austragen kann, wie in Deutschland. In den Vereinigten Staaten gibt es ein oder zwei überregionale Zeitungen. In Deutschland gibt es aus meiner Sicht zehn Tageszeitungen, die allesamt geeignet sind, um einen Ideendiskurs öffentlich auszutragen. Deutschland ist das Paradies für die öffentliche Auseinandersetzung, weil wir eben diesen qualitativ hochwertigen Journalismus unterhalten.

SPW: Ja, wahrscheinlich muss man häufiger den Blick von außen darauf werfen, weil hier landauf landab immer viel kritisiert wird. Andererseits finde ich inhaltlich durchaus auch zu Recht, denn es gibt eine Verengung des politischen Diskurses in den durchaus zahlreich vorhandenen Zeitungen. Wie viele linke Wochen- oder Monatszeitschriften fallen einem ein?

PAUL NOLTE: Ja, dezidiert rechte aber auch kaum.

SPW: Die gibt es wahrscheinlich auch nicht so zahlreich, aber es gibt eine Reihe von Publikationen, die zumindest den konservativen Bereich stärker mit abdecken als den linken.

Zukunftsfragen und der Kampf um die Begriffe

SPW: Zum Ende unseres Gesprächs möchte ich gerne noch wissen: Was sind die aktuellen gesellschaftlichen Streitpunkte? Womit muss sich ein Intellektueller heute beschäftigen, um dem Anspruch gerecht

zu werden, eben nicht bloß ein Experte zu sein, sondern den Zeitgeist, die aktuelle Debatte mit eigenen Beiträgen zu befeuern?

PAUL NOLTE: Er muss sich äußern zu den großen Zukunftsfragen der Gesellschaft, an denen wir ja schon dran gewesen sind: Erstens, wie kann Deutschland dieses Defizit, in das es in vieler Hinsicht hineingeraten ist – den Rückstand an gesellschaftlicher und politischer Entwicklung – kompensieren, reformfähig werden und dabei eine dynamische Gesellschaft werden? Also nicht eine gerechte Gesellschaft, die zwar Gerechtigkeit erzielt – das wäre sozusagen das Ideal oder die Vision der Linkspartei –, dabei aber sich sozusagen hermetisch und konformistisch einschränkt. Es ist zweitens eine große Herausforderung, dass wir eine offene Gesellschaft bleiben, im Sinne einer Gesellschaft, die freiheitlich verfasst bleibt, pluralistisch ist, in der es noch viele linke Zeitungen geben kann, viele andere auch, und in der wir auch mit einer ganz anderen Konkurrenz von Meinungen und Überzeugungen leben müssen, auch in der interkulturellen Auseinandersetzung. Wie können wir drittens unsere Vorstellung von freiheitlichem Leben einerseits verteidigen, andererseits auch gegenüber anderen rechtfertigen.

SPW: Sehen Sie das auch so, Herr Lauterbach?

KARL LAUTERBACH: Die großen Themen, mit denen sich heute jeder von uns beschäftigen muss, sind die Themen: Globalisierung, Demografie, Umwelt. Heute ist es nicht mehr möglich, über lokale Gerechtigkeit zu sprechen, ohne dass man Globalisierung, Demografie und Umwelt mitdenkt.

Zudem bin ich fest davon überzeugt, dass es auch um die Hoheit über die Begrifflichkeiten geht. Kollege Nolte hat gerade ganz geschickt auf der einen Seite das Ideal der Gerechtigkeit dekliniert, was für ihn als geschlossenes System im Sinne von Umverteilung verstanden werden muß, und hat dem die dynamische Gesellschaft gegenübergestellt, die offene Gesellschaft, die die Chancen betont. Das ist eine Gegenüberstellung, die ich ablehne. Für mich ist die Definition von Gerechtigkeit nicht identisch mit Gleichheit und Umverteilung, obwohl Umverteilung dazugehört. Für mich ist eine gerechte Gesellschaft eine Gesellschaft, die sehr dynamisch ist und sehr offen. Die Vereinigten Staaten sind eine sehr dynamische und offene Gesellschaft, aber sie ist sehr ungerecht und nicht nachhaltig. Die Hilfswissenschaft, die beim Kampf um die Begrifflichkeiten extreme Bedeutung gewinnt, ist die Linguistik – die politische Linguistik. Man kann ja nicht alles studieren. Wenn ich noch zwei drei Studiengänge hinterher legen könnte – man wird ja auch älter –, dann wäre die Linguistik für mich sehr bedeutsam.

Wir müssen darum ringen, dass wir nicht über den Tisch gezogen werden als Linke. Selbst in unserer eigenen Partei ist es schon so, dass wir uns den Schuh manchmal anziehen. Es heißt, dass wir in Zukunft eine „neue Sozialpolitik“ wollen. Keine „Umverteilung“ mehr, sondern „Teilhabe“. Das ist absurd. Denn ich kenne niemanden, der in der SPD in der letzten Legislaturperiode oder davor die Sozialpolitik mit reiner Umverteilung identifiziert hätte. Aber jetzt sagen wir schon selbst: Wir gehen weiter nach vorn Richtung „Teilhabe“. Aber Teilhabe ohne Umverteilung macht keinen Sinn. Das sind Pseudo-Gegensätze, da muss man sehr vorsichtig sein, dass man sich nicht im Gestrüpp der Definitionsmacht, die medial nach wie vor vom konservativen Spektrum dominiert wird, selbst verheddert und in der Abwehrreaktion das bestätigt, was von der Gegenseite unterstellt wird. Für mich ist die gerechte Gesellschaft offen, dynamisch, intellektuell in keiner Weise einschränkend.

PAUL NOLTE: Ich finde es interessant, dass Sie die Wahrnehmung haben, dass es da sozusagen eine konservative Begriffshoheit gäbe. Ich glaube, die Konservativen würden das genau andersherum wahrnehmen, und genau das scheint mir auch bezeichnend zu sein.

KARL LAUTERBACH: Das ist das Problem.

PAUL NOLTE: Die denken nämlich, die SPD hat die Begriffshoheit und wie schaffen wir es jetzt auch, von Gerechtigkeit zu sprechen.

SPW: Es gibt den Versuch der Umdeutung von Begriffskontexten in der Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Merkel, die der SPD zurief: „Lassen Sie uns mehr Freiheit wagen!“ Das war doch eindeutig gemünzt auf den Ausruf von Willy Brandt: „Wir wollen mehr Demokratie wagen!“

PAUL NOLTE: Ja natürlich, das war sehr geschickt platziert. Das ist der Vorteil, wenn man das Kanzleramt besitzt. Aber an der Freiheit und am Wagen von Freiheit ist ja nichts Verderbliches. Das muss man gar nicht in einen Gegensatz stellen, wenn man Freiheit auch so entwickelt, dass sie auch die Freiheit zur selbstständigen Lebensführung mit einschließt, wie ich das gerne nenne. Nicht nur eine abstrakte Freiheit oder die Freiheit für diejenige, die genug Geld haben, sondern die Freiheit jedes einzelnen Menschen, sein Leben möglichst selbstbestimmt, nicht in Abhängigkeit von anderen führen zu können. Und genau daran mangelt es in unserer Gesellschaft.

SPW: Halten Sie das für etwas zu pingelig, wenn die Sozen bei einem solchen Satz zusammenzucken?

PAUL NOLTE: Ja, ich glaub, Willy Brandt wäre da selber gar nicht so zusammengezuckt.

KARL LAUTERBACH: Das sehe ich anders, aber die Konservativen tun sich leichter, ihre

Positionen zu vertreten. Ich kann mich leider nicht erinnern, dass unser ausgeschiedener Bundeskanzler je die Zwei-Klassen-Medizin eingeräumt und aktiv zu ihrer Bekämpfung aufgefordert hätte. Das wäre aber für sozialdemokratische Parteiführer eigentlich eine Selbstverständlichkeit. So, wie die Liberalen gegen zu hohe Steuern kämpfen, muss es für uns eine ausgemachte Sache sein, dass wir für den Abbau der Zwei-Klassen-Medizin kämpfen. Aber wir tun uns schwer.

Wir tun uns sogar schwer damit, zu sagen, dass wir Klassen haben. Wir haben aber Klassen, das ist ganz klar. Und wenn wir das einräumen würden, könnten wir auch besser argumentieren. Zum Beispiel hat sich gezeigt, dass in Deutschland die so genannte Leistungselite in den privaten Unternehmen sehr stark durch die Herkunft geprägt ist. Viel mehr, als es beispielsweise in den Vereinigten Staaten der Fall ist. Oft ist in deutschen Firmen die Mitgliedschaft in einer Burschenschaft bedeutsamer als ein MBA-Degree. So lange das so ist, haben wir natürlich nur die Illusion einer Leistungsgesellschaft. Die Herkunft und die soziale Sprache spielen eine große Rolle. Wenn ich weiß, dass unsere Leistungselite oft eine Herkunftselite ist, dann bewerte ich die Umstände anders.

SPW: Dieser Austausch zwischen Wissenschaft, Journalismus, Unternehmensbereich, Politik, Beratung, den es in anderen Ländern gibt, der findet in Deutschland so gar nicht statt. Das hat nicht nur Auswirkungen auf die „Intellektuellen“, sondern auch auf die „politische Landschaft“. Paul Kirchhoff, der sich mit steuerpolitischen Vorschlägen hervor getan hat, wird sofort „der Professor aus Heidelberg“ genannt. Als Sie in den Bundestag gewählt wurden, Herr Lauterbach, haben Sie gesagt, Sie möchten nicht „der Professor aus Köln“ werden.

PAUL NOLTE: Ja, das ist tatsächlich ein empirischer Befund, auf den Sie hinweisen. Es gibt in Deutschland wenig Elitentransfer. Und wenn es ihn gibt, dann kann das manchmal auch heikel werden. Mir ist Hans-Olaf Henkel als Präsident der Leibniz-Gemeinschaft nie geheuer gewesen. Vielleicht wird ja mal ein Geschichtspräsident in den Vorstand eines Dax-Unternehmens berufen, o.k., dann beruht das auf Gegenseitigkeit, dann wäre ich vielleicht leichter bereit, das zu akzeptieren. Es ist andererseits für die Politik nicht gut, wenn zum Beispiel der Bundestag überwiegend von Abgeordneten dominiert wird, die eben keinen Beruf gehabt haben, sondern in erster Linie seit Studentenzeiten oder noch früheren Tagen - ob nun bei den Jusos oder Junge Union - ihre Parteipolitik gemacht haben.

SPW: Herr Lauterbach, warum haben Sie sich für ein politisches Mandat entschieden?

KARL LAUTERBACH: Mir blieb fast nichts anderes übrig. Über die Beratung war ich plötzlich so stark in die Politikgestaltung einbezogen, dass es für mich ehrlicher war, auch in die aktive Politik zu wechseln. Ich war oft in der Situation, dass ich in einer Kommission Entscheidungen mitbeeinflusste, die ich hinterher als Wissenschaftler bewerten sollte. Das war kein haltbarer Zustand. Das, was ich im Moment tue, ist für mich die richtige Mischung. Ich arbeite weiter als Wissenschaftler, bin aber in den politischen Prozess miteinbezogen, versuche dort aber den kritischen Diskurs zu unterstützen. Auch dann, wenn dies manchmal un bequem für die eigene Fraktion oder die Partei ist.

PAUL NOLTE: Sie sind ja auch erst ein paar Wochen Abgeordneter, da kommt bestimmt noch einiges auf Sie zu.

KARL LAUTERBACH: Ich hab schon auf jeden Fall um ein Vielfaches länger überlebt als der Kollege Kirchhoff. Ich bin mit seinen Positionen in kaum einem Punkt einverstanden, aber ich hätte es trotzdem mal interessant gefunden, mit ihm im Bundestag zu streiten.

SPW: Paul Nolte, welcher Ruf müsste Sie ereilen, damit Sie Ihren Lehrstuhl aufgeben: Wäre es das Angebot von Angela Merkel, in die Bundesregierung einzutreten oder von Josef Ackermann, bei der Deutschen Bank in den Vorstand zu kommen?

PAUL NOLTE: Also eher das Erstere, die Politik reizt mich mehr. Und wer weiß, ich will nicht ausschließen, auch den Schritt in die Politik zu tun. Ich hab das mal erwogen, aber dann wurde ich von der International University Bremen weg nach Berlin berufen. Ich schätze andererseits auch die Möglichkeit, als Professor unabhängig zu sein, schreiben zu können, was und wann man will. Es hat auch, das muss ich ebenfalls sagen, mit persönlichen Erwägungen zu tun. Ich kann mir im Moment nicht vorstellen, ein Politikerleben zu führen, das auch andere Anforderungen an das Zeitbudget stellt. Ich hab auch eine Frau, die ist berufstätig, wir haben zwei Kinder, die noch nicht aus dem Gröbsten raus sind.

SPW: Es gibt ja bald Elterngeld.

PAUL NOLTE: Ja, aber will meine Frau dann aufhören zu arbeiten? Ich will dann vielleicht gerade in die Politik, dann will ich kein Elterngeld beziehen. Das sind dann auch solche praktischen Erwägungen, ob man sich dieser Lebensform des Politikers - jetzt auch unabhängig von Kinderbetreuungsfragen - auch hingeben möchte. Da kommen mir schon Bedenken, das ist für mich eine so bizarr, abgehobene Welt, dass ich da doch Befürchtungen habe, einzusteigen.

SPW: Vielen Dank für das Gespräch.

spw 1 / 2006

Ein neuer linker Crossover-Prozess – dringend gebraucht!

Nächste Schritte klären

Von Kai Burmeister/Thilo Scholle

Von vielen gutmeinenden Genossen im SPD-Ortsverein und von zahlreichen Autoren in vielen Zeitschriften der Linken ist nach der Bundestagswahl darauf hingewiesen worden, dass eine Mehrheit der Wählerinnen und Wähler links votiert hat. Je nach Lesart ist im weiteren Verlauf der Argumentation dann eingewendet worden, dass entweder aufgrund der personellen Ausgangslage (Lafontaine & die Schröder-SPD) oder aber mangels programmatischer Übereinstimmung diese rechnerische Mehrheit nicht in eine handlungsfähige Regierungsmehrheit der Linken zu übersetzen gewesen sei. Bei dieser groben Einschätzung darf die Linke in und außerhalb der SPD nicht stehen bleiben.

Dieser Artikel soll an die in der SPW 145 von Benjamin-Immanuel Hoff, Horst Kahrs und Gerry Woop „Aspekte eines linken Crossover-Diskurses“ anknüpfen. Viele Unzulänglichkeiten der Regierungspolitik der SPD, viele Irritationen des Einigungsprozesses von PDS und WASG, der Bedeutungsverlust der linken Grünen sowie jeweilige innerparteiliche Stellungsspielchen ließen sich als Entschuldigungen dafür anführen, dass gerade jetzt ein solcher Prozess nicht in die Zeit passt. Hingegen gehen wir von der Annahme aus, dass die rot-rot-grüne Wahloption inhaltlich zu füllen ist und begreifen dies als strategische Herausforderungen in der laufenden Legislaturperiode für die Linke insgesamt sowie in den jeweiligen Parteien. Als Aktive bei den Jusos beschränken wir uns hier auf eine Einschätzung der innerparteilichen Lage der SPD sowie auf einige inhaltliche Bausteine, mit denen der Crossover-Prozess zügig aufgenommen werden sollte.

I. Politische Ausgangslage nach der Bundestagswahl

Viele Wahlanalysen wurden seit dem 18. September geschrieben. Wir können uns der Interpretation, dass es eine rechnerische Mehrheit links der Mitte gegeben hat zwar anschließen, allerdings fehlt es augenscheinlich noch daran, diese Mehrheit machtpolitisch und programmatisch handlungsfähig zu machen.

Der Abgang Gerhard Schröders und der Verzicht Franz Münteferings auf den Parteivorsitz nach den Auseinandersetzungen um den Posten des Generalsekretärs haben innerparteilich den Übergangsprozess zeitlich vorverlegt.

Müntefering mag durch diesen Schachzug als Vizekanzler an eigener Handlungsfreiheit gewonnen haben, die SPD als Gesamtorganisation befindet sich aber in der erwarteten Übergangsphase und steuert in eine noch ungewisse Zukunft. Allerdings können Phasen des Übergangs immer auch neue Handlungsspielräume bieten. Der innerparteiliche Diskurs muss sich neu finden. Hier gilt es für die Linke, sich mit eigenen tagespolitischen Konzepten in die Debatte einzubringen.

Der neue Parteivorsitzende Matthias Platzeck versucht derzeit zusammen mit seinen Redenschreibern rhetorisch die Felder Familie, Bildung und Werte zu besetzen. Gerade in Bezug auf das Thema Bildung ist der in den Koalitionsverhandlungen getroffene Kompromiss zur Föderalismusreform kontraproduktiv. Eine bessere Bildungspolitik wird sich nur auf bundesstaatlicher Ebene realisieren lassen. Richtig wäre in diesem Zusammenhang die Schranken des Bildungssystems zu durchbrechen und die Konservierung sozialer Ungleichheit durch das dreigliedrige Schulsystem zu überwinden. Richtig wäre es endlich die skandalöse und weiter wachsende Kinderarmut in diesem Land zu bekämpfen. Inwieweit der Wille zu einer emanzipatorischen Politik bei Familie und Bildung tatsächlich besteht, muss innerparteilich zugespitzt werden. Immer wieder muss in den nächsten Monaten eingefordert werden, dass den Worten Platzecks konkrete Maßnahmen, wie z.B. ein bedarfsgerechter Ausbau der Kindertagesbetreuung und die Förderung integrativer Schulformen, folgen. Die Aufgabe des Familien- und des Bildungsministeriums könnte sich dabei als schwerer politischer Fehler herausstellen.

Nicht übersehen werden darf, dass die aktuelle SPD-Führung keinen Gestaltungswillen für Ökonomie, Arbeitsmarkt und Verteilung zeigt. Die Vermeidung von Konflikten um diese harten Felder gesellschaftlicher Auseinandersetzungen mag kurzfristig positive Kommentare im Feuilleton erzeugen. Wenn die neue SPD-Führung allerdings davon ausgehen sollte, dass Verteilungsfragen nicht länger politisch beeinflusst werden können bzw. sollen, dann wird dies in der Folge den Vertretungsanspruch breiter Arbeitnehmerschichten weiter untergraben. Angesichts der neuen Wettbewerbssituation auf der politischen Linken um

traditionelle sozialdemokratische Milieus würde dies im Ergebnis nicht zu einer höheren Wahlenthaltung führen, sondern könnte zu einer wahlpolitischen Stärkung der Linkspartei führen. Es gibt Beispiele in europäischen Ländern, bei denen sozialdemokratische Parteien ihre Rolle als Volkspartei verloren haben und sich zur 25%-Partei transformiert haben.

Die Entwicklung der SPD ist bei aller Unklarheit des Kurses im Willy-Brandt-Haus keineswegs entschieden. Während Platzeck auf der Suche nach einem Profil ist, lässt Finanzminister Steinbrück keinen Zweifel an seinem finanz- und sozialpolitischen Kurs. So führte der Finanzministers auf dem Neujahrsempfang der IHK Frankfurt aus, dass die Steuersätze für die Unternehmen zur Attraktivitätssteigerung des Standorts weiter gesenkt werden müssen. Haushaltspolitisch soll dieses Geschenk für die Kapitalseite mit Einsparungen im Sozialbereich finanziert werden. Die sozialpolitische Grundposition lässt sich dabei an folgenden Aussagen erkennen: Es sei unmöglich geworden, „einen vornehmlich auf Alimentation ausgerichteten Sozialstaat weiterhin im bisherigen Umfang zu finanzieren“. Etwas weiter im Text heißt es dann „was aktivierend wirkt, muss bleiben, und es kann sogar ausgebaut werden, wenn zugleich alles abgebaut wird, was zu Passivität und überbetrieblicher Anspruchshaltung führt.“ Der honorigen Rede dürften bald entsprechende Maßnahmen folgen. Ein solcher Kurs würde nicht nur die soziale Schieflage weiter manifestieren, Einschnitte bei den Transfereinkommen würden in der Folge zu einer Zuspitzung der binnenwirtschaftlichen Nachfrageschwäche führen.

Entsprechend sind Gegenmaßnahmen gegen eine sozial ungerechte und ökonomisch schädliche Politik notwendig. Innerparteilich gibt es zahlreiche Parlamentarier und Funktionsträger – insbesondere auf Länderebene – denen es nicht am Willen fehlt, funktionierende Strukturen der Parteilinken aufzubauen. Gleichwohl ist als Ausgangssituation eine gewisse personelle Auszehrung als Tatsache anzuerkennen. Die Enttäuschungen über die Agenda 2010 hat zu zahlreichen Parteiaustritten, zu innerer Immigration sowie zum Zynismus zahlreicher Anhänger geführt. Als Defizit der parteiinternen Auseinandersetzungen ist festzuhalten, dass es zu wenig verstanden wurde, die innerparteiliche Kontroverse mit Initiativen der Gewerkschaften und der Sozialverbände zu verbinden und zu popularisieren.

Zugleich muss konstatiert werden, dass wesentliche Bestandteile der Agenda 2010 von der Parteibasis mittlerweile – in einem zum Teil schmerzhaften Prozess – verinnerlicht wurden. Viele fühlen sich zwar durchaus als „Linke“ in der SPD, die Hoffnung auf tatsächliche Veränderungsmöglichkeiten der ökonomischen und gesellschaftlichen Situation durch politisches Handeln ist hier aber verloren gegangen, Argumente des angeblichen ökonomischen Sachzwangs zum Abbau des Sozialstaats haben hier ihre Spuren hinterlassen.

Klassisch fällt den Jusos in dieser Situation eine Scharnierfunktion gegenüber den sozialen Bewegungen zu (Doppelstrategie). Gleichwohl kann dieses in der historischen Ausnahmesituation von vor 35 Jahren entwickelte Konzept nicht unhinterfragt auf die politische Lage des Jahres 2006 übertragen werden. Auch heute ist die klare Mehrheit der Jusos links sozialisiert, wozu nicht zuletzt eine verstetigte Bildungs- und Schulungsarbeit der letzten Jahre beigetragen hat.

Gleichwohl sieht sich der Verband der Herausforderung gegenüber, die neu in die SPD ein tretenden Mitglieder links zu sozialisieren. Rund 7000 neue Mitglieder unter 35 Jahren seit der NRW-Landtagswahl im Mai 2005 verdeutlichen diese Aufgabe. Die eigenständige linke politische Sozialisation durch den Jugendverband wird, neben einem schneller werdenden Wechsels des Funktionskörpers, durch die vielerorts katastrophale Lage der Organisationsstrukturen der SPD als auch durch das Selbstverständnis neuer Mitglieder erschwert. Zudem: Viele der in den letzten beiden Jahren eingetretenen Mitglieder haben kaum eine andere Arbeit als Wahlkampf kennen gelernt. Der Auftritt der Jusos war in diesen Zeiten stark durch die Rahmenbedingungen der Wahlausinandersetzungen bestimmt. Eigenes inhaltliches Profil des Verbandes blieb da zum Teil zurück.

In vielen Orten ist die SPD organisationspolitisch so schwach, dass junge Aktive häufig nicht nur die Juso- sondern auch die Parteiarbeit übernehmen müssen. Die Vermischung von Juso- und Parteiverständnis bleibt nicht ohne Folgen für die politische Selbstwahrnehmung. Eine positive Reibung an bestehenden Parteistrukturen und Positionen kann nicht erfolgen, wenn junge Mitglieder selbst die Rolle des integrierenden Kerns einer örtlichen Parteigliederung übernehmen müssen.

Horst Heimann ist in der SPW 146 auf die veränderte soziale Lage der nachwachsenden Parteieliten eingegangen, politische Motivation ist eben häufig eng verknüpft mit dem eigenen Fortkommen. Die Generation Praktikum trifft sich manchmal auch in der SPD. So geht es vielfach nicht darum, direkt Parlamentarier zu werden. Vielmehr entwickelt sich aus der Not häufig die Hoffnung, von einem unbezahlten Praktikum beim Abgeordneten nach der Uni in einen festen Job zu rutschen.

Zusammengefasst bleibt die parteiinterne Lage noch unübersichtlich. Platzek sucht nach

einem eigenem Profil, die Regierung setzt den Agendakurs der letzten sieben Jahre fort. Gegen diese ökonomisch und sozialpolitisch wenig perspektivenreiche Politik muss Druck entfaltet werden. Die SPD-Linke muss in diesem Prozess eigene inhaltliche Wegmarken setzen. Dies kann nur anhand einzelner zuspitzungsfähiger politischer Vorhaben geschehen. Hauptaufgabe wird sein, konkrete inhaltliche Konflikte in die SPD tragen und hier eine politische Zuspitzung zu wagen! Die Programmdebatte ist wichtig, darf aber nicht zum Abstellgleis für tagesspolitisches linkes Handeln in der SPD werden.

II. Crossover – Akteure und Inhalte

Soll an den Crossover-Prozess, der 1990er Jahre zwischen Linken aus SPD, Grünen und PDS – organisiert über das jeweilige Umfeld der Zeitschriften „SPW“, „andere Zeiten“ und „Utopie kreativ“ – angeknüpft werden, so müssen Akteure und Inhalte abgesteckt werden.

Auf der Ebene der Akteure und der Struktur erscheint eine Weiterentwicklung in zwei Richtungen notwendig. Ein neues Crossover darf nicht allein auf Parteien beschränkt sein, es braucht insbesondere eine Verständigung mit den Gewerkschaften sowie den Kernen der sozialen Bewegungen. Hierbei muss es neben einem programmatischen Prozess auch um Verständigung über die Formen und kommunikative Strategien sozialer Auseinandersetzungen gehen. Dabei muss es auch zu einer Verständigung und Akzeptanz über die jeweils unterschiedlichen politischen und strategischen Vorgehensweisen geben.

Zudem ist ein möglicher Verständigungsprozess jetzt auch zu europäisieren. Nicht nur die aktuelle Auseinandersetzung um die EU-Dienstleistungsrichtlinie macht deutlich, dass über wesentliche sozial- und wirtschaftspolitische Themen heute europaweit entschieden wird. Festzustellen ist, dass die Linke noch keinen zukunftsgerichteten Umgang mit Europa entwickelt hat. Dies wurde nicht zuletzt in der Auseinandersetzung um die EU-Verfassung deutlich. Die notwendige Europäisierung einer Neuauflage des Crossovers gibt für sich genommen ein thematisches Arbeitsgebiet vor.

Soziales Europa

Der zentrale Kritikpunkt der Linken am europäischen Integrationsprozess bezieht sich darauf, dass die EU einseitig den Kapital- und Unternehmensinteressen zur Durchsetzung verhelfen will. Entsprechend wird die EU-Kommission als Träger der neoliberalen Globalisierung wahrgenommen und die unterentwickelte soziale Dimension beklagt. Unzureichend sind die Konzepte der Linken wenn es darum geht, die geforderte soziale Dimension Europas zu benennen. Die Arbeitsaufgabe besteht hier darin, Elemente einer europäischen Sozial- und Beschäfti-

gungspolitik zu skizzieren. Weitergedacht werden muss auch die Idee einer europäischen wirtschaftspolitischen Koordinierung (europäisch-keynesianische Makropolitik), die neben der Regional- und Industrie- auch die Tarifpolitik einbezieht.

Prekäre Arbeit und alte soziale Frage

Ein weiterer Kernbezugspunkt eines Crossovers muss die Arbeits- und Lebensbedingungen von den an den Rand gedrängten Bevölkerungsgruppen in den Blick nehmen. Anstelle einer wenig zukunftsweisenden Neuauflage der in den 1980er Jahren geführten Debatten um das Ende der Erwerbsarbeit und um ein Grundeinkommen sollte die Realität des bestehenden Niedriglohnsektors zum Ausgangspunkt genommen werden. Wie und wo können neue Beschäftigungsfelder erschlossen werden? Könnte konkret ein gesetzlicher Mindestlohn helfen, die Frage nach einem angemessenen Lohn und Einkommen von Beschäftigten in den Mittelpunkt politischer Auseinandersetzung zu stellen?

Erneuerte Energiepolitik

Elmar Altvater hat in seinem aktuellen Buch den Zusammenhang zwischen energetischer Basis und kapitalistischer Produktionsweise dargestellt. Die fatalen ökologischen Folgewirkungen der fossil-atomaren Energieversorgung sowie die Endlichkeit des Öls weisen darauf hin, dass eine radikal veränderte Energieversorgung in der nächsten Dekade dringend notwendig ist. Wie ein Übergang zu einer erneuerten energetischen Basis des Wirtschaftens aussehen kann, wird durch gesellschaftliche Auseinandersetzungen entschieden werden. Der regierungsinterne Streit um die Atompolitik deutet die Konflikthaftigkeit dieses Themas an. Keinesfalls kann diese Auseinandersetzung nur als energiepolitische Frage begriffen werden, gerade die regionalwirtschaftlichen – und beschäftigungspolitischen Potentiale sollten hier ebenfalls einbezogen werden.

Zusammengefasst muss es in den nächsten Monaten um die inhaltlichen Elemente eines linken Crossovers gehen. Der eingangs erwähnte Artikel von Aktiven der Linkspartei zeigt, dass diese Arbeitsaufgabe offensichtlich von den in unterschiedlichen Parteiformationen Aktiven verstanden wurde.

spw 1 / 2006

Literatur:

- Elmar Altvater, Das Ende des Kapitalismus, 2005
- Joachim Bischoff/Hasko Hüning/Christoph Lieber, Von der neoliberalen zur sozialistischen Gouvernamentalität – Anforderungen an eine Rifondazione der Linken, Prokla 145
- Cordula Drautz/Thilo Scholle, Der Mut ist Links, Juso-Argumente 3/2005
- Horst Heimann, Plädoyer für eine linke Volkspartei SPD, SPW 146
- Benjamin-Immanuel Hoff/Horst Kahrs/Gerry Woop, Aspekte eines linken Crossover-Diskurses, SPW 145
- Peter Wahl, Kurs auf linke Mehrheit in der Gesellschaft, Prokla 145

Zwischen Hummer und Eintopf

Die Schieflage der Einkommensverteilung und deren Folgen

Von Jürgen Glaubitz

2005 war ein Spitzenjahr für Konzerne, Großaktionäre und Top-Manager. Ein „fulminantes Börsenjahr“ – die DAX-Werte stiegen im Durchschnitt um 28 Prozent – und ein Superjahr für die Konzerngewinne. Die Profite der 30 DAX-Unternehmen sind lt. *Handelsblatt* noch stärker gestiegen als im „Spitzenjahr 2004“. 2005 hat sich auch für die Manager „gelohnt“. Die Vorstandsmitglieder der größten deutschen Unternehmen erhielten durchschnittlich eine Vergütung von 1,6 Millionen Euro, noch einmal acht Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Derweil mussten die Arbeitnehmer/innen auf reale Lohnzuwächse verzichten. Die Kluft zwischen Hummer und Eintopf ist (noch) größer geworden.

2005 ist die Verteilungsfrage wieder stärker in den Fokus gerückt ist. Nicht zuletzt auch deshalb, weil Unternehmen mit exzellenten Bilanzdaten Stellen abgebaut haben. Telekom und Deutsche Bank seien hier stellvertretend genannt. Die verheerende Arbeitsmarktlage und die damit einhergehende Zukunftsangst breiter Schichten der Bevölkerung werden ausgenutzt. Kurzfristig mag dies erfolgreich sein, die wachsende Verteilungsschieflage wird aber gesamtgesellschaftlich immer mehr zu einer ernst zu nehmenden Belastung: Sie wird als Skandal empfunden und gefährdet den sozialen Frieden. Sie erweist sich immer mehr als das

Branchen, wie der Stahlindustrie und der chemischen Industrie konnte die Kaufkraft der Beschäftigten gestärkt werden. In vielen anderen Branchen „kämpften die Gewerkschaften mit dem Rücken an der Wand“ (WSI). Für die meisten Arbeitnehmer/innen fällt die Bilanz recht mager aus. Während die Verbraucherpreise im Jahresdurchschnitt um zwei Prozent gestiegen sind, ist es in den meisten Tarifbereichen nicht gelungen, Tarifabschlüsse über ein bis zwei Prozent zu erzielen.

Entwicklung der Arbeitseinkommen seit 1993

Auch über einen längeren Zeitraum betrachtet fällt die Tarifbilanz negativ aus, das letzte Jahrzehnt war großer Bescheidenheit geprägt. Wie die Analyse der Einkommen der abhängig Beschäftigten zeigt, sind die (tariflich durchgesetzten) nominalen Bruttolöhne durch Steuern, Sozialabgaben und Inflation aufgezehrt worden.

Die Ergebnisse im Einzelnen:

- Durchschnittlich stieg der Bruttoverdienst je Arbeitnehmer/in von 1.887 auf 2.197 Euro. Das war ein Plus 310 Euro bzw. 16,4 Prozent.
- Der Nettoverdienst stieg derweil um 154 Euro (plus 11,9 Prozent).
- Die Kaufkraft der Einkommen hat sich allerdings nicht erhöht, denn nach Abzug

der Preissteigerungen ergibt sich ein Rückgang der Realeinkommen von 32 Euro (minus 2,1 Prozent)

Damit verfügen die Arbeitnehmer/innen heute über weniger Kaufkraft als Anfang der 90er Jahre, der Einkommensfortschritt war also in Wahrheit ein Einkommensrück-

schritt. Letztendlich blieb sogar noch weniger in den Taschen der Arbeitnehmer/innen, denn seit Anfang der 90er Jahre ist eine wachsende Lücke der effektiven zur tariflich vereinbarten Erhöhung der Einkommen zu beklagen (negative „Lohndrift“).

Schlusslicht in Europa

Für den Zeitraum 1995 bis 2004 hat die Europäische Kommission die Entwicklung der Reallöhne in verschiedenen Ländern verglichen. Während beispielsweise in Schweden und Großbritannien die Reallöhne um 25 Prozent anstiegen und der Durchschnitt der EU 15 immerhin noch ein Plus von 7,4 Prozent beträgt, sind die Reallöhne in Deutschland um 0,9 Prozent zurückgegangen. Damit sind wir das Schlusslicht in Europa!

Der Niedriglohnsektor wächst

Wie das *Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB)* in einer Studie festgestellt hat, nimmt der Anteil der Niedriglohnverdiener/innen unter den Vollzeitbeschäftigten seit 1997 deutlich zu.

Als Niedriglohn definiert das IAB einen Lohn, der unterhalb 2/3 des Durchschnittslohnes aller erfassten Vollzeitbeschäftigten liegt. Im Jahre 2001 lag diese Schwelle umgerechnet auf ein Brutto Monatsgehalt in Gesamtdeutschland bei 1.630 Euro. Sonderzahlungen und Zuschläge sind darin anteilig enthalten.

Einige Fakten:

- Zuletzt arbeiteten in Deutschland bereits 3,6 Millionen Menschen im Niedriglohnsektor. Das ist ein Sechstel aller Vollzeit-Beschäftigten. Tendenz steigend.
- Die Niedriglohnempfänger sind überwiegend Niedriglohnempfängerinnen; Frauen stellen mit 57 Prozent die Mehrheit. Ein überdurchschnittliches Niedriglohnrisiko tragen neben den Frauen vor allem Geringqualifizierte, Jugendliche und junge Erwachsene, Beschäftigte in Kleinbetrieben sowie im Dienstleistungsbereich und Handel.
- Die „Aufstiegsmobilität“ der Niedriglohnarbeiter in höhere Lohngruppen ist in den letzten Jahren deutlich gesunken. Nur noch jede/r Dritte schafft es, aus dem Niedriglohnsegment aufzusteigen. Damit erhöht sich das Risiko der Niedriglohnarmut.

In der öffentlichen Debatte wird behauptet, dass Geringqualifizierte nur mittels staatlicher Zuschüsse in Arbeit kommen könnten. Deshalb wird – wieder einmal (!) – über die Einführung so genannter Kombi-Löhne diskutiert. Dabei wird allerdings übersehen, dass schon jetzt von den im Niedriglohnsektor Arbeitenden nur 15,2 Prozent ohne Ausbildung sind. Dagegen verfügen immerhin 60 Prozent über eine abgeschlossene Ausbildung. Das bedeu-

Von nominal/ brutto zu real/ netto

Tarifeinkommen	→ nominal/ brutto
Minus Steuern und Sozialabgaben	
= Nettoeinkommen	→ netto
Minus Preissteigerung	
= Realeinkommen	→ real/ netto

größte Hemmnis für wirtschaftliches Wachstum und Beschäftigung.

Tarifeinkommen in 2005

Die Tarifbilanz für 2005 fällt aus Sicht der Arbeitnehmer/innen gemischt aus. In wenigen

tet, dass auch der Niedriglohnsektor immer mehr von qualifizierten Arbeitskräften besetzt wird.

Löhne und Binnennachfrage

Seit Jahren überschütten uns die neoliberalen Meinungsmacher mit ihrer „Botschaft“, die Löhne in Deutschland seien zu hoch. Hätten wir niedrigere Löhne, ginge es wieder bergauf, dann würden Konjunktur, Wachstum und Beschäftigung wieder anziehen. Tatsache ist aber, dass der Exportweltmeister Deutschland „zu Hause“ nicht von der Stelle kommt. Lohnzurückhaltung, Reallohnseinbußen und Niedriglöhne haben nicht zu mehr Wachstum und Beschäftigung geführt – im Gegenteil! Sie sind mittlerweile zum wesentlichen Hemmnis für Wachstum und Beschäftigung geworden.

Deutschland leidet an einer chronischen Schwäche der Binnennachfrage. Um aus dieser Misere herauszukommen, braucht es eine offensive Strategie. Statt in den Niedriglohnwettbewerb einzusteigen, muss an der Stellschraube Löhne und Gehälter gedreht werden. Löhne sind nicht nur Kosten, sondern vor allem auch Nachfrage!

Brutto-, Netto- und Realeinkommen je abhängig Beschäftigten

(Monatsdurchschnitt) 1993 - 2004

Jahr	Nominale Bruttolöhne und -gehälter	Nominale Nettolöhne und -gehälter	Reale Bruttolöhne und -gehälter	Reale Nettolöhne und -gehälter
1993	1.887 Euro	1.295 Euro	2.158 Euro	1.481 Euro
...	...	...	...	...
2004	2.197 Euro	1.449 Euro	2.197 Euro	1.449 Euro
1993 - 2004 in %	+ 16,4	+ 11,9	+ 1,8	- 2,1

Quelle: Verteilungsbericht, S. 3; eig. Berechnungen

Die angebotsorientierte Politik führt nicht aus der Krise, sondern in eine Sackgasse, deshalb ist die Rückkehr zu mehr gesamtwirtschaftlichem Denken notwendig. Heiner Flassbeck bringt es auf den Punkt: „Deutschland (braucht) eine neue Balance zwischen Kostensenkung und Stärkung der Binnennachfrage. Wenn die Bundesrepublik zurückkehrt zu einer Lohnpolitik, bei der sich der Produktivitätszuwachs vollständig im Reallohnzuwachs spiegelt, erhält sie einerseits dauerhaft die extrem hohe Wettbewerbsfähigkeit ihrer Exportwirtschaft und stärkt

andererseits dauerhaft die Binnennachfrage. Politikern und Tarifparteien bietet sich derzeit eine unerhörte Chance – zugreifen müssen sie aber selbst.“

spw 1 / 2006

Quellen:

- DGB, Bundesvorstand, Verteilungsbericht 2005, Berlin 2005
- Flassbeck, Sinn und Un-Sinn, in: Frankfurter Rundschau vom 14.01.2006
- IAB, Kurzbericht 3/2005
- Glaubitz, Von Millionären und armen Schluckern, Düsseldorf 2005
- WSI Pressedienst vom 15.12.2005

Neuaufgabe der Spiele-Praxismappe erschienen!

Die bewährte und sehr beliebte Praxismappe wurde komplett neu überarbeitet und mit neuem Design versehen. Fast 200 Spiele – mit vielen Variationsmöglichkeiten – sind auf 290 Seiten in übersichtlicher Struktur dargestellt und um einen aktualisierten Theorieteil ergänzt.

Viele neue Spiele!
 Kennenlernspiele
 Rollenspiele
 Integrative Spiele
 Bewegungsspiele
 Gruppeneinteilungsspiele
 Spiele zur
 Interkulturellen Spiele
 Gruppenarbeit



Hiermit bestelle(n) ich/wir

_____ Praxismappe(n) zum Preis von 13,- € plus Versandkosten.

Name, Vorname: _____

Straße: _____

PLZ / Wohnort: _____

Tel.: _____

Infos & Bestellung:

Bundesjugendwerk der AWO
 e-mail: info@bundesjugendwerk.de
 Tel.: 0700/jugendwerk oder
 0700/584363937

jw
 BUNDES JUGENDWERK
 DER AWO

Arbeiterstudien und Klassenbewusstsein

von Hans Günter Bell

Die Siegener Soziologin Sonja Weber-Menges hat 2004 eine vergleichende empirische Untersuchung zu Soziallagen, Lebenschancen und Einstellungen von Arbeitern und Angestellten in westdeutschen Industriebetrieben vorgelegt (Weber-Menges 2004). Diese materialreiche und informative Untersuchung soll Anlass sein, einen Blick auf einige vergleichbare Untersuchungen (Popitz u.a. 1957; Kern/Schumann 1970; Herding/Kirchlechner 1979; Kudera u.a. 1979; Herkommer u.a. 1979; Vester u.a. 2001) zu werfen und zwei Fragen nachzugehen:

- Leben und Arbeiten Arbeiter und einfache Angestellte am Anfang des 21. Jahrhunderts anders als in der „alten“ BRD oder gibt es Konstanten der Lohnabhängigkeit über die Jahrzehnte hinweg?

- Besteht nach wie vor eine eigenständige Arbeiterschaft oder haben sich Arbeiter und Angestellte einander angenähert, sind vielleicht sogar miteinander verschmolzen? „Arbeiterklasse“ oder Arbeitnehmer?

Sonja Weber-Menges befragte in den Jahren 2000/01 Industriearbeiter und -angestellte in 17 westdeutschen Unternehmen. Sie interessierte vor allem, inwieweit sich die Arbeiter heute noch in einer typischen Weise von den Angestellten unterscheiden.

Im Ergebnis stellt Weber-Menges den Fortbestand einer „pluralisierten und differenzierten Arbeiterschicht bei größtenteils weiter existierenden schichtspezifischen Ungleichheiten zwischen Arbeitern und Angestellten unterschiedlicher Berufsschichten hinsichtlich der objektiven Soziallage, der Lebenschancen und Lebensstile“ (Weber-Menges 2004, 385) fest.

Sie ermittelte, dass die Berufsposition jeweils mit einem typischen Bildungsniveau und einem typischen Einkommen verknüpft waren. So war allen Arbeitergruppen und den einfachen (ausführenden) Angestellten gemeinsam, dass bei den Schulabschlüssen Volks- und Hauptschulabschlüsse überwogen, während der typische Schulabschluss der mittleren Angestellten die Mittlere Reife und der höheren/leitenden Angestellten das Abitur/die Fachhochschulreife war. Das durchschnittliche Bruttomonatseinkommen stieg in etwa mit der Höhe der Berufsposition an. Auffallend ist jedoch, dass das Einkommen der einfachen Angestellten zwar höher war als dasjenige der un- und ange-

lernten Arbeiter jedoch niedriger als das Einkommen der Facharbeiter.

Ein weiteres interessantes Ergebnis ist die Selbsteinstufung einer deutlichen Mehrheit der Un- und Angelernten, Facharbeiter und Vorarbeiter als Mitglied der Arbeiterklasse/-schicht (demgegenüber sahen sich Meister, einfache und mittlere Angestellte als Teil der Mittelschicht). Aus der Vorstellungswelt der meisten Arbeiter war die Arbeiterklasse/-schicht also durchaus nicht verschwunden. Der Anteil der politisch Aktiven korrelierte deutlich mit dem Beruf und dem Schulabschluss der Befragten. Arbeiter – und hier vor allem Un- und Angelernte – waren in der aktiven politischen Arbeit deutlich unterrepräsentiert.

Weber-Menges stellte bei den Berufseinstellungen fest, dass Arbeiter Pflicht- und Akzeptanzwerte stärker betonten als Selbstverwirklichung oder Eigenverantwortlichkeit. Zudem habe vor allem bei Un- und Angelernten sowie Facharbeitern ein Lohnarbeiterbewusstsein fortbestanden, „dessen Konturen nach wie vor durch die Interessenwidersprüche von Kapital und Arbeit, jedoch auch durch Interessengegensätze zwischen ihnen und den Vorgesetzten geprägt werden“. (Weber-Menges 2004, 272) Hingegen waren gute Verdienstmöglichkeiten und die Sicherheit des Arbeitsplatzes vor Arbeitslosigkeit nicht nur die am häufigsten genannten Anforderungen von Un- und Angelernten, Facharbeitern, Vorarbeitern sondern auch diejenige der einfachen Angestellten. Ein breites Mittelfeld von den Facharbeitern bis zu den mittleren Angestellten bildete sich bei der Zustimmung zu der Aussage „Meine Arbeit ist mir wichtig und macht mir Spaß.“ aus. Hiervon wichen u.a. die Un- und Angelernten ab, die die Aussage „Arbeit ist etwas, mit dem ich mein Geld verdiene und mehr nicht.“ favorisierten. (Vgl. Weber-Menges 2004, 262)

Überhaupt ist auffallend, dass sich die Antworten der Un- und Angelernten bei den meisten Fragen zur Berufseinstellung deutlich von den Antworten der anderen Berufsgruppen unterscheiden. Ausnahmen sind hier lediglich die Zustimmung aller Arbeiter zu den Tugenden Disziplin, Fleiß und Pflichterfüllung und die Zustimmung aller Arbeiter und der einfachen Angestellten zu der Aussage „Meine Arbeitsleistung wird in finanzi-

eller Hinsicht und auch in anderer Hinsicht nicht richtig gewürdigt.“

Die Unterschiede zwischen Arbeitern und Angestellten kommen v.a. bei der Bewertung von handwerklichem Geschick und körperlicher Kraft und Stärke zum tragen. Hier waren sich ausnahmsweise die Un- und Angelernten mit den Facharbeitern, Vorarbeitern und Meistern einig, während bei den Angestellten an keiner Stelle ein solcher Grundkonsens festzustellen ist.

Popitz u.a. führten ihre Erhebung zu Beginn der außerordentlichen ökonomischen Wachstumsphase durch, die in der zweiten Hälfte der 1950er Jahren einsetzte und während der sich auch die Arbeitnehmer die Teilhabe am „Wirtschaftswunder“ erkämpfen konnten. Kern/Schumann haben ihre Daten in den Jahren 1965-67 erhoben, mithin vor den „Septemberstreiks“ 1969, die zu einer Wiederentdeckung der Arbeiterklasse geführt hatten. Auf diese Streiks konnten die Untersuchungen von Herding/Kirchlechner und von Kudera u.a. bereits reagieren.

Von 1972 bis 1975 stieg die Zahl der Arbeitslosen wieder kontinuierlich an und überschritt 1975 erstmals die Millionengrenze. Die letztere Befragung von Kudera u.a. wurde im Sommer 1974 durchgeführt, fand also bereits wieder in einer Übergangssituation statt, weil zu diesem Zeitpunkt der konjunkturelle Abschwung noch nicht erkennen ließ, „daß er das aus der Nachkriegszeit bekannte Maß wesentlich überschreiten würde.“ (Kudera u.a. 1979, 350, Fußnote 2) Tatsächlich jedoch erfuhren die entwickelten kapitalistischen Länder Mitte der 1970er Jahre einen Wachstumseinbruch, der bis heute nicht überwunden ist. Es begann eine langfristige Stagnation mit steigender Arbeitslosigkeit. Die ersten Auswirkungen dieser Veränderung der Kräfteverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit finden in der Untersuchung von Herkommer u.a. ihren Niederschlag.

Bereits von der sozial-liberalen Bundesregierung eingeleitet, setzten CDU/CSU und FDP nach 1982 konsequent auf neoliberale Wirtschaftskonzepte. Der mit dieser wirtschaftspolitischen Grundlinie verbundene Sozialabbau wurde von der rot-grünen Regierung nach 1998 fortgesetzt und bildet den Hintergrund der Untersuchungen von Vester u.a. und Weber-Menges.

Das Gesellschaftsbild des Arbeiters

Die klassische Studie legten Heinrich Popitz u.a. im Jahr 1957 vor. Sie untersuchten, wie Arbeiter eines Hüttenwerkes im Ruhrgebiet

auf ihre Abhängigkeit von der wachsende Komplizierung der gesellschaftlichen Verhältnisse reagieren.

Ihr Ausgangspunkt war die Feststellung, dass Menschen gezwungen sind, sich Vorstellungen von gesellschaftlichen Wirkungszusammenhängen zu machen, die häufig über die eigenen unmittelbaren Erfahrungen hinausgehen. Es fehlt dann die Möglichkeit, „den Realitätsgehalt dieser Vorstellungen kontrollieren zu können“. (Popitz u.a. 1957, 1) Um diese Vorstellungen trotzdem in eine bestimmte Ordnung einfügen zu können, werde in der Regel ein Schema bereitliegen, das „ein mehr oder weniger differenziertes Gesamtbild zur Interpretation und Bewertung unserer gesellschaftlichen Erfahrungen“ (Popitz u.a. 1957, 8) bietet. Ein solches Vorstellungsschema nannten Popitz u.a. ein „Gesellschaftsbild“.

Sie unterschieden sechs verschiedene Gesellschaftsbilder, und stellten fest:

„Alle Arbeiter, mit denen wir gesprochen haben und die überhaupt ein Gesellschaftsbild in dem von uns definierten Sinne entwickeln, sehen die Gesellschaft als – unabwehrbare oder abwendbare, unüberbrückbare oder ‚partnerschaftlich‘ zu vermittelnde – *Dichotomie*, und sie beantworten die Frage nach ihrem eigenen gesellschaftlichen Ort durch ein *Arbeiterbewusstsein*, das es ihnen ermöglicht, sich innerhalb der Gesamtgesellschaft als Teil der Arbeiterschaft zu verstehen.“ (Popitz u.a. 1957, 237, Herv. im Original) Dieses Arbeiterbewusstsein enthielt zwei Elemente: So sahen die Hüttenarbeiter ihre Arbeit unter einem spezifischen Leistungsaspekt, selbst Hilfsarbeiter betonten die Fähigkeiten, die für ihre Tätigkeit erforderlich sind. In diesem berufsspezifischen Leistungsbewusstsein liegt eine trennende Tendenz. Wäre es allein oder überwiegend bestimmend, so würde es zur Auflösung des Zusammengehörigkeitsgefühls der Arbeiterschaft führen.

Dieses Leistungsbewusstsein wurde jedoch durch ein Kollektivbewusstsein ergänzt. Sein Kennzeichen ist die Einschätzung, dass „die Arbeiterschaft [...] etwas zu bieten [hat], das dem Kapital – dem ‚toten Kapital‘ – zumindest ebenbürtig, wenn nicht überlegen ist: die Arbeit – die ‚menschliche Arbeit‘. Sie wird verstanden als *körperliche Arbeit*, das heißt diejenige menschliche Tätigkeit, die am sinnfälligsten ‚Arbeit‘ ist, als *produktive Arbeit*, das heißt als unmittelbar wertschaffende Leistung.“ (Popitz u.a. 1957, 238, Herv. im Original)

„Das Leistungsbewusstsein kann sich [...] nur dann geltend machen, wenn es durch ein Kollektivbewusstsein ergänzt wird: Das Selbstbewusstsein des Arbeiters als Arbeiter wird gesellschaftlich erst dann wirksam, wenn es ein Selbstverständnis als *Teil* der Arbeiterschaft impliziert.“ (Popitz u.a. 1957, 240, Herv. im Original)

Beide Momente (Leistungs- und Kollektivbewusstsein) waren wesentlich durch die Distanzierung der Arbeiter gegen die „Anderen“ (sowohl nach „außen“ – gegen die Angestellten, als auch nach „oben“ – gegen Unternehmer, Werksleitung, Kapital) bestimmt.

„Industriearbeit und Arbeiterbewusstsein“

Horst Kern und Michael Schumann veröffentlichten ihre Studie „Industriearbeit und Arbeiterbewusstsein“ 1970. Ihr Interesse richtete sich im wesentlichen auf die Veränderungen der Arbeitsprozesse in der Industrie und die Folgen dieses technischen Wandel für das Bewusstsein der Arbeiter.

Entgegen der verbreiteten These, dass diesen Veränderungen eine pazifizierende Wirkung zukommt, die Arbeiter also in das kapitalistische System integriert und „verbürgerlicht“ würden, zeigten sie in ihrer Untersuchung, „dass die Integrationsangebote der Gesellschaft im gesellschaftlichen und politischen Denken der Arbeiter nicht voll verfangen hatten“. (Kern/Schumann 1985, 9) Zwar konnten sie einerseits Tendenzen des Zurückdrängens des Kollektivbewusstseins feststellen, andererseits konnten sie jedoch „durchweg Bewußtseinssegmente antreffen, in denen die objektive Existenzunsicherheit der proletarischen Lebenssituation zum Ausdruck kam“. (Kern/Schumann 1985, 9 f.) Der technische Wandel führte in der industriellen Produktion zu einer Differenzierung der Industriearbeit. Trotz der im Prinzip gleichen Arbeits- und Lebenssituation aller Arbeiter erkannten Kern und Schumann, dass „die Unterschiede in der Arbeit für die Bestimmung der Lebenssituation der Arbeiter und ihr gesellschaftliches Denken und Handeln tendenziell wichtiger [werden] als die für alle gleiche Stellung zu den Produktionsmitteln und deren Folgen“. (Kern/Schumann 1985, 22) Sie schlussfolgern: „Der stattfindende Differenzierungsprozeß der Industriearbeit zwingt nach unserer Meinung dazu, die Arbeiterschaft nach dem Gesichtspunkt ihrer Arbeitssituation und ihres Erfahrungshorizonts in Teilkollektive aufzuspalten.“ (Kern/Schumann 1985, 34)

Andererseits stellten sie jedoch auch fest, dass den Arbeitern ein wichtiges Merkmal proletarischer Existenz erhalten bleibt: „Auch die qualifizierteste Automationsarbeit ist trotz ihrer spezifischen Qualifikationsmerkmale keine Tätigkeit, die der der technischen Kader vergleichbar wäre. Nach einer längeren Einarbeitungszeit kann jeder durchschnittliche Arbeiter die gestellten Qualifikationsansprüche erfüllen. [...] Dieser Umstand beläßt auch die Automationsarbeiter in einer Situation der Ersetzbarkeit.“ (Kern/Schumann 1985, 317) Dass diese den Arbeitern noch bewusst war, zeigte sich an ihrer durchgängig pessimistischen Bewertung der Arbeitsplatzsicherheit. Demgegenüber entzog die Automationsarbeit einem anderen wesentlichen Element des klassischen Arbeiter-

bewusstseins die Grundlage: dem „Leistungsbewusstsein, das sich auf die Körperlichkeit der Arbeitertätigkeit stützte“. (Kern/Schumann 1985, 319) Für Kern und Schumann lag daher für einen qualifizierten Automationsarbeiter eine Verhaltensorientierung nahe, „Selbstbestätigung im wesentlichen außerhalb der Arbeit zu suchen und in der Arbeit nur das mehr oder minder angemessene Mittel zur Reproduktion und zur Befriedigung der Konsumentenwünsche zu sehen“. (Kern/Schumann 1985, 321)

Lohnarbeiterinteressen: Homogenität und Fraktionierung

Richard Herding und Berndt Kirchlechner gehen in ihrer Studie der Frage nach Veränderungen im Bewusstsein der gewerkschaftlich organisierte Industriearbeiter und -angestellte in Großbetrieben in den Jahren 1969 bis 1974 nach.

Sie stellten ein Bewusstsein davon fest, „daß es kollektiver Anstrengungen bedarf, um [...] materielle Verbesserungen zu erreichen“ (Herding/Kirchlechner 1979, 291) und dass hier eine vordringliche Aufgabe der Gewerkschaften sei. Gleichzeitig war das Leistungsprinzip ungebrochen gültig: die Einkommen sollten sich nach Ansicht der Arbeiter und Angestellten ausdrücklich aufgrund individueller Anstrengung und beruflicher Qualifikation unterscheiden.

Kollektive und individuelle Strategien stellten für Industriearbeiter und -angestellte also keineswegs Widersprüche dar, sondern sie entschieden über ihre Anwendung aufgrund eines pragmatischen, situationsbezogenen Kalküls. Die Legitimation der Gewerkschaften – wie auch diejenige der Parteien und des Staates – sei von ihrem Erfolg und ihrem Nutzen für die Befragten abhängig gewesen. Hierin sahen Herding/Kirchlechner die These bestätigt, dass die traditionellen Einstellungsmuster der Lohnabhängigen

Marxistische Studien

Politische Ökonomie der BRD
Profitorientierung
Soziale Lage der Arbeiterklasse
Krise – Arbeitskämpfe – Klassenbewusstsein

Jahrbuch des IMSF

1/1978

„durch eher instrumentelle Orientierungen ersetzt werden“. (Herdning/Kirchlechner 1979, 296)

Da die Definition der Interessen internen Fraktionierungen der Lohnarbeiter folgte, sahen sie keine „durchgängige Tendenz zur Vereinheitlichung der Lohnarbeiter“. (Herdning/Kirchlechner 1979, 301) Zwar seien die alte Fraktionierungskriterien brüchig geworden, aber zugleich waren neue Differenzierungskriterien hervorgetreten. Und für das Verhalten der Lohnarbeiter sei „die Differenzierung ihrer Interessen nach Fraktionen konstitutiv“ (Herdning/Kirchlechner 1979, 312) gewesen.

Gesellschaftliches und politisches Bewusstsein von Arbeitern

Werner Kudara u.a. interviewten 1974 Industriearbeiter aus zwei Großbetrieben in Nürnberg und Stuttgart und fragten nach Struktur und Beschaffenheit des gesellschaftlichen und politischen Bewusstseins von Arbeitern. Als zentrales Ergebnis hoben sie hervor, „daß die Arbeits- und Lohnorientierung der Arbeiter durch einen ‚gebrochenen‘ Instrumentalismus charakterisiert ist, der sich der inneren, aber widersprüchlichen Logik der Lohnarbeit verdankt“. (Kudara/u.a. 1979, 118)

So beurteilten die Arbeiter ihre soziale Lage durchweg illusionslos: Der Lebensstandard habe sich insgesamt verbessert; doch sei das erhöhte Einkommen in erster Linie aufgrund von Leistungssteigerungen, durch Überstunden und die Mitarbeit der Ehefrau zustande gekommen; die Lohnerhöhungen seien keineswegs automatisch erfolgt, sondern von den Gewerkschaften erkämpft; und bei kaum einem der befragten

Arbeiter fehlte der Hinweis auf die ungleiche Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums.

Von einer „zufriedenen Identifikation mit der eigenen Situation“ könne also nicht die Rede sein. Vielmehr müsse das, was herkömmlicherweise als Zufriedenheit interpretiert wurde, als „resignativer Ausdruck der Erfahrung und ‚realistische‘ Einschätzung dessen, was es heißt, lohnabhängig zu sein“ (Kudara/u.a. 1979, 352) gewertet werden. Entgegen anderslautenden Auffassungen der damaligen Zeit belegt die Studie von Kudara u.a. „keine Integration in Form einer affirmativen Identifikation, sondern einzig ein pragmatisches Einverständnis mit dem vorgefundenen und mit eigenen Mitteln kaum für veränderbar gehaltenen gesellschaftlichen und politischen System“. (Kudara/u.a. 1979, 373)

Wie bereits Popitz u.a. stellten auch Kudara u.a. fest, dass sich „das Modell der Dichotomie [...] allenthalben bemerkbar macht“. (Kudara/u.a. 1979, 353) Dies hatte seinen Grund in dem in der Regel sehr deutlich identifizierten Interessengegensatz zwischen Arbeitern und Unternehmern. Es sei dieser Interessengegensatz gewesen, „der die zentrale Perspektive für die Beurteilung gesellschaftlicher und politischer Sachverhalte abgibt“. (Kudara/u.a. 1979, 353) Kudara u.a. stellten auch fest, dass „Vorstellungen, die über die Artikulation der eigenen aufgezwungenen Situation hinausgehen und den Aufbau der Gesellschaft insgesamt reflektieren, [...] wenig präsent [sind]“. (Kudara/u.a. 1979, 353) Das System der Lohnarbeit sei im Bewusstsein so stark verankert, dass es, trotz aller Kritik im einzelnen, grundsätzlich nicht in Frage gestellt werde.

Gesellschaftsbewusstsein und Gewerkschaften

Die Studie von Sebastian Herkommer u.a. stützt sich auf Gruppendiskussionen mit Industriearbeitern und -angestellten aus der westdeutschen Großindustrie, die 1978 geführt worden sind. Sie versucht die Frage zu klären, „wie die spezifische Form der gesellschaftlichen Arbeit die Lebensverhältnisse in der Arbeit, in der Konsumtion und in der Reproduktion der Arbeitskraft bestimmt“. (Herkommer u.a. 1979, 7) Ferner untersucht sie, „wie die Formen und Bedingungen der Veränderung des gesellschaftlichen Bewusstseins vermittelt sind und wie sie sich durchsetzen“. (Herkommer u.a. 1979, 7 f.)

Obwohl sich die Lebensverhältnisse allgemein also verbessert haben, so Herkommer u.a., dominierte doch für die Masse der Lohnabhängigen die dem Produktionsprozess entspringende repressive Seite der Lohnarbeit. Nur für einen Teil der Lohnabhängigen würden immer wieder solche Arbeitsbedingungen vorhanden sein, in denen die Identifikation mit dem konkreten Arbeitsinhalt möglich ist. Doch selbst für diese Privilegierten unter den Lohnabhängigen gelte, dass die Arbeit doch immer auch das Mittel zum Leben bleibt und für den durchschnittlichen Lohnarbeiter nicht zum Selbstzweck werden kann.

Da die zivilisatorischen Seiten des Kapitalismus (Zunahme der arbeitsfreien Zeit, wachsende Einkommen, verbesserte Bildungsmöglichkeiten etc.) vor allem im Nichtarbeitsbereich zur Geltung kämen, erscheine Vielen die Nichtarbeit als eigentlicher Lebenszweck und demgegenüber die Arbeit nur als notwendiges Übel. Das Selbstbewusstsein der Arbeiter speise sich aus dem

Arbeiterstudien

Erhebungszeitraum	Autor	Titel	Untersuchungsgruppe und Methode
1953-1954	Popitz, Heinrich/u.a.	Das Gesellschaftsbild des Arbeiters	600 Arbeiter eines Hüttenwerkes; leitfadengestützte Interviews
1965-1967	Kern, Horst /Schumann, Michael	Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein	981 Arbeiter in neun Industriebetrieben; Experteninterviews, Betriebsbesichtigungen; Arbeitsplatzbeobachtung; halbstandardisierte und Intensivinterviews
1971/1972	Herdning, Richard/Kirchlechner, Berndt	Lohnarbeiterinteressen: Homogenität oder Fraktionierung	1.843 gewerkschaftlich organisierte, männliche Industriearbeiter in Großbetrieben mit mittlerer und höherer Qualifikation und männliche Angestellte in Verwaltungen der Industrie; standardisierte Fragebögen
1974	Kudara, Werner/u.a.	Gesellschaftliches und politisches Bewußtsein von Arbeitern	183 verheiratete, männliche Industriearbeiter aus zwei Großbetrieben; qualitative Interviews
1978	Herkommer, Sebastian/u.a.	Gesellschaftsbewußtsein und Gewerkschaften	über 100 Industriearbeiter und -angestellte aus der westdeutschen Großindustrie; außerdem Betriebsratsmitglieder und Vertrauensleute sowie je eine Gruppe von Industrielehrlingen und Frauen aus dem HBV-Bereich Gruppendiskussionen
1988-1992	Vester, Michael/u.a.	Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel	244 biografische Zwei-Generationen-Interviews; 2.684 Repräsentativbefragungen (standardisierter Fragebogen)
2000-2001	Weber-Menges, Sonja	"Arbeiterklasse" oder Arbeitnehmer?	1.868 Arbeiter und Angestellte in 17 Industriebetrieben; standardisierte Fragebögen

Alle Befragungen erfolgten in den alten Bundesländern (im Einzelfall auch in West-Berlin); ausländische Arbeitskräfte wurden ausgeklammert.

Wissen, dass es ist ihre Arbeit ist, „die Reichtum schafft, den andere sich aneignen“. (Herkommer u.a. 1979, 54) Doch selbst in dieser Phase der Kontinuität der Akkumulation trat – so ein Ergebnis dieser Untersuchung – die Sorge der Lohnabhängigen hervor, die persönlichen Verhältnisse könnten stagnieren oder sich sogar verschlechtern. Die Sicherheit des Arbeitsplatzes sei für die Lohnabhängigen die zentrale Frage gewesen, denn „in der absoluten Notwendigkeit, die Arbeitskraft als Ware verkaufen zu müssen, ist immer die Möglichkeit eingeschlossen, daß der Austausch von Arbeitskraft gegen Kapital oder Revenuen (Einkommen) zeitweise nicht gelingt. Damit ist die Sicherheit und Kontinuität der materiellen Existenzgrundlagen von Lohnabhängigen immer bedroht.“ (Herkommer u.a. 1979, 68)

Durch den erweiterten Spielraum des einzelnen Lohnarbeiters träten die Zufälligkeiten seiner Lebensbedingungen und die Abhängigkeit seiner Lebensproduktion von den Verwertungsbedürfnissen des Kapitals jedoch zurück und verstärkte sich der Schein der Selbstständigkeit. „Es sind die Krisen, die diesem Schein der Selbstständigkeit [...] ein Ende machen.“ (Herkommer u.a. 1979, 191) Die Verengung des Spielraums der Individualität durch die Wirtschaftskrise drängte die „Verschiebung im Alltagsbewußtsein“ (Herkommer u.a. 1979, 255) zurück. Es zeigte sich immer deutlicher, „daß das Individuum auch im Nichtarbeitsbereich Klassenindividuum ist“. (Herkommer u.a. 1979, 206) In diesen Veränderungsprozessen trat die Arbeit wieder als bestimmender und über alle Lebensbereiche übergreifender Faktor hervor und es wurde wieder stärker erkannt, dass die Position der Lohnabhängigkeit allen Abteilungen der Klasse gemeinsam ist.

Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel

Die von 1988 bis 1992 durchgeführte Untersuchung von Michael Vester u.a. ist im Unterschied zu den bisher vorgestellten eine repräsentative Befragung. Überprüft werden sollte die populäre These, „daß sich die Großgruppen der früheren Klassengesellschaft durch den Wertwandel und die Individualisierung aufgelöst hätten“. (Vester u.a. 2001, 11) Als zentrales Ergebnis hielten Vester u.a. fest, dass die sozialen Milieus nicht zerfallen, sondern aufgrund ihrer Umstellungs- und Differenzierungsfähigkeit außerordentlich stabil seien. Sie wirkten als „lebensweltliche Traditionslinien, die sich nach dem Stil und den Prinzipien ihrer alltäglichen Lebensführung unterscheiden [...] fort. Allerdings haben sich die ‚Familienstammbäume‘ der sozialen Milieus differenziert und modernisiert.“ (Vester u.a. 2001, 13). Die Klassengesellschaft habe sich zwar „enttraditionalisiert“ (Vester u.a. 2001, 72), aber auch die Zunahme qualifizierter Arbeit habe die betrieblichen Herrschaftsverhältnisse nicht verändert.

„Insgesamt bedeuten also Tertiarisierung, Wissensgesellschaft und Wertewandel keinen Epochenbruch, der die Herrschaftsverhältnisse ändert, sondern eine horizontale Differenzierung.“ (Vester u.a. 2001, 77)

In ihrer Typologie der westdeutschen sozialen Milieus unterteilt Vester u.a. den sozialen Raum auf einer vertikalen Achse, der Herrschaftsachse, in die drei Hauptmilieus: Die führenden gesellschaftlichen Milieus, die mittleren Volksmilieus und die unterprivilegierten Volksmilieus. Durch eine weitere, horizontale Differenzierung, die sie nach der Einstellung zur Autorität vornahmen, teilen sich diese Milieus weiter auf: So unterschieden sie bei den mittleren Volksmilieus nun die Traditionslinie der Facharbeiter und der praktischen Intelligenz von der ständisch-kleinbürgerlichen Traditionslinie. Diese beiden Milieus der ‚respektablen‘ arbeitenden Klassen gründeten ihr Leben auf beständige und rechtschaffende Arbeit und Lebensführung, ihnen sei ein besonderer „Pflicht- und Leistungsethos“ (Vester u.a. 2001, 94) eigen. Trotz dieser Gemeinsamkeit unterschieden sich die beiden großen Traditionslinie deutlich voneinander und seien zudem intern in weiterer Einzelmilieus gegliedert: die Traditionslinie der Facharbeiter etwa in ein traditionelles Arbeitermilieu, ein leistungsorientiertes Arbeitnehmermilieu und ein modernes Arbeitnehmermilieu. Das leistungsorientierte Arbeitnehmermilieu sei derzeit das größte westdeutsche Einzelmilieu. Die Mitglieder dieses Milieus erwarteten für Leistung und Verantwortung auch eine stärkere Teilhabe am Wohlstand. Ausdrücklich betont werde die Chancengleichheit aller Arbeitenden. In der kleinbürgerlichen Traditionslinie beruhe die Respektabilität auf der pflichtbewussten Einordnung in Autoritätshierarchien, wobei insbesondere das kleinbürgerliche Arbeitnehmermilieu auf Sicherheit eingestellt sei.

Die Lage der unterprivilegierten Volksmilieus hätte durch die Nachkriegsentwicklung deutlich stabilisiert werden können. Mittlerweile seien Teile dieses Milieus jedoch „in ihren alten Teufelskreis von geringer Qualifikation und geringen Aussichten, ihre Lage durch eigene Anstrengungen zu verbessern, zurückgekehrt“. (Vester u.a. 2001, 42) Die durch sie verkörperten „Erfolge der Integrationsmechanismen der ‚Arbeitnehmergesellschaft‘“ (Vester u.a. 2001, 525) seien heute durch neoliberale Deregulierungen wieder in Frage gestellt.

Doch die Folgen des Neoliberalismus seien nicht nur auf die unterprivilegierten Volksmilieus beschränkt – so Vester u.a. Im leistungsorientierten Arbeitnehmermilieu machten sie eine Untergruppe der „Geprellten“ aus, die den Ertrag ihrer Leistungen durch die Erfahrung der wirtschaftlichen Krise bedroht sehe und bitter beklage, „daß Leistungsgerechtigkeit nicht mehr gelte“. (Vester u.a. 2001, 41) Und auch im kleinbür-

gerliche Arbeitnehmermilieu sähen sich die meisten von der Modernisierung der Lebensstile und der Wirtschaft abgehängt und „in ihrer Pflichttreue enttäuscht“. (Vester u.a. 2001, 41)

Leben und Arbeiten Arbeiter und einfache Angestellte am Anfang des 21. Jahrhunderts anders als in der „alten“ BRD oder gibt es Konstanten der Lohnabhängigkeit über die Jahrzehnte hinweg?

Aus dieser Durchsicht soziologischer Untersuchungen aus sechs Jahrzehnten sind – mit dem eingangs gemachten Vorbehalt – tatsächlich einige Konstanten aber auch Veränderungen der Lebenslage und des Bewusstseins der Lohnabhängigen erkennbar: Ihr Lebensstandard hat sich insgesamt zwar deutlich verbessert, trotzdem bleibt ihr finanzieller Spielraum eng. Offensichtlich ist auch die bestehende Unterprivilegierung auf dem Gebiet der Bildung und Ausbildung. Die objektive Existenzunsicherheit ihrer Lebenssituation ist den Lohnabhängigen bewusst. Es ist daher nur folgerichtig, dass die Sicherheit des Arbeitsplatzes für sie die zentrale Frage ist.

Der Arbeitsalltag vieler Arbeiter wird nach wie vor durch die „objektiv geringen Identifikations- und Partizipationsmöglichkeiten im Bereich der materiellen Produktion“ (Deppe 1971, 112) geprägt. Gleiches lässt sich auch für die einfachen Angestellte sagen. So kann es nicht verwundern, dass eine große Zahl Lohnabhängiger keine positive Beziehung zum Inhalt ihrer beruflichen Tätigkeit hat. Vielmehr wird die Arbeit als Last und notwendiges Übel erfahren. Selbstbestätigung wird von Vielen daher außerhalb der Arbeit gesucht. Charakteristisch für die Mehrheit der Lohnabhängigen sind ihre beschränkten Möglichkeiten der Beteiligung an relevanten politischen und ökonomischen Entscheidungen und ihr „pragmatisches Einverständnis“ (Kudera/u.a. 1979, 373) mit der bestehenden gesellschaftlichen und politischen Ordnung.

Für das Bewusstsein vieler Lohnabhängiger ist ein Leistungsethos kennzeichnend, der gleichermaßen in Form eines berufsspezifischen Leistungsbewusstseins wie als Forderung nach Leistungsgerechtigkeit auftreten kann. Unklar ist hingegen inwieweit die Vorstellung einer dichotomischen Struktur der Gesellschaft als Konstante gewertet werden kann. Popitz u.a. fanden sie bei allen Arbeitern, mit denen sie gesprochen haben und die überhaupt ein Gesellschaftsbild in dem von ihnen definierten Sinne entwickelt hatten. Auch Kudera u.a. bemerkten diese Vorstellung „allenthalben“ (Kudera/u.a. 1979, 353). Dem widersprechen Untersuchungsergebnisse von Weber-Menges: Bipolare Vorstellungen wurden von den von ihr befragten Arbeitern und Angestellten so gut wie nicht vertreten, sondern differenziertere Gesellschaftsvorstellungen geäußert.

Veränderungen hat es offenbar z.B. bei der Zufriedenheit mit der Würdigung der eigenen Ar-

beitsleistung gegeben. So gaben in den 1970er Jahren jeweils mehr als Zweidrittel der Arbeiter, Facharbeiter und Meister sowie der einfachen technischen Angestellten und immerhin noch 58 % der Ungelernten und 63 % der einfachen kaufmännischen Angestellten an „alles in allem ihrer Leistung entsprechend bezahlt“ zu werden. (Vgl. Herding/Kirchlechner 1979, 83) Demgegenüber stimmten in der Erhebung von Weber-Menges der Aussage: „Meine Arbeitsleistung wird in finanzieller Hinsicht und auch in anderer Hinsicht *nicht* richtig gewürdigt.“ deutlich mehr als 70 % der Arbeiter und knapp 60 % der einfachen Angestellten zu. Besteht nach wie vor eine eigenständige Arbeiterschaft oder haben sich Arbeiter und Angestellte einander angenähert, sind vielleicht sogar miteinander verschmolzen? Wie bereits dargestellt, stellt Weber-Menges als zentrales Ergebnis ihrer Untersuchung den Fortbestand einer „pluralisierten und differenzierten Arbeiterschicht bei größtenteils weiter existierenden schichtspezifischen Ungleichheiten zwischen Arbeitern und Angestellten“ (Weber-Menges 2004, 385) fest. Für diese Interpretation sprechen tatsächlich eine Reihe von Untersuchungsergebnissen: so der besondere Stellenwert, den die Arbeiter handwerklichem Geschick und körperlicher Kraft beimessen, und ihre Betonung von Pflicht- und Akzeptanzwerten; vor allem aber besteht bei Un- und Angelernten sowie bei Facharbeitern ein Lohnarbeiterbewusstsein, das den Angestellten fremd ist.

Andererseits sind in einer Reihe von Untersuchungsfeldern nicht spezifische Ungleichheiten zwischen Arbeitern und Angestellten das dominante Muster, sondern fallen Ähnlichkeiten mehrerer Arbeitergruppen mit den einfachen Angestellten auf. Dies trifft u.a. für das Einkommen, die Arbeitsanforderungen und verschiedene Aspekte der beruflichen Grundhaltung zu. Tatsächlich erkennt auch Weber-Menges „deutliche Pluralisierungs- und Differenzierungsphänomene innerhalb der einzelnen Berufspositionen von Arbeitern und Angestellten“ und weitere „auffällige Differenzierungen“. Daher erscheint es ihr als nicht mehr sinnvoll, „von einer einheitlichen Arbeiterklasse bzw. -schicht im Gegensatz zur ‚Dienstleistungsschicht‘ der Angestellten zu sprechen“. (Weber-Menges 2004, 119) Diese Feststellung ist zutreffend, widerspricht aber ihrem eigenen Gesamtergebnis von der Dominanz spezifischer Unterschiede zwischen Arbeitern und Angestellten.

Dieses Gesamtergebnis steht auch in auffallendem Widerspruch zu den Ergebnissen der anderen Studien. Allein bei Popitz u.a. finden sich noch klare Abgrenzungen der Arbeiter gegenüber den Angestellten. Das Kollektivbewusstsein der Arbeiter funktioniert demnach geradezu über die Distanzierung der Arbeiter auch nach „außen“, hier gegenüber den Angestellten. Die anderen Untersuchungen stimmen hingegen darin überein, dass die Differenzierungen der Lohnabhängigen in Arbeiter, Angestellte und Beamte „die wirklichen Unterschiede in der Lebenslage nur sehr ungenau [fassen]“ (Herkommer u.a. 1979, 129) und „die meisten Arbeiter und Angestellte [...] heute vergleichbare Erfahrungen in Bezug auf ihre Situation als Lohnarbeiter [machen]“. (Herding/Kirchlechner 1979, 301)

Tatsächlich „stellt sich eine präzise Definition des Berufsstatus ‚Arbeiter‘ nach einer Reihe von Angleichungen an Angestelltenpositionen als recht schwierig dar.“ (Weber-Menges 2004, 45) und hat sich die Grenze zwischen Arbeitern und Angestellten immer stärker verwischt. Wenn man trotzdem, etwa aus pragmatischen Gründen, an der Einteilung in Arbeiter und Angestellte festhält, dann sind jedoch zum einen die „überraschend starken Differenz zwischen Facharbeitern und Unqualifizierten“ (Herding/Kirchlechner 1979, 305) zu beachten; zum anderen, dass die Kategorie „Angestellter“ keine unter den wesentlichen soziologischen Gesichtspunkten homogene Gruppe definiert.

„Wiederkehr der Proletariat“?

Erleben wir also eine „Wiederkehr der Proletariat“ (Karl-Heinz Roth)? Die hier vorgestellten Untersuchungen geben auf diese Frage schon deshalb nur eine unzureichende Antwort, weil gerade die Personengruppen, die von dieser Reproletarisierung am stärksten betroffen sind – Ausländer/-innen, prekär Beschäftigte etc. – nicht zu den jeweiligen Untersuchungsgruppen gehört haben.

Für die hier untersuchten Industriearbeiter und -angestellten war die Einschätzung von Herkommer u.a. über die aufklärende Wirkung der wirtschaftlichen Krise und ihre Erwartung, dass vermehrte gewerkschaftliche Aktivitäten und eine Politisierung der Auseinandersetzung zwischen Lohnarbeit und Kapital die Folge sein würden, zumindest verfrüht. Die Kernbelegschaften der Großindustrie – und damit der Kern der Gewerkschaftsmitglieder – konnten ihre soziale Stellung noch längere Jahre wahren. Der Hinweis von Vester u.a. auf die mittlerweile eingetretene Verunsicherung der mittleren Volksmilieus macht jedoch deutlich, dass es jetzt nicht mehr „nur“ die unterprivilegierten Volksmilieus sind, die die Folgen des ökonomischen „Erdrutschs“ (Eric Hobsbawm) Mitte der 1970er Jahre und der weltpolitischen Zäsur der Jahre 1989 bis 1991 zu spüren bekommen, sondern inzwischen auch der Kern der „Arbeitnehmergesellschaft“ betroffen ist. Dies schlägt sich z.B. in der von Weber-Menges dokumentierten Enttäuschung über die unzureichende Würdigung der eigenen Arbeitsleistung nieder. Vielleicht liegt hier auch ein Teil der Erklärung für die überraschende – vielleicht ein wenig trotzige – Selbsteinstufung einer deutlichen Mehrheit der Arbeiter als Teil einer Arbeiterklasse/-schicht. Dies unterscheidet sich auffallend von der Erhebung von Herding/Kirchlechner, derzufolge sich Anfang der 1970er Jahre nur 37 % der Ungelernten und 31 % der Arbeiter zur Arbeiterklasse/Unterschicht zählten. (Vgl. Herding/Kirchlechner 1979, 270) Doch wann schlagen Enttäuschung und Resignation in Protest und Widerstand um? Die Antwort auf diese Frage wird nicht allein eine akademische, sondern vielmehr ein praktische sein.

spw 1 / 2006

Literatur:

- Deppe, Frank: Das Bewusstsein der Arbeiter. Studien zur politischen Soziologie des Arbeiterbewusstseins, Köln: Pahl-Rugenstein Verlag, 1971
- Goldthorpe, John H./u.a.: „Der ‚wohlhabende‘ Arbeiter in England, München: Wilhelm Goldmann Verlag, 1970 f. [engl. 1968 f.]
- Herding, Richard/Kirchlechner, Berndt: Lohnarbeiterinteressen: Homogenität und Fraktionierung. Eine empirische Untersuchung bei westdeutschen Arbeitern und Angestellten über soziale Ungleichheit und materielle Ansprüche, Frankfurt a.M.: Campus Verlag, 1979
- Herkommer, Sebastian/u.a.: Gesellschaftsbewusstsein und Gewerkschaften. Arbeitsbedingungen, Lebensverhältnisse, Bewusstseinsänderungen und gewerkschaftliche Strategie von 1945 bis 1979, Hamburg: VSA-Verlag, 1979
- Institut für marxistische Studien und Forschungen (IMSF): Klassenstruktur der BRD 1950-1970 (3 Bde.), Frankfurt (Main): Verlag Marxistische Blätter, 1973 ff.
- Kern, Horst/Schumann, Michael: Industriearbeit und Arbeiterbewusstsein, Frankfurt a.M.: Suhrkamp Verlag, 1985 [1970]
- Kudera, Werner/u.a.: Gesellschaftliches und politisches Bewusstsein von Arbeitern. Eine empirische Untersuchung, Frankfurt a.M.: Europäische Verlagsanstalt, 1979
- Popitz, Heinrich/u.a.: Das Gesellschaftsbild des Arbeiters, Tübingen: J.C.B. Mohr, 1977 (5. Aufl.) [1957]
- Vester, Michael/u.a.: Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung, Frankfurt a.M.: Suhrkamp Verlag, 2001
- Weber-Menges, Sonja: „Arbeiterklasse“ oder Arbeitnehmer? Vergleichende empirische Untersuchung zu Soziallagen und Lebensstilen von Arbeitern und Angestellten in Industriebetrieben, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2004



FANTOMAS
magazin für linke debatte und praxis

vom eigensinn der kämpfe

Herausforderung für Linke:
die **Aneignungsfrage**. Kämpfe in China,
Indien, Ostdeutschland.
Kämpfe um **Anerkennung**: Frauen-,
Krüppel-, Bürgerrechtsbewegung.
Verteilungskämpfe hier, im Roten Wien,
im US-Niedriglohnsektor ...

Preis: 4,50 € + Porto (per Rechnung)
oder 5 € Schein beilegen

Bestellungen an: fantomas@akweb.de
ak, Rombergstr. 10 · 20255 Hamburg
Tel.: 040-40170174 · Fax: 40170175
www.akweb.de

30 Jahre Abschied von der Vollbeschäftigung

30 Jahre „in Zeiten leerer Kassen“ – Eine kleine Jubiläumsschrift

von Matthias Kroll

1973 gab es in der Bundesrepublik Deutschland 274.000 gemeldete Arbeitslose und 572.000 offene Stellen. [Vgl. Bundesbank, Monatsberichte, 27. Jg, Nr. 11, 1975, S. 63 (Stat. Teil)]. Die Tatsache, dass die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen unter der Zahl der offenen Stellen lag war kein einmaliges Ereignis, sondern seit über zehn Jahren der Normalfall. Es herrschte Vollbeschäftigung, oder – wie von konservativer Seite eingewendet – sogar der Missstand der Überbeschäftigung. [Vgl. z.B. Vetter, Günter; Bremen, nicht beleben, in: FAZ, 7.8.1972, oder Roper, Hans; Überbeschäftigung, in: FAZ, 29. 7. 1972], Die Löhne stiegen deutlich und die Wirtschaft reagierte auf die zunehmende Nachfrage mit einer starken Produktionsausweitung. [Bundesbank, Monatsbericht, 25. Jg, Nr. 2. S. 5] Mit der Wirtschaft wuchsen aber auch die Steuereinnahmen, die im Zeitraum von 1970 bis 73 mit einer Durchschnittsrate von 13 Prozent angestiegen waren. [Vgl. Bundesbank, Monatsbericht, 27. Jg., Nr. 11, S. 54 (Stat. Teil), (eigene Berechnungen)] Die steigenden Steuereinnahmen bedeuteten für die Regierungen in Bund, Ländern und Gemeinden nicht nur die finanzielle, sondern auch die politische Handlungsfähigkeit, die für eine glaubwürdige Machtausübung notwendig ist. Die Politiker verfügten über eine reale Chance, ihren öffentlichen Wahlversprechen Taten folgen zu lassen. Und die Wähler hatten die Chance, mit der Wahl einer anderen Partei auch eine andere Politik zu wählen. Dies mag heute wie der Bericht aus einem verlorenen politischen Paradies klingen. Tatsächlich stellt es aber nur die Situation dar, die in einer parlamentarischen Demokratie der Normalzustand sein sollte.

Vollbeschäftigung als Problem

Es gab jedoch Interessengruppen, (Unternehmer, rechte und wirtschaftsliberale Politiker und Professoren, sowie konservative Journalisten) die mit dem gesellschaftlichen

Zustand der damaligen Zeit im allgemeinen und der Vollbeschäftigung im besonderen ihre Probleme hatten; denn Vollbeschäftigung führt innerhalb der Unternehmen zu einer Machtverschiebung in Richtung der Arbeitnehmer und zu einem Anwachsen der gewerkschaftlichen Macht. Dies führt im Verteilungskampf, also bei der Frage, ob der Anstieg der Umsatzerlöse nun zu höheren Löhnen oder zu Steigerung der Gewinne verwendet werden soll, zu einer Verschiebung zugunsten der Löhne auf Kosten der Gewinne. Die Unternehmer versuchten, diesen Trend durch Überwälzung ihrer gestiegenen Kosten auf die Preise wieder auszugleichen. Trotz der boomenden Wirtschaft war der Wettbewerb aber offenbar immer noch so stark, dass dies nur zum Teil gelang. Die schlechte Stimmung der Unternehmer wurde weiter verstärkt, da sie sich durch die Vollbeschäftigungssituation auch genötigt sahen, „freiwillig“ übertarifliche Löhne zu zahlen (positiver Lohndrift), um erfolgreich neue Arbeitskräfte von anderen Unternehmen abwerben zu können oder um ein Abwandern eigener Beschäftigte zu verhindern. [Vgl. Thomas, Franz; Die Neue Lohnwelle, Süddeutsche Zeitung, 27. 10. 1972] Durch die Vollbeschäftigung war das wichtigste Disziplinierungsmittel der Unternehmer gegenüber ihren Angestellten – die Drohung mit der Entlassung – zu einer stumpfen Waffe geworden. Wenn die betroffenen Arbeitnehmer jederzeit und problemlos einen anderen Arbeitsplatz finden konnten und gleichzeitig wussten, dass ihr Unternehmen eher mehr als weniger Arbeitskräfte benötigt, um der Auftragssituation gerecht zu werden, wurde das Druckmittel Kündigung wirkungslos. Die Unternehmer konnten sich nicht mehr als die uneingeschränkten Herren im eigenen Haus fühlen.

Die Angst der Unternehmer vor zunehmender gewerkschaftlicher Macht bezog sich aber nicht nur auf den Anstieg der Löhne und mangelnde Arbeitsdisziplin. Befürchtet

wurden auch die Forderungen auf paritätische Mitbestimmung, welche den Gewerkschaften einen gewissen Einfluss auf die Unternehmensführung gegeben hätte. Dies wog um so schwerer, als die Unternehmer befürchten mussten, bei einem Arbeitskampf, der solche Forderungen zur Durchsetzung verhelfen sollte, am kürzeren Hebel zu sitzen. Die legendäre Klunker-Runde, bei der es der ÖTV gelang, effektiv 13 Prozent mehr Lohn durchzusetzen, ist hierfür als besonders herausragendes Beispiel zu nennen. Auch wenn hier im wesentlichen die öffentliche Hand betroffen war, wirkte diese eindrucksvolle Demonstration gewerkschaftlicher Macht traumatisierend auf alle Arbeitgeber.

Das Unbehagen mit der Vollbeschäftigung hatte aber auch noch weiterreichende politische Gründe: Denn wenn ein Staat mittels einer Nachfragesteuerung eine dauerhafte Vollbeschäftigungssituation anstrebt, ergeben sich auf langer Sicht zwei weitere Folgen, welche die Interessen der Unternehmer und Geldvermögensbesitzer nicht unangestastet lassen würde.

Zum einen ergibt sich bei einer dauerhaft angelegten Vollbeschäftigungspolitik die Notwendigkeit, nicht nur die Konsum-, sondern auch die Investitionsnachfrage auf einem hohen Niveau zu halten, damit die Gesamtnachfrage nicht unter das gesamte mögliche Angebotspotential sinkt. Zwecks Aufrechterhaltung und besseren Koordinierung dieser effektiven Nachfrage nach Investitionsgütern würde sich so langfristig die Frage nach einer gewissen staatlichen Investitionslenkung stellen. Die Forderung nach einer zumindest teilweisen Lenkung der Investitionen, welche insbesondere in den Siebzigern in der wirtschaftspolitischen Literatur breit diskutiert wurde, rief auf Unternehmerseite verständlicherweise keine Begeisterung hervor. Bedrohte sie doch die unternehmerische Autonomie bei der Entscheidung über Investitionen.

Zum zweiten wäre für die permanente Aufrechterhaltung einer für die Vollbeschäftigung hinreichenden Nachfrage eine Geldpolitik nötig, die den Zinssatz auf ein niedriges Niveau – nahe oder gar unter der Inflationsrate – herab drückt, um Investitionen in

Sachkapital lukrativ zu halten. Dieser Sachverhalt, der von J. M. Keynes treffend als „sanfter Tod des Rentiers“ bezeichnet wurde, stellt natürlich Vermögensbesitzer – die den Hauptanteil ihres Einkommens aus Zinseinkünften bestreiten – vor ein existentielles Problem, sind sie doch auf eine möglichst hohe Realverzinsung ihres Vermögens angewiesen. Die aus Inflation herrührenden niedrigen oder gar negativen Realzinsen für Geldvermögensbesitzer wurden immer schon zuverlässig in der FAZ beklagt: Auch ist eine Vollbeschäftigungssituation latent immer anfälliger für Inflation, als eine Situation mit Massenarbeitslosigkeit.

Dauerhafte Vollbeschäftigungspolitik würde also langfristig zu einer Machtverschiebung zuungunsten von Unternehmern und vermögensbesitzender Klasse führen und eine Einkommensnivellierung bewirken. Dass diese Gesellschaftsgruppen eine Schmälerung ihrer Macht und ihre Besitzstände nicht widerstandslos hinnehmen würden, ist leicht nachvollziehbar.

Das Vollbeschäftigung für bestimmte gesellschaftliche Gruppen ein zu bekämpfendes Problem und kein anzustrebendes Ziel darstellte, ist heute nach der Erfahrung von 30 Jahren Massenarbeitslosigkeit kaum mehr vorstellbar. Wer sich mit der einschlägigen konservativ/wirtschaftsliberalen Literatur der damaligen Zeit auseinandersetzt, wird die reale Angst vor gewerkschaftlicher Übermacht und den Folgen der „Überbeschäftigung“ jedoch kaum überlesen können. Besonders deutlich wird die konservative Angst vor Vollbeschäftigung und deren Folgen in der Streitschrift des ehemaligen Mitherausgebers der FAZ, Jürgen Eick, die hier stellvertretend genannt werden soll: [Vgl. Eick: Wie man eine Volkswirtschaft ruinieren kann, Frankfurt, 1974]. Was diese gesellschaftlichen Gruppen benötigten, war eine „reinigende“ konjunkturelle Krise, welche Arbeitslosigkeit erzeugt und die alten Machtverhältnisse wieder herstellt, ohne dass die Unternehmern dafür verantwortlich gemacht werden konnten. Denn ein offenes Eintreten für mehr Arbeitslosigkeit wäre auch zum damaligen Zeitpunkt nicht mehrheitsfähig gewesen.

Gleichzeitig musste der Regierung die Möglichkeit, eine Krise sofort mittels keynesianischer Nachfragepolitik zu beheben genommen werden. Denn die Politik hatte – aus der Erfahrung mit der großen Depression zu Beginn der 30er Jahre – gelernt, wie man mittels keynesianischer Nachfragesteuerung einer konjunkturellen Krise begegnen kann. Franz Josef Strauß (CSU) und Karl Schiller (SPD) hatten dieses neue Wissen – hier in Form einer expansiven Fiskalpolitik – in der Krise 1966/67 so erfolgreich angewendet, dass es schon im nächsten Jahr wieder zu einem kräftigem Wachstum kam und die Vollbeschäftigung unmittelbar wiederhergestellt wurde. Erleichtert wurde diese Wirt-

schaftspolitik durch eine hohe Nachfrage aus dem Ausland. Die Hoffnung auf eine „reinigende“ konjunkturelle Krise war also vor 1973 gering.

Die Rolle der Bundesbank

Neben den genannten Interessengruppen gab es aber noch einen anderen Akteur der mit der damaligen Situation höchst unzufrieden war. Dieser Akteur war die Deutsche Bundesbank, die der Spirale aus Lohnanstiegen und anschließenden Preisüberwälzungen stark kritisch gegenüberstand, dem Treiben aber dennoch „hilflos“ zusehen musste, da sie durch die damaligen Umstände zu einer expansiven Geldpolitik gezwungen war. Zur Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung war eine expansive Geldpolitik auch dringend erforderlich, denn eine keynesianische Wachstumspolitik kann auf Dauer nur dann erfolgreich sein, wenn Geld- und Fiskalpolitik am selben Strang ziehen.

Das die Bundesbank – trotz ihrer formellen Unabhängigkeit – keine restriktive Geldpolitik betreiben konnte lag daran, dass sie zum damaligen Zeitpunkt noch in das nach Kriegsende etablierte internationale Währungssystem von Bretton Woods eingebunden war. Die Besonderheit des Bretton Woods Systems lag darin, dass sich die Wechselkurse zwischen den einzelnen Währungen nicht wie heute frei am Markt bildeten, sondern durch die politische Entscheidung der teilnehmenden Länder festgesetzt wurden. Die Aufgabe der Bundesbank (sowie die der anderen Zentralbanken) lag nun darin, die festgesetzten Kurse zu verteidigen. Solange die Bundesbank dazu verurteilt war, diese Aufgabe zu erfüllen war es ihr nicht möglich, eine unabhängige Geldpolitik zu betreiben. Insbesondere eine nachfrage- und wachstumshemmende Hochzinspolitik hätte zu massiven Geldzuflüssen und so starken finanziellen Turbulenzen geführt, dass das Festwährungssystem von Bretton Woods gesprengt worden wäre. Als Folge war die Bundesbank gegen ihren Willen gezwungen eine deutlich expansive Geldpolitik zu betreiben.

1973 geschahen nun zwei Dinge, die die ökonomische Situation grundlegend änderten. Zunächst brach im März 1973 das angeschlagene Bretton Woods System endgültig zusammen und die Wechselkurse konnten sich nun frei am Markt bilden. Damit war es der Bundesbank nun erst mal möglich, ihre formal bereits bestehende Unabhängigkeit auch in der Praxis umzusetzen. Sie machte von ihren neuen Möglichkeiten mit der Umsetzung einer stark restriktiv wirkenden Geldpolitik umgehend Gebrauch, um die nach ihrer Meinung zu hohe gesamtwirtschaftliche Nachfrage einzudämmen.

Im Herbst des Jahres 73 gelang es dann der OPEC einen drastischen Preisanstieg für Rohöl durchzusetzen. Diese erste Ölkrise führte nicht nur zu einer weltweiten Rezessi-

on, sondern bewirkte auch einen Inflations-schub. Durch den drastischen Anstieg des Rohölpreises stieg die Inflationsrate, welche durch die erfolgten Preisüberwälzungen der Unternehmen schon bei fünf Prozent lag, noch einmal auf über sieben Prozent an [Vgl. Bundesbank, Monatsbericht, 27. Jg., Nr. 11, 1975, S. 66 (Stat. Teil)]. Damit hatte die Bundesbank neben der – ihr nun erstmalig offenstehenden – Möglichkeit auch einen Vorwand, ihre Leitzinssätze deutlich anzuheben. Dass diese Maßnahme der Zinsanhebung keinen direkt senkenden Effekt auf den Ölpreis induzierten Inflationsschub haben konnte war der Bundesbank natürlich klar, denn die – den Ölpreis bestimmende – OPEC richtete ihre Preisgestaltung nicht nach der Geldpolitik der Bundesbank aus.

Die eigentlichen Adressaten der Maßnahme waren aber auch nicht die Scheichs im nahen Osten, sondern die heimischen Gewerkschaften, denen signalisiert werden sollte, dass hohe Lohnforderungen von nun an mit einer wachstums- und beschäftigungshemmenden Hochzinspolitik beantwortet werden würden.

Schwere Rezessionen und schwache Aufschwünge

Der „Erfolg“ der restriktiven Geldpolitik blieb nicht aus. Die Binnennachfrage ging zurück und die Konjunktur wurde gebremst. Erschwerend kam nun aber noch hinzu, dass durch die weltweite Rezession auch die Nachfrage aus dem Ausland einbrach. [Vgl. Bundesbank, Monatsbericht, 27. Jg., Nr. 2, 1975, S. 5] So erlebte Deutschland in den Jahren 74/75 die bis dato schwerste Nachkriegsrezession. Die Zahl der Arbeitslosen überschritt die Millionengrenze und die Staatsverschuldung stieg kräftig an. Letzteres resultierte insbesondere daraus, dass nun zum einen die Steuereinnahmen, mittels der die Schulden bedient werden sollten, nicht mehr in ausreichenden Maße mit anstiegen. Zum anderen verteuerte sich die staatliche Kreditaufnahme durch die Hochzinspolitik der Bundesbank erheblich. Beides führte dazu, dass sich die staatliche Neuverschuldung nun nicht mehr selbst finanzierte und der Schuldenstand seither fast jährlich ansteigt. Die Haushaltskassen gerieten ins Defizit. Seit dem gilt der Satz, der im Politikerdeutsch so lautet: „Die Kassen sind leer“. Ebenso gravierende Folgen ergaben sich für den Arbeitsmarkt. Zwar gelang es in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre noch einmal mittels expansiver Fiskalpolitik – und unter der zumindest teilweisen Duldung der Bundesbank – für einen wirtschaftlichen Aufschwung und einen leichten Rückgang der Arbeitslosigkeit zu sorgen. Für die Wiedererlangung einer Vollbeschäftigungssituation war der Aufschwung aber nicht lang genug. Schon 1980/81 schien sich zudem die Geschichte zu wiederholen: Wieder sorgte ein starker Anstieg des Ölpreises für eine Ab-

schwächung der Weltkonjunktur und einem deutlichen Preisanstieg. Und wieder versuchte die Bundesbank dem mittels einer Hochzinspolitik entgegenzuwirken, was der angeschlagene Konjunktur (und der sozial-liberalen Regierungskoalition) endgültig den Rest gab. Ende 1982 war die Zahl der Arbeitslosen auf über zwei Millionen angewachsen.

Diese zweite Wirtschaftskrise innerhalb kurzer Zeit hatte natürlich auch fatale Folgen auf die Situation der öffentlichen Haushalte, denn der Zeitraum mit gut laufender Konjunktur und entsprechend steigenden Steuereinnahmen war zu kurz gewesen, um den Schuldenstand aus der letzten Rezession von 74/75 wieder abzubauen. Erneut stiegen die Ausgabennotwendigkeiten an, während die Einnahmen zurückgingen.

Auch im Verlauf der achtziger Jahre waren die Wachstumsraten zunächst zu gering, um einen weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit zu verhindern und der öffentlichen Hand ihre Handlungsfähigkeit zurückzugeben. Erschwerend kam nun hinzu, dass die schwarz-gelbe Bundesregierung nun im groben den – zum Scheitern verurteilten – Kurs verfolgte, die Haushaltsdefizite durch Kürzungen auf der Ausgabeseite zurückzuführen. Erst in den Jahren 88/89 führte eine expandierende Weltwirtschaft zu einer starken Zunahme der Exportnachfrage, dieses zu Wachstumsraten von über drei Prozent und so zu einer gewissen Entlastung der öffentlichen Haushalte. Zu Beginn der neunziger Jahre kühlte sich die Weltkonjunktur und der Exportboom allerdings schon wieder ab.

Das Wirtschaftswachstum erhöhte sich aber dennoch weiter, da nun die deutsche Wiedervereinigung anstand. Hier vergaß die schwarz-gelbe Koalition alle ideologischen Vorbehalte und bewies in einem einzigartigen Großversuch die Wirksamkeit eines keynesianischen Defizitspending. Die Finanzierung der Wiedervereinigung führte zu einem massiven Anstieg der Binnennachfrage und bewirkte für die Jahre 90/91 Wachstumsraten von über fünf Prozent. Aufgrund dessen kam es zu einem deutlichen Rückgang der Arbeitslosigkeit (in den alten Ländern) und steigenden Einnahmen bei Steuern und Sozialversicherungen.

Trotz der hohen Nachfrage und der sinkenden Arbeitslosigkeit blieb die Inflationsrate zunächst auf dem niedrigen Niveau von rund 2,5 Prozent. Erst in der zweiten Jahreshälfte 1991 kam es – maßgeblich durch administrativ verordnete Verteuerungen – zu einem Anstieg auf vier Prozent. [Vgl. Bundesbank, Monatsbericht; 43. Jg.; Nr. 9, 1991, S. 35] Obwohl deutlich war, dass dieser Anstieg aus einer einmaligen Maßnahme der Regierung resultierte, der schon im nächsten Jahr keine Wirkung mehr haben und die Inflationsrate dementsprechend wieder sinken würde, begann die Bundesbank mit der Umsetzung einer stark restriktiven Hochzinspolitik, die

1992 mit dem Wert von 8,75 Prozent ihren historischen Höchststand erreichte. Auch hier blieb der „Erfolg“ nicht aus: 1993 erlebte Westdeutschland seine schwerste Nachkriegsrezession.

In den folgenden Jahren bis heute war die Situation (unter Gerhard Schröder genauso wie unter Helmut Kohl) weiterhin von einer zu schwachen Binnennachfrage geprägt. Eingeklemmt zwischen dem Erfordernis eine, den Binnenmarkt stärkende, expansive Haushaltspolitik zu betreiben und den selbst auferlegten – und nur im Rahmen einer neoliberalen Ideologie zu begründenden – Maastrichtkriterien zum Defizitabbau, dümpelte die wirtschaftliche Entwicklung zwischen schwachem Wachstum und Beinahe-Rezessionen dahin und ließ die Arbeitslosigkeit nochmals ansteigen und die Einnahmen auf niedrigem Niveau verharren.

Fazit

Was bleibt übrig nach über 30 Jahren Massenarbeitslosigkeit und „Zeiten leerer Kassen“? Erstens die heute kaum noch vorstellbare Erinnerung an die Tatsache, dass nicht immer alle gesellschaftlichen Gruppen (Arbeitgeber, Geldvermögensbesitzer und Bundesbank) mit einer wirklichen und dauerhaften Vollbeschäftigung einverstanden waren (und sind?). Zweitens die Erkenntnis, dass eine auf Wachstum begründete Vollbeschäftigungspolitik zum Scheitern verurteilt ist, wenn die eigene Zentralbank dies nicht will. Das sie dies – aus vorgegeblicher Sorge um die Inflation – nicht wollte, hat die Bundesbank dreimal dadurch bewiesen, dass sie mit ihrer Hochzinspolitik alle konjunkturellen Krisen seit 1974 maßgeblich mitverursacht hat und so, dass für Vollbeschäftigung nötige Wachstum verhinderte. Heute ist es die Europäische Zentralbank, die mit ihren letzten Zinsanhebungen deutlich gemacht hat, dass sie schon bei Wachstumsraten von gerade zwei Prozent auf die konjunkturelle Bremse tritt und somit Deutschland (und den Rest der EU) vor der Rückkehr zur Vollbeschäftigung sicher bewahren wird. Zum dritten kommt heute noch hinzu, dass unter dem Regime des Maastricht II Vertrages auch die Fiskalpolitik zu einer wachstumsschädlichen Sparpolitik verdammt ist. Somit gehen derzeit sowohl von der geldpolitischen wie auch von der fiskalpolitischen Seite restriktive Wirkungen auf Wachstum und Beschäftigung aus. Damit es gelingen kann Deutschland und Europa zumindest wieder in die Nähe der Vollbeschäftigung zu bringen, ist sowohl eine Reformierung des Maastricht II Vertrag in Richtung mehr fiskalpolitischen Spielraums unabdingbar als auch die Europäische Zentralbank institutionell darauf zu verpflichten, bei ihrer Geldpolitik auch die Ziele Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung zu berücksichtigen.

spw 1 / 2006

Verlag **Westfälisches Dampfboot**

Nach kurzer Zeit
bereits die 2. Auflage:

Elmar Altvater

Das **Ende** des
Kapitalismus,
wie wir ihn kennen

Eine radikale
Kapitalismuskritik



2., unveränderte Aufl. 2006 – 240 S.
€ 14,90 – SFR 26,80
ISBN 3-89691-627-0



Verlag **Westfälisches Dampfboot**
Hafenweg 26a - 48155 Münster
info@dampfboot-verlag.de
www.dampfboot-verlag.de

„Leitkultur“ – Was bringt ein neues Modewort?

Von Andreas Eichler

Mit dem Ende der rot-grünen Koalition entbrennt wieder eine Debatte um die kulturelle Hegemonie. Gegen die Idee der „Multikulturellen Gesellschaft“ als wesentliches Moment des eben gescheiterten „Rot-Grünen-Projektes“ wollen Vertreter der nun mitregierenden CDU einmal mehr die Idee der „Leitkultur“ zu installieren. Doch obwohl der Streit noch nicht einmal richtig begonnen hat, wird bereits deutlich, dass er wahrscheinlich auf Missverständnissen gründet. Es mag sein, dass Teile der SPD/Grünen Wähler ursprünglich glaubten, die „multikulturelle Gesellschaft“ sei eine Idee zur „Weltverbesserung“. In der „Wirklichkeit“ suchte man Konzepte zur reibungslosen Zusammenarbeit der multiethnischen Belegschaften und zur Formierung des multikulturellen Kundenpotenzials. Für diesen Zweck reicht auch die Proklamation einer Vielheit von Kulturen, denn mehr steckt nicht in dem Ausdruck, völlig aus. Mittlerweile ist diese Idee ist ein Leitbild der multinationalen Konzernzentralen geworden.

Mit der sogenannten „Globalisierung“ erlangte die bewusste oder unbewusste Annahme, dass diese „Multikultur“ nur eine Art Zwischenstadium auf dem Weg zur Verwestlichung der ganzen Welt sei, ungeahnten Einfluss. Diese Vorstellung von „Fortschritt“ wurde ein ideologisches Konstrukt und eine Mehrheit im Westen akzeptierte die Beseitigung nationaler Eigenheiten im Sinne der „Idee des allgemeinen Fortschritts“. Im Namen dieses Fortschritts wurden die Schranken nationaler Märkte niedergerissen, Arbeitskräfte importiert und Produkte weltweit vermarktet.

Damit wird aber bereits deutlich, dass eine Gegenposition zur Idee der „Multikulturellen Gesellschaft“ eine Gegenposition zu einer heute im Westen dominierenden Idee des Fortschritts darstellt und zudem die Interessen mächtiger multinationaler Wirtschaftsakteure berührt. Neoliberale und neokonservativer Politik kappt hingegen die bisherige Finanzierung von vielen Projekten, die lange Zeit als „Kultur“ galten.

Was versteht Norbert Lammert unter „Leitkultur“?

Der neue Bundestagspräsident Dr. Norbert Lammert meinte in einem Interview mit dem

Rheinischen Merkur vom 24.11.2005: „Das Wort von der ‚deutschen Leitkultur‘ halte ich (...) für falsch. Aber dass jede Gesellschaft eine Verständigung über ihre Grundlagen, ihre Herkunft, ihre Orientierung braucht, scheint mir offenkundig. Das haben wir (...) in den vergangenen Jahren vernachlässigt und müssen das dringend nachholen. (...) Es kann (...) nicht in ein und derselben Gesellschaft mehrere, schon gar nicht sich wechselseitig ausschließende Orientierungen geben. In einem Land, in dem alles gleichzeitig gilt, gilt nichts mehr wirklich.“ Eine inhaltliche Bestimmung dieser „Leitkultur in Deutschland“ erfolgt nun indirekt über die „christlich-abendländische Tradition“. „Sie (die Leitkultur) ist davon nicht abzulösen. Selbst viele Atheisten legen Wert darauf, dass jene Glaubensüberzeugung, die sie nicht teilen, die aber dieses Land und diesen Kontinent geprägt hat, um Gottes Willen erhalten bleibt. Die Revitalisierung des Glaubens muss doch nicht ausgrenzend auf Menschen aus anderen Kulturkreisen wirken.“

Gegen den sogenannten „Verfassungspatriotismus“ wendet Lammert ein: „Der Hinweis auf eine Rechtsordnung ersetzt aber eben nicht die Verständigung über kulturelle Grundlagen. Wir machen bei uns die Erfahrung, dass sich neben der Rechtsordnung, deren Grundlagen kein Mensch bestreitet, Verhaltensmuster halten, die ihrerseits kulturell begründet sind“. Dann polemisiert er gegen die Vorstellung von „Multikultur“, ohne den Ausdruck zu nennen: „Die Verweigerung der Leitkultur-Debatte ist ja keineswegs Ausdruck besonderer Toleranz, sondern schiere Gedankenlosigkeit. Sie fördert die Dominanz von Traditionen anderer Kulturkreise, von Abschottung und Ghettobildung. Wer den so inflationär geforderten Dialog der Kulturen führen will, muss einen eigenen Standpunkt haben. Die Bundesrepublik Deutschland ist ja nicht bloß eine Agentur für den Dialog der Kulturen, sondern sie ist selbst Kulturstaat.“

Fassen wir zusammen: nur eine negative Bestimmung des groß angekündigten Begriffes von der Leitkultur und eine Beschwörung alter Traditionen der alten Bundesrepublik.

Was ist eigentlich „Kultur“?

Wir können dem Wort „Kultur“ heute kaum ausweichen, ständig wird man mit ihm kon-

frontiert. Der konformierte Mensch beharrt auf seiner individuellen „Lebens-Kultur“. Der gemeine Konsument findet in der „Massen-Kultur“, der „Fernseh-Kultur“, der „Fast-Food-Kultur“ und der „Billig-Urlaubs-Kultur“ seinen Trost. In der Buchhandlung stoßen wir auf Titel wie „Die Kultur des Biertrinkens“ oder „Die Kultur der Trockentoiletten“. Selbst permanent fusionierende Unternehmens-Konglomerate wollen eine „Unternehmens-Kultur“ einkaufen. Doch welche Enttäuschung: wo früher „Kultur“ zu finden war, da hockt heute nur noch der „Event“ oder das „Spektakel“. Animeure im Mozart-Kostüm, Mittelaltergespiele, Feuerwerk und Kultur-Ge-Talke. Das Wort Kultur wird heute so oft gebraucht, wie wahrscheinlich noch nie in der menschlichen Geschichte zuvor. Ist das nicht eine positive Nachricht? Sind wir damit nicht auf dem Gipfel der Menschheitsgeschichte angelangt? Oder zeugt der inflationäre Gebrauch des Wortes vom Niedergang der Kultur?

Das Wort „Kultur“ wird historisch auf das lateinische Wort für Landbau zurückgeführt. Kennzeichnend für den deutschen Sprachraum ist, dass das Wort „Kultur“ mehr oder weniger mit der Bedeutung von „Hochkultur“ unterlegt und mit einer angenommenen Höherentwicklung unserer Gattung verbunden wird. In der europäischen philosophischen Tradition definierte man Kultur mit dem Begriff „menschliche Natur“. Wir erfassen mit diesem Begriff die Eingebundenheit der Menschen in die Natur und gleichzeitig die Unterscheidung von der Natur. „Menschliche Natur“ ist erst einmal nur eine Nominaldefinition. Johann Gottfried Herder nahm diese Definition in seinen 1784 erscheinenden „Ideen zu einer Philosophie der Geschichte der Menschheit“ auf und erweiterte sie mit der von Hobbes und Spinoza entwickelte Methode der genetischen Definition. Bereits in den Vorbemerkungen grenzt sich Herder von einem damals gebräuchlichen „Kultur“-Begriff ab, der sich auf die sogenannte „Hochkultur“ beschränkt: das, was man Kultur nenne, sei oft nur verfeinerte Schwachheit.

Georg Friedrich Wilhelm Hegel und Karl Marx knüpften an Herder an und hoben in der Aneignung der Natur durch den Menschen die Mechanismen des Arbeitsprozesses in der bürgerlichen Gesellschaft heraus. Die Vermenschlichung der Natur umfasst mit Marxschen Worten den Prozess der gegenständlichen, sinnlich-gegenständlichen

und theoretischen Aneignung der Natur durch den Menschen: Die Industrie ist das aufgeschlagene Buch der menschlichen Psychologie. Gleichzeitig ist dieser Prozess die Naturalisierung des Menschen. Aus dieser Sicht gibt es keinen kulturlosen Zustand der Menschheit, denn seit es Menschen gibt, gibt es menschliche Natur und damit Kultur. Aus dieser Sicht muss man aber die Besonderheit einer Kultur auch aus der Besonderheit des Lebens der Menschen erklären. So wie es auf unserer Erde eine Vielfalt von Klimate gibt, existiert eine Vielfalt der Kulturen. Es gibt keine kulturlosen Völker. Jedes Volk hat seine Kultur. Keine Kultur ist höherwertig als andere. Die Existenz einer Vielfalt von besonderen Kulturen in der allgemeinen Menschheitskultur ist der Normalfall.

Die Wissenschaft(en) von der Kultur

In den Geisteswissenschaften erlebt der Begriff seit einigen Jahren einen explosionsartigen Gebrauch, dieser Trend ist an den Universitäten vorwiegend mit einer wachsenden Differenzierung verbunden. Man unterscheidet zwischen Kulturwissenschaften, Kulturgeschichte, Kulturtheorie, Kultursociologie, Kulturphilosophie, Kultursemiotik, Kulturrökologie, Kulturanthropologie u.v.a. In der Geschichtswissenschaft streitet man sogar über einen „cultural-turn“, der die Ablösung der bisherigen Geschichtsschreibung durch die Kulturgeschichte legitimieren soll.

Doch der Hintergrund für diese Entwicklung scheint der Einfluss der großen Industrie und die unaufhaltsame Umwandlung der Universitäten in „Wissensfabriken“ zu sein. Durch die notwendige Arbeitsteilung entstehen unablässig Sonderinteressen und Abgrenzungsbedürfnisse. Jede dieser differenzierten Disziplinen definiert „Kultur“ selbstverständlich aus ihrer Sicht. Aus welcher sonst. Es fehlt aber die Institution der Synthese der ganzen differenzierten Bestrebungen, also das, was einmal die Universität ausmachte. Es verbleiben Fachleute mit eng begrenzten Spezial-Interessen. Jeder erfolgreiche Wissenschaftler begründet eine eigene Terminologie. Die Verständigung von Wissenschaftlern der gleichen Disziplin ist nur noch schwer möglich, die aus unterschiedlichen Disziplinen kaum noch. Wie in einer Fabrik wird Vielwisserei produziert, aber niemand weiß mehr warum.

In der „modernen“ Politikwissenschaft werden Geschichte und Kultur nur noch als eine Art konstante Werte behandelt. Man reduzierte Politologie gleichzeitig auf rein „quantitative Verfahren“ und „analytische Gerätschaft“. Die „modernen“ Berufspolitiker forderten „harte, objektiv kommunikable, mathematisch oder experimentell untermauerte Analysen“, sie wollten quantifizierbare Schlussfolgerungen, weil sie Zahlen für objektiv und zuverlässig halten.

„Der“ Theoretiker dieser „modernen“ Denkweise war Sir Karl Raimund Popper. Der ge-

lernte Volksschullehrer veröffentlichte umfangreiche philosophische Schriften, die allerdings eher an Mathematik-Lehrbücher erinnerten. Die von ihm propagierte „offene Gesellschaft“, sollte eine sein, die den sozialen Lernprozess öffentlich vollzieht. Die von Popper vorgenommene Ersetzung der logischen Folgerung durch die „Falsifikation“ ermöglicht jedoch kein wissenschaftliches Begreifen sozialer Lernprozesse. Es bleiben die theoretischen Voraussetzungen p oder/und q – entweder eine abstrakte Unterscheidung oder eine abstrakte Identifizierung. Für eine differenzierte Analyse sind diese Mittel ungeeignet. Letztlich wird die „Wirklichkeit“ nach dem abstrakten Begriff nivelliert. Die Wirklichkeit ist aber weder abstrakt „Schwarz“ noch „Weiß“. Der soziale Lernprozess muss die Einheit von Einheit und Unterschiede erfassen können. Bewahren und Erneuern stehen in einem widersprüchlichen Zusammenhang. Nach Poppers Methode schließen sie sich aus oder fallen abstrakt zusammen oder beides. Für Popper ist Kritik daher vorwiegend „Widerlegung“. Doch selbst die muss abstrakt bleiben. Man lobt undifferenziert oder verwirft oder beides. Daraus ergibt sich auch seine Unfähigkeit, die Geschichte des historischen Denkens verstehen zu können. Nur so ist es zu erklären, dass er allen Ernstes Plato, Hegel und Marx aus dem philosophischen Denken verbannen wollte. Gerade jene Denker waren es aber, die entscheidende Beiträge für öffentliche Lernprozesse lieferten, nicht nur proklamierten.

Die Ideen Poppers liefern jedoch die Stichworte und Begründungen für die heutigen neoliberalen/neokonservativen Eliten. Gleichzeitig kann man über Poppers Gedanken auch das Handeln dieser Eliten begreifen: Das Primat kurzfristiger ökonomischer Ziele,

die Dominanz der „Trial-and-Error-Methode“ in Ökonomie und Politik, schließlich ein fehlender Sinn für Historizität.

Der Zusammenprall der Kulturen

In einem Zeitschriftenartikel vom Frühsommer 1989 versuchte Francis Fukuyama die Kultur-Werte-Denkweise der neuen Situation anzupassen und sprach vom Sieg der „liberalen Demokratie“ im „Kalten Krieg“ als „Ende der Geschichte“. Dass Fukuyama trotz der Ankündigung eines Konzeptes für die Zukunft in den Denkmustern des „Kalten Krieges“ befangen blieb, entspricht seinen Grundwerten und seiner Methode. Auch er konnte nur „entweder/oder“ denken. So erschien Zukunft bei ihm wie in einer Computer-Hochrechnung als lineare Fortsetzung der Gegenwart: Es werde zwar noch Entwicklung geben, aber die „liberale Demokratie“ sei quasi der Endzustand der Menschheit.

Trotz einer eher skeptischen Aufnahme von Fukuyamas Thesen in der Wissenschaft wurde sein Buchtitel als „Medien-Schlagwort“ in den westlichen Zeitgeist-Diskurs aufgenommen. Schritt für Schritt setzt sich dann nahezu bei allen etablierten politischen Kräften des Westens eine Transformation von den Werten der liberalen Demokratie in die von universalen Werten durch. Die öffentliche Meinung wird seither von der Auffassung beherrscht, dass die westlichen Werte die „Universalkultur“ schlechthin repräsentierten. Man habe diese Stufe der „Universalität“ nur früher erreicht als andere. Diesen bliebe nur eine „nachholende“ Entwicklung, um die „zivilisatorische Lücke“ zu schließen. Insofern habe man aber auch nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht zur Hilfe, zum Eingreifen, zur „humanitären Intervention“ in „rückständigen“ Kulturkrei-



sen. Folgerichtig wurde die These von der Universalität der westlichen Kultur sogar als Begründung für die Führung neuartiger Kriege herangezogen.

Doch bereits im Jahre 1993 hatte Samuel Huntington in einem Aufsatz mit dem Titel „The Clash of Civilisations?“ eine Gegenposition zur These von Fukuyama veröffentlicht. Die deutsche Übersetzung des Wortes „clash“ mit „Kampf“ ist nicht unumstritten. Man hätte besser „Zusammenprall“ wählen können, zumal sich Huntington möglicherweise auf einen Ausdruck des französischen Historikers Fernand Braudel bezieht. Dieser verwendete „Zusammenprall der Kulturen“ zur Charakteristik des Vordringens der Europäer auf dem amerikanischen Kontinent im 15./16. Jahrhundert.

Huntington hob in seinem 1996 erschienen Buch – mit dem gleichen Titel, nur ohne Fragezeichen – hervor, dass wir uns in einem historischen Umbruch befinden, in dessen Verlauf sich eine polyzentrische und multi-kulturelle Welt herausbildet. Im Westen verweigere man sich dieser Einsicht mit dem Hinweis auf das „Ende der Geschichte“. Auch frühere Gesellschaften hätten dann und wann die Illusion von einem Endzustand gemacht. Er nennt dies mit Arnold Toynbee eine „Fata Morgana der Unsterblichkeit“. In der Geschichte hätten solche Illusionen in der Regel nicht zur Problemlösung beigetra-

gen, dann und wann sogar bald zum Zusammenbrechen der betreffenden Imperien oder zur Machtübernahme durch „Barbaren“ geführt. Huntington wies nach, dass die lineare Weiterführung der in den letzten Jahrzehnten erfolgreichen Politik-Konzeption nicht nur nicht im nationalen Interesse der USA sei, sondern letztlich die Existenz der USA selbst zur Disposition stellen würde: es drohe ein „Kampf der Kulturen“ im Weltmaßstab. Gegen den Zeitgeist hob Huntington hervor, dass die westliche Kultur einzigartig sei, aber nicht universell. Die USA können auch kein Imperium sein, weil sie ein demokratisches politisches System besitzen.

Alternativ zu Fukuyama und zur herrschenden politischen Praxis formulierte Huntington ein Politik-Konzept für die Wahrung der langfristigen Interessen der USA. Hauptaufgaben sieht er in der Stärkung der kulturellen Identität durch Stärkung der europäisch-amerikanischen Kultur als dem Kern der Identität der USA. Als Hauptproblem für die nationale Identität bezeichnete Huntington im eigenen Land die Ideologie des Multikulturalismus.

Für die internationalen Beziehungen, die Weltpolitik, schlug Huntington einen Verzicht auf die expansive Verbreitung der westlichen Kultur, besonders mit militärischen Mitteln, und eine „Politik der kulturellen Koexistenz“ vor. Er fügt an, dass die USA und der Westen mittlerweile auch nicht mehr über das industrielle, demographische und militärische Potenzial verfügten, solche Kriege zu führen. Somit sei eine kulturelle Koexistenz im Interesse der USA und des Westens.

Kann es im 21. Jahrhundert eine Leitkultur geben?

Lange Zeit schien es, als ob die westliche Kultur alle anderen Kulturen zu integrieren vermöge. Der Westen siegte vor allem mit seinen „weichen Machtfaktoren“ im Kalten Krieg. Doch gerade dieser Sieg verführte zur neoliberal/neokonservativen Vorstellung künftig vorwiegend die „harten Machtfaktoren“ einsetzen zu können und damit zu einer direkten Konfronta-

tion mit den Kulturen der früheren „Dritten Welt“.

Samuel Huntington bemerkte als einer der ersten westlichen Analytiker, dass die Eliten der „Dritten Welt“ sich nicht mehr am Westen orientierten und dass die westliche Kultur keine Universalkultur ist. Mit dem Krieg gegen die Republik Irak demonstrierten die USA praktisch, dass einflussreichen Kreisen die Kraft des „weichen Machtfaktors“ der westlichen Kultur nicht mehr wollen. Im Namen der Universalkultur und der Demokratie wird Krieg geführt. Urs Schöttli konstatierte in der „Neuen Zürcher Zeitung“ vom 07.04.2003, dass mit dem Beginn dieses Krieges gegen die Republik Irak das Ende der Dominanz der westlichen Kultur eingeläutet wurde.

Huntington hatte hervorgehoben, dass allein das Wiedererstarken der anderen Erdteile, vergleichbar mit der Lage vor 1500, das globale Machtgleichgewicht zuungunsten des Westens verändern wird. Dieser Übergang hat bereits begonnen. Samuel Huntington verwies 1993 darauf, dass der Westen in diesem Prozess Selbstbewusstsein entwickeln müsse.

In gewissem Sinne könnte man die Wortmeldung von Herrn Lammert als eine verspätete Wiederholung der Argumentation von Samuel Huntington auffassen. Aber er erreichte noch nicht einmal dessen Niveau von 1993. Huntington hatte die Forderung nach einer Stärkung der europäisch-amerikanischen Identität inzwischen in separaten Büchern und Artikeln verstärkt. Aber Huntington behandelte die nationale Identität als Moment der Herausbildung einer multikulturellen und polyzentrischen Welt. Die Forderung nach Stärkung der kulturellen Identität wurde bei ihm ergänzt mit einer Forderung nach einer Politik kultureller Koexistenz und einem Verzicht auf militante Verbreitung der westlichen Lebensweise.

Die Beschränkung auf den Traditionsbegriff, den Lammert nahe legt, bedingt zwangsläufig eine Blickverengung auf den Teil des kulturellen Erbes, der sich durchgesetzt hat, also weiter geführt wurde. Unser kulturelles Erbe ist jedoch weit umfassender als es uns die Tradition Glauben machen will. Allein das abendländisch-christliche Erbe umfasst weit mehr als es die Traditionen der christlichen Staatskirchen ahnen lassen. Zum christlichen Erbe gehören selbstverständlich viele der als Mystiker und Ketzer verfehmten Gläubigen. Abendländischer Glaube ist zudem mehr als christlicher Glaube. Man kann schon einmal bei Ernst Bloch nachlesen, um die Dimension dieser Erbschaft unserer Zeit zu erfassen.

Zudem ist Glaube nur in Bezug auf Vernunft definierbar, und umgekehrt. In dem Maße, indem sich die Vorstellungen einer instrumentellen Rationalität als Illusion und Bedrohung der Menschheit herausstellen, wird immer mehr Menschen deutlich, dass kom-

WIDERSPRUCH

Beiträge zu
sozialistischer Politik

49

Prekäre Arbeitsgesellschaft

Arbeitslosigkeit und aktivierende Sozialpolitik;
Workfare, Geschlechter-Regime und Psychopolitik;
Billigjobs und gewerkschaftliche Arbeitspolitik;
Integration und Ausgrenzung; Ungleichheit,
Armut und Grundeinkommen

K. Dörre, E. Nadaï, R. Atzmüller, G. Michalitsch,
A. Rau, F. Segbers, K. Wyss, A. Rieger, U. Mäder,
F.O. Wolf, G. Notz, T. Wüthrich, F. Schandl

Diskussion

A. Zimmermann: Wirtschaftsdemokratie und SP
Recherchierte Gruppe: Kollaboration Schweiz-Südafrika
S. Howald: Mikrokredite für alle
P. Gerber: Zapatistische Kaffee-Kooperative
I. Schlosser: Solidarische Ökonomie

232 Seiten, € 16.- (Abonnement € 27.-)

zu beziehen im Buchhandel oder bei

WIDERSPRUCH, Postfach, CH - 8026 Zürich

Tel./Fax 0041 44 273 03 02

vertrieb@widerspruch.ch www.widerspruch.ch

plexe Prozesse im Weltall, in der Geschichte wie im menschlichen Erbgut nicht völlig durchschaubar sind. Dennoch müssen wir von einem allgemeinen Zusammenhang in unserer Welt ausgehen. Im Gottesbegriff wurde dieser allgemeine Zusammenhang und zugleich die nicht völlige Durchschaubarkeit der Natur tradiert. Jede Philosophie ist am Anfang und am Ende Glaube, sagt Herder. Wir glauben, entsprechend der mehrtausendjährigen Erfahrungen, an den allgemeinen Zusammenhang und unsere Gedanken zielen letztlich auf Ethik, auf Lebensregeln, auf Glauben. In diesem Sinne wächst das Interesse an Glauben in der westlichen Gesellschaft. Aber die großen Kirchen verlieren gleichzeitig immer mehr Mitglieder.

Ohne Zweifel wurden wesentliche Momente der Kultur unseres Landes schon 1990 frag-

würdig. Die Probleme der Globalisierung haben die Dringlichkeit einer Erneuerung nur verstärkt. Erneuerungen haben in der europäischen Kultur vielfach stattgefunden. Erneuerung wurde als „Wiedergeburt“, „Renaissance“ und „Palangenesis“ bezeichnet. Doch Wiedergeburt ist ein offener Prozess, der auch mit Gefahren verbunden ist. Man muss die Hauptstraße der Tradition verlassen und auf die Feldwege des kulturellen Erbes abbiegen können. Vielleicht geht es sogar nur zu Fuß weiter. Es ist auch nicht sicher, ob wir zurückfinden werden. Was fragwürdig geworden ist, dass muss auch als solches anerkannt werden. Erst mit der Infragestellung kann entschieden werden, welche Teile unseres Erbes mit Blick auf die Zukunft als Tradition weitergeführt werden.

Die Formulierungen von Herrn Lammert lassen aber vermuten, dass er all das nicht will.

Es ist doch auch entschieden bequemer, immer wieder die Traditionen der alten Bundesrepublik aus der historischen Versenkung zu holen. Auf diese „permanenten Wiederholung“ der alten Werten aus den einstigen großen Zeiten scheint die Vorstellung von Herrn Lammert beschränkt. Seine Wortmeldung reiht sich ein in die „Hau-Ruck-Aufrufe“, „Appelle“ und „Kampagnen“, die am Ende wirkungslos in blassen Re-Makes und Retro-Shows verhallen.

spw 1 / 2006

Literatur

Interview mit Norbert Lammert: „Unsere Leitkultur. Gegen Relativismus hilft allein die Besinnung auf die Tradition.“ In: Rheinischer Merkur Nr. 47 vom 24.11.2005

Huntington, Samuel P.: Der Kampf der Kulturen. Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert. München/Wien 1996.

Schöttli, Urs: Die Hybris des Hegemonen. In: Neue Zürcher Zeitung vom 07.04.2003

Über Rot-Grün hinaus

Joachim Bischoff/Wolfram Burkhardt/Uli Cremer/Axel Gerntke/Rolf Gössner/Joachim Rock/Johannes Steffen/Franz Walter: *Schwarzbuch Rot-Grün*, VSA-Verlag, Hamburg 2005, 142 S., Euro 11,80

Stephan Hebel/Wolfgang Kessler/Wolfgang Storz: *Wider die herrschende Leere – Neue Perspektiven für Politik und Wirtschaft*, Publik-Forum, 2. Auflage, Frankfurt 2005, 262 S., Euro 13,90

Rot-grün ist abgewählt. Welche Bilanz hat das rot-grüne Projekt vorzuweisen? Mit dieser Frage beschäftigen sich zwei Sammelbände, die im Herbst vergangenen Jahres passend zur vorgezogenen Neuwahl erschienen sind. Im „Schwarzbuch Rot-Grün“ aus dem VSA-Verlag überrascht die Auswahl der Autoren. Der Band vereint beispielsweise mit Joachim Bischoff und Franz Walter Texte zweier Politikwissenschaftler, die man gemeinhin anderen Polen im linken politischen Spektrum zuordnen würde. Klar ist, dass die Mehrzahl der Autoren mit der „Linkspartei/ WASG“ sympathisiert oder sich dort auch engagiert. Werden auf der einen Seite SPD-Positionen bis ins Detail analysiert und auf ihre Glaubwürdigkeit hinterfragt, so reichen auf der anderen Seite meist schlichte Programmsätze als Beleg für die Ernsthaftigkeit der „sozialen“ Alternative Linkspartei/ WASG. In seinem einführenden Beitrag schließt sich Joachim Bischoff der These an, eines der Hauptprobleme rot-grünen Regierens sei die Befolgung der Dogmen neoliberaler Ökonomen gewesen. Zudem habe die Bundesregierung selbst erst mit weiterer Deregulierung einen Teil des Drucks auf den Sozialstaat erzeugt, den sie jetzt mittels Sozialpolitik abzufangen versuche. Insgesamt konstatiert Bischoff eine Entwicklung der SPD „von einer Sozialstaatspartei hin zu einer Formation der Neuen Mitte,

die letztlich auf eine verdeckte oder offene Abspaltung der Interessenvertretung der unteren sozialen Schichten hinausläuft“. Entgegen ihrer Ankündigung, den Entfesselungsprozess des Kapitalismus zu stoppen, habe sich die Politik vor allem der „Agenda 2010“ letztlich als ein „Katalysator“ für die beschleunigte Zerstörung des „Rheinischen Kapitalismus“ herausgestellt. Franz Walter stellt seinen Beitrag unter die Überschrift „Freudlose Zeiten“. Ausgangspunkt ist dabei die These, das die Regierungsübernahme von Rot-Grün den Abschluss eines seit den 1980ern laufenden gesellschaftlichen Veränderungsprozesses bildet, in dessen Folge sich die Bundesrepublik bereits kulturell modernisiert hatte. Die Regierungsübernahme könne demnach eher als Abschluss, nicht als Beginn einer Epoche gewertet werden. Zugleich seien die entscheidenden Protagonisten der Regierung auf ihrem Aufstiegsweg oben angekommen, und hätten sich damit getrennt von ihren „überkommenen schwärmerischen Ideen, entledigten sich der kühnen Bilder aus dem Arsenal der alten Utopien; man kann sagen, sie wurden projekt- und zukunftslos“. Zugleich habe rot-grün eine Politik des beliebigen, spielerischen Affronts – begonnen schon in den Oppositionsjahren unter Kohl – betrieben, der die Menschen letztlich kein neues Werte- und Deutungssystem vermittelt habe. Im Ergebnis wüssten die Sozialdemokraten heute nicht mehr, welchen Staat, welche Gesellschaft sie anstrebten. Sie wüssten nicht, ob „der Sozialstaat ein gelungenes Sozialmodell ist oder doch eher ein bürokratisches Hemmnis für eigenverantwortliche Initiativen. Sie wissen nicht, ob Steuern Teufelswerk sind, oder ein Segen für das Volk. (...)“ Die heutige SPD sei deshalb sprach- und ziellos. Eine differenzierte Bilanz der Arbeitsmarktpolitik zeichnet Axel Gerntke. Naheliegenderweise liegen die positiven Bezugspunkte vor allem in



der ersten Phase rot-grüner Politik, beispielsweise in den Korrekturen an schwarzen Maßnahmen wie der Ausbreitung von damals 630 DM Jobs. Vor allem das Agieren der Arbeitgeber habe dann dazu geführt, dass der Arbeitsmarktpolitik eine Aufgabe zugewiesen wurde, mit der sie alleine überfordert gewesen sei: Das Schaffen von Arbeitsplätzen ohne eine flankierende gesamtwirtschaftliche Beschäftigungspolitik. Zugleich konstatiert Gerntke auch eine Diskursverschiebung innerhalb der Gewerkschaften, die eine solche Politik mit begünstigte. Eigentlicher Grund für die Reformen sei vor allem die Anpassung der Arbeitsmarktpolitik an Strukturveränderungen im Kapitalismus hin zu einem flexiblen Kapitalismus. Das es dabei weniger um eine tatsächlich sozialstaatliche Absicherung sondern vielmehr um eine Anpassung des Arbeitsmarkt an neue Ver-

wertungsbedingungen des Kapitals ging, ist klar.

Insgesamt führt das Buch routiniert Ansichten und Fakten zur rot-grünen Regierungsbilanz zusammen. Vieles von dem ist nicht falsch, aber auch schon all die Jahre – auch und gerade in Kreisen der SPD-Linken – angemerkt worden. Trotzdem bietet es einen guten Überblick über die Ergebnisse der Politik der letzten Jahre. Für die Ausrichtung linker Politik noch wertvoller wäre allerdings eine Analyse der Möglichkeiten, eine gesellschaftliche „Gegen-Hegemonie“ zum herrschenden und wie gezeigt auch weitestgehend die Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik von Rot-Grün beeinflussende neoliberale Paradigma.

Wider der herrschenden Leere

Hier bietet das im August 2005 von Wolfgang Storz, Chefredakteur des Frankfurter Rundschau, Stephan Hebel, Stellvertretender Chefredakteur der FR, und Wolfgang Kessler, Chefredakteur der kritisch-christlichen Zeitschrift Publik-Forum, herausgegebene Buch „Wider der herrschenden Leere“ interessante Ansatzpunkte. Mit diesem Buch wagen sich die drei Autoren tief in die aktuellen politischen Auseinandersetzungen vor. Sie konzentrieren sich dabei zumeist auf inhaltliche Fragestellungen, konkrete parteipolitische Aussagen treffen sie nicht. Dennoch ist eine grundsätzliche Sympathie für ein rot-grünes Projekt erkennbar.

Den Band durchzieht die Grundhaltung, dass die aktuellen politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Herausforderungen durchaus beherrschbar sind. „Die Krise wird tiefer, weil die Politik nicht handelt, und wenn sie handelt, dann macht sie oft das Falsche.“ Die auch von der rot-grünen Bundes-

regierung an vielen Stellen betriebene „TINA-Rhetorik“ lehnen die Autoren mit deutlichen Worten ab: „Eine Politik, die keine Alternative hat, ist keine Politik. Sie braucht folglich auch nur eine Exekutive, die das Alternativlose umsetzt.“ Zudem fragen sich die Autoren, warum die rot-grüne Bundesregierung an so vielen Stellen gegen die vermeintlich eigene Klientel entschieden hat. Sie lassen dies in die provokante Frage münden, ob „Rot-Grüne“ per se weniger Mut und Selbstbewusstsein als Konservative hätten, wenn es darum ginge, die Interessen ihrer Wählergruppen umzusetzen.

Insgesamt unternimmt das Buch einen Streifzug durch sämtliche wirtschafts- und sozialpolitischen Felder. Die Analyse bleibt nationalstaatlich orientiert, allerdings wird die Politik vor allem der skandinavischen Staaten des öfteren in die Betrachtung möglicher Alternativen für die Bundesrepublik mit einbezogen. Bei der Beschreibung der aktuellen Umwälzungsprozesse sehen die Autoren auch die gesteigerte Bedeutung von Finanzmärkten und durch diese hervorgerufene Renditeziele. In Abwandlung des Bonmots von Helmut Schmidt formulieren sie: „Heute sind die Gewinne von heute die Entlassenen von gestern, und die Entlassenen von heute sind die Gewinne von morgen.“

Kritisch zu betrachten sind die Aussagen der Autoren zum Thema Wachstum. Sie gehen davon aus, dass die Arbeitsmarktprobleme nicht durch mehr Wachstum gelöst werden können. Ob das Wachstum nur quantitativ sei oder auch qualitativen Kriterien genüge, sei eher nebensächlich. Neben einer „Kultur des Wachstums“ müsse deshalb auch eine „Kultur des Schrumpfens“ gepflegt werden. Im Mittelpunkt der politischen Diskussion sollten des-

halb Verteilungsfragen, und nicht Wachstumsfragen stehen.

Als ein Ausweg aus diesem Problem werden deshalb auch Maßnahmen wie ein arbeitsfreies Grundeinkommen und die negative Einkommenssteuer erörtert, ohne allerdings auf die besonderen Probleme dieser Instrumente wirklich einzugehen. Dass die Lösung des Beschäftigungsproblems nicht alleine über – notwendig qualitatives Wachstum – zu erreichen ist, ist klar. Allerdings wäre es grob fahrlässig, wenn sich Politik in der Konsequenz grundsätzlich davon verabschieden würde, auch auf Mittel wie die Konjunkturpolitik zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zurückzugreifen.

Ebenfalls problematisch sind einige Vorschläge zur Staatsorganisation. So wird vorgeschlagen, ernsthaft zu diskutieren, ob nicht verstärkt der Weg hin zu einem – sozial gestaffelten – Gebührentaat zu gehen sei. So würde der Bürger zum einen mehr Geld in der Tasche haben, würde zum anderen aber auch wesentlich direkter erfahren, was denn der Staat so alles für ihn ausbe. Des weiteren wird ein Modell diskutiert, dass dem Staat zwar die Oberaufsicht über die Erledigung öffentlicher Ausgaben lässt, diese aber durch private Träger durchgeführt werden.

Große theoretische Erneuerungen präsentiert das Buch nicht. Insgesamt bietet es – trotz der oben skizzierten Kritik – eine gute Zusammenfassung von Denkanstößen für eine Politik der solidarischen Erneuerung des Sozialstaats. Beachtlich ist, dass sich Journalisten mit diesem Buch auch öffentlich exponieren. Mehr kritisches und intellektuelles Engagement von Journalistinnen und Journalisten in diese Richtung wäre zu wünschen.

Thilo Scholle (Lünen)

Wissen, Wert und Kapital

Andre Gorz, *Wissen, Wert und Kapital, zur Kritik der Wissensökonomie*, Rotpunktverlag Zürich 2004, 15,90 Euro.

Wenn es jemand gibt, der mit jedem seiner Bücher vor allem kritische Wissenschaft herausfordert, so steht André Gorz immer in der ersten Reihe. Egal ob „Ökologie und Politik“, „Abschied vom Proletariat“, „Wege ins Paradies“, „Kritik der ökonomischen Vernunft“: sie enthalten einerseits stets eine fundamentale Kritik der Trends der Entwicklung des Kapitalismus und ihrer wissenschaftlichen und politischen Rechtfertigung, andererseits fordern sie auch immer die Linke heraus, das eigene Instrumentarium zur Kritik der politischen Ökonomie zu überprüfen und Wege zu einer Welt jenseits des Kapitalismus zu entwickeln.

In seinem aktuellen Buch zur Kritik der Wissensökonomie befasst er sich mit den Widersprüchen des Wissenskapitalismus im Rahmen einer grundlegenden Kritik der Trends des modernen Kapitalismus und nennt die Bedingungen einer anderen Ökonomie. Im Kern der anderen Ökonomie steht eine Neubestimmung des Reichtums- und Wohlstandsbegriffs als gesamtgesellschaftliche Perspektive. Er fragt nach den auf Veränderung drängenden Akteuren. Für die deutsche Ausgabe hat er 2004 ein eigenes Vorwort verfasst, das auf die weitere Lektüre neugierig macht. Es steht für diese Besprechung des Buches im Mittelpunkt.

„Die allgemeine Erkenntnis, dass Wissen zu der wichtigsten Produktivkraft geworden ist, hat einen Wandel in Gang gesetzt, der die Gültigkeit der ökonomischen Schlüsselkategorien untergräbt und auf die Notwendigkeit hinweist, eine andere Ökonomie zu begründen. Die sich gegenwärtig ausbreitende Wissensökonomie ist ein Kapitalismus, der

seine wichtigsten Kategorien – Arbeit, Wert und Kapital – neu zu bestimmen sucht und sich dabei neue Gebiete unterwirft.“

Gorz weist ausdrücklich darauf hin, dass er versucht rechtzeitig die Konturen der sich erst abzeichnenden Wissensgesellschaft zu erfassen, deren „Keimformen“ zu beschreiben und ihre Tragweite für den Kapitalismus insgesamt und seine Kritik zu verdeutlichen. (vgl. den spw-Schwerpunkt 120 „Kollege Proteus“, Dortmund 2001).

Schlüsselbegriffe seiner Analyse sind „Die immaterielle Arbeit“ und „Das immaterielle Kapital“. Der „Immateriellen Arbeit“ wird definitorisch die Kategorie „Humankapital“ zugeordnet, dem immateriellen Kapital die Kategorie „Wissenskapital“.

1. Humankapital nimmt den ganzen Menschen zum Ziel, um ihn der Verwertung zu unterwerfen. In das Blickfeld rücken die nicht substituierten und nicht formalisierbaren Wissenskompetenzen wie Erfahrungswissen, Urteilsvermögen, Koordinierungs-, Selbst-



storganisierungs-, Team- und Verständigungsfähigkeit: alles Formen lebendigen Wissens, die auch im Lebensalltag Bedeutung haben und zur Alltagskultur gehören. Nicht der Fachmensch, der ganze Mensch soll sich einbringen. Gorz zeigt auf, dass tendenziell alle Arbeitsleistung immer mehr zur Dienstleistung wird. Er bezieht ausdrücklich den industriellen Sektor ein.

Die Folge dieser Umstrukturierungsprozesse der Arbeit sei, dass Arbeit immer weniger in Zeiteinheiten messbar wird, weil sie als Wertschöpfungsfaktor immer mehr von nicht formalisierbaren Verhaltenskomponenten bestimmt wird. In dieser Logik steht für Gorz der Diskurs um den Arbeitskraftunternehmer mit der Fähigkeit zur Selbstausbeutung und Selbstvermarktung sowie den Folgen der Aushöhlung des Lohnverhältnisses. Arbeit wird in diesem Kontext wieder zu einem Dienst wie im mittelalterlichen Lehenstystem. Als politische Konsequenz der Aushöhlung des Lohnverhältnisses steht für Gorz die Forderung nach einem Existenzgeld (S. 29ff).

2. Wissenskapital ist im Unterschied zu Humankapital nichts Neues. Die Verwertung von Wissen in Kapitalform begleitet den Industriekapitalismus von Anfang an. Die Verwertung erfolgte bisher allerdings durch den Einsatz von „totem Wissen“, das in Maschinen, Anlagen und Verfahren vergegenständlicht ist. Neu ist heutzutage, dass alles formalisierbare Wissen von seinen stofflichen und menschlichen Trägern abgetrennt und als Software praktisch kostenlos vervielfältigt und in Universalmaschinen unbeschränkt genutzt werden kann. Um als Ware verkäuflich und als Kapital verwertbar zu sein, muss Wissen folglich in Privateigentum verwandelt und verknappt werden. Um Wissen zu privatisieren mit dem Optimierungsziel des Wissensmonopols ist die Privatisierung der Forschung und der For-

schungsergebnisse das effektivste Instrument. Es ermöglicht die Durchsetzung von Monopolrenten auf Kosten des gesamtgesellschaftlichen Nutzens. Jedes Unternehmen trachtet danach, durch Investitionen in kostspielige Werbekampagnen und Innovationen in oft symbolischen, ästhetisch und sozialen Werte einen Konkurrenzvorsprung zu erzielen.

Diese künstliche Schöpfung von Knappheit erlaubt die beste Kapitalverwertung, allerdings mit gesellschaftlich prekären Folgen: immer weniger konkrete, messbare Arbeit wird verwertet, immer weniger Kaufkraft wird ausgeschüttet, der Kapitalüberschuss erhöht sich. Dadurch wird der gesellschaftliche Zusammenhalt bedroht und den Staaten die Mittel zur Sicherung der gesellschaftlichen Daseinsvorsorge beschränkt, da immer mehr Bereiche der Kapitalverwertung unterworfen werden.

Im Abschnitt „Die Krise des Wertbegriffs“ (S. 31ff) kommt Gorz zu dem Ergebnis: „Da Wissenskapital und Humankapital nicht in einfachen abstrakten Einheiten messbar sind, wird Arbeit und in der Folge auch Wert unmessbar (S. 33). So ist eine Ökonomie möglich, bei der der Wert der Produkte von ihren Eigenschaften abhängt. Der symbolische Wert – in einer Marke verkörpert – übertrifft den Gebrauchswert und verwischt den Tauschwert (s. 43). Gorz fragt abschließend: „Wie kann Warengesellschaft weiter bestehen, wenn die Produktion von Waren immer weniger Arbeit verwertet und immer weniger Zahlungsmittel in Umlauf setzt?“

Dieser Konflikt zwischen der Kapitalverwertung und der davon abweichenden Wohlstandsmehrung der Gesellschaften kann nach Auffassung von Gorz nur in einer neuen Ökonomie aufgehoben werden. Im Zentrum muss ein neues Verständnis von Wohlstand stehen, das auf die Plünderung von Natur- und Kulturressourcen verzichtet und auch die Wissenschaft aus ihrer Bindung an die Kapitalverwertung löst und auf die menschliche Wohlstandsmehrung konzentriert. Die Kapitel „Auf dem Weg zum Wissenskommunismus?“ und „Auf dem Weg in eine posthumane Zivilisation“ polarisieren die möglichen Zukunftsperspektiven: einerseits in Richtung einer Welt, die von Gerechtigkeit im Einklang mit der Natur geprägt ist, andererseits in eine Welt der Barbarei.

Der Rahmen der Rezension würde gesprengt, sollte der zweite Teil des Buches ausführlich besprochen werden. Er macht aber den besonderen Wert des Buches aus, aus der Analyse auch Perspektiven für die zukünftige Politik zu gewinnen. Kurz: das Buch ist eine Herausforderung für den politischen Diskurs der Linken, nicht nur in Deutschland!

(Horst Peter, Kassel)

www.sozialismus.de

Sozialismus

Widerstand gegen «Bürokratie»
Niedrigung bürgerlicher Werte
Forum: Arbeitsgesellschaft als Stilzitat
Kapitalismus Reloaded
USA: Spaltung der Gewerkschaften



Redaktion Sozialismus: 2006 – Kein Aufbruch, keine Hoffnung? | Klaus Dräger: Die Zukunft der Dienstleistungen im Europäischen Binnenmarkt | Bernhard Müller: Perspektiven des »bürgerlichen Lagers«. Zur christdemokratischen »Aussprache« über die Wahl-niederlage und die Rolle der CSU | Kilian Stein: Vom Niedergang bürgerlicher Werte. Entführung, Folter, Mittäterschaft | Joachim Bischoff: Die Grünen – eine moderne Linkspartei?

Frank Deppe: »Kapitalismus Reloaded«. Widerstand und Perspektiven jenseits des Kapitalismus | Ingar Solty: Die Spaltung der amerikanischen Gewerkschaften | Joachim Bischoff: Radikale Kapitalismuskritik. Anmerkungen zu einem Essay von Elmar Altvater

Michael Wendl: Arbeitsgesellschaft als realwirtschaftliche Idylle? | Gerhard Vollmer-Zilles: Gewerkschaftlicher Rechtsschutz und Anwalts GmbH | Harald Werner: Widerständiges Lernen. Bildungsarbeit – nicht alles neu, aber ganz anders | Ralf Brodesser: Gewerkschaftliche Subjektorientierung als Individualisierung

Torsten Feltes: Bildungslamento am »Standort Deutschland« (zu Huiskens, »PISA-Schock«) | Julia Müller/Hasko Hüning: »L'enfant« (Filmkritik)

Supplement: Klaus Bullan/Margit Frackmann/Ilse Schur, »Deutsche Bildungskatastrophe« und mögliche Alternativen

Probeabo (3 Hefte): Abo: € 10,-

Abo: € 62,- (erm. € 44,-)

Redaktion Sozialismus

St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg

Fax 040/280 505 68

e-Mail: redaktion@sozialismus.de

spw – seit mehr als 25 Jahren ... wissen, was die SPD-Linke diskutiert!

Jetzt abonnieren und zugreifen!

Wer jetzt spw abonniert, erhält als Prämie eines dieser Bücherpakete!

Prämie 1

Werner
Biermann/Arno
Klönne

Kapital-Verbrechen
Zur Kriminalgeschichte
des Kapitalismus
208 Seiten,
EUR 14,80;



Prämie 2

Georg Fülberth

G Strich - Kleine
Geschichte des
Kapitalismus
Hardcover, 316 Seiten,
EUR 19,80



Prämie 3

Karl-Heinz
Brandl/Lothar
Schröder
(Hrsg.)

Menschen machen
Innovationen
264 Seiten, EUR 14,80



+

Jürgen Meier:

„Eiszeit“ in
Deutschland
186 S., EUR 14,90



+

Boris Michel

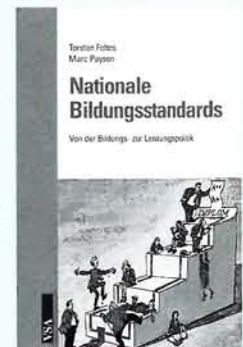
Stadt und
Gouvernementalität
56 S., EUR 14,90



+

Torsten Feltes /
Marc Paysen

Nationale
Bildungsstandards
Von der Bildungs- zur
Leistungspolitik
204 Seiten, EUR 14,80



Abo unter www.spw.de oder per
eMail an spw-verlag@spw.de